



Aufgaben- und Finanzplan 2014-2016

Botschaft der Regierung mit Beilagen

Aufgaben- und Finanzplan 2014–2016

Botschaft und Entwurf der Regierung vom 18. Dezember 2012

Inhaltsverzeichnis			
Zusammenfassung	3	3.3.6 Baudepartement	28
1 Einleitung	4	3.3.7 Sicherheits- und Justizdepartement	29
2 Grundlagen der Planung	5	3.3.8 Gesundheitsdepartement	30
2.1 Finanzleitbild und finanzpolitische Grundlagen	5	3.3.9 Gerichte	30
2.2 Finanzielle Grundlagen	6	4 Gesetzesvorhaben	31
2.2.1 Rechnungsabschlüsse der Vorjahre und mutmassliche Rechnung 2012	6	4.1 Übersicht	31
2.2.2 Voranschlag 2013	7	4.2 Departement des Innern	31
2.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	7	4.2.1 II. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz und II. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz	31
2.4 Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushaltes (Sparpaket II)	8	4.2.2 Neues Planungs- und Baugesetz (Denkmalpflege und Archäologie)	32
2.5 Umsetzung der Sparvorgabe an die Gemeinden	12	4.2.3 Nachtrag Gemeindegesetz	33
2.6 Investitionsplanung	13	4.3 Bildungsdepartement	33
3 Finanzielle Mehrjahresplanung	14	4.3.1 Sonderpädagogik-Konzept	33
3.1 Gesamtergebnis	14	4.3.2 Beitritt zum Stipendien-Konkordat	35
3.2 Erläuterungen	16	4.3.3 Hochschulkonkordat (HFKG)	37
3.2.1 Personalaufwand	16	4.3.4 Trägervereinbarung für die Hochschule Rapperswil	38
3.2.2 Sachaufwand (inkl. Informatikaufwand)	18	4.4 Finanzdepartement	39
3.2.3 Zinsensaldo	18	4.4.1 Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	39
3.2.4 Abschreibungen	19	4.4.2 Nachtrag zum Kantonalbankgesetz	40
3.2.5 Innerkantonaler Finanzausgleich	20	4.5 Baudepartement	40
3.2.6 Staatsbeiträge	21	4.5.1 Geoinformationsgesetz	40
3.2.7 Steuererträge	21	4.5.2 III. Nachtrag zum Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung	40
3.2.8 Gebührenerträge	22	4.5.3 IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gewässernutzung	41
3.2.9 Bundesfinanzausgleich	23	4.6 Gesundheitsdepartement	42
3.2.10 Bundesbeiträge	24	4.6.1 Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	42
3.2.11 Investitionsrechnung	24	5 Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite	43
3.3 Ergebnisse der einzelnen Departemente	25	5.1 Volkswirtschaftsdepartement:	
3.3.1 Räte und Staatskanzlei	25	5. öV-Programm 2014–2018	43
3.3.2 Volkswirtschaftsdepartement	25	5.2 Baudepartement: Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Energiewende-St.Gallen kann es!»	44
3.3.3 Departement des Innern	26		
3.3.4 Bildungsdepartement	27		
3.3.5 Finanzdepartement	27		

6 Finanzpolitische Beurteilung und weiteres Vorgehen	45	8 Antrag	49
6.1 Plandefizite in der laufenden Rechnung	45	Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2014–2016	50
6.2 Handlungsbedarf	45	Anhang zum Kantonsratsbeschluss	51
6.3 Entlastungsprogramm und Leistungsüberprüfung 2013 (EP 2013)	46	Beilage Zahlenteil Laufende Rechnung und Investitionsrechnung	55
6.4 Bedeutung der finanziellen Entlastung	46	Beilage Begründungen und Erläuterungen	137
7 Rechtliches	47		
7.1. Umfang der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans	47		
7.2 Anträge betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans	48		

Zusammenfassung

Die Planung für die Jahre 2014 bis 2016 zeigt folgende Ergebnisse:

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Aufwand der laufenden Rechnung	4'500.6	4'605.7	4'751.8	4'917.3
Ertrag der laufenden Rechnung	4'473.6	4'444.5	4'620.6	4'795.2
Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung	27.0	161.2	131.2	122.1

Die obigen Ergebnisse enthalten den gesamten Aufwand und Ertrag der Planjahre inklusive der Aufwendungen und Erträge für die Gesetzesvorhaben (ohne Personalaufwand) und die Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite. Im Gegensatz zum Voranschlag 2013, der einen Bezug von Eigenkapital in der Höhe von gesamthaft 141.2 Millionen Franken enthält (80 Mio. Franken freies und 61.2 Mio. Franken besonderes Eigenkapital), ist in den Planwerten der Jahre 2014 bis 2016 nur ein Bezug aus dem besonderen Eigenkapital von jährlich 25.6 Mio. Franken enthalten. Eingerechnet sind ein Steuerfuss von 115 Prozent und Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von rund 40 Mio. Franken pro Jahr.

Die Zahlen des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2014–2016 zeigen trotz mehrheitlicher Umsetzung der Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushaltes (Sparpaket II, 33.12.09) weiterhin ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen Gesamtaufwand und Gesamtertrag der laufenden Rechnung.

Mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 3.0 Prozent im Zeitraum 2013 bis 2016 liegt das Aufwandwachstum deutlich über der Zunahme des Ertrages von jährlich 2.3 Prozent. Die Kosten steigen in verschiedenen Leistungsbereichen, so im Spitalbereich durch die neue Spitalfinanzierung (inner- und ausserkantonale Hospitalisationen), in der sozialen Wohlfahrt (Ergänzungsleistungen AHV und IV), der tertiären Bildung sowie im Öffentlichen Verkehr. Weiter ist aufgrund bedeutender Investitionsvorhaben ein markanter Anstieg der Abschreibungen vorgesehen. Daneben führt die Ausfinanzierung der Versicherungskassen zu Mehraufwendungen.

Der Anstieg des Personalaufwands bis 2016 mit durchschnittlich 0.3 Prozent je Jahr ist moderat. Den Mehraufwendungen von 6.6 Mio. Franken für den Stufenanstieg (abzüglich Mutationsgewinne), die Beförderungen, die ausserordentlichen Leistungsprämien sowie refinanzierte Stellen im Umfang von 1'100 Stellenprozenten steht die Kürzung des Personalaufwands um 1 Prozent (–6.9 Mio. Fr.) gegenüber. Diese wurde mit dem Voranschlag 2013 beschlossen und wird in den Planjahren des AFP 2014–2016 weitergezogen. Wird der Personalaufwand um diesen Effekt sowie die Folgekosten der Personalgesetzrevision und der Demografievorlage bereinigt, resultiert ein negatives Aufwandwachstum von jährlich durchschnittlich –0.2 Prozent. Im übrigen sind nebst den erwähnten refinanzierten Stellen keine neuen, nicht refinanzierten Stellen im AFP 2014–2016 enthalten.

Ohne Gegenmassnahmen würde das freie Eigenkapital zur Deckung der Aufwandüberschüsse bis Ende 2014 vollständig aufgebraucht. Damit besteht dringender Handlungsbedarf. Entsprechend hat die Regierung das Projekt «Entlastungsprogramm und Leistungsüberprüfung 2013» (EP 2013) in Angriff genommen. Mit dem EP 2013 verfolgt sie das Ziel, den Kantonshaushalt so zu stabilisieren, dass sich die erwarteten Aufwände und Erträge die Waage halten. Das Haushaltsgleichgewicht soll ohne zusätzliche Steuerfussanpassungen erreicht werden. Den Umfang der notwendigen Entlastungsmassnahmen wird die Regierung in Abhängigkeit von aktualisierten Ertragsschätzungen, auf der Basis von längerfristig ausgerichteten Szenarien für die Haushaltsentwicklung und nach dem Vorliegen der departementalen Abklärungen zu Beginn des Jahres 2013 festlegen.

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen mit dieser Vorlage Botschaft und Entwurf des Aufgaben- und Finanzplans 2014–2016.

1 Einleitung

Der gemäss Art. 16d des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1; abgekürzt StVG) jährlich auszuarbeitende Aufgaben- und Finanzplan (AFP) verfolgt insbesondere die nachstehenden Zielsetzungen:

- Konsolidierte Zusammenstellung der zentralen Planungsgrundlagen für die mittelfristige Planung und Steuerung von Aufgaben und Finanzen;
- Übersichtliche Darstellung der mutmasslichen finanziellen Veränderungen in den kommenden Jahren;
- Schaffung der notwendigen Grundlagen für mittelfristig orientierte finanzpolitische Entscheide und Vorgaben.

Zu diesem Zweck werden zunächst die relevanten Planungsgrundlagen und Sachplanungen dargestellt (Kapitel 2). Darauf aufbauend werden für die bestehenden Staatsaufgaben Ertrag und Aufwand der laufenden Rechnung sowie Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung aufgezeigt und kommentiert (Kapitel 3). Weiter werden für Gesetzesvorhaben sowie Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite die Folgen auf die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung aufgezeigt (Kapitel 4 und 5). Anschliessend werden die Ergebnisse aus finanzpolitischer Sicht beurteilt und das weitere Vorgehen erläutert (Kapitel 6).

In den AFP 2011–2013, AFP 2012–2014 und AFP 2013–2015 zeigte sich, dass ohne Gegenmassnahmen hohe Haushaltsdefizite zu erwarten gewesen wären. Die Regierung legte mit dem AFP 2012–2014 ein Massnahmenpaket vor, um die zu erwartenden Ungleichgewichte zwischen Einnahmen und Ausgaben zu reduzieren. In der Februarsession 2011 verabschiedete der Kantonsrat zusammen mit dem AFP 2012–2014 auch die Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits (33.11.09, Sparpaket I). Gestützt auf die hohen Aufwandüberschüsse im AFP 2013–2015 beantragte die Regierung dem Kantonsrat im Rahmen einer separaten Botschaft ein weiteres Sparpaket (33.12.09, Sparpaket II) zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushaltes. Dieses wurde vom Kantonsrat im Juni 2012 verabschiedet.

Trotz integraler Umsetzung des Sparpaketes II verbleiben im AFP 2014–2016 Finanzierungslücken von jährlich 122 Mio. bis 161 Mio. Franken. Die durch das Sparpaket II erzielten Einsparungen wurden zu einem grossen Teil durch Steuermindererträge und weitere Kostensteigerungen im Bereich der neuen Spitalfinanzierung (ausserkantonale Hospitalisationen) konsumiert. Aufgrund der mutmasslichen und der budgetierten Rechnungsdefizite sowie der vorgesehenen Eigenkapitalbezüge sinkt der Bestand des freien Eigenkapitals bis Ende 2013 voraussichtlich auf noch rund 150 Mio. Franken. Der finanzpolitische Spielraum ist damit stark eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund ist die Ausarbeitung eines weiteren Entlastungsprogramms zur nachhaltigen Sanierung der Kantonsfinanzen mit Wirkung ab 2014/2015 unumgänglich. Die Regierung hat deshalb das Projekt «Entlastungsprogramm und Leistungsüberprüfung 2013» in Angriff genommen. Ziel dieses Projekts ist es, den Kantonshaushalt über die Planperiode 2014–2016 hinaus ins Gleichgewicht zu bringen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Kanton finanzpolitisch handlungsfähig bleibt.

Die Regierung hat die Departemente und die Staatskanzlei beauftragt, bis Anfang Januar 2013 sämtliche Leistungsbereiche grundlegend zu überprüfen. Departemente und Staatskanzlei sollen aufzeigen, wie das Leistungsangebot zu reduzieren ist, wenn weniger staatliche Mittel zur Verfügung stehen. Analoge Überlegungen sind in der Justiz und in verschiedenen Querschnittsbereichen anzustellen. Gestützt auf die Überlegungen und Vorschläge der Departemente, der Gerichte und der Staatskanzlei wird die Regierung im ersten Quartal 2013 darüber entscheiden, in welchen Leistungsbereichen Massnahmen weiterzuerfolgen und zu konkretisieren sind. Die Regierung beabsichtigt, dem Kantonsrat noch im ersten Halbjahr 2013 eine Botschaft mit entsprechenden Entlastungsvorschlägen zu unterbreiten.

2 Grundlagen der Planung

2.1 Finanzleitbild und finanzpolitische Grundlagen

Den allgemeinen Rahmen des AFP bilden das Finanzleitbild und die darin festgehaltenen finanzpolitischen Ziele, die im Jahr 2002 für den Kanton verabschiedet wurden (vgl. Anhang 1 zum Finanzplan 2003–2005, 33.02.04). Die Ziele betreffen die Bereiche Ausgaben- und Einnahmenpolitik, Aufrechterhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit sowie Aufgabenteilung. Besonders zu erwähnen sind:

Ausgabenpolitik: Die Gesamtausgaben des Kantons werden so gesteuert, dass die Staatsquote nicht weiter ansteigt. Deshalb sind bei neuen Aufgaben deren finanzielle Auswirkungen abzuklären und mögliche Kompensationen der Mehrausgaben für neue Aufgaben durch Einsparungen bei bisherigen Aufgaben zu prüfen.

Einnahmenpolitik: Die Steuerquote des Kantons steigt nicht weiter an; mittelfristig wird eine Senkung angestrebt. Erhöhungen des Staatssteuerfusses sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Der Kanton weist sowohl für natürliche Personen als auch für Unternehmungen im interkantonalen Vergleich eine konkurrenzfähige Steuerbelastung aus. Gezielte, tarifarische Steuerentlastungen haben gegenüber allgemeinen Senkungen des Steuerfusses Vorrang.

Begrenzung der Verschuldung und Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit: Der Kanton verschuldet sich nicht für laufende Ausgaben. Die laufende Rechnung muss ausgeglichen sein. Der Voranschlag darf maximal einen Aufwandüberschuss in der Höhe des Ertrags von 3 Prozent der einfachen Steuer vorsehen¹. Ein allfälliger Aufwandüberschuss in der laufenden Rechnung ist dem Voranschlag des übernächsten Jahres zu belasten, soweit er nicht durch Eigenkapital gedeckt werden kann².

Die Verschuldung für Investitionen wird auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten gering gehalten. Zu diesem Zweck werden Investitionen innerhalb von fünf bzw. zehn Jahren abgeschrieben³. Mit der Massnahme S1 des Sparpakets II wurden die Abschreibungsfristen für Spitalbauten auf 25 Jahre verlängert⁴. Grosse Schwankungen des jährlichen Investitionsvolumens werden vermieden. Das Eigenkapitalvolumen wird konjunkturgerecht gesteuert; in wirtschaftlich günstigen Phasen ist freies Eigenkapital aufzubauen.

Ausgleich des Voranschlags: Der Staatssteuerfuss wird so festgesetzt, dass der Aufwandüberschuss im Voranschlag der laufenden Rechnung den geschätzten Ertrag von 3 Prozent der einfachen Steuer nicht übersteigt. Er kann gesenkt werden, wenn das freie Eigenkapital den geschätzten Ertrag von 20 Prozent der einfachen Steuer übersteigt⁵.

Aufgabenteilung: Der Kanton beachtet im Verhältnis zu den Gemeinden das Subsidiaritätsprinzip und respektiert die Gemeindeautonomie. Der Kanton sorgt dafür, dass zwischen den Gemeinden keine zu grossen Unterschiede im kommunalen Leistungsangebot und in der Steuerbelastung bestehen.

¹ Dies entspricht heute einem Betrag von 32.4 Mio. Franken (vgl. Botschaft zum Voranschlag 2013, S. 103).

² Vgl. Art. 61 StVG.

³ Vgl. Art. 50 StVG und Art. 10 der Finanzhaushaltsverordnung, sGS 831.1.

⁴ Kantonsratsbeschluss vom 6./7. Juni 2012 zum Sparpaket II (33.12.09).

⁵ Vgl. Art. 61 StVG.

2.2 Finanzielle Grundlagen

2.2.1 Rechnungsabschlüsse der Vorjahre und mutmassliche Rechnung 2012

in Mio. Fr.	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Mutmasslich 2012
Laufende Rechnung				
Aufwand	4'158.1	4'330.6	4'461.8	4'496.9
Ertrag	4'215.3	4'395.3	4'397.0	4'425.3
Ertrag vor Bezug freies Eigenkapital	4'200.3	4'170.3	4'272.0	4'225.3
Aufwandüberschuss vor Bezug freies Eigenkapital	-42.2	160.3	189.8	271.6
Bezug freies Eigenkapital	15.0	225.0	125.0	200.0
Aufwandüberschuss			64.8	71.6
Ertragsüberschuss	57.2	64.7		
Investitionsrechnung				
Ausgaben	160.1	191.5	198.4	230.6
Einnahmen	38.7	51.8	46.2	46.5
Nettoinvestition	121.4	139.7	152.2	184.1
Finanzierung				
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	74.3	85.8	96.9	110.7
Saldo der laufende Rechnung	57.2	64.7	-64.8	-71.6
Selbstfinanzierung	131.6	150.6	32.1	39.1
Nettoinvestition	121.4	139.7	152.2	184.1
Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrag (-)	10.1	10.9	-120.1	-145.0
Selbstfinanzierungsgrad	108%	108%	21%	21%
Eigenkapital (Bestand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	878.4	718.2	528.3	256.7
Besonderes Eigenkapital	552.4	521.8	467.1	441.5
Gesamtes Eigenkapital	1'430.8	1'239.9	995.4	698.2

Bis im Jahr 2009 konnten positive Abschlüsse erzielt und freies Eigenkapital aufgebaut werden. Im Jahr 2011 ist effektiv, d.h. ohne Bezug aus dem freien Eigenkapital, ein Aufwandüberschuss von 189.8 Mio. Franken eingetreten. Der Bestand des gesamten Eigenkapitals nahm vom Höchststand von 1.4 Mrd. Franken Ende 2009 auf 1.0 Mrd. Franken Ende 2011 ab. Per Ende 2012 wird das gesamte Eigenkapital voraussichtlich noch knapp 700 Mio. Franken betragen.

Für das Jahr 2012 ist ein Aufwandüberschuss von 28.4 Mio. Franken budgetiert. Die mutmassliche Rechnung 2012 lässt allerdings einen Aufwandüberschuss von knapp 72 Mio. Franken erwarten, hauptsächlich wegen tieferen Steuer- und Vermögenseinnahmen sowie Mehrkosten im Gesundheitsbereich (individuelle Prämienverbilligung, ausserkantonale Hospitalisationen). Entlastend wirkt die nicht budgetierte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von insgesamt 40 Mio. Franken. Ohne diese Mehrerträge würde das mutmassliche Ergebnis 2012 entsprechend schlechter ausfallen.

Im Bereich der Investitionsrechnung ist gegenüber den Vorjahren ein weiterer Anstieg zu erwarten. Im Jahr 2012 wird mit Nettoinvestitionen von rund 184 Mio. Franken gerechnet.

2.2.2 Voranschlag 2013

in Mio. Fr.	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013
Laufende Rechnung		
Aufwand	4'389.5	4'500.6
Ertrag	4'361.1	4'473.6
Ertrag vor Bezug freies Eigenkapital	4'161.1	4'393.6
Aufwandüberschuss vor Bezug freies Eigenkapital	228.4	107.0
Bezug freies Eigenkapital	200.0	80.0
Aufwandüberschuss	28.4	27.0

Der Voranschlag 2013 sieht einen Aufwandüberschuss von 27.0 Mio. Franken vor. In diesem Wert enthalten sind Bezüge aus dem freien Eigenkapital von 80 Mio. Franken und dem besonderen Eigenkapital von 61.2 Mio. Franken (ordentliche Tranche und einmaliger Vorbezug von je 30.6 Mio. Fr.) sowie eine Anhebung des Steuerfusses um 10 Prozentpunkte auf neu 115 Prozent.

Das bereinigte Aufwandwachstum beträgt im Jahr 2013 rund 2.0 Prozent. Werden die Gesundheitseinrichtungen, deren Kosten durch die ab dem 1. Januar 2012 geltende neue Spitalfinanzierung (inner- und ausserkantonale Hospitalisation) weitgehend exogen gesteuert werden, ausgeklammert, resultiert ein bereinigtes Aufwandwachstum von 0.7 Prozent.

2.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturaussichten für die Schweiz sind gemäss jüngster Konjunkturprognose der Expertengruppe des Bundes (Dezemberprognose 2012) verhalten positiv. Ausschlaggebend für die nur bedingt positiven Erwartungen sind die nach wie vor unsicheren aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, namentlich der – auch nach Einführung der Wechselkursuntergrenze zum Euro – hoch bewertete Schweizer Franken sowie die Unsicherheiten bezüglich Entwicklung der Weltkonjunktur. Dass sich die Schweizer Wirtschaft erneut unter schwierigen Bedingungen relativ gut behaupten konnte, ist dem Zusammenspiel solider Inlandkonjunktur und der teilweisen Krisenresistenz der Exportwirtschaft zu verdanken. Die kurzfristigen Konjunkturaussichten für die kommenden Monate sind durchzogen, wobei Anzeichen für eine bedeutende Verschlechterung nicht auszumachen sind. So erwartet die Expertengruppe des Bundes für die Schweiz im Jahr 2012 ein BIP-Wachstum von 1 Prozent. Für das Jahr 2013 behält sie ihre bisherige Einschätzung bei und prognostiziert ein BIP-Wachstum von 1.3 Prozent. Für 2014 wird von einer Festigung der konjunkturellen Entwicklung ausgegangen (BIP-Wachstum 2 %).

Die Aussichten am Arbeitsmarkt haben sich laut Expertengruppe eingetrübt. Die Beschäftigungen nahmen bis zum Herbst 2012 noch deutlich zu. Jüngste Umfragen deuten aber auf eine nachlassende Einstellungsneigung bei vielen Firmen sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor hin. Der leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Anfang 2012 einsetzte, dürfte sich 2013 fortsetzen und erst 2014 zu Ende gehen. Im Jahresdurchschnitt rechnet die Expertengruppe daher mit Arbeitslosenquoten von 2.9 Prozent für 2012 sowie je 3.3 Prozent für die Jahre 2013 und 2014. Demgegenüber bleibt die Inflationsgefahr trotz der in der Schweiz und in vielen OECD-Ländern expansiven Geldpolitik äusserst gering. Gemäss Expertengruppe dürfte sich der Landesindex für Konsumentenpreise in den Jahren 2013 und 2014 um jährlich 0.2 Prozent entwickeln.

Vor dem Hintergrund der moderat positiven Konjunkturperspektiven ist im Kanton St.Gallen weiterhin mit einer gedämpften Entwicklung der Steuererträge zu rechnen. Insbesondere ist – wie bereits im Voranschlag 2013 – davon auszugehen, dass die im letztjährigen AFP 2013–2015 eingestellten Steuererträge, die auf optimistischeren Wachstumsannahmen basierten, nicht erreicht werden können.

Unsicherheiten bestehen ferner bei der Gewinnausschüttung der SNB. Das Eidgenössische Finanzdepartement und die SNB unterzeichneten im November 2011 eine neue Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der SNB. Diese gilt für die Geschäftsjahre 2011 bis 2015 und sieht vor, dass die SNB künftig jährlich 1 Mrd. Franken an den Bund und die Kantone auszahlt, sofern die Ausschüttungsreserve wieder einen positiven Betrag aufweist. Für den Kanton St.Gallen resultiert dabei ein Anteil von rund 40 Mio. Franken je Jahr. Es hängt von der weiteren Entwicklung an den Finanzmärkten und insbesondere an der Währungsfront ab, ob nach 2012 auch in den Folgejahren Gewinnausschüttungen erwartet werden dürfen. Kurz- und mittelfristig darf von Gewinnausschüttungen ausgegangen werden. Solche sind im AFP 2014–2016 im Umfang von jährlich 40 Mio. Franken eingestellt.

2.4 Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushaltes (Sparpaket II)

Mit dem Kantonsratsbeschluss über die Massnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Staatshaushaltes (33.12.09; Sparpaket II) erteilte der Kantonsrat im Juni 2012 der Regierung den Auftrag, im AFP 2014–2016 Bericht über die Umsetzung der entsprechenden Massnahmen zu erstatten. Nachstehende Tabelle zeigt die Massnahmen des Sparpakets II und die damit tatsächlich umgesetzten Entlastungen im AFP 2014–2016 gegenüber dem letztjährigen AFP 2013–2015. Die Werte in Klammern verweisen auf die ursprüngliche Entlastungswirkung gemäss Beschluss des Kantonsrates vom Juni 2012⁶.

	<i>Massnahmen des Sparpakets II</i>	<i>AFP 2014</i>	<i>AFP 2015</i>	<i>AFP 2016</i>	<i>Umsetzung</i>
Aktualisierungen					
A	Kürzung der Mittel im innerkantonalen Finanzausgleich: Bereinigung Zahlen AFP 2013–2015	–13'400'000	–13'700'000	–13'700'000	ja
A	Aktualisierungen Sonderschulen	–6'717'100	–6'017'100	–6'017'100	ja
A	Korrektur Ertragsschätzung Vermögensverwaltung	–250'000 (–400'000)	–400'000	–400'000	2014: nur teilweise umgesetzt
A	Korrektur Mehrkosten Revision Versicherungskassen	3'400'000	3'400'000	3'400'000	ja
A	Aktualisierungen Investitionsrechnung	–23'900'000	–9'200'000	–9'200'000	ja
A	Amtsleitung TBA: Allgemeine Verwaltung	–100'000	–100'000	–100'000	ja
A	Amt für Umwelt: Erhöhung Staatsgebühren für Bewilligungen Abfallanlagen/Altlasten	–50'000	–50'000	–50'000	ja
A	Streichung Liste für säumige Prämienzahlerinnen und -zahler	–400'000	200'000	200'000	ja
A	Korrektur Aufwand IPV	–1'900'000	–1'900'000	–1'900'000	ja
Total Aktualisierungen		–43'317'100	–27'767'100	–27'767'100	
Kürzungsmassnahmen					
K1	Stellenreduktion Dienststelle PPC	–104'200	–104'200	–104'200	ja
K1	Reduktion Informatikaufwendungen ePSI	–90'200	–90'200	–90'200	ja
K2	Angebotsstandard Regionalverkehr	0	–200'000	–200'000	ja
K3	Beitragspflicht verkehrsrelevante Einrichtungen	–200'000	–200'000	–200'000	ja, Ersatzmassnahme, vgl. Kapitel 4.2.1
K4	Neuordnung öV-Finanzierung	–1'668'000 (–660'000)	–3'042'000 (–1'190'000)	+1'492'000 (–1'190'000)	ja (Übererfüllung in Jahren 2014/15 und Untererfüllung im Jahr 2016)
K5	Forstliche Schutzbauten: Reduktion Staatsbeiträge	–300'000	–300'000	–300'000	ja
K6	Kürzung der Mittel im innerkantonalen Finanzausgleich	–11'700'000	–11'700'000	–11'700'000	ja
K7	Allgemein (DI, Amt für Kultur)	–620'000	–620'000	–620'000	ja
K8	Kürzung der Kulturförderbeiträge	–360'000	–560'000	–560'000	ja
K9	Reduktion der Denkmalpflegebeiträge	–235'000	–340'000	–340'000	ja

⁶ Die Massnahmen des Sparpakets I – abgesehen von der in der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 abgelehnten Kürzung der Ergänzungsleitungen um 4.4 Mio. Franken – wurden integral umgesetzt und sind Bestandteil des AFP-Planwertes 2013.

Massnahmen des Sparpakets II		AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Umsetzung
Kürzungsmassnahmen					
K10	DI: Residual (alle Ämter)	-267'000	-257'000	-257'000	ja
K10	Interne Aufsicht soziale Einrichtungen	-21'000	-21'000	-21'000	ja
K11	Berufsfachschulen: Verminderung des Führungspools	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000	ja
K12	Integration der Brückenangebote hauswirtschaftlicher Ausrichtung in das allgemeine Brückenangebot	-200'000	-200'000	-200'000	ja
K13	Berufsfachschulen: Integration Klassenlehrerzulagen	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000	ja
K14	Berufsfachschulen: festlegen max. Förderbeitrag für Lernende	-600'000	-590'000	-590'000	ja
K15	Berufsfachschulen: Erweiterung und Quantifizierung des Berufsauftrags der Lehrpersonen	-630'000	-630'000	-630'000	ja
K16	Erhöhung Reisezeit Wohn-Schulort	-350'000	-600'000	-600'000	ja
K17	Berufsfachschulen: Optimierung der Klassengrössen (Berufsmaturität) ..	-660'000	-650'000	-650'000	ja
K18	Berufsfachschulen: Konzentration der Schulorte	-700'000	-700'000	-700'000	ja
K19	Überprüfung Budgetierungsvorgaben an Berufsfachschulen	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000	ja
K20	Mittelschulen: Klassenzusammenlegungen für einzelne Lektionen	-250'000	-400'000	-400'000	ja
K21	Mittelschulen: Reduktion der Anzahl Pflichtlektionen	-900'000	-900'000	-900'000	ja
K22	Universität: Verzichtplanung in Lehre und Verwaltung	-2'000'000	-3'000'000	-3'000'000	ja
K23	Universität: Praxisänderung Dienstleistungen und Forschungsprojekte ..	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000	ja
K24	PHSG: Straffung Lehre und Betrieb	-1'200'000	-1'800'000	-1'800'000	ja
K25	FHS St. Gallen: Kosteneinsparung in der Lehre	-700'000	-800'000	-800'000	ja
K26	HSR: Gebühren zu Lasten Wirtschaftspartner	-220'000	-330'000	-330'000	ja
K27	HSR: Gemeinkostenbeitrag Drittmittel Industriepartner	0	-800'000	-800'000	ja
K28	NTB: Senkung der Kosten pro Student	-950'000	-920'000	-920'000	ja
K29	Reduktion Personalkosten im Finanzdepartement	-320'000	-250'000	-250'000	ja
K29	keine Erhöhung Entschädigung Geschäftsführer IG KOMSG	-10'000	-10'000	-10'000	ja
K30	Reduktion Informatik-Betriebskosten	-28'000	-28'000	-28'000	ja
K30	Reduktion Druckkosten Berichte	-25'000	-25'000	-25'000	ja
K31	Verrechnung der Leistungen im Bereich der Familienausgleichskasse Staatspersonal	-100'000	-100'000	-100'000	ja
K32	Neue Fachapplikation Quellensteuer	-120'000	-120'000	-120'000	ja
K32	Anbindung Quellensteuer an zentralen Bezug	-20'000	-20'000	-20'000	ja
K33	eTaxes für Arbeitgeberabrechnung Quellensteuer	-100'000	-100'000	-100'000	ja
K34	Reduktion Bezugsprovision Quellensteuer	-1'700'000	-1'600'000	-1'600'000	ja
K35	eDesk/eWorking und Veranlagungsunterstützung natürliche Personen ..	-805'000	-1'105'000	-1'105'000	ja
K36	Veranlagungsunterstützung juristische Personen ⁷	-330'000	-330'000	-330'000	ja
K37	Kostenreduktion im Bereich der Aus- und Weiterbildung	-130'000	-130'000	-130'000	ja
K38	Kostenreduktion im Bereich der Stellenausschreibungen	-200'000	-200'000	-200'000	ja
K39	Reduktion Informatik Kleinstvorhaben	-30'000	-30'000	-30'000	ja
K40	Aufbau Energiemanagement & Betriebsoptimierung	-400'000	-800'000	-800'000	ja
K41	Reduktion Aufträge an Dritte (BD)	-430'000	-430'000	-430'000	ja
K42	Reduktion der Mittel für GIS-Datenerhebungen	-40'000	-40'000	-40'000	ja
K43	Beteiligung an Sicherheitskosten für das Asylzentrum Landegg	-100'000	-100'000	-100'000	ja
K44	Verzicht auf das weitere Engagement beim Polizeikooperationszentrum in Schaanwald (FL)	0 (-130'000)	0 -130'000	-130'000	Verzicht wird erst ab 2016 umgesetzt
K45	Plafonierung der Kantonsbeiträge an den Kulturgüterschutz	-50'000	-50'000	-50'000	ja
K46	Verschiebung Ausbau teilstationäre Versorgung Kinder- und Jugendpsychiatrie	-600'000	-300'000	-300'000	ja

⁷ Die personellen Entlastungen der Massnahme K36 (Veranlagungsunterstützung juristische Personen) sowie die damit verbundenen Betriebskosten der Informatiklösung sind in den AFP-Planwerten enthalten. Die dafür erforderliche Informatikinvestition ist Bestandteil des Voranschlags 2013. Im Rahmen der Abklärungen im Vorfeld der Umsetzung dieser Massnahme hat sich gezeigt, dass die Umsetzung mit einigen Problemen behaftet ist. Gegenwärtig laufen Detailabklärungen und allenfalls sind eine Neubeurteilung vorzunehmen und Alternativen zu prüfen.

Massnahmen des Sparpakets II		AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Umsetzung
Kürzungsmassnahmen					
K47	Streichung/Kürzung Dienstleistungen und Honorare (GD)	-10'000	-100'000	-100'000	ja
K47	Streichung/Kürzung Staatsbeiträge (GD)	-200'000	-200'000	-200'000	ja
K47	Streichung/Kürzung Staatsbeiträge sowie Dienstleistungen und Honorare	-200'000	-200'000	-200'000	ja
K47	Streichung/Kürzung Staatsbeiträge	-90'000	-90'000	-90'000	ja
K48	Minderaufwand/Verschiebung Unterstellung Oberärztinnen und Oberärzte unter das eidgenössische Arbeitsgesetz	-4'200'000	-4'400'000	-4'400'000	ja
K49	Erhöhung der Ertragsüberschussvorgabe im Zentrum für Labormedizin	-180'000	-200'000	-200'000	ja
K50	Reduktion der gemeinwirtschaftlichen Leistungen bei Spitälern	-4'100'000	-4'100'000	-4'100'000	ja
K51	Reduktion Beiträge für die Sicherstellung der Versorgung	-4'750'000	-4'750'000	-4'750'000	ja
K52	Enge Kooperation der Spitalverbunde 3 und 4 ⁸	0 (+320'000)	0 (-650'000)	0 (-650'000)	vgl. Fussnote
Total Kürzungsmassnahmen		-48'693'400	-54'062'400	-49'658'400	
Querschnittsmassnahmen					
Q1	Personalgesetz: Reduktion Mehrkosten Zentralverwaltung	-2'570'000	-2'570'000	-2'570'000	ja
Q2	Personalgesetz: Reduktion Mehrkosten selbständige Institutionen	-8'700'000	-8'700'000	-8'700'000	ja
Q3	Verzicht auf Teuerungsanpassung	-9'100'000	-9'100'000	-9'100'000	ja
K53	Verzicht auf zusätzliche Stellen	-2'000'000	-2'090'000	-2'090'000	ja, vgl. hierzu Kapitel 3.2.1
Q4	Anpassung des Informatik-Liefervertrages der VRSG «SN Steuern Natürliche Personen»	-500'000	-500'000	-500'000	ja
Q4	Durchführungskosten Ergänzungsleistungen und Pflegefinanzierung	-605'000 (-500'000)	-605'000 (-500'000)	-605'000 (-500'000)	ja
Q5	Reduktion Flächenstandards in zugemieteten Objekten	0	-1'500'000	-1'500'000	ja
Q7	Aufträge an Dritte	-800'000	-900'000	-900'000	ja
Total Querschnittsmassnahmen		-24'275'000	-25'965'000	-25'965'000	
Globale Kürzungsmassnahmen					
Aufwandminderung bei Staatsbeiträgen		0	0 (-20'000'000)	0 (-20'000'000)	Weiterverfolgung im EP 2013
Projekt Aufgabenerfüllung		0	0 (-5'000'000)	0 (-5'000'000)	Weiterverfolgung im EP 2013
Total globale Kürzungsmassnahmen		0	0	0	
Massnahmen mit Bezug auf Gemeinden					
G2	IVSE-Unterstellung Schlupfhuus	-300'000	-300'000	-300'000	ja
G2	Aufgabenteilung InVia	-1'034'000	-1'034'000	-1'034'000	ja
G3	Streichung der Beiträge an die Suchtberatungsstellen	-3'200'000	-3'200'000	-3'200'000	ja
G4	Giftsammelstellen an Gemeinden	0 (-500'000)	0 (-500'000)	0 (-500'000)	Art und Zeitpunkt der Umsetzung ist in Abklärung mit den Gemeinden
G5neu	Übernahme Anteil Sonderkredit E-Government durch Kanton	+500'000 (+1'000'000)	+500'000 (+1'000'000)	+500'000 (+1'000'000)	ja
G6neu	Streichung Abgeltung Zweigstellen EL-Abwicklung	-700'000	-700'000	-700'000	ja
G7neu	Streichung Gemeindebeiträge Neue Regionalpolitik	-165'000	-165'000	-165'000	ja
G8neu	Erhöhung Gemeindeanteil Pflegefinanzierung (60%)	-17'700'000 (-17'455'000)	-18'700'000 (-17'455'000)	-19'900'000 (-17'455'000)	ja, Übererfüllung
Total Massnahmen mit Bezug auf Gemeinden		-22'599'000	-23'599'000	-24'799'000	

⁸ Die Massnahme K52 (Enge Kooperation der Spitalverbunde 3 und 4) lässt sich nicht wie ursprünglich geplant umsetzen. Die Baserate wird sich aufgrund des Benchmarkings kaum erhöhen lassen, selbst wenn die engere Kooperation zu Beginn höhere Kosten auslöst. Die Baserate der Spitalverbunde 2 bis 4 wird massgeblich von den Kosten der Spitalverbunde 2 und 3 beeinflusst. Damit entfielen zwar höhere Kantonsbeiträge von 0.32 Mio. Franken im Voranschlag 2013 und im AFP 2014, in der Folge könnte aber die Einsparung von jährlich 0.65 Mio. Franken ab dem AFP 2015 nicht in der vorgesehenen Form realisiert werden.

Massnahmen des Sparpakets II		AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Umsetzung
Sondereffekte					
S1	Verlängerung Abschreibungsfrist Spitalbauten	0	-15'300'000	-15'300'000	ja
S2	Verschiebung des Abschreibungsbeginns um ein Jahr	-12'600'000	-28'500'000	-28'500'000	ja
S3	Gebührenüberschuss des Strassenverkehrsamtes nicht mehr dem Strassenfonds, sondern dem Allgemeinen Haushalt zuweisen.	-9'400'000 (-6'000'000)	-9'800'000 (-6'000'000)	-9'800'000 (-6'000'000)	ja, Über- erfüllung ⁹
Total Sondereffekte		-22'000'000	-53'600'000	-53'600'000	
Residualkorrekturen					
R1	Umsetzung Residualkorrekturen verteilt auf Departemente	-11'268'000	-11'285'000	-11'285'000	ja
Total Residualkorrekturen		-11'268'000	-11'285'000	-11'285'000	
Ertragsseitige Massnahmen					
E1	Begrenzung Pendlerabzug ¹⁰	0	-13'000'000	-13'000'000	ja
E2	Erhöhung Studiengebühren (Universität St.Gallen)	-1'250'000	-2'000'000	-2'000'000	ja
E2	Erhöhung Studiengebühren (Fachhochschulen)	-1'350'000	-1'350'000	-1'350'000	ja
E3	Erhöhung der Gebühren für Amtshandlungen (BD)	-10'000	-10'000	-10'000	ja
E3	Erhöhung der Gebühreneinnahmen bei Erteilung von Bewilligungen (GD)	-30'000	-30'000	-30'000	ja
E3	Erhöhung der Beiträge für die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen ...	-600'000	-600'000	-600'000	ja
E3	Erhöhung der Gebühren für die Bewilligung von Strassenreklamen und Veranstaltungen	-260'000	-260'000	-260'000	ja
E3	Gebühreerhöhung im Bereich Sicherheitsfirmen, Sprengstoff und Pyrotechnik	-140'000	-140'000	-140'000	ja
Total Ertragsseitige Massnahmen		-3'640'000	-17'390'000	-17'390'000	
Übergangsmassnahmen					
Ü1	Massnahmenplan aus Sonderkredit «Standortförderungsprogramm 2011–2014»	-300'000	-165'000	0	ja, kein Weiter- zug 2016
Ü2	Verzicht auf Förderung Sozialberufe	-200'000	-200'000	-200'000 (0)	ja, Weiterzug 2016
Ü3	Reduktion Sachaufwand Fachhochschulen	-1'240'000	-2'320'000	-745'000 (0)	ja, teilweiser Weiterzug 2016
Ü4	Staffelung / Verschiebung Informatik-Projekte des Kantonalen Steueramtes	-1'050'000	-300'000	0	ja, kein Weiter- zug 2016
Ü5	Gewässerverbauungen	-1'500'000	-1'500'000	0	ja, kein Weiter- zug 2016
Ü5	Kantonsbeiträge an Gemeinden und Abwasserverbände für Abwasseranlagen und generelle Entwässerungsplanungen über einen längeren Zeitraum verteilen	-50'000	-50'000	0	ja, kein Weiter- zug 2016
Ü5	Verschiebung – Staatsbeiträge Erforschung und Erprobung erneuerbarer Energien / Energiesparmassnahmen	-50'000	-50'000	0	ja, kein Weiter- zug 2016
Ü6	Verzicht auf Studie zur Wirkung von Interventionen in der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug	-100'000	0	0	ja, kein Weiter- zug 2016
Ü6	Verschiebung StPO-Stellen (Gesetzesvorhaben)	-400'000	-400'000	-400'000 (0)	ja, Weiterzug 2016
Ü6	Informatik-Investitionen: Scanning / Ausdehnung i2-Analyse-Tool	440'000	-320'000	0	ja, kein Weiter- zug 2016
Total Übergangsmassnahmen		-4'450'000	-5'305'000	-1'345'000	
Total Sparpaket II (inkl. ertragsseitige Massnahmen und Übergangsmassnahmen)		-180'242'500	-218'973'500	-211'809'500	

⁹ Übererfüllung der Sparvorgabe aufgrund eines höheren Gebührenüberschusses als ursprünglich geplant. Je nach Entwicklung der Gebührenerträge kann der Überschuss in Zukunft auch unter 6 Mio. Franken fallen.

¹⁰ Die Mehrerträge von jährlich 13 Mio. Franken im Zusammenhang mit der Massnahme E1 (Begrenzung Pendlerabzug) sind ab 2015 Bestandteil des AFP 2014–2016. Aus heutiger Sicht ist die Realisierung mit Unsicherheiten verbunden. Insbesondere sind Gesetzesanpassungen auf Bundesebene notwendig (Steuerharmonisierungsgesetz), deren Umsetzungszeitpunkt schwer abschätzbar ist.

Von der ursprünglich vom Kantonsrat im Juni 2012 beschlossenen Entlastungswirkung des Sparpakets II von 171.8 Mio. Franken (2014) und 234.1 Mio. Franken (2015) konnten im Zahlenteil des AFP 2014–2016 gesamthaft 180.2 Mio. Franken bzw. 219.0 Mio. Franken realisiert werden)¹¹. Die Kürzungsmassnahmen wurden integral auch in den Planwerten 2016 weitergezogen. Da die Übergangsmassnahmen im Grundsatz bis 2015 befristet sind, wurden diese im Planjahr 2016 nur teilweise berücksichtigt. Gemäss obiger Tabelle resultieren Minderentlastungen gegenüber dem Beschluss des Kantonsrat zum Entlastungsvolumen in den Jahren 2015/2016 hauptsächlich durch den Verzicht auf die Umsetzung der beiden globalen Kürzungsmassnahmen «Aufwandminderung bei Staatsbeiträgen (20 Mio. Franken)» und «Projekt Aufgabenerfüllung (5 Mio. Franken)». Die Regierung beabsichtigt, diese Vorgabe im Rahmen der Arbeiten zum Entlastungspaket und zur Leistungsüberprüfung 2013 umzusetzen.

2.5 Umsetzung der Sparvorgabe an die Gemeinden

Der Kantonsrat hat mit dem Sparpaket II eine Beteiligung der Gemeinden von jährlich 20 Mio. Franken in den Jahren 2013 bis 2015 beschlossen. Mit dem Voranschlag 2013 wurde eine Gemeindebeteiligung von 19.6 Mio. Franken realisiert. Die Sparvorgabe von 20 Mio. Franken wurde um rund 0.4 Mio. Franken unterschritten.

	VA 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Aufgabenteilung In Via und Schlupfhus	+500'000	-1'334'000	-1'334'000	-1'334'000
Streichung Beiträge an Suchtberatungsstellen	-3'200'000	-3'200'000	-3'200'000	-3'200'000
Übernahme Gemeindeanteil am Sonderkredit E-Government durch Kanton ¹²	+500'000	+500'000	+500'000	+500'000
Streichung Abgeltung Zweigstellen Abwicklung Ergänzungsleistungen	-700'000	-700'000	-700'000	-700'000
Streichung Gemeindebeiträge Neue Regionalpolitik	-165'000	-165'000	-165'000	-165'000
Erhöhung Gemeindeanteil Pflegefinanzierung (60 %)	-16'500'000	-17'700'000	-18'700'000	-19'900'000
Gemeindebeteiligung Sparpaket II total	-19'565'000	-22'599'000	-23'599'000	-24'799'000
<i>Abweichung zur Zielvorgabe von 20 Mio. Franken</i>	<i>-435'000</i>	<i>+2'599'000</i>	<i>+3'599'000</i>	<i>+4'799'000</i>

¹¹ Im Voranschlag 2013 sind Entlastungen infolge der Umsetzung des Sparpakets II in der Gesamthöhe von 141.5 Mio. Franken berücksichtigt.

¹² In der Botschaft zum Voranschlag 2013 wurde von der Übernahme von jährlich 1 Mio. Franken durch den Kanton ausgegangen. Aufgrund der Halbierung des Sonderkredites «E-Government» von 10 Mio. auf 5 Mio. Franken beträgt die Mehrbelastung des Kantons durch die vollständige Übernahme jährlich nur noch 500'000 Franken.

2.6 Investitionsplanung

Die Regierung nahm im April 2012 eine Priorisierung der Investitionen unter Berücksichtigung bestehender Sachplanungen vor und verabschiedete daraufhin das Investitionsprogramm 2013–2022. Der Kantonsrat hat mit seiner Vorgabe, das Investitionsvolumen für Investitionen und Investitionsbeiträge (ohne Finanzierungen, ohne Strassenbau) ab dem Jahr 2012 von früher 135 Mio. Franken auf 180 Mio. Franken im 5-Jahres-Durchschnitt anzuheben, den Spielraum im Bereich der Investitionen erhöht. Das vorliegende Investitionsprogramm 2013–2022 hält diese Vorgabe bis im Jahr 2015 ein. Ab 2016 steigt das 5-Jahres-Mittel hingegen auf über 200 Mio. Franken an. Nachfolgende Übersicht zeigt für die einzelnen Jahre des Abschreibungsbeginns die voraussichtlichen Investitionsvolumen (Abschreibungsaufwand zu Lasten Kanton) sowie das 5-Jahres-Mittel:

in Mio. Fr.	Investitionsvolumen (ohne Strassenbau)	5-Jahres-Mittel (vorlaufend)
Rechnung 2008	126.0	
Rechnung 2009	131.0	
Rechnung 2010	114.0	
Rechnung 2011	49.0	
Voranschlag 2012	72.0	98.4
Voranschlag 2013	167.0	106.6
AFP 2014	90.0	98.4
AFP 2015	412.0	158.0
AFP 2016	313.0	210.8

Nicht Bestandteil obiger Zahlen sind die Finanzierungen. Diesen kommt aufgrund der hohen einmaligen Ausgabe von 400 Mio. Franken im Jahr 2014 im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der Versicherungskassen in dieser Finanzplanperiode eine besondere Bedeutung zu. Würden die Finanzierungen in den fortlaufenden 5-Jahres-Mittelwert mit eingerechnet, resultierte ein bedeutend höheres Investitionsvolumen.

3 Finanzielle Mehrjahresplanung

3.1 Gesamtergebnis

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Aufgaben- und Finanzplan				
Aufwand der laufenden Rechnung	4'500.6	4'605.7	4'751.8	4'917.3
Ertrag der laufenden Rechnung	4'473.6	4'444.5	4'620.6	4'795.2
Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung	27.0	161.2	131.2	122.1
Entwicklung des bereinigten Aufwands (Laufende Rechnung)				
Gesamtaufwand	4'500.6	4'605.7	4'751.8	4'917.3
– Ertragsanteile Dritter	338.4	348.8	368.0	387.7
– Durchlaufende Beiträge	277.9	255.8	255.6	255.6
– Fondierungen	14.7	14.7	13.1	11.3
– Interne Verrechnungen	408.5	423.4	473.9	526.4
– Globalkredite (Erträge)	4.2	4.2	4.2	4.2
Bereinigter Aufwand	3'456.9	3'558.8	3'637.0	3'732.1
Bereinigtes Aufwandwachstum		2.9%	2.2%	2.6%

In den Jahren 2014 bis 2016 liegen die Aufwandüberschüsse der laufenden Rechnung – trotz integraler Umsetzung des Sparpakets II – zwischen 122 Mio. und 161 Mio. Franken. Die Planwerte enthalten neben den Aufwendungen und Erträgen für die bestehenden Staatsausgaben auch die finanziellen Folgen der geplanten Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser Tragweite. Weitergeführt werden auch die im Voranschlag 2013 beschlossenen Kürzungen des Personalaufwands im Umfang von 6.9 Mio. Franken. Die Steuererträge basieren auf einem Staatssteuerfuss von 115 Prozent. Schliesslich sind auch Gewinnausschüttungen der SNB von jährlich 40 Mio. Franken sowie jährliche Bezüge des besonderen Eigenkapitals in der Höhe von 25.6 Mio. Franken Bestandteil des Zahlenwerks.

Die Zahlen des AFP 2014–2016 weisen nach wie vor auf ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen Gesamtaufwand und Gesamtertrag der laufenden Rechnung hin. In den Jahren 2013 bis 2016 ist das durchschnittliche jährliche Wachstum des Gesamtaufwandes (+3.0%) bedeutend höher als dasjenige des Gesamtertrages (+2.3%). Sowohl das Aufwandwachstum als auch die beträchtlichen Steuerentlastungen tragen zur Entstehung dieses Ungleichgewichts bei. Wird das Aufwandwachstum bereinigt, beträgt dieses für den Gesamtkanton zwischen 2.2 und 2.9 Prozent je Jahr.

Der Aufwandüberschuss fällt im Jahr 2014 um rund 30 Mio. Franken höher aus als im Planjahr 2015, hauptsächlich weil die volle Entlastungswirkung des in den Zahlen berücksichtigten Sparpakets II erst im Jahr 2015 eintritt.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Investitionsrechnung				
Ausgaben	276.5	582.8	298.8	376.8
Einnahmen	105.2	37.6	35.2	35.3
Nettoinvestition	171.3	545.2	263.6	341.5
Finanzierung				
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen ...	115.4	129.1	158.9	191.9
Saldo der laufenden Rechnung	-27.0	-161.2	-131.2	-122.1
Selbstfinanzierung	88.4	-32.1	27.7	69.8
Nettoinvestition	171.3	545.2	263.6	341.5
Finanzierungsfehlbetrag	82.9	577.3	235.9	271.7
Selbstfinanzierungsgrad	51.6%	negativ	10.5%	20.4%
Entwicklung Eigenkapital (Stand Ende Jahr)				
Freies Eigenkapital	149.7	-11.5	-142.7	-264.8
Besonderes Eigenkapital	380.3	354.7	329.1	303.5
Gesamtes Eigenkapital	530.0	343.2	186.4	38.7

Die Nettoinvestitionen steigen im Finanzplanjahr 2016 auf gut 340 Mio. Franken an. Als Folge davon steigt trotz Anpassung der Abschreibungsmodalitäten mit dem Sparpaket II (Verschiebung Abschreibebeginn um ein Jahr, Erstreckung der Abschreibedauer bei Spitalbauten auf 25 Jahre) einerseits der Abschreibungsbedarf auf dem Verwaltungsvermögen bis 2016 auf jährlich bis rund 192 Mio. Franken. Zudem führt die hohe Investitionstätigkeit zusammen mit den defizitären Rechnungsabschlüssen zu hohen Finanzierungsfehlbeträgen.

Die Eigenkapitaldecke reduziert sich unter diesen Voraussetzungen rasch. Ohne Gegenmassnahmen ist damit zu rechnen, dass das freie Eigenkapital per Ende 2014 vollständig aufgebraucht sein wird. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass der Kanton zwecks Sicherstellung der Liquidität Kapital aufnehmen muss. Dies wiederum würde die laufende Rechnung mit höherem Zinsaufwand belasten. Zudem wären spätestens ab dem Jahr 2015 die Aufwandüberschüsse – da sie nicht mehr durch freies Eigenkapital gedeckt werden könnten – auf die laufende Rechnung des übernächsten Jahres zu übertragen und dort zu kompensieren. Gelingt es dazumal nicht, den Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung auf maximal 3 Prozent des geschätzten Ertrags der einfachen Steuer zu begrenzen, müsste der Staatssteuerfuss automatisch nach oben angepasst werden, bis die Ausgleichsregel wieder eingehalten wäre.

3.2 Erläuterungen

Das Gesamtergebnis lässt sich weiter in folgende Aufwand- und Ertragsarten untergliedern:

in Mio. Fr.		Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
30	Personalaufwand	697.7	699.4	701.0	704.3	0.3%
31	Sachaufwand (inkl. Informatikaufwand)	453.8	464.0	459.3	452.5	-0.1%
32	Passivzinsen	22.0	28.0	31.5	34.9	16.6%
33	Abschreibungen	136.0	149.9	179.8	212.9	16.1%
34	Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung ..	555.5	593.4	615.2	637.5	4.7%
35	Entschädigungen Gemeinwesen	63.9	59.5	59.5	59.7	-2.2%
36	Staatsbeiträge	1'870.6	1'917.6	1'962.9	2'022.2	2.6%
37	Durchlaufende Beiträge	277.9	255.8	255.6	255.6	-2.7%
38	Fondierungen	14.7	14.7	13.1	11.3	-8.4%
39	Interne Verrechnungen	408.5	423.4	473.9	526.4	8.8%
	Gesamtaufwand	4'500.6	4'605.7	4'751.8	4'917.3	3.0%
40	Steuern	1'878.4	1'932.8	2'019.5	2'092.3	3.7%
41	Regalien/Konzessionen	15.0	15.1	15.7	15.7	1.5%
42	Vermögenserträge	162.6	158.2	160.0	164.8	0.4%
43	Entgelte	278.5	279.1	280.0	280.3	0.2%
44	Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung ..	593.1	601.2	612.9	625.5	1.8%
45	Rückerstattung Gemeinwesen	128.5	117.3	118.0	117.4	-3.0%
46	Beiträge eigene Rechnung	558.6	602.0	616.1	636.1	4.4%
47	Durchlaufende Beiträge	277.9	255.8	255.6	255.6	-2.7%
48	Defondierungen	172.5	59.6	68.9	81.1	22.2%
49	Interne Verrechnungen	408.5	423.4	473.9	526.4	8.8%
	Gesamtertrag	4'473.6	4'444.5	4'620.6	4'795.2	2.3%
	Gesamtsaldo (Aufwandüberschuss) ...	27.0	161.2	131.2	122.1	

3.2.1 Personalaufwand

Beim Personalaufwand ist bis ins Jahr 2016 eine Zunahme um 6.6 Mio. Franken auszumachen. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 0.3 Prozent. Wird der Personalaufwand um die pauschalen Besoldungskorrekturen (Konto 308, zentral im Finanzdepartment eingestellt), die refinanzierten Stellen und die in den Departementen eingestellten ausserordentlichen Leistungsprämien bereinigt, so nimmt der Personalaufwand zwischen dem Voranschlag 2013 und dem AFP 2016 um insgesamt 0.2 Prozent oder 4.0 Mio. Franken ab.

Gemäss nachfolgender Tabelle umfassen die pauschalen Besoldungskorrekturen (Konto 308 des allg. Personalaufwands) folgende Positionen: Finanzwirksame Teile der Personalgesetzrevision, Aufwendungen der Demografievorlage, Stufenanstieg [abzüglich Mutationsgewinne], Beförderungsquote, Kürzung des Personalaufwands um 1 Prozent.

Gegenüber dem Voranschlag 2013 wurden die Aufwendungen für die Beförderungen wie auch die ausserordentlichen Leistungsprämien wieder auf das ursprüngliche Niveau vor den Reduktionen im Rahmen des Voranschlags 2013 erhöht. Als nachhaltige Massnahme wurde hingegen die Kürzung des Personalaufwands um 1 Prozent (-6.9 Mio. Fr.) auch in den Finanzplanjahren 2014–2016 weitergezogen.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Personalaufwand	697.7	699.4	701.0	704.3	0.3%
abzüglich Allg. Personalaufwand (RA 5600/308)	-3.1	-6.3	-9.6	-12.9	
– davon Aufwand Revision Personalgesetz (finanzwirksame Teile)	2.6	2.6	2.6	2.6	
– davon Aufwand Demografievorlage	5.3	5.3	5.3	5.3	
– davon Stufenanstieg (abzüglich Mutationsgewinne)	0.8	1.5	2.3	3.0	
– davon Aufwand Beförderungsquote	1.3	3.8	6.3	8.9	
– davon Kürzung Personalaufwand (1%)	-6.9	-6.9	-6.9	-6.9	
abzüglich refinanzierte Stellen	-1.3	-1.1	-1.4	-1.4	
abzüglich a.o. Leistungsprämien	-1.0	-1.7	-1.7	-1.7	
Personalaufwand bereinigt	692.3	690.3	688.3	688.3	-0.2%

Im AFP 2014–2016 sind folgende neue, refinanzierte Stellen enthalten:

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Baudepartement (Hochbauamt, Energieoptimierung)	200%	200%	200%
Sicherheits- und Justizdepartement (Justizvollzug)	200%	200%	200%
Gesundheitsdepartement (Heimstätten Wil)	300%	700%	700%
Total neue, refinanzierte Stellen	700%	1'100%	1'100%

Im Übrigen sind im Zahlenwerk des AFP 2014–2016 keine nicht refinanzierten neuen Stellen enthalten. In zwei Departementen ist aber ein Bedarf an zusätzlichen Stellen grundsätzlich ausgewiesen. Die Regierung hat sich aus finanzpolitischen Gründen und vor dem Hintergrund der kantonsrätlichen Beschlüsse zum Sparpaket II (K53) und zum Voranschlag 2013 im Personalbereich und insbesondere auch im Hinblick auf das EP 2013 dagegen ausgesprochen, zusätzliche Stellen bereits im jetzigen Zeitpunkt ins Zahlenwerk aufzunehmen. Indessen hält sie – unabhängig von der Leistungsüberprüfung – in ausgewiesenen Bereichen neue Stellen für ausgewiesen und erforderlich. Sie nimmt deshalb in Aussicht, die nachfolgend aufgeführten Stellen in den Voranschlag 2014 aufzunehmen.

Untenstehende Übersicht weist den entsprechenden zusätzlichen Stellenbedarf aus. Weitergehende Informationen zum Stellenbedarf je Departement sind im Kapitel 3.3 aufgeführt.

Stellenbedarf	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Staatskanzlei	–	–	–
Volkswirtschaftsdepartement	–	–	–
Departement des Innern	–	–	260%
– Amt für Kultur	–	–	260%
Bildungsdepartement	–	–	–
Finanzdepartement	–	–	–
Baudepartement	–	–	–
Sicherheits- und Justizdepartement	550%	2'050%	3'050%
– Amt für Justizvollzug	200%	400%	400%
– Kantonspolizei	250%	1'250%	2'250%
– Staatsanwaltschaft	100%	400%	400%
Gesundheitsdepartement	–	–	–
Total Stellenbedarf	550%	2'050%	3'310%

3.2.2 Sachaufwand (inkl. Informatikaufwand)

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Sachaufwand	453.8	464.0	459.3	452.4	−0.1%
Dienstleistungen und Honorare (318) . . .	164.7	169.9	162.0	158.7	−1.2%
Informatikaufwand (312)	64.7	68.3	69.3	68.3	1.8%
– Betriebskosten	55.0	57.8	58.8	57.8	1.7%
– Investitionskosten	9.7	10.5	10.5	10.5	2.7%
Anteil Informatik am Sachaufwand	14.3%	14.7%	15.1%	15.1%	

Der Sachaufwand weist im Zeitraum 2013 bis 2016 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von −0.1 Prozent auf, was einer Abnahme von 1.4 Mio. Franken entspricht. Bei den beiden grössten Positionen innerhalb des Sachaufwandes, den Dienstleistungen und Honoraren sowie dem Informatikaufwand, resultieren Wachstumsraten von −0.2 Prozent bzw. von +1.8 Prozent.

Der Rückgang bei den Dienstleistungen und Honoraren um 6 Mio. Franken ist hauptsächlich auf geringere Projektierungskosten im Bereich des öffentlichen Verkehrs (2.4 Mio. Franken) und im Hochbauamt (4.4 Mio. Franken) zurückzuführen. Mehraufwendungen sind bei der Abwicklung der individuellen Prämienverbilligungen (Aufträge an Dritte, 0.9 Mio. Franken) und den Ergänzungsleistungen (Entschädigungen, 0.8 Mio. Franken) eingestellt.

Beim Informatikaufwand wird wieder das vormalige Investitionsniveau von 10.5 Mio. Franken pro Jahr erreicht. Die Zunahme der Informatikbetriebskosten um rund 2.8 Mio. Franken vom Voranschlag 2013 zum AFP-Wert 2014 ist hauptsächlich auf zunehmende Software- und Supportaufwendungen im kantonalen Steueramt (1.4 Mio. Franken) sowie auf Soft- und Hardwareanschaffungen bei der Kantonspolizei (0.8 Mio. Franken) zurückzuführen.

3.2.3 Zinsensaldo

Der Zinsensaldo ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Passivzinsen und der Vermögenserträge, korrigiert um den Saldo der internen Verzinsung.

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Passivzinsen	18.5	24.5	27.9	31.4	19.3%
Interne Verzinsung	0.3	0.4	0.6	0.9	44.2%
Vermögenserträge	−64.4	−64.8	−65.0	−66.0	0.8%
Zinsensaldo (Nettozinsenertrag)	−45.6	−39.9	−36.5	−33.7	−9.6%

Der Nettozinsenertrag reduziert sich von knapp 46 Mio. Franken im Jahr 2013 auf nicht ganz 34 Mio. Franken im Jahr 2016. Diese Verschlechterung ist einerseits auf die notwendige Aufnahme neuer Darlehen zurückzuführen, was einen Anstieg der Schuldzinsen zur Folge hat. Andererseits ist zur Ausfinanzierung der Versicherungskasse des Staatspersonals und der Lehrerversicherungskasse ab 2014 ein zusätzlicher Zinsaufwand von jährlich 6 Mio. Franken eingestellt, was die Passivzinsen entsprechend erhöht.

3.2.4 Abschreibungen

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Bisherige Objekte	73.49	71.22	81.06	83.59	4.4%
Neue Objekte		14.87	15.83	28.80	—
Studiendarlehen	0.01	0.01	0.01	0.01	0.0%
Finanzierung aus allgemeinen Mitteln	73.50	86.10	96.90	112.40	15.2%
Strassen (Finanzierung aus Strassenfonds)	41.90	43.00	62.00	79.50	23.8%
Total Abschreibungen	115.40	129.10	158.90	191.90	18.5%

Aus allgemeinen Mitteln werden die planmässigen Abschreibungen auf Hochbauten, technischen Einrichtungen und Investitionsbeiträgen sowie die nach kaufmännischen Grundsätzen vorzunehmenden Abschreibungen auf Studiendarlehen finanziert. Aus zweckgebundenen Mitteln des Strassenverkehrs (Strassenfonds) werden dagegen die Abschreibungen auf Strassenbauten gedeckt.

Die aus allgemeinen Mitteln zu finanzierenden Abschreibungen steigen von 73.5 Mio. Franken im Jahr 2013 um 38.9 Mio. Franken auf 112.4 Mio. Franken im Jahr 2016. Der Abschreibungsaufwand für bisherige Objekte nimmt um 4.4 Prozent bzw. um gut 10 Mio. Franken jährlich zu. Die Abschreibungen für neue Objekte steigen bis 2016 auf knapp 29 Mio. Franken an. Die folgende Abbildung liefert eine Übersicht über die neuen Objekte (ohne Strassen) nach der Abschreibungsdauer, der Höhe der Investitionskosten sowie den resultierenden jährlichen Abschreibungstranchen.

Abschreibungs- dauer	Objekt	Investitionskosten	2014	2015	2016
2014–2018	Bahnhofplatz St.Gallen, Bushof	5 000 000.00	1 000 000	1 000 000	1 000 000
2014–2018	Appenzellerbahnen, Durchmesserlinien	4 326 000.00	865 200	865 200	865 200
2014–2018	Sprachheilschule St.Gallen	6 516 933.00	1 303 400	1 303 400	1 303 400
2014–2018	EDUC, Sek. II	3 500 000.00	700 000	700 000	700 000
2014–2023	E-Government 2013–2017	5 000 000.00	1 000 000	1 000 000	1 000 000
2014–2053	Ausfinanzierung Versicherungskasse	400 000 000.00	10 000 000	10 000 000	10 000 000
Beginn 2014		424 342 933.00	14 868 600		
2015–2024	Fischereizentrum Steinach, Neubau	12 800 000.00		1 280 000	1 280 000
2015–2024	Davidstrasse 31 St.Gallen, Erwerb	25 000 000.00		2 500 000	2 500 000
2015–2024	Psych. Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	16 000 000.00		1 600 000	1 600 000
2015–2024	KS Sargans, Ausbau und Sanierung	50 000 000.00		5 000 000	5 000 000
2015–2019	Südostbahn, techn. Verbesserungen 2013	8 733 307.00		1 746 700	1 746 700
2015–2019	Heilpäd.Vereinigung Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung Schule und Neubau Internat	9 000 000.00		1 800 000	1 800 000
2015–2019	Sporthalle und Parkgarage Kreuzbleiche, Teilsanierung	5 000 000.00		1 000 000	1 000 000
2015–2019	KAPOgoesMobile	4 500 000.00		900 000	900 000
Beginn 2015		131 033 307.00		15 826 700	
2016–2020	Lämmlibrunnenstrasse 54 St.Gallen, Innensanierung	5 000 000.00			1 000 000
2016–2020	Polizei-posten Wil, Erwerb und Neubau	6 000 000.00			1 200 000
2016–2020	Psych. Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	6 000 000.00			1 200 000
2016–2025	Landw. Zentrum Salez, Umbau und Erweiterung	30 000 000.00			3 000 000
2016–2025	Klanghaus Toggenburg, Neubau	28 000 000.00			2 800 000
2016–2040	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung und Erweiterung Haus 02	10 000 000.00			400 000
2016–2040	Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung und Erweiterung 1. Teilkredit	100 000 000.00			4 000 000

Abschreibungs- dauer	Objekt	Investitionskosten	2014	2015	2016
2016–2040	Kantonsspital St.Gallen, Haus 07A Neubau 1. Teilkredit	145 000 000.00			5 800 000
2016–2020	Südostbahn, Investitionsvereinbarung 2014	9 000 000.00			1 800 000
2016–2020	AP Ost, 1. Teilergänzung 2015–2018 1. Etappe	9 000 000.00			1 800 000
2016–2025	Kunstmuseum St.Gallen, Um- und Neubau	13 000 000.00			1 300 000
2016–2025	Geriatrische Klinik St.Gallen, Erneuerung	20 000 000.00			2 000 000
2016–2021	SBI 2015	15 000 000.00			2 500 000
Beginn 2016		396 000 000.00			28 800 000

Das starke Wachstum im Strassenbereich in den Jahren 2013–2016 ist schwergewichtig auf die Grossprojekte Brücke Pfäfers-Valens und die Ortsumfahrungen Bütschwil und Wattwil zurückzuführen, für welche mit ansteigendem Investitionsausgaben und entsprechenden Abschreibungen zulasten des Strassenfonds zu rechnen ist.

3.2.5 Innerkantonaler Finanzausgleich

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Finanzausgleichsbeiträge an Gemeinden	208.8	237.1	239.8	242.2	5.1%
– <i>Ressourcenausgleich</i>	97.9	98.4	99.5	100.4	0.8%
– <i>Allgemeiner Sonderlastenausgleich</i>	93.3	93.8	94.3	94.8	0.5%
– <i>Individueller Sonderlastenausgleich</i>	12.5	12.6	12.8	12.9	1.1%
– <i>Partieller Steuerfussausgleich</i>	5.1	5.8	6.7	7.6	14.2%
– <i>Gesetzesvorhaben (Kompensation)</i>	26.5	26.5	26.5		
– Nachzahlungen	0.8	0.1	0.1	0.1	–50.0%
– Rückzahlungen	–12.0	–1.0	–1.0	–1.0	–56.3%

Das kantonale Finanzausgleichsgesetz (sGS 813.1) ist seit 2008 in Vollzug. Durch die Aktualisierung der Planwerte (–13.7 Mio. Fr. im Jahr 2016) sowie die Umsetzung der Massnahme K6 des Sparpakets II (–11.7 Mio. Fr.) haben die Finanzausgleichsbeiträge an die Gemeinden abgenommen. Die Mehrkosten für die Gemeinden, die sie mit der vorgesehen vollständigen Übernahme der Pflegefinanzierung ab 2014 zu tragen haben werden, sollen im innerkantonalen Finanzausgleich grundsätzlich kompensiert werden (vgl. Kapitel 4.2.1). Aufgrund laufender Arbeiten an der Revision des Finanzausgleichsgesetzes ist die Mittelverwendung gegenwärtig noch nicht abschliessend bestimmt. Deshalb nehmen die Finanzausgleichsbeiträge an die Gemeinden bis 2016 um gut 33 Mio. Franken zu.

3.2.6 Staatsbeiträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Laufende Beiträge	1'870.6	1'917.6	1'962.9	2'022.1	2.6%
<i>davon</i>					
an Kantone und interkant. Organisationen	246.3	252.3	256.7	262.2	2.1%
– Ausserkantonale Hochschulen	41.2	44.2	45.0	45.5	3.4%
– Ausserkantonale Fachhochschulen	79.7	79.7	79.0	81.1	0.6%
an eigene Anstalten	840.3	862.5	893.8	923.9	3.2%
– Hochschulen (Universität St.Gallen)	112.6	113.6	115.5	117.8	1.5%
– Fachhochschulen (PHSG)	33.3	33.3	32.5	33.1	–0.2%
– Spitäler	288.7	295.9	308.8	316.6	3.1%
– Psychiatrische Kliniken	55.6	55.8	56.2	57.2	1.0%
– Pflegefinanzierung	62.0	66.3	70.3	74.5	6.3%
– Ergänzungsleistungen AHV und IV	276.0	284.7	296.7	310.0	3.9%
an private Institutionen	391.3	387.8	391.1	394.1	0.2%
– Sonderschulen	118.2	117.2	117.2	117.2	–0.3%
– Invalidität	134.1	128.9	132.5	135.7	0.4%
an private Haushalte	230.1	226.6	227.4	230.4	0.0%
– Individuelle Prämienverbilligung	198.5	195.7	196.2	198.8	0.1%
Investitionsbeiträge	45.7	45.7	51.2	51.2	3.9%

Die Staatsbeiträge nehmen mit einer jährlichen Wachstumsrate von durchschnittlich 2.6 Prozent zwischen 2013 und 2016 um gut 150 Millionen Franken auf neu mehr als 2 Mrd. Franken zu. Dieser Anstieg erklärt sich durch Mehrbelastungen insbesondere durch die neue Spitalfinanzierung bei den inner- und ausserkantonalen Hospitalisationen (+51.1 Mio. Franken), bei den Ergänzungsleistungen AHV und IV (+34.0 Mio. Franken), bei der Tertiärbildung (+10.7 Mio. Franken), im Bereich der Pflegefinanzierung (+12.5 Mio. Franken) und beim öffentlichen Verkehr (+38.4 Mio. Franken, brutto).

Die Beiträge an eigene Anstalten machen knapp die Hälfte der Staatsbeiträge aus und entfallen vor allem auf die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales. Auch die Beiträge an private Institutionen werden grossmehrheitlich für Bildung (Sonderschulen) und Soziales (Behinderteneinrichtungen) eingesetzt, während sich die Beiträge an die privaten Haushalte hauptsächlich aus dem Beitrag zur Verbilligung der Krankenkassenprämien zusammensetzen.

3.2.7 Steuererträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Einkommens- und Vermögenssteuern	1'033.0	1'053.4	1'101.1	1'132.5	3.1%
Gewinn- und Kapitalsteuern	176.7	192.6	207.1	222.7	8.0%
Spezialsteuern	180.1	186.7	191.5	196.8	3.0%
– <i>Quellensteuer</i>	62.2	64.0	66.5	69.3	3.7%
– <i>Grundstückgewinnsteuer</i>	74.1	78.9	81.2	83.7	4.1%
– <i>Erbschafts- und Schenkungssteuern</i>	40.2	40.2	40.2	40.2	0.0%
– <i>Steuerstrafen</i>	3.6	3.6	3.6	3.6	0.0%
Total Kantonale Steuern	1'389.8	1'432.7	1'499.7	1'552.0	3.7%
Anteil Direkte Bundessteuern	111.8	114.6	120.2	126.2	4.1%
Steuerertrag (Saldo)	1'501.6	1'547.3	1'619.9	1'678.2	3.8%

Vor dem Hintergrund der nach wie vor verhaltenen Konjunktorentwicklung im Kanton St.Gallen ist mittelfristig mit einer gedämpften Entwicklung der Steuererträge zu rechnen. Obige Zahlen zu den kantonalen Steuererträgen basieren für die Jahre 2013 bis 2016 auf einem Staatssteuerfuss von 115 Prozent. Bei den kantonalen Steuererträgen wird von einer durchschnittlichen jährlichen Entwicklung von 3.7 Prozent ausgegangen.

Aufgrund von aktualisierten Schätzungen ist davon auszugehen, dass die im AFP 2013–2015 angenommenen Steuerertragsschätzungen zu optimistisch waren und die Ertragsschätzungen entsprechend nach unten zu korrigieren sind. Verglichen mit den im AFP 2013–2015 eingestellten Steuererträgen und hochgerechnet auf einen Staatssteuerfuss von 115 Prozent liegen die im AFP 2014–2016 insgesamt eingestellten Steuererträge jährlich um rund 53 bis 67 Mio. Franken tiefer.

Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern, der wichtigsten Einkommenskomponente des Kantons, wird in den Jahren 2013 bis 2016 mit einem jährlichen Wachstum von 3.1 Prozent gerechnet. Diesen Berechnungen liegen Annahmen zugrunde, wonach die massgebenden Einkommen im Planjahr 2014 um 1.25 Prozent (progressionsbereinigt 1.75 Prozent) und in den Planjahren 2015 und 2016 jährlich um 2 Prozent (progressionsbereinigt um 3 Prozent) und die Vermögen jährlich um je 2 Prozent zunehmen werden. Die Entwicklung der Erträge aus den Gewinn- und Kapitalsteuern basieren auf der Annahme, dass sich die massgebenden Gewinne im Planjahr 2014 um 3 Prozent und in den Planjahren 2015 und 2016 um jährlich 7.5 Prozent erhöhen. Bei der Quellensteuer wird im Planjahr 2014 von einer Zunahme der massgebenden Einkommen um 3 Prozent und in den Planjahren 2014 und 2015 von jährlich 4 Prozent ausgegangen. Die Schätzung der Grundstückgewinnsteuer schliesslich basiert auf einer Zunahme der steuerbaren Gewinne im Planjahr 2014 von 4 Prozent und in den Planjahren 2015 und 2016 von jährlich 3 Prozent.

3.2.8 Gebührenerträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Gebühren für Amtshandlungen	77.8	78.2	78.2	78.2	0.2%
– Staatsgebühren	23.3	23.3	23.3	23.3	0.0%
– Gerichtsgebühren	10.0	10.0	10.0	10.0	0.0%
– Verkehrsgebühren	29.1	29.5	29.5	29.5	0.5%
– Andere Gebühren	15.4	15.4	15.4	15.4	0.0%

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) veröffentlichte im Herbst 2011 erstmals einen Index der Gebührenfinanzierung, der die Gebührenbelastung in Kanton und Gemeinden in den verschiedenen Kantonen vergleicht. Der Gebührenindex ist definiert als Quotient aus Gebührenertrag und Kosten und misst damit die Kostendeckung gebührenfinanzierter Verwaltungsbereiche¹³. Erhoben wird der Gebührenindex für die Bereiche Strassen- und Schiffsverkehr, allgemeines Rechtswesen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Abfallwirtschaft. Die vier Teilindizes werden zu einem Gesamtindex zusammengefasst.

Im Herbst 2012 wurde der Gebührenindex von der EFV basierend auf Daten der Finanzstatistik für das Jahr 2010 aktualisiert. Der Gesamtindex, der im gesamtschweizerischen Durchschnitt 76 Prozent beträgt, liegt im Kanton St.Gallen bei 81 Prozent. Eine leichte Kostenüberdeckung zeichnet sich im Bereich des Strassen- und Schiffsverkehrs ab. Dort erreicht der Kanton St.Gallen einen Indexwert von 108 Prozent, was allerdings immer noch weniger ist als der gesamtschweizerische Durchschnitt von 115 Prozent. Über dem schweizerischen Durchschnitt (72 Prozent), aber unter der Kostendeckungsgrenze von 100 Prozent liegen die Bereiche des allgemeinen Rechtswesens. Der st.gallische Indexwert beträgt dort 94 Prozent. Da in diesem Aufgabengebiet sehr unterschiedliche Bereiche anfallen – u.a. Betreuungswesen, Einwohnerkontrolle, Grundbuchamt, Konkursamt, Zivilstandsamt – ist ohne vertiefte Analyse unklar, wo der Kanton St.Gallen

¹³ Ein Indexwert von (deutlich) über 100 Prozent ist ein Hinweis darauf, dass die durch eine Gebühr zu entschädigende staatliche Leistung überbezahlt ist, d. h. die Kosten der staatlichen Leistung sind geringer als die erhobene Gebühr. Umgekehrt deutet ein Indexwert von unter 100 Prozent darauf hin, dass die Inanspruchnahme einer staatlichen Leistung nicht kostendeckend ist.

konkret von den anderen Kantonen abweicht. In den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, wo die Gebühren in erster Linie durch die Gemeinden erhoben werden, sind die st.gallischen Gebühren deutlich unter der 100-Prozent-Grenze (SG: 71%; CH: 76%). Gleiches gilt für den Bereich Abfallwirtschaft (SG: 63%; CH: 71%).

Die EFV wies in ihrem Bericht vom Herbst 2011 darauf hin, dass der Kanton St.Gallen das Gebührenpotenzial insgesamt gut ausschöpft und die Kosten von Verwaltungshandlungen, die von Einzelpersonen veranlasst werden, abgedeckt sind. Im Bericht «öffentliche Abgaben im Kanton St.Gallen (40.12.02)» vom 28. Februar 2012 kommt die Regierung zum Schluss, dass die Gebühreneinnahmen sowohl beim Kanton als auch bei den Gemeinden im Betrachtungszeitraum 2001 bis 2010 zugenommen haben. Die Zunahme ist nur teilweise auf eine Erhöhung der Ansätze zurückzuführen. Von stärkerer Auswirkung war die Zunahme der bearbeiteten Fälle. Aufgrund der im Bericht erläuterten Entwicklung der Gebühren sieht die Regierung bezüglich einer Anpassung der Gebührentarife keinen Handlungsbedarf.

3.2.9 Bundesfinanzausgleich

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Nettoertrag aus dem Bundesfinanzausgleich	389.9	394.7	399.7	404.7	1.2%
– <i>Ressourcenausgleich</i>	395.2	400.0	405.0	410.0	1.2%
– <i>Geografisch-topografischer Lastenausgleich</i>	2.1	2.1	2.1	2.1	0.0%
– <i>Härteausgleich</i>	–7.4	–7.4	–7.4	–7.4	0.0%

Die Beiträge des Ressourcenausgleichs, die vom Bund sowie den ressourcenstarken Kantonen alimentiert werden, können sich von Jahr zu Jahr erheblich verändern. Eine Veränderung kann sich einerseits aufgrund von Anpassungen bei der kantonseigenen Ressourcenstärke oder andererseits aufgrund der Veränderung des gesamten Ressourcenpotentials aller Kantone ergeben. Besonders sensitiv reagiert der Ressourcenausgleich auf Veränderungen der Finanzkraft grosser Kantone wie beispielsweise Zürich oder Waadt. Die deutlich unterdurchschnittliche Entwicklung des Kantons Zürich bekommen auch die anderen Geberkantone zu spüren, insbesondere solche, die sich deutlich überdurchschnittlich entwickeln. Daher ist nicht auszuschliessen, dass die effektiven Beiträge des Kantons St.Gallen erheblich von den im AFP 2014–2016 veranschlagten Zahlen abweichen werden. Aufgrund der Prognosen für alle Kantone wird für den Kanton St.Gallen in den Planjahren 2014–2016 von einem moderaten Wachstum um jährlich 5 Mio. Franken ab 2013 ausgegangen. Die Berechnungen des Wirtschaftsberatungsinstitutes BAK Basel gehen davon aus, dass sich das gesamte Ressourcenpotential aller Kantone nach einem kleinen Absinken im Jahr 2014 bis 2016 geringfügig erhöhen wird. Das Ressourcenpotential des Kantons St.Gallen dürfte sich dabei unterdurchschnittlich entwickeln, sodass dem Kanton St.Gallen voraussichtlich per Saldo nur wenig mehr Mittel aus dem Ressourcenausgleich zufließen werden.

Der geografisch-topografische Lastenausgleich wird jeweils um die Teuerung bereinigt weitergezogen. Die Aufwendungen zur Alimentierung des Härteausgleichs werden bis acht Jahre nach Inkraftsetzung der NFA, sprich noch bis Ende 2015, stabil bleiben. Da der Kanton Schaffhausen ab 2013 ressourcenstark wird, verliert er seinen Anspruch auf Härteausgleich, was auch den Kanton St.Gallen minim entlasten wird. Im Bewusstsein, dass ab 2016 die Dotierung des Härteausgleichsfonds jährlich um 5 Prozent reduziert wird (so dass sich auch für St.Gallen eine leichte Entlastung ergeben könnte), wird der Planwert 2015 auch im Jahr 2016 weitergezogen, da sich auch beim Empfängerkreis des Härteausgleichsfonds wieder Änderungen ergeben können.

3.2.10 Bundesbeiträge

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Beiträge vom Bund	371.2	375.0	383.5	390.7	1.7%
– Laufende Beiträge	362.5	366.8	375.8	382.5	1.8%
– Investitionsbeiträge	8.7	8.2	7.7	8.2	–2.0%

Die Beiträge des Bundes (ohne Mittel aus dem Bundesfinanzausgleich) dürften im Zeitraum 2013 bis 2016 um durchschnittlich 1.7 Prozent pro Jahr wachsen. Massgeblich verantwortlich für die absolute Zunahme von rund 19.5 Mio. Franken ist der Zuwachs der laufenden Beiträge für die individuelle Prämienverbilligung (+4.4 Mio. Franken), die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (+9.2 Mio. Franken), den Hochschulbereich (+4.6 Mio. Franken) sowie den Gewässerbau (+4.0 Mio. Franken). Geringere Bundesbeiträge von gesamt- haft 2.2 Mio. Franken sind im Messwesen und bei den Strafanstalten zu erwarten.

3.2.11 Investitionsrechnung

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	jährliches Wachstum
Investitionen und Investitionsbeiträge (Netto)	39.8	84.3	184.5	245.8	83.5%
Ausgaben	121.0	99.6	194.6	254.1	
Einnahmen	81.1	15.3	10.1	8.3	
– davon Bildung (Netto)	–26.2	23.5	42.4	59.2	231.2%
– davon Gesundheit (Netto)	18.3	14.1	116.5	126.6	90.5%
– davon Öffentlicher Verkehr (Netto)	26.1	9.5	4.4	4.5	–44.3%
Strassenbau (Netto)	41.9	43.0	62.0	79.5	23.8%
Ausgaben	61.6	60.0	81.0	99.5	
Einnahmen	19.7	17.0	19.0	20.0	
Finanzierungen (Netto)	89.6	417.9	17.1	16.2	–43.5%
Ausgaben	93.9	423.2	23.2	23.2	
Einnahmen	4.3	5.3	6.1	7.0	
Nettoinvestitionen insgesamt	171.3	545.2	263.6	341.5	25.9%

In den Jahren 2013 bis 2016 ist ein Anstieg der Nettoinvestitionen von 171.3 Mio. Franken auf neu 341.5 Mio. Franken geplant. In diesen Zahlen enthalten sind alle drei Bereiche der Investitionsrechnung: die Investitionen und Investitionsbeiträge, der Strassenbau sowie die Finanzierungen. Die faktische Verdoppelung der gesamten Nettoinvestitionen und die starke Zunahme der Ausgaben gegenüber dem letztjährigen AFP 2013–2015 sind einerseits auf den hohen Investitionsbedarf beim Kantonsspital St.Gallen (Gesamterneuerung bis 2035) und bei den Regionalspitalern zurückzuführen, andererseits sind diverse Sanierungen sowie Aus- und Umbauten im Bildungsbereich Bestandteil der AFP-Planwerte.

Die im Jahr 2013 stark ansteigende Nettobelastung der Finanzierungen bzw. die sich entsprechend reduzierende Nettobelastung bei den Bildungsinvestitionen ergibt sich aufgrund der per 1. September 2013 geplanten Eigentumsübertragung des Gebäudes «Bahnhof Nord» an die Fachhochschule St.Gallen. Dadurch wird das bisher investierte Kapital in ein Darlehen des Verwaltungsvermögens umgewandelt und somit unter den Finanzierungen geführt. Die per 2014 zusätzlich stark ansteigende Nettobelastung im Bereich der Finanzierungen ist auf das Projekt Revision Versicherungskasse (Verselbständigung und Ausfinanzierung der beiden Versicherungskassen Staatspersonal und Lehrer, Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat) zurückzuführen. Die Ausfinanzierung soll über die Investitionsrechnung erfolgen, wobei die entsprechenden Abschreibungstranchen (10 Mio. Franken p.a., Abschreibungsfrist von 40 Jahren) und die Zinsaufwendungen (6 Mio. Franken p.a.) Bestandteile der laufenden Rechnung sind.

Im Bereich des Strassenbaus ist in der Zeitspanne 2013–2016 beinahe eine Verdoppelung des Nettoaufwandes zu gewärtigen. Dieser starke Anstieg ist schwergewichtig auf die ab 2013 ansteigenden Ausgaben im Zusammenhang mit den Grossprojekten Brücke Pfäfers–Valens und den Ortsumfahrungen Bütschwil und Wattwil zurückzuführen, welche im Rahmen des 15. Strassenbauprogramms beschlossen wurden. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt ausschliesslich über den Strassenfonds und hat keine Auswirkungen auf die Staatsrechnung.

3.3 Ergebnisse der einzelnen Departemente

Nachfolgend werden für jedes Departement die Ergebnisse des AFP 2014–2016 dargestellt und die wesentlichen Faktoren kommentiert, welche den ausgabenrelevanten Aufwand der laufenden Rechnung verändern. Die detaillierten Differenzbegründungen zur gesamten laufenden Rechnung sind im Anhang aufgeführt. Vertiefte Angaben zur Belastung der laufenden Rechnung durch Gesetzesvorhaben und Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite finden sich in den Kapiteln 4 und 5.

3.3.1 Räte und Staatskanzlei

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	22.6	22.3	22.4	22.7	0.2%
– <i>Personalaufwand</i>	9.3	9.3	9.2	9.4	0.4%
– <i>Sachaufwand</i>	12.4	12.3	12.4	12.5	0.3%
– <i>Staatsbeiträge</i>	0.4	0.4	0.4	0.4	–
Ertrag der laufenden Rechnung	11.2	11.1	11.1	11.1	–0.3%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	11.4	11.2	11.3	11.6	0.6%

Der Aufwandüberschuss der Räte steigt bis ins Jahr 2016 leicht um 0.3 Mio. Franken von 5.5 Mio. Franken im Jahr 2013 auf 5.8 Mio. Franken im Jahr 2016. Das ist einerseits auf die Erhöhung der Verrechnung der Dienstwagen sowie 2016 auf die anlässlich des Legislaturendes alle vier Jahre stattfindende zusätzliche Session zurückzuführen. Der Aufwandüberschuss der Staatskanzlei sinkt im gleichen Zeitraum leicht.

Bei den Räten und der Staatskanzlei werden mit dem AFP 2014–2016 keine nicht finanzierten Stellen geschaffen. Auch sind in den Planwerten keine zusätzlichen refinanzierten Stellen vorgesehen.

3.3.2 Volkswirtschaftsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	443.3	450.7	456.4	469.3	1.9%
– <i>Personalaufwand</i>	57.1	57.3	57.3	57.1	–
– <i>Sachaufwand</i>	17.1	17.9	17.4	10.9	–13.9%
– <i>Staatsbeiträge</i>	121.3	139.4	143.2	157.2	9.0%
Ertrag der laufenden Rechnung	340.0	339.0	339.4	342.7	0.3%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	103.4	111.7	117.1	126.6	7.0%

Im Volkswirtschaftsdepartement steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 103.4 Mio. Franken im Jahr 2013 auf 126.6 Mio. Franken im Jahr 2016, was einer überdurchschnittlichen Zuwachsrate von 7.0 Prozent pro Jahr entspricht.

Der Rückgang beim Sachaufwand 2016 ist zu fast 4 Mio. Franken auf den Wegfall bei den Projektierungskosten des öffentlichen Verkehrs im Jahr 2016 zurückzuführen. Eine weitere grössere Reduktion erfolgt aufgrund von Massnahme K4 (Neuordnung öV-Finanzierung) aus dem Sparpaket II.

Der deutliche Anstieg bei den Staatsbeiträgen um rund 36 Mio. Franken ist ebenfalls auf den Bereich des öffentlichen Verkehrs zurückzuführen: Mit zusätzlich 25 Mio. Franken schlagen die Staatsbeiträge an gemischtwirtschaftliche Transportunternehmungen zu Buche. Knapp 13 Mio. Franken sind auf Gesetzesvorhaben (u.a. auch zur Umsetzung der Massnahmen K2 bis K4) und ein Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite (5. öV-Programm) zurückzuführen. Teilweise werden auch schon Auswirkungen des bundesweiten Projekts FABI vorweggenommen.

Im Volkswirtschaftsdepartement werden mit dem AFP 2014–2016 keine nicht finanzierten Stellen geschaffen. Auch sind in den Planwerten keine zusätzlichen refinanzierten Stellen vorgesehen.

3.3.3 Departement des Innern

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	846.3	878.5	903.2	932.7	3.3%
– <i>Personalaufwand</i>	27.0	26.8	26.8	26.8	–0.3%
– <i>Sachaufwand</i>	19.1	19.7	20.2	20.5	2.4%
– <i>Staatsbeiträge</i>	539.3	546.2	567.8	590.3	3.1%
Ertrag der laufenden Rechnung	250.9	271.1	278.6	287.1	4.6%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	595.5	607.4	624.6	645.7	2.7%

Im Departement des Innern steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 595.5 Mio. Franken im Jahr 2013 auf 645.7 Mio. Franken im Jahr 2016. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 2.7 Prozent pro Jahr.

Der Zuwachs des Sachaufwands um 1.4 Mio. Franken ist schwergewichtig auf zunehmende Aufwendungen im Zusammenhang mit der Abwicklung der Ergänzungsleistungen zurückzuführen.

Der Aufwandzuwachs bei den Staatsbeiträgen ist hauptsächlich durch den Anstieg der Ergänzungsleistungen bedingt. Bei den Ergänzungsleistungen ist weiterhin mit einer Zunahme der Anzahl Leistungsbeziehenden zu rechnen. Sodann steigen die Betriebsbeiträge an die Behinderteneinrichtungen infolge Taxanpassungen und Neuanerkenntnisse von Einrichtungen sowie zunehmender Inanspruchnahme von inner- und ausserkantonalen Einrichtungen. Weiter nehmen die Staatsbeiträge in der Pflegefinanzierung von 62 Mio. Franken auf 74.5 Mio. Franken zu. Da mit dem II. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz per 2014 die vollständige Übernahme der Restkosten der Pflegefinanzierung durch die Gemeinden vorgesehen ist, sind beim Departement des Innern entsprechende Mehrerträge eingestellt. Die Kompensation der Zusatzbelastungen der Gemeinden durch die vollständige Übernahme der Pflegefinanzierung per 2014 soll grundsätzlich über den innerkantonalen Finanzausgleich erfolgen (vgl. hierzu Bemerkungen und AFP-Werte im Kapitel 3.2.5 und 4.2.1).

Im Departement des Innern wird sich als Folge des Bibliotheksgesetzes und des neuen Planungs- und Baugesetzes ab dem Jahr 2016 ein Bedarf an neuen Stellen in der Höhe von 260 Stellenprozenten ergeben. Diese Stellenbegehren sind nicht Bestandteil der Planwerte des AFP 2014–2016. Mit dem AFP 2014–2016 werden im Departement des Innern keine zusätzlichen, refinanzierten Stellen beantragt.

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Amt für Kultur (Neues Planungs- und Baugesetz)	–	–	180%
Amt für Kultur (Bibliotheksgesetz)	–	–	80%
Stellenbegehren DI total	–	–	260%

3.3.4 Bildungsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	861.7	857.1	859.6	863.3	0.1%
– Personalaufwand	249.9	246.8	244.4	243.5	–0.9%
– Sachaufwand	72.6	72.2	71.6	71.3	–0.6%
– Staatsbeiträge	468.7	471.0	469.9	474.6	0.4%
Ertrag der laufenden Rechnung	303.5	301.2	303.7	305.6	0.2%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	558.2	555.9	556.0	557.7	–0.1%

Im Bildungsdepartement resultiert in den Jahren 2013 bis 2016 ein praktisch stabiler Aufwandüberschuss.

Die neusten Prognosen des Bundesamtes für Statistik sagen für den Kanton St.Gallen in den kommenden Jahren sowohl für die Berufsfachschulen als auch für die Mittelschulen einen leichten Rückgang der Schülerzahlen voraus. Hinzu kommen die Einsparungen aufgrund der Sparpakete I und II. Damit sinken die Besoldungen für Mittelschulen und Berufsfachschulen bis 2016 um knapp 7 Mio. Franken.

Der Anstieg bei den Staatsbeiträgen ist zum grössten Teil auf die Hochschulen (Universität: +5.2 Mio. Franken, andere Hochschulen: +4.3 Mio. Franken) zurückzuführen. Gleichzeitig gehen die Staatsbeiträge an die Berufsfachschulen um 4.8 Mio. Franken zurück. Infolge der stark gestiegenen Studierendenzahl werden an der Universität St.Gallen zwecks Verbesserung der Betreuungsverhältnisse zwei neue Professuren geschaffen und der dazugehörige Lehrkörper vergrössert. Damit geht auch ein Anstieg der Infrastruktur- und Verwaltungskosten einher. Zudem werden die Beiträge gemäss Universitätsvereinbarung an die Teuerung angepasst, da die aktuellen Beiträge auf dem Indexstand von Dezember 2004 basieren. Sowohl im Universitäts- als auch im Fachhochschulbereich steigen sowohl die Beiträge an eigene Institutionen als auch die Beiträge an ausserkantonale Bildungsinstitutionen aufgrund der weiterhin steigenden Anzahl St.Galler Studierender.

Bestandteil des Zahlenwerks ist das Gesetzesvorhaben Sonderpädagogik-Konzept, welches den Kanton ab 2014 in der Höhe von jährlich 4.7 bis 5.3 Mio. Franken schwergewichtig durch Mindererträge (Entlastung Gemeinden) aufgrund des Wegfalls der Sonderschulpauschale für über 16-jährige Jugendliche belastet (vgl. ergänzende Hinweise im Kapitel 4.3.1).

Im Bildungsdepartement werden mit dem AFP 2014–2016 keine nicht finanzierten Stellen geschaffen. Auch sind in den Planwerten keine zusätzlichen refinanzierten Stellen vorgesehen.

3.3.5 Finanzdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	608.6	649.3	707.9	770.6	8.2%
– Personalaufwand	43.9	46.7	50.0	53.2	6.6%
– Sachaufwand	52.1	47.9	51.2	51.9	–0.1%
– Staatsbeiträge	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0%
Ertrag der laufenden Rechnung	2'677.2	2'635.9	2'764.0	2'882.6	2.5%
– Steuern	1'501.6	1'547.3	1'619.9	1'678.2	3.8%
– Vermögenserträge	64.4	64.8	65.0	66.0	0.8%
– Entnahme aus Eigenkapital	141.2	25.6	25.6	25.6	–43.4%
Ertragsüberschuss laufende Rechnung . .	2'068.7	1'986.5	2'056.1	2'112.0	0.7%

Im Finanzdepartement nimmt der Ertragsüberschuss zwischen dem Jahr 2013 und dem Jahr 2016 um gut 43 Mio. Franken auf 2'112.0 Mio. Franken zu. Das entspricht einer durchschnittlichen Steigerung von 0.7 Prozent je Jahr. Der Aufwand der laufenden Rechnung steigt von 608.6 Mio. Franken im Jahr 2013 um mehr als 160 Mio. Franken auf 770.6 Mio. Franken im Jahr 2016. Dies entspricht einer jährlichen Zunahme von durchschnittlich 8.2 Prozent.

Der Aufwandanstieg gründet rund zur Hälfte im Abschreibungsaufwand, der infolge der im AFP 2014–2016 eingerechneten Investitionsvorhaben gesamthaft von 115.4 Mio. Franken um 76.5 Mio. Franken auf 191.9 Mio. Franken steigt. Ein höherer Aufwand von gesamthaft rund 49 Mio. Franken ergibt sich durch den höheren Anteil von Gemeinden, Kantonen und Bund am Steuerertrag, welcher in der Planperiode 2014–2016 zunimmt. Weiter nehmen die Passivzinsen für den Fremdkapitalbezug in den Jahren 2013 bis 2016 um knapp 13 Mio. Franken zu. Im allgemeinen Personalaufwand sind Mehraufwendungen von gesamthaft 9.8 Mio. Franken eingestellt. Diese ergeben sich aus den kumulierten Effekten des Stufenanstiegs (abzüglich Mutationsgewinnen) und den Beförderungen.

Im Finanzdepartement werden mit dem AFP 2014–2016 keine nicht finanzierten Stellen geschaffen. Auch sind in den Planwerten keine zusätzlichen refinanzierten Stellen vorgesehen. Wird der Personalaufwand im Finanzdepartement um die pauschalen Besoldungskorrekturen (Kontengruppe 308 im Allg. Personalaufwand, vgl. Kapitel 3.2.1) bereinigt, so resultiert zwischen 2013 und 2016 ein Rückgang des Personalaufwands von 40.8 Mio. Franken um 0.5 Mio. Franken auf neu 40.3 Mio. Franken. Dies ist die Folge der Massnahmen aus dem Sparpaket II.

Das Projekt «Revision Versicherungskasse» belastet die laufende Rechnung des Finanzdepartements ab 2014 mit jährlichen Aufwendungen von 16 Mio. Franken (10 Mio. Franken Abschreibung Ausfinanzierung Versicherungskassen, 6 Mio. Franken Zinsaufwand Ausfinanzierung Versicherungskassen).

Beim Ertrag ist in den Jahren 2013 bis 2016 mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 2.5 Prozent zu rechnen. Ein Bezug aus dem freien Eigenkapital (80 Mio. Franken) ist einzig im Jahr 2013 enthalten. In den Finanzplanjahren ist lediglich der Bezug von 25.6 Mio. Franken aus dem besonderen Eigenkapital vorgesehen. Dieser ergibt sich aus der zulässigen Jahrestranche von 30.6 Mio. Franken, abzüglich eines voraussichtlichen Bedarfs für Beiträge zur Förderung von Gemeindevereinigungen von 5 Mio. Franken je Jahr. Wie im Voranschlag 2013 sind auch in den Jahren 2014 bis 2016 Erträge von jährlich gut 40 Mio. Franken im Zusammenhang mit den Gewinnausschüttungen der SNB eingestellt.

3.3.6 Baudepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	379.6	399.9	413.9	431.8	4.4%
– <i>Personalaufwand</i>	65.6	66.3	66.1	66.1	0.3%
– <i>Sachaufwand</i>	151.6	161.1	153.9	151.7	0%
– <i>Staatsbeiträge</i>	38.8	43.5	43.6	45.1	5.1%
Ertrag der laufenden Rechnung	301.4	296.0	310.6	332.5	3.3%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	78.2	103.8	103.3	99.3	8.3%

Im Baudepartement steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 78.2 Mio. Franken im Jahr 2013 auf knapp 100 Mio. Franken im Jahr 2016. Das entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 8.3 Prozent pro Jahr.

Die Aufwandsteigerung in den Jahren 2013 bis 2016 von rund 52 Mio. Franken ist hauptsächlich auf Mehraufwendungen für Kantonsstrassen (38 Mio. Franken, spezialfinanziert aus Strassenfonds) zurückzuführen. Beim baulichen Unterhalt der Gewässer und den Staatsbeiträgen an die Gemeinden für den Gewässerbau resultieren weitere Aufwandsteigerungen von insgesamt 8.3 Mio. Franken. In den AFP-Werten des Baudepartementes ist auch das Vorhaben von grosser Tragweite «Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Energie-wende-St.Gallen kann es!"» mit jährlichen Folgekosten von 3.3 Mio. Franken ab 2014 eingestellt. Der Sachaufwand im Baudepartement bleibt über die AFP-Jahre 2014–2016 praktisch konstant.

Im Baudepartement werden mit dem AFP 2014–2016 keine nicht finanzierten Stellen geschaffen. Neue, refinanzierte Stellenbegehren sind im Baudepartement im Umfang von 200 Stellenprozenten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Massnahme K40 (Energiemanagement und Betriebsoptimierung) aus dem Sparpaket II eingestellt¹⁴.

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Neue, refinanzierte Stellenbegehren Hochbauamt (Massnahme K40)	200%	200%	200%

3.3.7 Sicherheits- und Justizdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	541.2	535.3	554.9	576.3	2.1%
– Personalaufwand	182.2	183.1	183.6	184.6	0.4%
– Sachaufwand	103.2	106.3	105.4	106.7	1.1%
– Staatsbeiträge	2.1	3.2	4.2	5.2	35.3%
Ertrag der laufenden Rechnung	409.4	408.6	429.1	447.7	3.0%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	131.8	126.7	125.8	128.5	–0.8%

Im Sicherheits- und Justizdepartement sinkt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 131.8 Mio. Franken im Jahr 2013 auf 128.65 Mio. Franken im Jahr 2016. Das entspricht einer durchschnittlichen Aufwandreduktion von 0.8 Prozent pro Jahr.

Die Aufwandsteigerung von rund 35 Mio. Franken ist primär auf die höheren Abschreibungsbelastungen im Bereich der Kantonsstrassen zurückzuführen (spezialfinanziert aus Strassenfonds).

Die Mehraufwendungen beim Sachaufwand sind durch diverse kleinere Anpassungen begründet (Generalsekretariat: Informatik, Kantonspolizei: Informatik, Staatsanwaltschaft: Anwaltshonorare und Vollzugskosten Massnahmen Jugendliche). Die Staatsbeiträge verdoppeln sich von 2013 bis 2016. Das ist auf einen neuen Finanzierungsmechanismus im Bereich des Zivilschutzes zurückzuführen (Ersatzbeiträge an Gemeinden für Schutzraumbauten, haushaltsneutrale Rückerstattung über Kontengruppe 43).

Im Sicherheits- und Justizdepartement besteht ein Bedarf an neuen Stellen in der Höhe von jährlich 550 bis 3'050 Stellenprozenten, herrührend schwergewichtig aus dem Bericht Innere Sicherheit aus dem Jahr 2009. Diese Stellenbegehren sind nicht Bestandteil der Planwerte des AFP 2014–2016. Neue, refinanzierte Stellenbegehren sind im Umfang von 200 Stellenprozenten für die Ausweitung des Wohn-Arbeits-Externates Bitzi (WOAEX) eingestellt.

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Amt für Justizvollzug (Risikoorientierter Sanktionenvollzug, Sicherheitsdienst Bitzi, Agoge Bitzi)	200%	400%	400%
Kantonspolizei (Schulen 14/15, 15/16, 16/17, je 10 Aspiranten)	250%	1'250%	2'250%
Staatsanwaltschaft	100%	400%	400%
Stellenbegehren SJD total	550%	2'050%	3'050%
Neue, refinanzierte Stellenbegehren Amt für Justizvollzug (Wohn-Arbeits-Externat Bitzi)	200%	200%	200%

¹⁴ Mit dem Voranschlag 2013 sind in diesem Zusammenhang zeitlich gestaffelt vier Projektleiterstellen im Umfang von 200 Stellenprozenten beschlossen worden. Ab 2014 sollen weitere 2 Stellen zur Umsetzung der Massnahmen K40 dazukommen. Gesamthaft sind ab 2014 somit 6 Projektleiterstellen in die Umsetzung der Massnahme K40 involviert. Im Vergleich zum Voranschlag 2013 nehmen die entsprechenden Personalaufwendungen ab 2014 aufgrund der gestaffelten Einführung im Jahr 2013 um gesamthaft 400'000 Franken zu.

3.3.8 Gesundheitsdepartement

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	753.7	768.9	789.7	806.9	2.3%
– <i>Personalaufwand</i>	30.5	30.8	31.2	31.2	0.8%
– <i>Sachaufwand</i>	17.5	18.7	19.0	18.8	2.4%
– <i>Staatsbeiträge</i>	699.8	713.7	733.7	749.1	2.3%
Ertrag der laufenden Rechnung	166.1	167.8	170.3	172.1	1.2%
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	587.5	601.1	619.4	634.8	2.6%

Im Gesundheitsdepartement steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 587.5 Mio. Franken im Jahr 2013 auf 634.8 Mio. Franken im Jahr 2016. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 2.6 Prozent pro Jahr.

Bedeutende Aufwandsteigerungen resultieren bei der individuellen Prämienverbilligung (1.3 Mio. Franken) sowie durch die neue Spitalfinanzierung bei den inner- und ausserkantonalen Hospitalisationen (insgesamt 51.1 Mio. Franken). Die Mehraufwendungen der innerkantonalen Hospitalisationen von 38.4 Mio. Franken sind auf die Erhöhung des kantonalen Vergütungsanteils von 52 Prozent (2013) auf neu 55 Prozent im Jahr 2016, eine Zunahme der Austritte und der Pflage tage, die Erhöhung des Case Mix Indizes sowie auf eine leicht höhere Baserate zurückzuführen. Bei den ausserkantonalen Hospitalisationen entsteht der Mehraufwand von 12.7 Mio. Franken ebenfalls durch höhere Fallzahlen und Pflage tage, einen höheren Case Mix Index, eine höhere Baserate sowie den erhöhten Kantonsbeitrag von 55 Prozent. Bei der Finanzierung der inner- wie auch der ausserkantonalen Hospitalisationen wird 2016 von einem Investitionskostenzuschlag von neu 12 Prozent (2013: 11%) ausgegangen.

Die Zunahme des Sachaufwands ist hauptsächlich auf Mehraufwendungen der Abwicklungskosten der individuellen Prämienverbilligung (+0.9 Mio. Franken) zurückzuführen.

Mit dem AFP 2014–2016 werden im Gesundheitsdepartement neue, refinanzierte Stellen im Umfang von jährlich 300 bis 700 Stellenprozenten im Zusammenhang mit dem Platzausbau bei den Heimstätten Wil beantragt. Diese Stellen sind im Zahlenwerk des AFP 2014–2016 berücksichtigt.

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Neue, refinanzierte Stellenbegehren			
Heimstätten Wil	300%	700%	700%

Die Regierung beabsichtigt, die Heimstätten Wil per Anfang 2014 in eine Stiftung auszulagern. In diesem Zusammenhang wird die Ausrichtung von entsprechendem Dotationskapital notwendig werden. Die Höhe des mutmasslichen Dotationskapitals ist noch nicht festgelegt. Entsprechend ist eine Anpassung des Zahlenwerks zum jetzigen Zeitpunkt nicht zweckmässig. Die Planwerte der Heimstätten Wil wurden deshalb vorläufig im AFP 2014–2016 belassen.

3.3.9 Gerichte

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Aufwand der laufenden Rechnung	43.6	43.7	43.7	43.7	0.1%
– <i>Personalaufwand</i>	32.3	32.3	32.3	32.3	–
– <i>Sachaufwand</i>	8.1	8.1	8.1	8.1	–
– <i>Ertrag der laufenden Rechnung</i>	13.8	13.8	13.8	13.8	–
Aufwandüberschuss laufende Rechnung .	29.8	29.9	29.9	29.9	0.1%

Bei den Gerichten steigt der Aufwandüberschuss von gesamthaft 29.8 Mio. Franken im Jahr 2013 geringfügig auf 29.9 Mio. Franken im Jahr 2016. Das entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 0.1 Prozent pro Jahr.

4 Gesetzesvorhaben

4.1 Übersicht

In diesem Kapitel werden die in den kommenden Jahren geplanten Gesetzesvorhaben und deren mutmassliche finanzielle Auswirkungen dargestellt. Die nachstehende Tabelle zeigt die in Vorbereitung stehenden Vorhaben im Überblick.

in Fr. (Mehrertrag [-], Mehraufwand/Minderertrag [+]) n.q. steht für nicht quantifizierbar	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Departement des Innern			
II. Nachtrag Pflegefinanzierungsgesetz	-26'520'000	-28'120'000	-29'800'000
II. Nachtrag Finanzausgleichsgesetz	+26'520'000	+26'520'000	+26'520'000
Neues Planungs- und Baugesetz ¹⁵	0	0	+238'000
Nachtrag Gemeindegesetz	0	0	0
Bildungsdepartement			
Sonderpädagogik-Konzept	+5'100'000	+5'300'000	+4'700'000
Beitritt Stipendien-Konkordat	0	0	0
Hochschulkonkordat (HFKG)	n.q.	n.q.	n.q.
Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	n.q.	n.q.	n.q.
Finanzdepartement			
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	0	0	0
Nachtrag zum Kantonalbankgesetz	n.q.	n.q.	n.q.
Baudepartement			
Geoinformationsgesetz	+20'000	+10'000	0
III. Nachtrag zum Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung	0	0	0
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gewässernutzung	0	0	0
Gesundheitsdepartement			
Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	n.q.	n.q.	n.q.
Total laufende Rechnung	+5'120'000	+3'710'000	+1'658'000

4.2 Departement des Innern

4.2.1 II. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz und II. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz

Der Kantonsrat hat der Regierung im Rahmen des Nachtrags zum Finanzausgleichsgesetz (sGS 813.1) in der Szeptembersession 2012 den Auftrag erteilt, die stationäre Pflegefinanzierung den Gemeinden in zwei Schritten zu übertragen und den innerkantonalen Finanzausgleich anzupassen (vgl. 22.12.07). Der erste Schritt geschieht mit der Umsetzung des Sparpakets II ab dem Jahr 2013. Im Zuge dessen übernehmen die Gemeinden 60 Prozent der Kosten (bisher einen Drittel) und der Kanton 40 Prozent (bisher zwei Drittel). Der vollständige Rückzug des Kantons aus der Pflegefinanzierung soll mit einem zweiten Schritt ab dem Jahr 2014 erfolgen. Die Gemeinden werden damit 100 Prozent der stationären Pflegefinanzierung nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (SR 832.10) und dem Gesetz über die Pflegefinanzierung (sGS 331.2) übernehmen. Sie sind bereits heute für die ambulante und stationäre Akut- und Übergangspflege sowie für die ambulante Pflegefinanzierung zuständig. Die Erhöhung des Gemeindeanteils an den stationären Pflegekosten trägt den Aspekten der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden nach

¹⁵ Personalaufwand von Fr. 238'000 (2016) ist nicht Bestandteil des Zahlenwerks (vgl. Kapitel 3.3.3)

Sozialhilfegesetz (sGS 381.1) Rechnung. Der vollständige Rückzug des Kantons führt jedoch zu einer höheren Belastung der Gemeinden als im Sparpaket II vorgesehen war. Im Gegenzug soll gemäss Kommissionenmotion 42.12.14 «Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz» vom 27. August 2012 ein soziodemographischer Sonderlastenausgleich im innerkantonalen Finanzausgleich eingeführt werden, der vollständig vom Kanton finanziert wird. Für die Umsetzung ab dem Jahr 2014 sind ein zweiter Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz und ein zweiter Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz notwendig.

Die beiden Vorlagen müssen vom Kantonsrat in erster Lesung in der Septembersession 2013 beraten und in der Novembersession 2013 verabschiedet werden, damit die Änderungen ab dem Jahr 2014 umgesetzt werden können. Eine Vernehmlassung muss deshalb bereits im Frühjahr 2013 stattfinden. Die politischen Gemeinden und die weiteren Akteure (z.B. abwickelnde Pflegeheime) sind in die Vorarbeiten einzubeziehen.

Die Gemeinden erstatten dem Kanton ab dem Jahr 2014 die vollen Pflegefinanzierungsbeiträge zurück. Der Mehrertrag, der dem Kanton im Jahr 2014 gegenüber dem Kostenteiler im Jahr 2013 (60 Prozent Gemeinden und 40 Prozent Kanton) entsteht, beläuft sich auf 26.5 Mio. Franken. Dies ist zugleich das Volumen, das im Finanzausgleich durch den Kanton kompensiert wird, weshalb sich der Aufwand des Kantons wiederkehrend im Umfang von 26.5 Mio. Franken erhöht.

Tabelle als interne Hintergrundinformation

Jahr	Kostenteiler Gemeinden: Kanton nach PFG	Anpassung Kostenteiler	Kosten stationäre Pflegefinanzierung in Mio. Franken (gerundet)		
			Gemeinden	Kanton	Gesamtkosten
2011	1/3 : 2/3	Pflegefinanzierungsgesetz	16.6	33.1	49.7
2012	1/3 : 2/3	Pflegefinanzierungsgesetz	18.5	37.0	55.5
2013	60 : 40 [Kostenteiler Vorjahr]	I. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz über Sammelvorlage zum Sparpaket II	37.2 [20.7]	24.8 [41.3]	62.0
2014	100 : 0 [Kostenteiler Vorjahr]	II. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz	66.3 [39.8]	0 [26.5 = Kompensationsvolumen Finanzausgleich]	66.3
2015	100 : 0 [Kostenteiler 2013]	II. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz	70.3 [42.2]	0 [28.1]	70.3
2016	100 : 0 [Kostenteiler 2013]	II. Nachtrag zum Pflegefinanzierungsgesetz	74.5 [44.7]	0 [29.8]	74.5

4.2.2 Neues Planungs- und Baugesetz (Denkmalpflege und Archäologie)

Das neue Baugesetz, das voraussichtlich 2015 in Kraft tritt, überträgt der kantonalen Denkmalpflege und der Kantonsarchäologie neue Aufgaben im Zusammenhang mit dem Schutz des kulturellen Erbes im Kanton: Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht vor, dass jede Gemeinde innert zehn Jahren seit Vollzugsbeginn in Zusammenarbeit mit den zuständigen kantonalen Stelle (kantonale Denkmalpflege, Kantonsarchäologie) ein Schutzinventar für Baudenkmäler und archäologischen Denkmäler erstellt. Zudem ist vorgesehen, dass die zuständigen kantonalen Stellen im Schutzinventar die Objekte von kantonomer Bedeutung festsetzen und darüber hinaus die Aufnahme der vom Bund bezeichneten Objekte von nationaler Bedeutung sichern. Die Schutzinventare bedürfen zudem der Genehmigung durch das zuständige Departement (Departement des Innern). Gemäss Gesetzesentwurf müssen Unterschutzstellungen von Baudenkmalern und archäologischen Denkmälern von kantonomer Bedeutung zudem neu durch die zuständigen kantonalen Stellen (kantonale Denkmalpflege und Kantonsarchäologie) genehmigt werden. Schliesslich verpflichtet der Gesetzesentwurf den Kanton dazu, inventarisierte oder unter Schutz gestellte archäologische Denkmäler, die nicht erhalten werden können, vor ihrer Zerstörung von der Kantonsarchäologie untersuchen zu lassen.

Sowohl für die Initialisierung als auch für die eigentlichen Arbeiten im Zusammenhang mit der vorzunehmenden Neuinventarisierung und im Zusammenhang mit Unterschutzstellungen und der wissenschaftlichen Untersuchung und Sicherung von archäologischen Denkmälern werden zusätzliche Personalressourcen notwendig sein. In diesem Aufgabenbereich besteht seit längerer Zeit ein ausgewiesener und von der Regierung anerkannter Nachholbedarf beim Personal. Zur Umsetzung der Gesetzesvorlage sind ab 2016 zusätzliche personelle Ressourcen in der Höhe von knapp 240'000 Franken notwendig. Die 180 Stellenprozente setzen sich aus 100 Stellenprozenten bei der Archäologie (Organisation und Kontrolle der Ausgrabungsprojekte im ganzen Kanton, Tätigkeit im Feld sowie bei der Restaurierung, Lager und Inventarerstellung) und 80 Stellenprozenten bei der Denkmalpflege (Umsetzung «Inventar-Modell», Bezeichnung der Kantons- und Bundesobjekte und Genehmigung der Inventare). Der skizzierte Ressourcenbedarf ist nicht Bestandteil des Zahlenwerks AFP 2014–2016. Der Bedarf wird aber in Kapitel 3.3.3 ausgewiesen.

4.2.3 Nachtrag Gemeindegesetz

Das heutige Gemeindegesetz (sGS 151.2) ist seit über zwei Jahren in Vollzug. Aus den bisherigen Erfahrungen zeigt sich, dass einige Bestimmungen redaktionell und teilweise materiell angepasst werden müssen. Die materiellen Anpassungen ergeben sich vor allem wegen Unsicherheiten in der Auslegung. Ausserdem sind redaktionelle Anpassungen aufgrund der Einführung des HRM2-Kontenrahmen für Gemeinden notwendig. Die Vorlage wird für den Kanton weder personelle noch finanzielle Auswirkungen haben.

4.3 Bildungsdepartement

4.3.1 Sonderpädagogik-Konzept

Die NFA führte im Bereich der Sonderschulung zu einschneidenden Veränderungen. Seit dem 1. Januar 2008 sind ausschliesslich die Kantone für die Finanzierung zuständig. Somit wurde die Sonderschulung auch im Kanton St.Gallen noch stärker als bisher zu einem festen Bestandteil des öffentlichen Bildungsauftrags. Die Übergangsbestimmungen zur NFA halten fest, dass die Kantone die bisherigen Leistungen der IV weiterführen müssen, bis sie über ein kantonales genehmigtes Sonderschulkonzept verfügen, mindestens aber während drei Jahren (Art. 197 Ziff. 2 der Bundesverfassung [SR 101]). Seit dem Jahr 2008 gilt dementsprechend im Kanton St.Gallen eine unbefristete Übergangslösung, mit welcher das bisherige kantonale Recht und die frühere IV-Praxis fortgeführt werden.

Der Entwurf eines neuen Sonderpädagogik-Konzepts für den Kanton St.Gallen liegt vor. Er beinhaltet sowohl die Sonderschulung als auch die Sonderpädagogik der Regelschule. Das Konzept stimmt mit dem Sonderpädagogik-Konkordat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) überein. Gesetzliche Grundlage bildet der XIV. Nachtrag zum Volksschulgesetz, welcher die Umsetzung des Sonderpädagogik-Konzepts sicherstellt. Mit der kantonalen Genehmigung des Sonderpädagogik-Konzepts wird die erwähnte Übergangsregelung zur NFA abgelöst.

Die Sonderpädagogik-Vorlage besteht somit aus zwei Hauptbereichen:

- aus dem Gesetzesentwurf, dem XIV. Nachtrag zum Volksschulgesetz
- und aus dem Entwurf für das Sonderpädagogik-Konzept, welches durch den Erziehungsrat und das Bildungsdepartement erlassen und von der Regierung genehmigt wird. Am 4. Juli 2012 ist eine breite Vernehmlassung dazu eingeleitet worden.

Auswirkungen auf den AFP 2014–2016 haben die Veränderungen im Sonderschulbereich und bei der Abklärung durch die Schulpsychologischen Dienste (Art. 43 des Volksschulgesetzes [sGS 213.1]). Diese sind je nach Bedeutung im Sonderpädagogik-Konzept und/oder im XIV. Nachtragsgesetz zum Volksschulgesetz enthalten. Der diesbezügliche Handlungsbedarf ist beträchtlich. Die vormalige IV-Praxis, die während der Übergangsphase vom Kanton St.Gallen übernommen werden musste, basiert auf einem Steuerungs- und Führungsmodell aus den sechziger Jahren.

Der XIV. Nachtrag zum Volksschulgesetz soll die Grundsätze des sonderpädagogischen Angebots, die Bewilligungsverfahren und die Finanzierung des Sonderschulangebots regeln. Die finanzwirksamen Gesetzesänderungen betreffen folgende Sachverhalte:

- a) Im Nachtrag zum Volksschulgesetz wird das Versorgungskonzept für den Sonderschulunterricht gesetzlich verankert. Damit übernimmt der Kanton die Koordination und Steuerung des Platzangebots und der Leistungseinheiten in den st.gallischen Sonderschulen. Das Versorgungskonzept bildet die Grundlage für die Anerkennungen und die Leistungsaufträge, welche für die Finanzierung der Sonderschulen massgebend sind. Es berücksichtigt die Schulentwicklung und die gesellschaftlichen Veränderungen.
- b) Verbesserung der Steuerung von Sonderschulplatzierungen: Neben neuen Instrumenten in der Regelschule soll z.B. der Leistungsauftrag des Schulpsychologischen Dienstes des Kantons St.Gallen angepasst und mit der Abklärung von Internatsplatzierungen erweitert werden (Kosten pro Internatsplatz zu Lasten des Kantons: im Jahr 2010 durchschnittlich Fr. 54'000 in st.gallischen Sonderschulen).
- c) Klärung der Zuständigkeiten: Die Schulbehörde ist zuständig für das sonderpädagogische Grundangebot der Regelschule und für dessen Organisation und der Kanton für die Sonderschulung (inkl. vor und nach der obligatorischen Schulpflicht). Der Kanton prüft und finanziert deshalb gemäss Nachtrag zum Volksschulgesetz die Verlängerung der Sonderschulung bis zum 20. Altersjahr.
- d) Sonderschulen sollen neu mit leistungsabhängigen Pauschalen abgegolten werden. Das neue Finanzierungsmodell für die Abgeltung der Betriebskosten wird im Rahmen eines Pilotversuchs erprobt. Die Art der Abgeltung der Infrastrukturkosten wird noch erarbeitet.
- e) Kanton, Gemeinden und Institutionen werden in die Steuerungsverantwortung eingebunden. Die Steuerungsinstrumente und die entsprechenden Leistungsaufträge sind anzupassen. In den Leistungsaufträgen der Sonderschulen sind zu regeln:
 - Die Zielgruppe der Sonderschule und deren Einzugsgebiet.
 - Die Art der Leistungen, z.B. Unterricht, Internat, Mittagsbetreuung, Entlastungsaufenthalte.
 - Die Menge der Leistungen, z.B. Anzahl der Plätze, Öffnungszeiten Internat.
 - Die Qualitätsstandards der Leistungen.
- f) Entlastung der Gemeinden bei der Verlängerung der Sonderschulung über die obligatorische Schulpflicht hinaus. Rund 10 Prozent der Sonderschülerinnen und -schüler sind älter als 16 Jahre, d.h. nicht mehr schulpflichtig. Da die Gemeinden keine Beschulungsverantwortung mehr tragen, rechtfertigt sich die Entrichtung der Gemeindepauschale nicht mehr. Dies bedingt eine Prüfung, Verfügung und bei Gutheissung die Finanzierung der Sonderschulplatzierung durch den Kanton.
- g) Sicherstellung, dass die Leistungsaufträge qualitativ und quantitativ den ausgerichteten Beiträgen (rund 100 Mio. Franken) entsprechen. Eine zielorientierte Anpassung des Controllings und eine Vernetzung mit der Fachaufsicht ist unumgänglich.

Im Projekt Sonderpädagogik-Konzept sind folgende Meilensteine vorgesehen:

Januar 2013	Verabschiedung Botschaft und Entwurf für einen XIV. Nachtrag zum Volksschulgesetz zu Händen des Kantonsrates durch die Regierung.
Herbst 2013	Erlass des XIV. Nachtrags durch den Kantonsrat. Der Erziehungsrat (fachlich-pädagogisch) und das Bildungsdepartement (organisatorisch-betrieblich) erlassen das Sonderpädagogik-Konzept.
August 2014	Vollzug des Nachtrages zum Volksschulgesetz
Januar 2015	Einführung des Sonderpädagogik-Konzepts

Die Reformen können durch Optimierungen und Umlagerungen voraussichtlich ohne zusätzliche personelle Ressourcen umgesetzt werden. Die nachfolgende Liste enthält alle wesentlichen Kostenfolgen nach heutigem Kenntnisstand. Die Zahlen unterscheiden sich etwas von den in der Vernehmlassungsvorlage publizierten, weil hier die finanziellen Folgen für die Finanzplanjahre dargestellt werden und in der Vernehmlassungsvorlage die finanzielle Bilanz in der langen Frist:

- Fr. 200'000 Einführungskosten für das standardisierte Abklärungsverfahren (SAV), Einführungskurse, Anpassungen der Software etc.
- Fr. 4'500'000 Minderertrag infolge Wegfall der Sonderschulpauschale für über 16-jährige Jugendliche (Entlastung für die Gemeinden). Dies führt zu Mindererträgen von 4.5 Mio. Franken (125 × Fr. 36'000).
- Fr. 300'000 bis Fr. 1'400'000: Durch die Regionalisierung der Sprachheilschulen sinkt mittelfristig der Bedarf an Internatsplätzen. Diese Umbauphase führt jedoch zu Mehrkosten, da die Angebote teilweise doppelt (einlaufend/auslaufend) geführt werden müssen. Ab dem Vollbetrieb der neuen Strukturen im Jahr 2018 sollen die Kosten unter das Niveau vom Jahr 2013 sinken.
- Fr. 200'000 bis Fr. 700'000: Ausbau der behinderungsspezifischen Beratung und Unterstützung für Kinder mit Behinderung. Durch die zusätzliche regionale Beratung und Unterstützung sollen die Lehrpersonen der Regelschule bei der Schulung eines Kindes mit Behinderung unterstützt werden. Damit soll mittelfristig ein Rückgang der Anzahl Sonderschüler erreicht werden.
- Minderaufwand infolge des abnehmenden Transportvolumens durch die verstärkte Bedarfsorientierung der abrechenbaren Transporte (Einlaufend; Fr. 100'000, Fr. 200'000 und Fr. 300'000 für die drei Finanzplanjahre)
- Minderaufwand durch die Verlagerung der kantonal finanzierten heilpädagogische Früherziehung (HFE) auf kommunal finanzierte sonderpädagogische Massnahmen im Kindergarten (ab Schuljahr 2015/2016; Fr. 700'000 für 2015 sowie Fr. 1'600'000 für 2016).
- Mehraufwand für die Umstellung der Finanzierung von baulichem Unterhalt, Renovationen, Ersatzbauten etc. Die Finanzierung soll neu mit jährlichen Pauschalbeiträgen erfolgen (bisher teilweise über die Investitionsrechnung des Kantons). Die genaue Ausgestaltung wird in den nächsten Monaten erarbeitet. Deshalb sind die Kosten derzeit noch nicht bezifferbar.

Die verschiedenen Massnahmen zur Unterstützung der Stärkung der Regelschule und die Reformen im Sonderschulbereich sollen sich längerfristig in Form eines Rückgangs des Sonderschulbedarfs kostenmindernd auswirken. Zu beachten ist, dass die Massnahme der Erhöhung der Sonderschulpauschale, welche ursprünglich ein Teil des Konzepts war, bereits im Rahmen des Massnahmenpaketes zur Beseitigung des strukturellen Defizits vorgezogen wurde. Dies führte im Vorfeld zu einer Kostenverlagerung vom Kanton zu den Gemeinden von 10 Mio. Franken.

4.3.2 Beitritt zum Stipendien-Konkordat

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat am 18. Juni 2009 eine neue interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge (Stipendien-Konkordat) verabschiedet und in die kantonalen Beitrittsverfahren gegeben. Bisher haben neun Kantone (BS, FR, GR, NE, TG, VD, BE, TI, GE) das Konkordat ratifiziert (Stand Mai 2012). Der Vorstand der EDK wird die Vereinbarung in Kraft setzen, wenn ihr wenigstens zehn Kantone beigetreten sind.

Die Kommission für Aussenbeziehungen hat am 14. Mai 2012 eine Motion eingereicht (42.12.12), mit der die Regierung eingeladen wird, dem Kantonsrat eine Vorlage über den Beitritt des Kantons St.Gallen zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge (Stipendien-Konkordat) zu unterbreiten.

Das Konkordat sieht Mindeststandards für die Vergabe von Stipendien vor. Der Kanton St.Gallen erfüllt diese Vorgaben mehrheitlich. Einer Anpassung bedürften bei einem Beitritt hingegen insbesondere die Höchstansätze sowie die Anspruchsvoraussetzungen für einzelne Kategorien von Studierenden auf der Tertiärstufe. Als Folge der notwendigen Anpassungen des St.Galler Stipendienrechts sind Mehraufwendungen von jährlich 600'000 bis 650'000 Franken notwendig.

Angesichts des strukturellen Defizits des Kantons St.Gallen sind Mehraufwendungen zu vermeiden. Daher soll das Stipendienrecht so angepasst werden, dass neben den Anpassungen an das Stipendienkonkordat zusätzliche Korrekturen vorgenommen werden, welche die Mehraufwendungen kompensieren. Eine Reduktion der Leistungen ist insbesondere bei jenen Kategorien von Stipendienbezüglern zu prüfen, wo die Bemessung nach derzeitigem Recht und derzeitiger Praxis grosszügiger ist als die anderer Kantone und auch deutlich über dem Mindeststandard des Konkordates liegt. Dies trifft namentlich auf die privaten Vollzeitberufsschulen sowie die privaten Gymnasien zu.

Einer Anpassungen bedarf das Gesetz über die staatlichen Stipendien und Studiendarlehen (Stipendien-gesetz [sGS 211.5]). Zusammen mit dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbe-schlusses über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen muss dem Kantonsrat deshalb ein III. Nachtrag zum Stipendien-gesetz unterbreitet werden. Weitere Anpas-sungen betreffen das Verordnungsrecht.

Der Vollzugsbeginn ist auf den 1. August 2014 geplant. Dies stellt sicher, dass alle Antragstellenden eines Schuljahres bzw. Semesters gleich behandelt werden können. Es sind keine Mehr- oder Minderaufwendun-gen beim Personal zu erwarten. Die Zahl der Gesuche wird sich nicht wesentlich verändern. Die jährlich wiederkehrenden Mehr- und Minderaufwendungen heben sich gegenseitig auf. Diese lassen sich folgender-massen zusammenfassen:

A. Mehraufwendungen

Grund	Mehraufwand	Bemerkungen
Wegfall der zweijährigen Wohnsitzpflicht im Kanton St.Gallen für Personen ohne Schweizer Bürgerrecht	Fr. 880'000	<p><u>Berechnungsgrundlage:</u> 2010 wurden drei Gesuche aufgrund des fehlen-den stipendienrechtlichen Wohnsitzes abgelehnt, die gemäss Konkordat stipendienberechtigt wären.</p> <p><u>Kostenfolgen:</u> <i>Es wird angenommen, dass im langjährigen Durchschnitt fünf Stipendien à Fr. 16'000.– an-fallen. (Erfahrungsgemäss ohne Elternleistung auf Tertiärausbildung).</i></p>
Anspruchsberechtigung von Personen, welche nach einem Abschluss auf der Tertiärstufe B eine Ausbildung auf der Tertiärstufe A absolvieren	Fr. 315'000	<p><u>Berechnungsgrundlage:</u> 2010 absolvierten gemäss Bundesamt für Statistik 228 Personen nach der Tertiärstufe B noch die Tertiärstufe A.</p> <p><u>Kostenfolgen:</u> <i>Es wird angenommen, dass jährlich 45 Personen (d.h. 20% der Personen mit dem betreffenden Ausbildungsweg) ein durchschnittliches Stipendi-um von Fr. 7'000.– erhalten werden (Erhöhung der max. Ansätze bis Fr. 16'000.– ist bei der Durchschnittsberechnung berücksichtigt).</i></p>
Anpassung des Höchststipendiums für nicht verheiratete Personen bei einer Ausbildung auf der Tertiärstufe	Fr. 200'000	<p><u>Berechnungsgrundlage:</u> 2010 haben 87 Personen der relevanten Kategorie (Tertiärstufe) ein Stipendium von Fr. 13'000.– bezogen.</p> <p><u>Kostenfolgen:</u> <i>Es wird angenommen, dass im langjährigen Durchschnitt 100 Personen eine durchschnittliche Stipendienerhöhung von Fr. 2'000.– erhalten wer-den.</i></p>

A. Mehraufwendungen

Grund	Mehraufwand	Bemerkungen
Anpassung des Zuschlags auf das Höchststipendium für Kinder, für die die in Ausbildung stehende Person unterhaltspflichtig ist	Fr. 30'000	<p><u>Berechnungsgrundlage:</u> Der Ansatz für die Kinder bis zum Alter von sechs Jahren beträgt Fr. 3'000.– und liegt Fr. 1'000.– unter dem Konkordatsminimum. Bei den übrigen Kindern wird der Minimalansatz bereits erreicht bzw. übertroffen.</p> <p>2010 wurden insgesamt 21 Kinder bei den Bezüglern von Stipendien über Fr. 13'000.– berücksichtigt. Darunter waren 10 Kinder unter sechs Jahren.</p> <p>Für 2010 werden bei den Bezüglern von Stipendien unter Fr. 13'000.–, unter denen sich nur sehr wenige mit Kindern befinden dürften, 20 betroffene Kinder geschätzt (1% von 1933 Stipendiengesuchen).</p> <p><u>Kostenfolgen:</u> 10 (gezählt, für Stipendien > Fr. 13'000.–) und 20 (angenommen, für Stipendien < Fr. 13'000.–) = 30.</p>
Total	Fr. 600'000 bis 650'000	

B. Minderaufwendungen

Grund	Minderaufwand	Bemerkungen
Restriktivere Berechnung der Stipendien für private Berufs- und Mittelschulen	–Fr. 600'000 bis 650'000	<p>Im interkantonalen Vergleich ist die Bemessung der Stipendien an Bewerberinnen und Bewerber, die eine private Vollzeitberufsschule oder eine private Mittelschule besuchen, grosszügig.</p> <p>Mit einer Reduktion der maximal anrechenbaren Schulgelder können die Aufwendungen um 600'000 bis 650'000 Franken reduziert werden.</p>
Total	– Fr. 600'000 bis 650'000	

4.3.3 Hochschulkonkordat (HFKG)

Nach Art. 63a der Bundesverfassung (SR 101) sorgen Bund und Kantone gemeinsam für einen wettbewerbsfähigen und qualitativ hochstehenden Hochschulraum. Ein gemeinsamer Hochschulraum Schweiz ist nur möglich, wenn Bund und Kantone gemeinsame Ziele verfolgen. Hauptziel der Koordination ist die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen, durchlässigen und hohen Qualitätsansprüchen genügenden Hochschulraum Schweiz. Die Grundlagen dazu sind im Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) festgelegt. Das HFKG wird die bisherigen unterschiedlichen Erlasse des Bundes für die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen ablösen und sorgt damit für eine wesentliche Vereinfachung und Vereinheitlichung der Koordination des schweizerischen Hochschulbereichs.

Das HFKG setzt diese Verfassungsbestimmungen auf der gesetzlichen Ebene um. Zusätzlich müssen Bund und Kantone eine Zusammenarbeitsvereinbarung abschliessen, um gemeinsame Organe einzurichten und ihnen die entsprechenden Kompetenzen zu übertragen. Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten, die diesen übertragen werden können und legt die Grundsätze von Organisation und Verfahren der Koordination fest. Kantonsseitig ist für den Abschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Bund und zur Übertragung der Befugnisse auf die gemeinsamen Organe ein interkantonales Hochschulkonkordat erforderlich.

Die EDK hat den Entwurf dieses neuen Konkordats im Juni 2012 verabschiedet. Zwischen Juli und Dezember 2012 wird im Kanton St.Gallen das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Die Ratifikation ist in den Kantonen voraussichtlich bis Mitte 2014 möglich. Kann dieser Fahrplan eingehalten werden, ist ein Inkrafttreten auf Beginn des Jahres 2015 möglich. Es lässt sich heute nicht abschätzen, ob und in welchem Umfang aus Sicht des Kantons St.Gallen Mehr- oder Minderkosten resultieren.

4.3.4 Trägervereinbarung für die Hochschule Rapperswil

Die Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil vom 19. September 2000 (sGS 234.211; im Folgenden: Trägervereinbarung) wurde unter den damaligen vier Trägerkantonen Zürich, St.Gallen, Schwyz und Glarus abgeschlossen und regelt Bestand und Zweck, Organisation, Finanzhaushalt sowie weitere Fragen betreffend der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt «Hochschule für Technik Rapperswil» (HSR). Träger der HSR sind seit dem 1. Oktober 2008 die Kantone St.Gallen, Schwyz und Glarus. Der Kanton Zürich hatte seine Mitträgerschaft an der HSR auf Ende des Studienjahrs 2007/08 gekündigt. Der Kantonsrat St.Gallen hat mit Beschluss vom 5. Juni 2007 zugestimmt, bis längstens 30. September 2016 die durch den Austritt des Kantons Zürich verursachten Mehrkosten in der Trägerfinanzierung alleine zu tragen (Übergangsfinanzierung). Dabei wurde in Aussicht gestellt, die Trägervereinbarung auf das Jahr 2016 hin zu überarbeiten.

Die heutige Trägervereinbarung der HSR sieht keine Regelung für die Kostentragung der Investitionen vor. Die Kantone St.Gallen, Schwyz und Glarus führten in Bezug auf die Finanzierung des Forschungszentrums, dessen Bau für alle drei Träger eine unbestrittene Notwendigkeit darstellt, verschiedene Verhandlungen. Die Regierung des Kantons St.Gallen hat am 31. Mai 2011 (RRB 2011/404) nach eingehender Prüfung beschlossen, dem Kantonsrat St.Gallen die alleinige Finanzierung des Forschungszentrums durch den Kanton St.Gallen zu beantragen. Im Beschluss wurde auch festgehalten, dass mit den Kantonen Schwyz und Glarus Verhandlungen über die Neufassung der Trägervereinbarung aufgenommen werden sollen.

Die Vorsteher bzw. die Vorsteherin der Bildungsdepartemente der Träger haben am 4. Juli 2011 eine Absichtserklärung betreffend Verhandlungen einer neuen Trägervereinbarung abgesprochen und damit bestätigt

1. ihr grosses Interesse, die gemeinsame Trägerschaft der HSR längerfristig zu sichern;
2. Verhandlungen zur Neufassung der Trägervereinbarung aufzunehmen;
3. für die Verhandlungen zur Neufassung der Trägervereinbarung eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der drei Trägerkantone einzusetzen sowie in einem Lenkungsausschuss Einsitz zu nehmen;
4. im Rahmen der Neufassung der Trägervereinbarung auch die gemeinsame Kostentragung betreffend Neubau Forschungszentrum zu verhandeln;
5. die Neufassung der Trägervereinbarung – unter Vorbehalt der jeweiligen Verfahren in den einzelnen Kantonen – auf spätestens 1. Oktober 2016 (Ende der Übergangsfinanzierung) in Kraft zu setzen.

Der Kantonsrat stimmte dem «Kantonsratsbeschluss über den Neubau des Forschungszentrums der Hochschule für Technik Rapperswil» am 24. April 2012 zu. Dieser Beschluss wurde von den Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen am 23. September 2012 bestätigt.

Eine Revision der Trägervereinbarung lässt sich nicht auf die Neuregelung der Trägerfinanzierung beschränken, sondern hat eine Vielzahl von zum Teil umstrittenen Themen zum Gegenstand wie:

- Neuregelung der Betriebskosten durch die Träger;
- Finanzierung des geplanten Forschungszentrums;
- spätere Handhabe für allfällig weitere Bauvorhaben;
- Personalrecht und Pensionskassenlösung (Übernahme Personalrecht des Kantons St.Gallen und Wechsel von der Pensionskasse des Kantons Zürich zur Pensionskasse des Kantons St.Gallen).

Es muss in Betracht gezogen werden, dass Nichtsitzkantone bei Anwendung der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (sGS 234.031; FHV) mit Ausnahme des fehlenden Mitspracherechts keine Nachteile zu gewärtigen haben, wenn sie aus der Trägerschaft einer Hochschule austreten. Dank der auf Hochschulebene herrschenden Freizügigkeit haben Studierende unabhängig von einer Mitträgerschaft ihres Wohnsitzkantons uneingeschränkten Zugang zu den Hochschulen. Die beiden Kantone Schwyz und Glarus hätten bei einem Austritt aus der Trägervereinbarung keine Nachteile zu gewärtigen. Mit einem Austritt würde jedoch die jährliche Restkostenmitfinanzierung im Rahmen der Betriebsrechnung durch die Kantone Schwyz und Glarus entfallen. Um den Bestand der HSR und deren Weiterentwicklung am Standort Rapperswil sicherzustellen, ist somit die Trägerschaftsfrage ab 1. Oktober 2016 zu klären. Für die Neuverhandlung der Trägervereinbarung zwischen den Kantonen St.Gallen, Schwyz und Glarus sowie für die Ausarbeitung der Neufassung ist vorgesehen, durch die Regierungen der Trägerkantone eine gemeinsame Projektorganisation bestehend aus Vertretern der Bildungs- und Finanzdepartemente der drei Trägerkantone und unter Einbezug der HSR einzusetzen. Stimmen die Regierungen der Verhandlungslösung zu, so ist diese rechtlich in eine neue Trägervereinbarung zu fassen sowie die dazugehörige Botschaft zu erstellen. Die Regierungen leiten die Vorlage – nach allfälligen Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren – dem Kantons- bzw. dem Landrat zur Beratung und Beschlussfassung zu.

Die Kostenfolgen sind ausdrücklich Gegenstand der Neuverhandlungen. Es lässt sich heute nicht abschätzen, ob und in welchem Umfang aus Sicht des Kantons St.Gallen Mehr- oder Minderkosten resultieren.

4.4 Finanzdepartement

4.4.1 Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit

Der Austausch von Personen- und Objektdaten zwischen Behörden aller Staatsebenen erfolgt zunehmend nicht mehr in der herkömmlichen Form von schriftlichen Dokumenten, sondern über Datenbanken, das heisst über Sammlungen von Daten, deren Speicherung und Bearbeitung unter Zuhilfenahme von Informatiksystemen und Informatikanwendungen erfolgen. Die solcherart gespeicherten Daten werden vielfach nicht mehr nur von einer einzigen Behörde erstellt und genutzt; vielmehr sind öfters mehrere Behörden beteiligt. Einsatz und Betrieb von Datenbanken dienen der wirtschaftlichen und wirksamen Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Sie bilden die Basis für den elektronischen Verkehr nicht nur zwischen den Behörden, sondern ebenso zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und Behörden. Dabei werden die Datenbanken in vielen Bereichen nicht nur von Behörden derselben Staatsebene, also etwa der Behörden der Gemeinde oder des Kantons, genutzt; die Datenbanken stehen vielfach den Behörden unterschiedlicher Staatsebenen zur Verfügung. Auch werden Datenbanken nicht ausschliesslich von einer einzigen Behörde errichtet und betrieben, sondern sie sind als gemeinsame oder zentrale Datenbanken für mehrere beteiligte Behörden im Einsatz.

Diese auf Errichtung, Betrieb und Nutzung von Datenbanken bezogene Zusammenarbeit der Behörden, d.h. die E-Government-Zusammenarbeit, darf sich nicht in einem rechtsfreien Raum abspielen. Die Rechte und Pflichten der Behörden bedürfen einer gesetzlichen Normierung. Mit einem Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit soll das rechtliche Fundament in diesem an Bedeutung gewinnenden Bereich gestärkt werden. Aus diesem Vorhaben sind keine direkten Kostenfolgen zu erwarten.

Die im Sommer 2012 überarbeitete und von Kanton und Gemeinden verabschiedete E-Government Strategie 2013–2017 legt die strategischen Ziele, die organisatorischen Grundlagen und die Finanzierung fest. Für die Umsetzung der E-Government Strategie 2013–2017 sind Investitionen von total 5 Mio. Franken vorgesehen. Der entsprechende Sonderkredit in der Höhe von 5 Mio. Franken wurde vom Kantonsrat an der Novembersession 2012 verabschiedet.

4.4.2 Nachtrag zum Kantonalbankgesetz

Die vom Kantonsrat im Jahr 2008 überwiesene Motion «Weitere Schritte der Privatisierung der St.Galler Kantonalbank (SGKB) und Aufhebung der Staatsgarantie» (42.07.29) lädt die Regierung ein, «... Bericht zu erstatten und Antrag zur Änderung des Kantonalbankgesetzes zu stellen, die weitere Schritte der Privatisierung der St.Galler Kantonalbank und sofern zweckmässig eine Anpassung der Staatsgarantie vorsieht.» In diesem Zusammenhang beauftragte die Regierung im April 2012 das Finanzdepartement, eine Vernehmlassung zu einem entsprechenden II. Nachtrag zum Kantonalbankgesetz (sGS 861.2; abgekürzt KBG) durchzuführen. Das Vernehmlassungsverfahren wurde vom Finanzdepartement am 19. April 2012 mit Frist bis Ende Juni 2012 eröffnet.

Im Vernehmlassungsentwurf schlug die Regierung die Reduktion der gesetzlichen Mindestbeteiligung des Kantons an der SGKB von heute 51 Prozent auf neu mindestens 34 Prozent sowie die Einschränkung der Staatsgarantie auf Kunden mit besonderem Schutzbedürfnis (anstelle der heute umfassenden Staatsgarantie soll diese auf 250'000 Franken je Einlegerin und Einleger reduziert werden) vor. Für die Einschränkung der Staatsgarantie wurde eine fünfjährige Übergangsregelung vorgeschlagen. Gleichzeitig mit der Einschränkung der Staatsgarantie soll die Abgeltung der SGKB zuhanden des Kantons St.Gallen entsprechend reduziert und einer Rückstellung für Haftungsrisiken aus der Staatsgarantie zugewiesen werden.

4.5 Baudepartement

4.5.1 Geoinformationsgesetz

Am 1. Juli 2008 ist das Bundesgesetz über Geoinformation (SR 510.62; abgekürzt GeoIG) zusammen mit zehn neuen bzw. revidierten Verordnungen in Kraft getreten. Gesetz und Verordnungen sehen zahlreiche Neuerungen und Anpassungen im Geoinformationsrecht des Bundes vor, für deren Umsetzung die Kantone und Gemeinden in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind. Dies erfordert eine Revision der kantonalen Gesetzgebung im Bereich Geoinformation, die bis 1. Juli 2011 abzuschliessen gewesen wäre.

Mit dem Erlass eines kantonalen Geoinformationsgesetzes kann die Erlassstruktur des Bundes berücksichtigt werden; bisher nicht geregelte Themen können integriert und neue Formulierungen können einfach eingeführt werden. Zudem können dadurch die Komplexität der Materie mit einfachen Strukturen verringert und künftige Revisionen vereinfacht werden (RRB 2008/684, RRB 2009/79).

Nach dem Verzicht auf einen gemeinsamen GIS-Verbund zwischen Kanton und Gemeinden wurden die Gesetzgebungsarbeiten im Spätherbst 2011 wieder aufgenommen. Einzelne Teilprojekte wurden bereits in Angriff genommen (2011 Geobasisdatenkatalog). Für die Umsetzung des Geoinformationsgesetzes (inkl. Umsetzung der Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, SR 510.622.4) muss mit finanziellen Auswirkungen im Millionenbereich (Personal, Drittaufträge, Beiträge) gerechnet werden. Dabei werden die Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen und damit der Geoportal-Bereich grosse Ressourcen beanspruchen.

4.5.2 III. Nachtrag zum Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung

Am 11. Dezember 2009 haben die Eidgenössischen Räte mit einer Änderung des Gewässerschutzgesetzes (SR 814.20), des Bundesgesetzes über den Wasserbau (SR 721.100), des Energiegesetzes (SR 730.0) und des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (SR 211.412.11) einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser» (07.060) beschlossen. Dieser Gegenvorschlag wurde im Rahmen der parlamentarischen Initiative «Schutz und Nutzung der Gewässer» (07.492) erarbeitet und enthält Gesetzesvorschriften in verschiedenen Bereichen des Gewässerschutzes. Konkret gehören dazu die Revitalisierung der Gewässer, die Sicherung und extensive Bewirtschaftung des Gewässerraums, die Verminderung der negativen Auswirkungen von Schwall und Sunk unterhalb von Wasserkraftwerken, die Reaktivierung des

Geschiebehaushalts, die Regelung von Ausnahmen von den Mindestrestwassermengen bei Gewässerabschnitten mit geringem ökologischen Potenzial und die Berücksichtigung schützenswerter Kleinkraftwerke bei der Sanierung von Restwasserstrecken. Die genannten neuen bundesgesetzlichen Bestimmungen wurden durch Änderungen der Gewässerschutzverordnung (SR 814.201; GSchV), der Wasserbauverordnung (SR 721.100.1), der Energieverordnung (SR 730.01) und der Verordnung zum Bundesgesetz über die Fischerei (SR 923.01) konkretisiert. Alle diese Änderungen wurden vom Bundesrat auf den 1. Juni 2011 in Kraft gesetzt.

Aufgrund der erwähnten Änderungen des Bundesrechts müssen verschiedene kantonale Gesetze und Verordnungen angepasst werden. Davon betroffen sind unter anderem auch das Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung (sGS 752.2) und die zugehörige Vollzugsverordnung (sGS 752.21). Im Vordergrund stehen dabei Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften im Zusammenhang mit dem Vollzug der neu geschaffenen Aufgaben, namentlich die Planung und Ausführung von Revitalisierungen von Gewässern und die Sanierungen betreffend Schwall und Sunk sowie Geschiebehaushalt. Die Vorlage soll dem Kantonsrat mutmasslich im Jahr 2014 zugeleitet werden. Das Gesetzesvorhaben hat weder personelle noch finanzielle Konsequenzen. Diese ergeben sich unmittelbar aus dem zu vollziehenden eidgenössischen Gewässerschutzrecht.

4.5.3 IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gewässernutzung

Am 5. Juni 2012 nahm der Kantonsrat Kenntnis vom Bericht der Regierung über die Grundwasserbewirtschaftung im Kanton St.Gallen vom 6. März 2012 (40.12.03) und beschloss gleichzeitig, die Regierung einzuladen, die Arbeiten zur Umsetzung der Vorschläge des Postulatsberichts aufzunehmen und dem Kantonsrat die erforderlichen Gesetzesänderungen zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Der Beschluss hat insbesondere die entsprechende Anpassung des Gesetzes über die Gewässernutzung (sGS 751.1; abgekürzt GNG) und der zugehörigen Verordnungen (sGS 751.11 und 751.12) zur Folge. Ebenfalls betroffen ist das Gesetz über den Bergbau (sGS 852.1).

Die vorgesehenen Änderungen des GNG betreffen zunächst eine Anpassung der Definition der öffentlichen Quellen sowie die Ergänzung und Präzisierung der Vorschriften über die thermische Nutzung des Tiefen Grundwassers. Ausserdem sollen die Verfahren für die Erteilung von Bewilligungen und Verleihung von Nutzungsrechten an öffentlichen Grundwasservorkommen und Quellen vereinheitlicht und vereinfacht werden. Auch die Abgabenordnung für Nutzungen von öffentlichem Quell- und Grundwasser soll in verschiedener Hinsicht angepasst werden. Dabei ist insbesondere auf eine Lenkungswirkung der Abgaben hin zu einem haushälterischen Umgang mit der Ressource Grundwasser zu achten. Die neuen Abgabenansätze sind so festzusetzen, dass insgesamt betrachtet weder Mehr- noch Mindereinnahmen für den Staatshaushalt zu erwarten sind. Ausserdem dürfen die öffentlichen Trinkwasserversorgungsunternehmen nicht mit Abgaben belastet werden. Schliesslich sollen erstmals auch Gesetzesbestimmungen über die thermische Nutzung des Untergrunds (Tiefengeothermie) geschaffen werden. Diese werden voraussichtlich ins Bergbaugesetz aufgenommen. Die Vorlage soll dem Kantonsrat mutmasslich im Jahr 2015 zugeleitet werden.

Für die Erarbeitung des IV. Nachtrags zum GNG wird mit einem AFU-internen Aufwand von rund 100 Arbeitstagen gerechnet. Dieser Aufwand kann mit den bestehenden personellen Ressourcen aufgefangen werden. Mit dem Erlass des IV. Nachtrags zum GNG entsteht – soweit dies heute überblickt werden kann – kein weiterer Personal- und Sachaufwand.

4.6 Gesundheitsdepartement

4.6.1 Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014

Für 20 Prozent der in der Schweiz lebenden Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren ist der Alkoholkonsum ein Problem: Sie belasten sich, ihre Familien und die Gesellschaft. Übermässiger Alkoholkonsum ist nicht nur ein Problem der Erwachsenen, sondern zunehmend auch von Kindern und Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund hat die St.Galler Regierung im Mai 2010 ein durch das Gesundheitsdepartement erarbeitetes Massnahmenpaket verabschiedet. Übergeordnete Zielsetzung dieses kantonalen Alkohol-Aktionsplans 2010–2014 ist eine Reduktion des Anteils der risikoreich Alkoholkonsumierenden auf deutlich weniger als 20 Prozent der St.Galler Bevölkerung. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Reduktion des Alkoholkonsums bei Kindern und Jugendlichen. Zur Erreichung dieses Ziels wird die Schaffung folgender gesetzlicher Grundlagen angestrebt:

- Verkaufsverbot für vergorene Getränke (Bier, Wein, Most) im Kleinhandel;
- Verbot des Verkaufs von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 18 Jahren im Kleinhandel zwischen 22.00 Uhr und 07.00 Uhr;
- Verbot der privaten Weitergabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16-jährige und von Spirituosen an unter 18-jährige Jugendliche;
- Alkohol-Konsumverbot für Jugendliche unter 16 Jahren in der Öffentlichkeit;
- Einschränkung der Alkoholwerbung auf öffentlichem Grund oder auf privatem, von öffentlichem Grund her einsehbarem Grund.

Nähere Informationen zu den Kostenfolgen und zu den personellen Auswirkungen werden erst zum Zeitpunkt der Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen vorliegen. Die Regierung unterbreitet dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage mutmasslich im Jahr 2014.

5 Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite

in Fr. (Mehraufwand/Minderertrag [+])	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Volkswirtschaftsdepartement			
5. öV-Programm	0	0	+1'750'000
Baudepartement			
Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Energiewende-St.Gallen kann es!»	+3'300'000	+3'300'000	+3'300'000
Total laufende Rechnung	+3'300'000	+3'300'000	+5'050'000

5.1 Volkswirtschaftsdepartement: 5. öV-Programm 2014–2018

Nach Art. 21 lit. a des Gesetzes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (sGS 710.5; abgekürzt GöV) beschliesst der Kantonsrat ein mehrjähriges Programm über die geplanten Fördermassnahmen und deren Finanzierung. Das aktuelle Programm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs in den Jahren 2009–2013 wurde vom Kantonsrat in der Septembersession 2008 erlassen. Daran anschliessend wird ein Programm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2014 bis 2018 (5. öV-Programm) erarbeitet. Die Grundlagen zur Erarbeitung sind durch die bestehenden Vorarbeiten im Bereich der S-Bahn St.Gallen 2013, der AP Ost 1. Teilergänzung sowie den erarbeiteten Agglomerationsprogrammen und den Angebotsstandards weitgehend bekannt. Grosse Teile der vorgesehenen Veränderungen im Regionalverkehr im Kanton St.Gallen sind eine Folge der S-Bahn St.Gallen 2013 sowie der 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich, welche im Dezember 2013 resp. Mitte Juni 2014 in Betrieb gesetzt werden. Hier werden nur die Vorhaben betrachtet, die gemäss Angebotsplanung ab 2016 eingeführt werden sollen und für den Kanton und die Gemeinden finanzielle Mehrbelastungen zur Folge haben.

Im Rahmen der Agglomerationsprogramme sind verschiedene Massnahmen festgelegt worden. Neben den darin definierten Ausbauten der Infrastruktur sind hierzu ebenso die Vorgaben der angestrebten Angebotsqualitäten im öffentlichen Agglomerationsverkehr zu berücksichtigen. Die steigende Verkehrsnachfrage in den Agglomerationen soll möglichst durch den öffentlichen Verkehr aufgefangen werden können, um die Erreichbarkeit der Zentren zu gewährleisten.

Die durch die S-Bahn vorgegebene Knotenstruktur mit halbstündlicher Bedienung der grösseren Bahnstationen ist im Sinn von durchgängigen Wegketten mit einem attraktiven Busangebot mit der Region zu verknüpfen. Dadurch werden die Vorteile der S-Bahn St.Gallen auf das ganze Kantonsgebiet ausgeweitet. Die Benutzerumfragen zeigen – bei insgesamt verbesserten Werten – im Wochenend- und Abendangebot unbefriedigende Werte, bzw. zeigen weiterhin Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Bedienung während den Nebenverkehrszeiten. Der Ausbau des Abend- und Wochenendangebotes war bereits Teil des 4. öV-Programmes. Mit Umsetzung der Sparbeschlüsse des Kantonsrates konnte der Ausbau nicht wie vorgesehen umgesetzt werden. Das Angebot des öffentlichen Verkehrs soll also weiter systematisiert und entsprechend den Zielsetzungen der Angebotsstandards insbesondere während des Abends und an den Wochenenden ausgebaut werden.

Es handelt sich konkret um folgende Angebotsausbauten:

St.Gallen-Bodensee

- Halbstundentakt Rorschach–Altenrhein–Rheineck (Fr. 200'000)
- Buskonzept Region Rorschach: Ausbaustufe «Kurzfristkonzept plus» (Fr. 300'000) und Ausbau Sonntagsangebot (Fr. 200'000)
- Stadt St.Gallen: Durchbindung Linie 3 nach St.Georgen und Umstellung auf Trolleybusbetrieb (Fr. 500'000) und Verdichtung Linien 1 und 4 am Abend auf Viertelstundentakt (Fr. 500'000)
- Linie 203 Wittenbach–St.Gallen: Halbstundentakt am Sonntag (Fr. 50'000)
- Linie 151 Gossau–St.Gallen: 15-Minuten-Takt am Samstag (Fr. 200'000)
- Linie 153 Gossau–Niederwil–Oberbüren: Halbstundentakt (Fr. 200'000)

Rheintal/Vorarlberg

- Verlängerung Buslinie von Gaissau bis Rheineck Bahnhof (Fr. 50'000)

Zürichsee/Linth

- Halbstundentakt an Samstagen 7–18 Uhr (Fr. 400'000)

Wil-Uzwil

- Ausbau Stadtbus Wil: Einführung Sonntagsangebot (Fr. 500'000)
- Ortsbus Uzwil: Umsetzung 2. Etappe (Fr. 400'000)

Die Massnahmen haben mutmasslich keine Änderungen bezüglich der personellen Ressourcen im Amt für öffentlichen Verkehr zur Folge. Insgesamt beträgt die Abgeltung der beschriebenen Angebote im Jahr 2016 geschätzte 3.5 Mio. Franken. Durch die Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden resultiert eine Belastung des Kantons (Saldo) in der Höhe von 50 Prozent der Abgeltung oder rund 1.75 Mio. Franken. Der Einführungszeitpunkt und die Ausbauschritte ergeben sich aus dem 5. öV-Programm 2014–2018, über welches der Kantonsrat im Jahr 2013 befindet.

5.2 Baudepartement: Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Energiewende-St.Gallen kann es!»

Mit Verfügung vom 20. Juli 2012 stellte das Departement des Innern fest, dass die Volksinitiative «Energiewende – St.Gallen kann es!» zustande kam. Die Initiative verlangt im Wesentlichen, dass der Kanton St.Gallen die Steigerung der Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Umfang von jährlich wenigstens 50 Mio. Franken beziehungsweise von jährlich wenigstens 1 Prozent des Aufwandes der laufenden Rechnung fördert.

Die Regierung erachtet den Umfang der geforderten Förderung unter den aktuellen finanzpolitischen Rahmenbedingungen als nicht angemessen. Sie beabsichtigt deshalb, dem Kantonsrat einen Gegenvorschlag zur Initiative zu unterbreiten. Im Sinn der Transparenz wurden im AFP 2014–2016 finanzielle Mittel in der Höhe von 3.3 Mio. Franken für die Umsetzung des allfälligen Gegenvorschlags eingestellt. Diese Zahl ist als Plangrösse zu verstehen und wird erst im Rahmen der Erarbeitung der Botschaft der Regierung zu Handen des Kantonsrates definitiv festgelegt werden.

6 Finanzpolitische Beurteilung und weiteres Vorgehen

6.1 Plandefizite in der laufenden Rechnung

Der AFP 2014–2016 weist jährliche Aufwandüberschüsse in der Grössenordnung von 122 Mio. bis 161 Mio. Franken aus:

in Mio. Fr.	Voranschlag 2013	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016	Ø-Wachstum pro Jahr
Total Aufwand	4'500.6	4'605.7	4'751.8	4'917.3	3.0%
Total Ertrag	4'473.6	4'444.5	4'620.6	4'795.2	2.3%
Aufwandüberschuss	27.0	161.2	131.2	122.1	

Das erhebliche Ungleichgewicht zwischen Gesamtaufwand und -ertrag der laufenden Rechnung ist konjunktureller wie auch struktureller Natur. Das durchschnittliche jährliche Aufwandwachstum in den Jahren 2013 bis 2016 liegt mit 3.0 Prozent deutlich über den Wachstumsraten des Ertrages von 2.3 Prozent wie auch des Bruttoinlandproduktes (Dezemberprognose des seco für 2013: 1.3%). Wie in Kapitel 3.1 ausgeführt, liegt auch das bereinigte Aufwandwachstum mit Wachstumsraten von jährlich 2.2 bis 2.9 Prozent über der Ertragszunahme.

Das Aufwandwachstum von rund 417 Millionen Franken im Zeitraum 2013 bis 2016 lässt sich schwerge­wich­tig durch Mehraufwendungen bei den Staatsbeiträgen (152 Mio. Franken), den Abschreibungen (77 Mio. Franken), bei den Passivzinsen (13 Mio. Franken), den Beiträgen ohne Zweckbindung (82 Mio. Franken [Steueranteile, innerkantonalen Finanzausgleich]) und den internen Verrechnungen (118 Mio. Franken) erklären. Letztere stellen aufgrund entsprechender Mehrerträge per Saldo keine zusätzliche Belastung für den kantonalen Haushalt dar.

Im Detail ist das Aufwandwachstum insbesondere auf folgende Faktoren zurückzuführen (Vergleich Voranschlag 2013 mit AFP-Planjahr 2016):

in Mio. Fr.

Staatsbeiträge:

– Neue Spitalfinanzierung (inner- und ausserkantonale Hospitalisationen)	51.1
– Ergänzungsleistungen	34.0
– Pflegefinanzierung (finanziert durch Gemeinden ab 2014)	12.5
– Tertiärbildung	10.7

Abschreibungen	76.5
Passivzinsen	12.9

Beiträge ohne Zweckbindung:

– Innerkantonaler Finanzausgleich	33.4
– Steueranteile Gemeinden, Kantone, Bund	49.1

6.2 Handlungsbedarf

Der Bestand an freiem Eigenkapital wird Ende 2013 bzw. zu Beginn des Jahres 2014 voraussichtlich noch rund 150 Mio. Franken betragen. Der finanzpolitische Handlungsspielraum ist damit stark eingeschränkt. Der Aufwandüberschuss kann durch den Bezug von freiem Eigenkapital nur sehr beschränkt aufgefangen werden. Werden im Planungshorizont des AFP 2014–2016 weder einnahmen- noch ausgabenseitige Verbesserungen vorgenommen, wäre das freie Eigenkapital bereits Ende 2014 vollständig aufgebraucht.

in Mio. Fr.

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Freies Eigenkapital zu Jahresbeginn	149.7	-11.5	-142.7
Notwendiger Bezug freies Eigenkapital für eine ausgeglichene Rechnung	161.2	131.2	122.2
Bestand freies Eigenkapital Ende Jahr	<u>-11.5</u>	<u>-142.7</u>	<u>-264.9</u>

Die erheblichen Plandefizite sind durch nachhaltige Massnahmen zu korrigieren, welche entweder den Aufwand des Kantons dauerhaft reduzieren oder die Erträge dauerhaft steigern. Nebst der integralen Umsetzung des im Juni 2012 beschlossenen Sparpakets II (vgl. hierzu Kapitel 2.4), werden weitere Entlastungsmassnahmen unumgänglich sein (siehe nachfolgendes Kapitel 6.3).

6.3 Entlastungsprogramm und Leistungsüberprüfung 2013 (EP 2013)

Die Arbeiten im Projekt EP 2013 wurden im November 2012 aufgenommen. Gestützt auf den AFP 2014–2016, der jährliche Defizite zwischen 122 und 161 Mio. Franken ausweist, wird ein substantieller Entlastungsbetrag notwendig werden. Eine Finanzierung der Defizite durch zusätzliche Steuerfussanpassungen ist aus standortpolitischen Gründen nicht vertretbar.

Ziel des EP 2013 muss es sein, den Kantonshaushalt dauerhaft, d.h. über die Planperiode 2014–2016 hinaus ins Gleichgewicht zu bringen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Kanton finanzpolitisch handlungsfähig bleibt.

Die Regierung hat die Departemente und die Staatskanzlei beauftragt, bis Anfang Januar 2013 eine umfassende Überprüfung aller Leistungsbereiche vorzunehmen und für alle Leistungsbereiche Entlastungsvorschläge zu erarbeiten. Entlastungsmöglichkeiten sind auch in verschiedenen Querschnittsbereichen zu erarbeiten. Die Regierung wird gestützt auf diese Vorarbeiten im ersten Quartal 2013 darüber entscheiden, welche Massnahmen weiterverfolgt und konkretisiert werden sollen. Noch im ersten Halbjahr des Jahres 2013 soll dem Kantonsrat eine Botschaft mit Entlastungsmassnahmen unterbreitet werden. Die Projektleitung für dieses Projekt liegt in der Verantwortung des Finanzdepartementes. Die Departemente werden über die Generalsekretärenkonferenz in die Arbeiten einbezogen. Es ist zudem sichergestellt, dass der Kantonsrat frühzeitig und regelmässig über die Projektarbeiten orientiert wird. Die Beratung der entsprechenden Vorlage soll im Rahmen einer Sondersession im Juni 2013 erfolgen.

6.4 Bedeutung der finanziellen Entlastung

Die haushaltsrechtlichen Regelungen verhindern, dass sich der Kanton zur Finanzierung der laufenden Aufwendungen verschuldet. Der Staatssteuerfuss ist aufgrund von Art. 61 StVG so festzusetzen, dass der Aufwandüberschuss im Voranschlag der laufenden Rechnung den geschätzten Ertrag von 3 Prozent der einfachen Steuer nicht übersteigt. Eine kurze Abschreibungsdauer verhindert zudem eine grössere Verschuldung aufgrund der Investitionstätigkeit. Die Begrenzung der Verschuldung ist kein Selbstzweck, sondern dient letztlich der langfristigen Sicherstellung der Aufgabenerfüllung durch einen gesunden Finanzhaushalt.

Die jährliche Bewertung der Bonität des Kantons St.Gallen durch Standard & Poor's zeigt, dass das gute Rating für den Kanton St.Gallen massgeblich auf die niedrige Verschuldung und den ausgeglichenen Haushalt zurückzuführen ist. Ohne die Weiterverfolgung einer konsequenten Haushaltspolitik wäre das Rating «AA+» (Stand Oktober 2012) angesichts der im schweizweiten Vergleich unterdurchschnittlichen Ressourcenstärke des Kantons gefährdet. Eine schlechtere Bonität würde sich insbesondere in höheren Zinsen äussern. Zur Verhinderung höherer Refinanzierungskosten aufgrund einer schlechteren Bonität ist die Beseitigung des strukturellen Defizits notwendig. Dadurch wird der Kanton auch in Zukunft in finanzieller Hinsicht handlungsfähig bleiben.

7 Rechtliches

7.1 Umfang der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans

Nach Art. 65 Bst. h KV in Verbindung mit Art. 16d Abs. 2 StVG genehmigt der Kantonsrat den AFP. Gegenstand der Genehmigung bilden die mit der Vorlage verbundenen Anträge (Art. 104 Abs. 2 GeschRK), nachdem der AFP vom Kantonsrat abschnittsweise durchberaten worden ist (Art. 104 Abs. 1 GeschRK).

In Bezug auf das Instrument der Genehmigung gilt, dass dieses – wie auch alle anderen Beschlussfassungsformen – nur wirksam sein kann, wenn im Rahmen der Beschlussfassung Entscheidungsfreiheit besteht beziehungsweise Ermessensspielraum gegeben ist. Wo weder Entscheidungsfreiheit (Frage nach dem «Ob überhaupt») besteht, noch Ermessensspielraum (Frage nach dem «Wie») gegeben ist, bliebe eine Genehmigung oder eine Nichtgenehmigung ohne Wirkung. Dies bedeutet, dass der AFP soweit der Genehmigung zugänglich ist, als dem Kantonsrat Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum zukommt. Dieser Sachverhalt bedeutet im Wesentlichen, dass die Genehmigung auf jene Elemente des AFP ausgerichtet ist, die Ausgaben zur Folge haben, welche nicht gebunden sind¹⁶. Dem ist sowohl bei der abschnittswisen Durchberatung des AFP wie auch bei Anträgen aus der Mitte des Rates Rechnung zu tragen. In Bezug auf die einzelnen Elemente des AFP ergibt sich Folgendes:

- Nach Art. 16e Bst. a StVG bilden Ertrag und Aufwand der laufenden Rechnung sowie Einnahmen und Ausgaben der Investitionsrechnung «für die bestehenden Staatsaufgaben» das erste Element des AFP. Es handelt sich dabei – wie in der Botschaft der Regierung zum IV. Nachtrag zum Staatsverwaltungs-gesetz (Politische Planung und Steuerung) vom 23. Oktober 2007 (ABI 2007, 3095 ff.; im Folgenden abgekürzt Botschaft IV. NT zum StVG) festgehalten wird – um den sogenannten «finanziellen Mehrjahresplan» (Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.3., 3106). Soweit der finanzielle Mehrjahresplan auf die gesetzlich geregelte Staatstätigkeit abgestützt ist oder auf genehmigten Investitionsvorhaben beruht, kommt dem AFP deklaratorischer Charakter zu, es sei denn, dass für die Planwerte Ermessensspielraum besteht, so dass Änderungen möglich sind. Gleiches gilt für die vom Bund zwingend vorgegebenen Staatsaufgaben.
- Art. 16e Bst. c und d StVG legen als weitere Elemente des AFP die Folgen für die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung aus den Gesetzesvorhaben sowie aus den Vorhaben mit grosser finanzieller Tragweite fest. Es geht darum, dass diese Vorhaben eine «Quantifizierung der Auswirkungen» (Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.5., 3107) erfahren. Hier liegt in der Regel ebenfalls Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum vor, weshalb Beschlüsse über die Genehmigung möglich sind.

Aus den vier Elementen des AFP nach Art. 16e Bst. a bis d StVG resultieren die aggregierten finanziellen Ergebnisse für die drei Planjahre (vgl. Botschaft IV. NT zum StVG, Ziff. 4.2.2., 3106).

¹⁶ Zum Begriff der gebundenen in Abgrenzung zu den neuen Ausgaben vgl. Urteil des Bundesgerichtes vom 12. März 2009 (1C_467/2008, 1C_529/2008): «Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts ... gelten Ausgaben dann als gebunden, wenn sie durch einen Rechts-satz prinzipiell und dem Umfang nach vorgeschrieben oder zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind. Gebunden ist eine Ausgabe ferner, wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grund-erlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis voraussehbar war oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden. Es kann aber selbst dann, wenn das «Ob» weitgehend durch den Grunderlass präjudiziert ist, das «Wie» wichtig genug sein, um die Mitsprache des Volkes zu rechtfertigen. Immer dann, wenn der entscheidenden Behörde in Bezug auf den Umfang der Ausgabe, den Zeitpunkt ihrer Vornahme oder andere Modalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit zusteht, ist eine neue Ausgabe anzunehmen (BGE 125 I 87 E. 3b S. 90 f.; 117 Ia 59 E. 4c S. 62; 115 Ia 139 E. 2c S. 142; 113 Ia 390 E. 4 S. 396 f.; 112 Ia 50 E. 4a S. 51, mit Hinweisen). Letztlich ausschlaggebend ist, ob eine Ausgabe durch einen Grunderlass so stark vorherbestimmt ist, dass für ihre Vornahme in sachlicher, örtlicher und zeitlicher Hinsicht kein erheblicher Handlungsspielraum mehr besteht. Ist dies der Fall, liegt eine gebundene Ausgabe vor (BGE 123 I 78 E. 3b S. 81).»

7.2 Anträge betreffend Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans

Die Beschlussfassung des Kantonsrates in Form der Genehmigung ist im GeschRK für Erlasse, die der Genehmigung bedürfen, näher geregelt (Art. 2 Bst. f in Verbindung mit Art. 105 GeschRK). Hingegen bestehen keine ausdrücklichen Verfahrensregeln für die Genehmigung des AFP. Es ist indessen angezeigt, Art. 105 GeschRK auf das Genehmigungsverfahren beim AFP sachgemäss anzuwenden. Nach Art. 105 Abs. 2 GeschRK «können Anträge auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung oder Änderung einzelner Bestimmungen gestellt werden». Wird diese Regelung auf die Beratung des AFP sachgemäss übertragen, bedeutet dies, dass im Kantonsrat unter Berücksichtigung der Voraussetzung, dass Entscheidungsfreiheit beziehungsweise Ermessensspielraum besteht, in Bezug auf die drei Elemente folgende Anträge möglich sind:

- Finanzieller Mehrjahresplan:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Planwertes
- Gesetzesvorhaben:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung des Planwertes eines einzelnen Vorhabens
- Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite:
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Aufhebung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung eines einzelnen Vorhabens
 - Antrag auf Genehmigung unter Vorbehalt der Änderung des Planwertes eines einzelnen Vorhabens

Zunächst ist festzuhalten, dass die Aufhebung eines einzelnen Planwertes ausser Betracht fällt, weil eine solche für sich allein keinen Sinn macht; soll ein Planwert gestrichen werden, setzte dies nämlich die Aufhebung des ihn bewirkenden Vorhabens oder – im Rahmen des finanziellen Mehrjahresplans, der sich auf die bestehenden Staatsaufgaben bezieht – das Wegfallen der entsprechenden Staatsaufgabe voraus. Letzteres kann indessen nicht Gegenstand des AFP sein.

Schliesslich ist ein Hinweis auf die Folge bei Gutheissung eines Antrags auf Aufhebung eines Vorhabens zu machen. Stimmt der Kantonsrat einem solchen Antrag zu, bedeutet dies, dass das Vorhaben im AFP nicht mehr enthalten ist. Die Streichung kann jedoch nicht bedeuten, dass das Vorhaben, das auf einem früheren Beschluss des Kantonsrates, zum Beispiel einer gutgeheissenen Motion, basiert, nicht mehr weiter verfolgt wird. Ohne Aufhebung des früheren Beschlusses, beispielsweise der entsprechenden Motion, bleibt das Vorhaben pendent; es soll jedoch in der Planperiode, die sich aufgrund des in Art. 16d Abs. 1 StVG festgeschriebenen Umstandes, dass der AFP jährlich erstellt wird und damit eine «rollende Planung» darstellt, auf ein Jahr erstreckt, nicht realisiert oder weiter verfolgt werden. Solange ein vom Kantonsrat gefasster «Basisbeschluss» oder ein vom ihm erteilter Auftrag besteht, ist die Regierung verpflichtet, diesen im Rahmen der weiteren Aufgaben- und Finanzpläne zu berücksichtigen.

8 Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Aufgaben- und Finanzplan 2014–2016 zu genehmigen.

Im Namen der Regierung

Martin Gehrler
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär

Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2014–2016

Entwurf der Regierung vom 18. Dezember 2012

Der Kantonsrat

hat von der Botschaft der Regierung vom 18. Dezember 2012 Kenntnis genommen und

erlässt

gestützt auf Art. 65 Bst. h der Kantonsverfassung vom 10. Juni 2001¹⁷ und Art. 16d Abs. 2 des Staatsverwaltungsgesetzes vom 16. Juni 1994¹⁸

als Beschluss:

I.

Die Planwerte für die Jahre 2014 bis 2016 von laufender Rechnung und Investitionsrechnung gemäss Anhang 1 zu diesem Beschluss werden genehmigt.

II.

Dieser Beschluss gilt bis zur Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2015–2017.

¹⁷ sGS 111.1.

¹⁸ sGS 140.1.

Anhang zum Kantonsratsbeschluss

1. Gesamtergebnis

	AFP 2014			AFP 2015			AFP 2016		
	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss	Aufwand	Ertrag	Aufwand-überschuss
Laufende Rechnung Mio. Fr.	4'605.7	4'444.5	161.2	4'751.8	4'620.6	131.2	4'917.3	4'795.2	122.1
Investitionsrechnung Mio. Fr.	Ausgaben	Einnahmen	Netto-investitionen	Ausgaben	Einnahmen	Netto-investitionen	Ausgaben	Einnahmen	Netto-investitionen
	582.8	37.6	545.2	298.8	35.2	263.6	376.8	35.3	341.5

2. Liste der Gesetzesvorhaben

in Fr. (Mehrertrag [-], Mehraufwand/Minderertrag [+])
n.q. steht für nicht quantifizierbar

	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Departement des Innern			
II. Nachtrag Pflegefinanzierungsgesetz	-26'520'000	-28'120'000	-29'800'000
II. Nachtrag Finanzausgleichsgesetz	+26'520'000	+26'520'000	+26'520'000
Neues Planungs- und Baugesetz ¹⁹	0	0	+238'000
Nachtrag Gemeindegesetz	0	0	0
Bildungsdepartement			
Sonderpädagogik-Konzept	+5'100'000	+5'300'000	+4'700'000
Beitritt Stipendien-Konkordat	0	0	0
Hochschulkonkordat (HFKG)	n.q.	n.q.	n.q.
Trägervereinbarung Hochschule Rapperswil	n.q.	n.q.	n.q.
Finanzdepartement			
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit	0	0	0
Nachtrag zum Kantonalbankgesetz	n.q.	n.q.	n.q.
Baudepartement			
Geoinformationsgesetz	+20'000	+10'000	0
III. Nachtrag zum Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung	0	0	0
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gewässernutzung	0	0	0
Gesundheitsdepartement			
Kantonaler Alkohol-Aktionsplan 2010–2014	n.q.	n.q.	n.q.
Total laufende Rechnung	+5'120'000	+3'710'000	+1'658'000

¹⁹ Personalaufwand von Fr. 238'000 (2016) ist nicht Bestandteil des Zahlenwerks (vgl. Kapitel 3.3.3)

3. Liste der Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite

Im oben dargestellten Gesamtergebnis sind folgende Nettoaufwendungen für Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite enthalten:

in Fr. (Mehraufwand/Minderertrag [+])	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Volkswirtschaftsdepartement			
5. öV-Programm	0	0	+1'750'000
Baudepartement			
Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Energiewende-St.Gallen kann es!»	+3'300'000	+3'300'000	+3'300'000
Total laufende Rechnung	+3'300'000	+3'300'000	+5'050'000

Beilage
Zahlenteil Laufende Rechnung
und Investitionsrechnung

Inhaltsverzeichnis

Finanzierungsausweis	61	3251	Stiftsarchiv	83
Laufende Rechnung	65	3259	Lotteriefonds (SF)	83
0 Räte	67	340 Konkursamt	83	
010 Räte	67	3400	Konkursamt	84
0100 Kantonsrat	67	355 Amt für Handelsregister und Notariate	84	
0102 Regierung	67	3550	Amt für Handelsregister und Notariate	84
1 Staatskanzlei	68	4 Bildungsdepartement	85	
100 Staatskanzlei	68	400 Generalsekretariat BLD	85	
1000 Staatskanzlei	68	4000	Generalsekretariat BLD	85
1001 Fachstelle für Datenschutz	68	4003	Ausbildungsbeihilfen	85
105 Materialzentrale	68	405 Amt für Volksschule	86	
1050 Materialzentrale	69	4050	Amtsleitung AVS	86
2 Volkswirtschaftsdepartement	70	4051	Lehrmittelverlag	86
200 Generalsekretariat VD	70	4052	Weiterbildung Schule	87
2000 Generalsekretariat VD	70	4053	Sonderschulen	87
205 Amt für öffentlichen Verkehr	70	415 Amt für Berufsbildung	87	
2050 Amt für öffentlichen Verkehr	70	4150	Amtsleitung ABB	87
210 Kantonsforstamt	71	4151	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	88
2100 Kantonsforstamt	71	4152	Berufliche Grundbildung	88
2101 Staatswaldungen	71	4153	Höhere Berufs- und Weiterbildung	88
2109 Walderhaltungsmassnahmen (SF)	72	4156	Berufsfachschulen	88
212 Waldregionen	72	420 Amt für Mittelschulen	89	
2120 Zentrale Kosten Waldregionen	72	4200	Amtsleitung AMS	89
2121 Waldregion 1	72	4205	Mittelschulen	90
2122 Waldregion 2	73	423 Amt für Hochschulen	90	
2123 Waldregion 3	73	4230	Amtsleitung AHS	90
2124 Waldregion 4	74	4231	Universitäre Hochschulen	91
2125 Waldregion 5	74	4232	Fachhochschulen	91
215 Landwirtschaftsamt	74	430 Amt für Sport	91	
2150 Landwirtschaftsamt	75	4300	Amt für Sport	91
2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG	75	4309	Sport-Toto-Fonds (SF)	92
240 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	76	5 Finanzdepartement	93	
2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	76	500 Generalsekretariat FD	93	
2409 Jagdrechnung (SF)	77	5000	Generalsekretariat FD	93
245 Amt für Wirtschaft und Arbeit	77	5009	Kantonshilfskasse (SF)	93
2450 Amtsleitung/Zentrale Dienste	77	505 Zentrale Dienste	93	
2451 Standortförderung	77	5050	Personalamt	93
2452 Arbeitsbedingungen	78	5051	Amt für Finanzdienstleistungen	94
2455 Arbeitslosenversicherung	78	5052	Risk Management	94
2456 Arbeitslosenkasse	79	5054	Dienst für Informatikplanung	95
2458 Tourismusrechnung (SF)	79	5055	Finanzkontrolle	95
2459 Arbeitsmarktfonds (SF)	79	5056	Amt für Vermögensverwaltung	95
3 Departement des Innern	80	510 Kantonales Steueramt	96	
300 Generalsekretariat DI	80	5100	Amtsleitung KStA	96
3000 Generalsekretariat DI	80	5105	Kantonale Steuern	96
305 Sozialwerke	80	5106	Bundessteuern	96
3050 Sozialwerke des Bundes	80	550 Allgemeiner Finanzaufwand und -ertrag	97	
3051 Ergänzungsleistungen	80	5500	Vermögenserträge	97
3052 Pflegefinanzierung	81	5501	Passivzinsen	97
310 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand	81	5502	Interne Verzinsung	97
3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand	81	5505	Abschreibungen	97
315 Amt für Gemeinden	81	5509	Verschiedene Aufwendungen und Erträge	98
3150 Amt für Gemeinden	81	560 Allgemeiner Personalaufwand	98	
320 Amt für Soziales	82	5600	Allgemeiner Personalaufwand	98
3200 Amt für Soziales	82	6 Baudepartement	99	
325 Amt für Kultur	82	600 Generalsekretariat BD	99	
3250 Amt für Kultur	82	6000	Generalsekretariat BD	99
		6001	Wohnbauförderung	99
		6009	Mietwohnungsfonds (SF)	100
		605 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation	100	
		6050	Amt für Raumentwicklung und Geoinformation	100

610 Hochbauamt	100	905 Verwaltungsrechtspflege	119
6100 Amtsleitung HBA	101	9050 Versicherungsgericht	120
6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften	101	9051 Verwaltungsrekurskommission	120
6106 Bauten und Renovationen	101	9052 Verwaltungsgericht	120
615 Tiefbauamt	102	Investitionsrechnung	123
6150 Amtsleitung TBA	102	A Investitionen und Investitionsbeiträge	125
6152 Gemeindestrassen	102	A00 Allgemeine Verwaltung	125
6153 Kantonsstrassen	102	Verwaltungszentrum Oberer Graben St.Gallen	125
6154 Nationalstrassen	103	Schützengasse 1, St.Gallen, Erwerb und Umbau	125
6156 Gewässer	104	Davidstrasse 31, St.Gallen, Erwerb	125
6159 Steinbruch Starkenbach	104	Lämmli brunnenstrasse 54, St.Gallen, Innensanierung	125
620 Amt für Umwelt und Energie	105	A01 Öffentliche Sicherheit	125
6200 Amt für Umwelt und Energie	105	Polizeiposten Wil, Neubau	126
7 Sicherheits- und Justizdepartement	106	Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung	126
700 Generalsekretariat SJD	106	A02 Bildung	126
7000 Generalsekretariat SJD	106	BWZ Toggenburg, Standort Lichtensteig	126
715 Migrationsamt	106	Landw. Zentrum SG Umbau und Erweiterung	126
7150 Migrationsamt	106	Gewerbl. BWZ St.Gallen Sanierung und Erweiterung	126
7151 Asylwesen	107	KS Heerbrugg Sanierung/Erweiterung	126
7152 Ausweisstelle	107	KS Sargans, Ausbau	127
720 Amt für Justizvollzug	108	KS Wattwil, Ausbau	127
7200 Amt für Justizvollzug	108	Fachhochschulzentrum St.Gallen, Neubau	127
725 Kantonspolizei	108	HSR Rapperswil Forschungszentrum	127
7250 Kantonspolizei	108	A03 Kultur, Freizeit, Kirche	127
730 Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt	109	Klanghaus Toggenburg	127
7300 Strassenverkehr	109	Stadtheater St.Gallen	127
7301 Schifffahrt	110	A04 Gesundheit	128
7309 Strassenfonds (SF)	110	Kantonsspital St.Gallen, Erweiterung Haus 24	128
735 Strafuntersuchung	111	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung/Erweiterung Haus 02 .	128
7352 Staatsanwaltschaft	111	Kantonsspital St.Gallen, Erweiterung Notaufnahme	128
740 Amt für Militär und Zivildienst	111	Kantonsspital St.Gallen, Sanierung Energiezentrale	128
7400 Amt für Militär und Zivildienst	111	Kantonsspital St.Gallen Haus 07A, Neubau	128
8 Gesundheitsdepartement	113	Landspitäler Erneuerung/Erweiterung, 1. Teilkredit	128
800 Generalsekretariat GD	113	Psychiatrische Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude ..	129
8000 Generalsekretariat GD	113	Psychiatrische Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	129
8009 Suchtbekämpfungsfonds (SF)	113	A08 Volkswirtschaft	129
805 Amt für Gesundheitsvorsorge	113	Fischereizentrum Steinach, Neubau	129
8050 Amt für Gesundheitsvorsorge	114	A10 Allgemeine Verwaltung	129
810 Aus- und Weiterbildung	114	E-Government	129
8109 Andere Aus- und Weiterbildung	114	E-Government, 2. Teilkredit	129
812 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	114	A11 Öffentliche Sicherheit	129
8120 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	114	Sicherheitsfunknetz POLYCOM	130
8121 Tiergesundheit	115	A12 Bildung	130
8129 Tierseuchenkasse (SF)	115	EDUC, Sek. II	130
820 Heimstätten Wil	115	A22 Bildung	130
8221 Heimstätten Wil	115	HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung/ Erneuerung	130
830 Amt für Gesundheitsversorgung	116	Sprachheilschule St.Gallen	130
8300 Amtsleitung AfGVE	116	Hochschule für Technik Buchs Erneuerungsinvestitionen .	130
8301 Individuelle Prämienverbilligung	116	A23 Kultur, Freizeit, Kirche	130
8302 Zentrale Kosten für Spitäler/Kliniken	117	Kunstmuseum St.Gallen	131
8303 Innerkantonale Hospitalisation	117	A24 Gesundheit	131
8304 Ausserkantonale Hospitalisation	117	Geriatrische Klinik, St.Gallen, Erneuerung	131
8305 Ambulante Versorgung	117	A26 Verkehr	131
8309 Zentrum für Labormedizin	117	Bahnhofplatz St.Gallen Bushof	131
9 Gerichte	118	S-Bahn St.Gallen 2013	131
900 Zivil- und Strafrechtspflege	118	S-Bahn Zürich 4. Teilergänzung	131
9001 Kreisgerichte	118	Schweiz. Südostbahn Technische Verbesserungen 2013 ...	132
9002 Kantonsgericht	118	Appenzeller Bahnen Durchmesserlinie	132
9004 Anklagekammer	119	Schweiz. Südostbahn Technische Verbesserungen 2014 ...	132
9005 Schlichtungsstellen	119	Schweiz. Südostbahn Technische Verbesserungen 2015 ...	132
9006 Rechtsaufsicht	119	Schweiz. Südostbahn Technische Verbesserungen 2016 ...	132
		Anpassung an öV-Finanzierung (Gesetzesvorhaben)	132

B	Strassenbau	133	C05	Soziale Wohlfahrt	134
B06	Verkehr	133		Darlehen Behinderteneinrichtungen	134
	Kantonsstrassenbau	133	C06	Verkehr	135
C	Finanzierungen	134		Schweiz. Südostbahn	135
C00	Allgemeine Verwaltung	134	C07	Umwelt, Raumordnung	135
	Ausfinanzierung St.Galler Pensionskasse	134		NRP-Darlehen	135
C02	Bildung	134	C08	Volkswirtschaft	135
	Fachhochschule St.Gallen	134		Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft	135
	Studiendarlehen	134		OLMA Messen St.Gallen	135

Finanzierungsausweis

Finanzierungsausweis

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
Laufende Rechnung				
Aufwand	4'500'564'200	4'605'780'200	4'751'771'100	4'917'263'600
Ertrag	4'473'535'500 –	4'444'534'000 –	4'620'585'600 –	4'795'170'700 –
Aufwandüberschuss	27'028'700 –	161'246'200 –	131'185'500 –	122'092'900 –
Investitionsrechnung				
Ausgaben	276'439'800	582'844'500	298'837'600	376'852'700
Einnahmen	105'154'300 –	37'602'600 –	35'202'600 –	35'312'600 –
Nettoinvestition	171'285'500 –	545'241'900 –	263'635'000 –	341'540'100 –
Finanzierung				
Nettoinvestition	171'285'500	545'241'900	263'635'000	341'540'100
Abschreibungen	115'383'100 –	129'145'900 –	158'888'300 –	191'911'800 –
Saldo Laufende Rechnung	27'028'700	161'246'200	131'185'500	122'092'900
Finanzierungsfehlbetrag	82'931'100	577'342'200	235'932'200	271'721'200

Laufende Rechnung

Laufende Rechnung
Räte

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
Kanton St.Gallen				
Aufwand	4 500 564 200	4 605 780 200	4 751 771 100	4 917 263 600
Ertrag	4 473 535 500 –	4 444 534 000 –	4 620 585 600 –	4 795 170 700 –
Aufwandüberschuss	27 028 700 –	161 246 200 –	131 185 500 –	122 092 900 –
0 Räte				
Aufwand	5 564 000	5 640 600	5 635 000	5 892 600
Ertrag	112 000 –	112 000 –	112 000 –	112 000 –
Aufwandüberschuss	5 452 000 –	5 528 600 –	5 523 000 –	5 780 600 –
010 Räte				
Aufwand	5 564 000	5 640 600	5 635 000	5 892 600
Ertrag	112 000 –	112 000 –	112 000 –	112 000 –
Aufwandüberschuss	5 452 000 –	5 528 600 –	5 523 000 –	5 780 600 –
0100 Kantonsrat				
Aufwand	2 186 700	2 240 700	2 256 700	2 414 700
Ertrag				
Aufwandüberschuss	2 186 700 –	2 240 700 –	2 256 700 –	2 414 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 034 500	1 034 500	1 034 500	1 169 800
301 Besoldungen	24 000	24 000	24 000	30 000
303 Arbeitgeberbeiträge	48 400	48 400	48 400	53 700
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312 Informatik	119 300	119 300	194 300	119 300
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	120 000	120 000	120 000	120 000
317 Spesenentschädigungen	239 200	239 200	239 200	260 300
318 Dienstleistungen und Honorare	25 600	25 600	25 600	26 400
319 Anderer Sachaufwand	114 000	168 000	109 000	173 500
360 Staatsbeiträge	439 000	439 000	439 000	439 000
390 Interne Verrechnungen	11 200	11 200	11 200	11 200
0102 Regierung				
Aufwand	3 377 300	3 399 900	3 378 300	3 477 900
Ertrag	112 000 –	112 000 –	112 000 –	112 000 –
Aufwandüberschuss	3 265 300 –	3 287 900 –	3 266 300 –	3 365 900 –
301 Besoldungen	2 312 000	2 333 000	2 309 000	2 333 000
303 Arbeitgeberbeiträge	352 400	358 000	360 400	366 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	130 000	130 000	130 000	130 000
318 Dienstleistungen und Honorare	131 900	127 900	127 900	127 900
319 Anderer Sachaufwand	250 000	250 000	250 000	320 000
390 Interne Verrechnungen	200 000	200 000	200 000	200 000
439 Andere Entgelte	112 000 –	112 000 –	112 000 –	112 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
1 Staatskanzlei				
Aufwand	17 051 900	16 721 300	16 811 600	16 825 300
Ertrag	11 135 200 –	11 015 200 –	11 015 200 –	11 015 200 –
Aufwandüberschuss	5 916 700 –	5 706 100 –	5 796 400 –	5 810 100 –
100 Staatskanzlei				
Aufwand	7 401 100	7 208 200	7 302 800	7 316 500
Ertrag	1 728 200 –	1 728 200 –	1 728 200 –	1 728 200 –
Aufwandüberschuss	5 672 900 –	5 480 000 –	5 574 600 –	5 588 300 –
1000 Staatskanzlei				
Aufwand	7 221 200	7 031 300	7 125 900	7 139 600
Ertrag	1 728 200 –	1 728 200 –	1 728 200 –	1 728 200 –
Aufwandüberschuss	5 493 000 –	5 303 100 –	5 397 700 –	5 411 400 –
301 Besoldungen	3 800 800	3 805 700	3 803 300	3 798 300
303 Arbeitgeberbeiträge	548 300	546 500	544 500	544 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 000	1 000	1 000	1 000
309 Anderer Personalaufwand	54 300	54 300	54 300	54 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 049 000	1 045 000	1 145 000	1 145 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	245 400	245 400	245 400	245 400
317 Spesenentschädigungen	74 900	74 900	74 900	74 900
318 Dienstleistungen und Honorare	388 400	369 400	368 400	387 400
319 Anderer Sachaufwand	743 200	743 200	743 200	743 200
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	500	500	500	500
390 Interne Verrechnungen	313 400	143 400	143 400	143 400
431 Gebühren für Amtshandlungen	173 500 –	173 500 –	173 500 –	173 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	250 000 –	250 000 –	250 000 –	250 000 –
435 Verkaufserlöse	854 000 –	854 000 –	854 000 –	854 000 –
436 Kostenrückerstattungen	444 600 –	444 600 –	444 600 –	444 600 –
439 Andere Entgelte	3 100 –	3 100 –	3 100 –	3 100 –
490 Interne Verrechnungen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
1001 Fachstelle für Datenschutz				
Aufwand	179 900	176 900	176 900	176 900
Ertrag				
Aufwandüberschuss	179 900 –	176 900 –	176 900 –	176 900 –
301 Besoldungen	130 000	127 000	127 000	127 000
303 Arbeitgeberbeiträge	17 000	17 000	17 000	17 000
309 Anderer Personalaufwand	200	200	200	200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	10 500	10 500	10 500	10 500
317 Spesenentschädigungen	1 500	1 500	1 500	1 500
318 Dienstleistungen und Honorare	11 200	11 200	11 200	11 200
319 Anderer Sachaufwand	6 500	6 500	6 500	6 500
105 Materialzentrale				
Aufwand	9 650 800	9 513 100	9 508 800	9 508 800
Ertrag	9 407 000 –	9 287 000 –	9 287 000 –	9 287 000 –
Aufwandüberschuss	243 800 –	226 100 –	221 800 –	221 800 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
1050 Materialzentrale				
Aufwand	9 650 800	9 513 100	9 508 800	9 508 800
Ertrag	9 407 000 –	9 287 000 –	9 287 000 –	9 287 000 –
Aufwandüberschuss	243 800 –	226 100 –	221 800 –	221 800 –
301 Besoldungen	790 400	794 700	790 400	790 400
303 Arbeitgeberbeiträge	118 900	118 900	118 900	118 900
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 748 500	3 618 500	3 618 500	3 618 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	20 000	20 000	20 000	20 000
312 Informatik	73 100	61 100	61 100	61 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	16 000	16 000	16 000	16 000
317 Spesenentschädigungen	1 200	1 200	1 200	1 200
318 Dienstleistungen und Honorare	4 877 900	4 877 900	4 877 900	4 877 900
319 Anderer Sachaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	2 900	2 900	2 900	2 900
435 Verkaufserlöse	4 655 000 –	4 535 000 –	4 535 000 –	4 535 000 –
436 Kostenrückerstattungen	102 000 –	102 000 –	102 000 –	102 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 650 000 –	4 650 000 –	4 650 000 –	4 650 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
2 Volkswirtschaftsdepartement				
Aufwand	443 314 100	450 710 100	456 417 500	469 279 000
Ertrag	339 952 200 –	338 977 700 –	339 357 700 –	342 651 300 –
Aufwandüberschuss	103 361 900 –	111 732 400 –	117 059 800 –	126 627 700 –
200 Generalsekretariat VD				
Aufwand	3 509 000	3 711 500	3 722 500	3 708 500
Ertrag	697 500 –	698 200 –	699 200 –	701 200 –
Aufwandüberschuss	2 811 500 –	3 013 300 –	3 023 300 –	3 007 300 –
2000 Generalsekretariat VD				
Aufwand	3 509 000	3 711 500	3 722 500	3 708 500
Ertrag	697 500 –	698 200 –	699 200 –	701 200 –
Aufwandüberschuss	2 811 500 –	3 013 300 –	3 023 300 –	3 007 300 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	4 000	4 000	4 000	4 000
301 Besoldungen	2 760 600	2 910 800	2 925 800	2 910 800
303 Arbeitgeberbeiträge	383 700	383 700	383 700	383 700
309 Anderer Personalaufwand	2 800	2 900	2 900	2 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	57 200	58 200	59 200	60 200
312 Informatik	188 600	238 500	228 500	228 500
317 Spesenentschädigungen	25 200	25 200	25 200	25 200
318 Dienstleistungen und Honorare	47 200	47 500	47 500	47 500
319 Anderer Sachaufwand	31 000	32 000	37 000	37 000
390 Interne Verrechnungen	8 700	8 700	8 700	8 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	56 800 –	57 000 –	58 000 –	60 000 –
435 Verkaufserlöse	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
436 Kostenrückerstattungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	190 000 –	190 000 –	190 000 –	190 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	109 500 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
490 Interne Verrechnungen	306 200 –	306 200 –	306 200 –	306 200 –
205 Amt für öffentlichen Verkehr				
Aufwand	103 957 400	126 735 800	130 541 800	141 927 100
Ertrag	49 082 100 –	61 907 700 –	61 635 100 –	65 818 500 –
Aufwandüberschuss	54 875 300 –	64 828 100 –	68 906 700 –	76 108 600 –
2050 Amt für öffentlichen Verkehr				
Aufwand	103 957 400	126 735 800	130 541 800	141 927 100
Ertrag	49 082 100 –	61 907 700 –	61 635 100 –	65 818 500 –
Aufwandüberschuss	54 875 300 –	64 828 100 –	68 906 700 –	76 108 600 –
301 Besoldungen	776 500	776 500	776 500	776 500
303 Arbeitgeberbeiträge	110 500	110 500	110 500	110 500
309 Anderer Personalaufwand	700	700	700	700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 000	8 000	8 000	8 000
312 Informatik	33 500	33 500	33 500	33 500
317 Spesenentschädigungen	24 500	19 000	25 500	19 000
318 Dienstleistungen und Honorare	2 843 100	4 413 100	4 413 100	4 453 100
319 Anderer Sachaufwand	218 000	782 000 –	1 636 000 –	2 396 000 –
360 Staatsbeiträge	88 401 900	108 750 600	112 742 400	126 823 800
390 Interne Verrechnungen	11 540 700	13 405 900	14 067 600	16 098 000
421 Vermögenserträge aus Guthaben	2 408 500 –	2 408 500 –	2 159 700 –	1 770 600 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	44 313 600 –	55 539 200 –	55 515 400 –	64 047 900 –
489 Bevorschussungen	2 360 000 –	3 960 000 –	3 960 000 –	

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
210 Kantonsforstamt				
Aufwand	15 280 600	14 427 800	13 861 800	14 012 800
Ertrag	8 135 400 –	7 587 600 –	7 095 300 –	7 626 800 –
Aufwandüberschuss	7 145 200 –	6 840 200 –	6 766 500 –	6 386 000 –
2100 Kantonsforstamt				
Aufwand	13 177 700	12 458 400	11 758 700	12 023 200
Ertrag	6 114 000 –	5 603 000 –	5 092 000 –	5 603 000 –
Aufwandüberschuss	7 063 700 –	6 855 400 –	6 666 700 –	6 420 200 –
301 Besoldungen	1 227 200	1 227 200	1 227 200	1 227 200
303 Arbeitgeberbeiträge	174 300	174 300	174 300	174 300
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	33 000	33 000	33 000	33 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	3 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	251 400	424 800	694 300	127 800
317 Spesenentschädigungen	30 000	30 000	30 000	30 000
318 Dienstleistungen und Honorare	396 000	381 000	301 000	321 000
319 Anderer Sachaufwand	73 000	103 000	103 000	103 000
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	1 000	1 000	1 000	1 000
360 Staatsbeiträge	10 968 000	10 060 300	9 171 100	9 982 100
390 Interne Verrechnungen	19 300	19 300	19 300	19 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
436 Kostenrückerstattungen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
439 Andere Entgelte	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	5 840 200 –	5 329 200 –	4 818 200 –	5 329 200 –
490 Interne Verrechnungen	130 800 –	130 800 –	130 800 –	130 800 –
2101 Staatswaldungen				
Aufwand	2 074 400	1 936 600	2 061 600	1 937 600
Ertrag	1 992 900 –	1 951 800 –	1 961 800 –	1 971 800 –
Ertragsüberschuss		15 200		34 200
Aufwandüberschuss	81 500 –		99 800 –	
301 Besoldungen	890 200	890 200	890 200	890 200
303 Arbeitgeberbeiträge	101 400	101 400	101 400	101 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	20 000	20 000	20 000	20 000
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	167 000	77 000	202 000	78 000
313 Verbrauchsmaterialien	108 000	108 000	108 000	108 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	124 300	76 500	76 500	76 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	87 500	87 500	87 500	87 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	45 000	45 000	45 000	45 000
317 Spesenentschädigungen	20 000	20 000	20 000	20 000
318 Dienstleistungen und Honorare	282 800	282 800	282 800	282 800
319 Anderer Sachaufwand	155 500	155 500	155 500	155 500
329 Andere Passivzinsen	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	65 000	65 000	65 000	65 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	10 300 –	10 300 –	10 300 –	10 300 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	990 000 –	995 000 –	1 000 000 –	1 005 000 –
435 Verkaufserlöse	584 500 –	589 500 –	594 500 –	599 500 –
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	372 100 –	321 000 –	321 000 –	321 000 –
2109 Walderhaltungsmassnahmen (SF)				
Aufwand	28 500	32 800	41 500	52 000
Ertrag	28 500 –	32 800 –	41 500 –	52 000 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	24 500	28 800	37 500	47 900
390 Interne Verrechnungen	4 000	4 000	4 000	4 100
439 Andere Entgelte	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
490 Interne Verrechnungen	8 500 –	12 800 –	21 500 –	32 000 –
212 Waldregionen				
Aufwand	8 710 400	8 736 900	8 736 900	8 761 100
Ertrag	4 272 100 –	4 285 000 –	4 285 000 –	4 296 800 –
Aufwandüberschuss	4 438 300 –	4 451 900 –	4 451 900 –	4 464 300 –
2120 Zentrale Kosten Waldregionen				
Aufwand				
Ertrag	2 776 000 –	2 784 500 –	2 784 500 –	2 792 200 –
Ertragsüberschuss	2 776 000	2 784 500	2 784 500	2 792 200
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 776 000 –	2 784 500 –	2 784 500 –	2 792 200 –
2121 Waldregion 1				
Aufwand	1 745 900	1 751 900	1 751 900	1 755 300
Ertrag	190 200 –	190 700 –	190 700 –	190 900 –
Aufwandüberschuss	1 555 700 –	1 561 200 –	1 561 200 –	1 564 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	904 000	904 000	904 000	904 000
303 Arbeitgeberbeiträge	123 600	123 600	123 600	123 600
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 700	4 700	4 700	4 700
309 Anderer Personalaufwand	10 000	10 000	10 000	10 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
312 Informatik	50 400	56 400	56 400	59 800
313 Verbrauchsmaterialien	38 900	38 900	38 900	38 900
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	21 000	21 000	21 000	21 000
317 Spesenentschädigungen	67 000	67 000	67 000	67 000
318 Dienstleistungen und Honorare	480 300	480 300	480 300	480 300
319 Anderer Sachaufwand	5 900	5 900	5 900	5 900
390 Interne Verrechnungen	10 100	10 100	10 100	10 100
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	134 500 –	135 000 –	135 000 –	135 200 –
435 Verkaufserlöse	35 000 –	35 000 –	35 000 –	35 000 –
439 Andere Entgelte	20 100 –	20 100 –	20 100 –	20 100 –
490 Interne Verrechnungen	600 –	600 –	600 –	600 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
2122 Waldregion 2				
Aufwand	1 795 400	1 801 800	1 801 800	1 807 500
Ertrag	599 300 –	601 200 –	601 200 –	603 100 –
Aufwandüberschuss	1 196 100 –	1 200 600 –	1 200 600 –	1 204 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	1 315 700	1 315 700	1 315 700	1 315 700
303 Arbeitgeberbeiträge	191 300	191 900	191 900	191 900
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	6 400	6 400	6 400	6 400
309 Anderer Personalaufwand	5 700	5 700	5 700	5 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 500	12 500	12 500	12 500
312 Informatik	43 800	49 600	49 600	55 300
313 Verbrauchsmaterialien	2 900	2 900	2 900	2 900
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	31 800	31 800	31 800	31 800
317 Spesenentschädigungen	87 000	87 000	87 000	87 000
318 Dienstleistungen und Honorare	68 500	68 500	68 500	68 500
319 Anderer Sachaufwand	1 600	1 600	1 600	1 600
390 Interne Verrechnungen	12 200	12 200	12 200	12 200
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	593 300 –	595 200 –	595 200 –	597 100 –
439 Andere Entgelte	1 800 –	1 800 –	1 800 –	1 800 –
483 Ertragsposten Globalkredit- system	3 400 –	3 400 –	3 400 –	3 400 –
490 Interne Verrechnungen	800 –	800 –	800 –	800 –
2123 Waldregion 3				
Aufwand	1 926 800	1 931 100	1 931 100	1 936 300
Ertrag	396 900 –	397 800 –	397 800 –	398 800 –
Aufwandüberschuss	1 529 900 –	1 533 300 –	1 533 300 –	1 537 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	13 000	13 000	13 000	13 000
301 Besoldungen	1 303 600	1 303 600	1 303 600	1 303 600
303 Arbeitgeberbeiträge	186 000	186 000	186 000	186 000
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	8 300	8 300	8 300	8 300
309 Anderer Personalaufwand	12 600	12 600	12 600	12 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 000	8 000	8 000	8 000
312 Informatik	64 200	68 500	68 500	73 700
313 Verbrauchsmaterialien	4 000	4 000	4 000	4 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	35 000	35 000	35 000	35 000
317 Spesenentschädigungen	80 000	80 000	80 000	80 000
318 Dienstleistungen und Honorare	179 500	179 500	179 500	179 500
319 Anderer Sachaufwand	20 000	20 000	20 000	20 000
390 Interne Verrechnungen	12 600	12 600	12 600	12 600
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	365 800 –	366 700 –	366 700 –	367 700 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	13 900 –	13 900 –	13 900 –	13 900 –
483 Ertragsposten Globalkredit- system	16 500 –	16 500 –	16 500 –	16 500 –
490 Interne Verrechnungen	700 –	700 –	700 –	700 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
2124 Waldregion 4				
Aufwand	1 195 700	1 200 000	1 200 000	1 205 700
Ertrag	125 900 –	126 400 –	126 400 –	127 000 –
Aufwandüberschuss	1 069 800 –	1 073 600 –	1 073 600 –	1 078 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	814 700	814 700	814 700	814 700
303 Arbeitgeberbeiträge	119 600	119 600	119 600	119 600
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 000	4 000	4 000	4 000
309 Anderer Personalaufwand	5 100	5 100	5 100	5 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 900	10 900	10 900	10 900
312 Informatik	32 900	37 200	37 200	42 900
313 Verbrauchsmaterialien	2 500	2 500	2 500	2 500
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	22 000	22 000	22 000	22 000
317 Spesenentschädigungen	58 500	58 500	58 500	58 500
318 Dienstleistungen und Honorare	99 000	99 000	99 000	99 000
319 Anderer Sachaufwand	1 800	1 800	1 800	1 800
390 Interne Verrechnungen	8 700	8 700	8 700	8 700
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	124 400 –	124 900 –	124 900 –	125 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
490 Interne Verrechnungen	500 –	500 –	500 –	500 –
2125 Waldregion 5				
Aufwand	2 046 600	2 052 100	2 052 100	2 056 300
Ertrag	183 800 –	184 400 –	184 400 –	184 800 –
Aufwandüberschuss	1 862 800 –	1 867 700 –	1 867 700 –	1 871 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	16 000	16 000	16 000	16 000
301 Besoldungen	1 495 700	1 495 700	1 495 700	1 495 700
303 Arbeitgeberbeiträge	221 500	221 500	221 500	221 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	7 600	7 600	7 600	7 600
309 Anderer Personalaufwand	11 400	11 400	11 400	11 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
312 Informatik	59 700	65 200	65 200	69 400
313 Verbrauchsmaterialien	6 000	6 000	6 000	6 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	60 100	60 100	60 100	60 100
317 Spesenentschädigungen	96 000	96 000	96 000	96 000
318 Dienstleistungen und Honorare	37 200	37 200	37 200	37 200
319 Anderer Sachaufwand	9 500	9 500	9 500	9 500
390 Interne Verrechnungen	15 900	15 900	15 900	15 900
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	172 400 –	173 000 –	173 000 –	173 400 –
436 Kostenrückerstattungen	500 –	500 –	500 –	500 –
439 Andere Entgelte	500 –	500 –	500 –	500 –
483 Ertragsposten Globalkredit- system	9 500 –	9 500 –	9 500 –	9 500 –
490 Interne Verrechnungen	900 –	900 –	900 –	900 –
215 Landwirtschaftsamt				
Aufwand	236 118 700	222 550 100	222 789 700	225 913 500
Ertrag	222 447 900 –	209 386 900 –	209 836 900 –	210 326 900 –
Aufwandüberschuss	13 670 800 –	13 163 200 –	12 952 800 –	15 586 600 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
2150 Landwirtschaftsamt				
Aufwand	226 383 200	213 194 900	213 461 500	213 794 300
Ertrag	218 852 000 –	205 692 000 –	206 142 000 –	206 582 000 –
Aufwandüberschuss	7 531 200 –	7 502 900 –	7 319 500 –	7 212 300 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 500	1 500	1 500	1 500
301 Besoldungen	1 353 800	1 393 800	1 393 800	1 393 800
303 Arbeitgeberbeiträge	203 000	204 900	204 900	204 900
309 Anderer Personalaufwand	1 700	1 700	1 700	1 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	36 000	30 000	36 000	30 000
312 Informatik	442 100	228 500	152 500	152 500
317 Spesenentschädigungen	38 600	38 600	38 600	38 600
318 Dienstleistungen und Honorare	50 600	50 600	32 600	32 600
319 Anderer Sachaufwand	34 000	34 000	34 000	34 000
322 Zins auf mittel- und lang- fristigen Schulden	5 000	5 000	5 000	5 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	20 000	20 000	20 000	20 000
340 Ertragsanteile des Bundes	15 000	15 000	15 000	15 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	10 000	10 000	10 000	10 000
360 Staatsbeiträge	10 598 500	10 087 900	10 442 500	10 781 300
370 Durchlaufende Beiträge	213 550 000	201 050 000	201 050 000	201 050 000
390 Interne Verrechnungen	23 400	23 400	23 400	23 400
421 Vermögenserträge aus Guthaben	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	177 000 –	177 000 –	177 000 –	177 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	213 550 000 –	201 050 000 –	201 050 000 –	201 050 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 600 000 –	3 940 000 –	4 390 000 –	4 830 000 –
2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG				
Aufwand	9 735 500	9 355 200	9 328 200	12 119 200
Ertrag	3 595 900 –	3 694 900 –	3 694 900 –	3 744 900 –
Aufwandüberschuss	6 139 600 –	5 660 300 –	5 633 300 –	8 374 300 –
301 Besoldungen	6 153 600	6 153 600	6 153 600	5 953 600
303 Arbeitgeberbeiträge	894 500	894 500	894 500	894 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	500	500	500	500
309 Anderer Personalaufwand	11 000	11 000	11 000	11 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	173 500	173 500	173 500	173 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	107 700	164 600	136 600	139 600
312 Informatik	104 900	104 900	104 900	104 900
313 Verbrauchsmaterialien	655 500	655 500	667 500	655 500
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	24 000	50 500	50 500	50 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	218 500	207 600	196 600	196 600
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	26 500	24 700	24 700	24 700
317 Spesenentschädigungen	214 100	216 100	216 100	216 100
318 Dienstleistungen und Honorare	374 000	381 000	381 000	381 000
319 Anderer Sachaufwand	28 700	28 700	28 700	28 700
390 Interne Verrechnungen	748 500	288 500	288 500	3 288 500
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	33 500 –	33 500 –	33 500 –	33 500 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	340 000 –	340 000 –	340 000 –	340 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	107 000 –	107 000 –	107 000 –	107 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	830 000 –	830 000 –	830 000 –	830 000 –
435 Verkaufserlöse	611 100 –	611 100 –	611 100 –	611 100 –
436 Kostenrückerstattungen	1 272 100 –	1 371 100 –	1 371 100 –	1 421 100 –
439 Andere Entgelte	44 700 –	44 700 –	44 700 –	44 700 –
490 Interne Verrechnungen	357 500 –	357 500 –	357 500 –	357 500 –
240 Amt für Natur, Jagd und Fischerei				
Aufwand	12 768 100	12 067 500	13 672 100	14 147 000
Ertrag	9 181 800 –	9 449 100 –	9 573 700 –	9 768 600 –
Aufwandüberschuss	3 586 300 –	2 618 400 –	4 098 400 –	4 378 400 –
2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei				
Aufwand	10 371 800	9 720 500	11 365 500	11 840 500
Ertrag	6 785 500 –	7 102 100 –	7 267 100 –	7 462 100 –
Aufwandüberschuss	3 586 300 –	2 618 400 –	4 098 400 –	4 378 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	43 000	43 000	43 000	43 000
301 Besoldungen	2 274 100	2 274 900	2 274 900	2 274 900
303 Arbeitgeberbeiträge	309 500	309 900	309 900	309 900
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	19 000	45 000	25 000	25 000
309 Anderer Personalaufwand	2 200	2 300	2 300	2 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	42 500	67 500	47 500	47 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	38 000	85 500	35 500	76 500
312 Informatik	83 600	128 600	128 600	128 600
313 Verbrauchsmaterialien	149 000	154 000	159 000	159 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	94 500	65 000	65 000	65 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	16 200	18 600	18 600	18 600
317 Spesenentschädigungen	163 000	162 000	162 000	162 000
318 Dienstleistungen und Honorare	462 700	335 700	335 700	335 700
319 Anderer Sachaufwand	148 700	148 700	148 700	148 700
351 Entschädigungen an Kantone	53 000	53 000	53 000	53 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	16 000	16 000	16 000	16 000
360 Staatsbeiträge	1 625 000	1 595 000	1 595 000	1 595 000
390 Interne Verrechnungen	4 831 800	4 215 800	5 945 800	6 379 800
410 Regalien	780 000 –	777 500 –	777 500 –	777 500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	93 000 –	93 000 –	93 000 –	93 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
435 Verkaufserlöse	75 000 –	75 000 –	75 000 –	75 000 –
436 Kostenrückerstattungen	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
437 Bussen	500 –	500 –	500 –	500 –
439 Andere Entgelte	31 100 –	31 100 –	31 100 –	31 100 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 923 900 –	3 282 900 –	3 487 900 –	3 682 900 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	36 000 –			
490 Interne Verrechnungen	2 804 500 –	2 800 600 –	2 760 600 –	2 760 600 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
2409 Jagdrechnung (SF)				
Aufwand	2 396 300	2 347 000	2 306 600	2 306 500
Ertrag	2 396 300 –	2 347 000 –	2 306 600 –	2 306 500 –
342 Ertragsanteile der Gemeinden	330 000	330 000	330 000	330 000
390 Interne Verrechnungen	2 066 300	2 017 000	1 976 600	1 976 500
410 Regalien	1 960 000 –	1 960 000 –	1 960 000 –	1 960 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	434 100 –	385 000 –	345 200 –	346 400 –
490 Interne Verrechnungen	2 200 –	2 000 –	1 400 –	100 –
245 Amt für Wirtschaft und Arbeit				
Aufwand	62 969 900	62 480 500	63 092 700	60 809 000
Ertrag	46 135 400 –	45 663 200 –	46 232 500 –	44 112 500 –
Aufwandüberschuss	16 834 500 –	16 817 300 –	16 860 200 –	16 696 500 –
2450 Amtsleitung/Zentrale Dienste				
Aufwand	2 588 000	2 588 000	2 588 000	2 588 000
Ertrag	1 934 000 –	1 934 000 –	1 934 000 –	1 934 000 –
Aufwandüberschuss	654 000 –	654 000 –	654 000 –	654 000 –
301 Besoldungen	2 021 400	2 021 400	2 021 400	2 021 400
303 Arbeitgeberbeiträge	295 000	295 000	295 000	295 000
309 Anderer Personalaufwand	1 900	1 900	1 900	1 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	35 000	35 000	35 000	35 000
312 Informatik	108 300	108 300	108 300	108 300
317 Spesenentschädigungen	28 000	28 000	28 000	28 000
318 Dienstleistungen und Honorare	22 000	22 000	22 000	22 000
319 Anderer Sachaufwand	63 000	63 000	63 000	63 000
390 Interne Verrechnungen	13 400	13 400	13 400	13 400
490 Interne Verrechnungen	1 934 000 –	1 934 000 –	1 934 000 –	1 934 000 –
2451 Standortförderung				
Aufwand	9 103 800	9 141 500	9 045 800	7 938 900
Ertrag	2 729 600 –	2 781 300 –	2 742 700 –	1 919 500 –
Aufwandüberschuss	6 374 200 –	6 360 200 –	6 303 100 –	6 019 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	7 300	7 300	7 300	7 300
301 Besoldungen	1 479 800	1 479 800	1 479 800	1 479 800
303 Arbeitgeberbeiträge	209 200	209 200	209 200	209 200
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	83 000	83 000	83 000	83 000
312 Informatik	114 800	246 800	116 800	116 800
317 Spesenentschädigungen	137 000	137 000	137 000	137 000
318 Dienstleistungen und Honorare	967 900	1 507 400	1 142 900	742 900
319 Anderer Sachaufwand	48 300	53 700	48 300	53 700
360 Staatsbeiträge	6 044 100	5 404 900	5 809 100	5 096 800
390 Interne Verrechnungen	10 900	10 900	10 900	10 900
460 Beiträge für eigene Rechnung	2 512 600 –	2 564 300 –	2 525 700 –	1 702 500 –
490 Interne Verrechnungen	217 000 –	217 000 –	217 000 –	217 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
2452 Arbeitsbedingungen				
Aufwand	2 671 300	2 668 100	2 668 100	2 668 100
Ertrag	1 315 000 –	1 315 000 –	1 315 000 –	1 295 000 –
Aufwandüberschuss	1 356 300 –	1 353 100 –	1 353 100 –	1 373 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	2 000	2 000	2 000	2 000
301 Besoldungen	1 999 900	1 999 900	1 999 900	1 999 900
303 Arbeitgeberbeiträge	285 800	285 800	285 800	285 800
309 Anderer Personalaufwand	2 100	2 100	2 100	2 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	27 000	27 000	27 000	27 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	22 000	22 000	22 000	22 000
312 Informatik	133 400	133 400	133 400	133 400
313 Verbrauchsmaterialien	5 500	5 500	5 500	5 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	15 600	12 400	12 400	12 400
317 Spesenentschädigungen	49 500	49 500	49 500	49 500
318 Dienstleistungen und Honorare	65 500	65 500	65 500	65 500
319 Anderer Sachaufwand	14 300	14 300	14 300	14 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	12 300	12 300	12 300	12 300
360 Staatsbeiträge	26 500	26 500	26 500	26 500
390 Interne Verrechnungen	9 900	9 900	9 900	9 900
411 Patente	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	356 500 –	346 500 –	346 500 –	326 500 –
437 Bussen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
439 Andere Entgelte	29 500 –	29 500 –	29 500 –	29 500 –
450 Rückerstattungen des Bundes	800 000 –	810 000 –	810 000 –	810 000 –
490 Interne Verrechnungen	89 000 –	89 000 –	89 000 –	89 000 –
2455 Arbeitslosenversicherung				
Aufwand	37 749 500	37 297 000	37 985 900	37 443 900
Ertrag	28 799 500 –	28 347 000 –	28 935 900 –	28 293 900 –
Aufwandüberschuss	8 950 000 –	8 950 000 –	9 050 000 –	9 150 000 –
301 Besoldungen	18 225 000	18 225 000	18 225 000	18 225 000
303 Arbeitgeberbeiträge	2 571 600	2 571 600	2 571 600	2 571 600
309 Anderer Personalaufwand	380 700	380 700	380 700	380 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	310 100	310 100	310 100	310 100
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	516 500	86 500	86 500	86 500
312 Informatik	954 100	931 600	1 520 500	878 500
313 Verbrauchsmaterialien	80 000	80 000	80 000	80 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	80 000	80 000	80 000	80 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	30 700	30 700	30 700	30 700
317 Spesenentschädigungen	240 400	240 400	240 400	240 400
318 Dienstleistungen und Honorare	1 218 400	1 218 400	1 218 400	1 218 400
319 Anderer Sachaufwand	115 200	115 200	115 200	115 200
350 Entschädigungen an Bund	8 950 000	8 950 000	9 050 000	9 150 000
390 Interne Verrechnungen	4 076 800	4 076 800	4 076 800	4 076 800
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
435 Verkaufserlöse	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
436 Kostenrückerstattungen	55 900 –	55 900 –	55 900 –	55 900 –
439 Andere Entgelte	165 000 –	165 000 –	165 000 –	165 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	28 301 400 –	27 849 200 –	28 438 100 –	27 796 100 –
451 Rückerstattungen der Kantone	133 000 –	133 000 –	133 000 –	133 000 –
490 Interne Verrechnungen	90 200 –	89 900 –	89 900 –	89 900 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
2456 Arbeitslosenkasse				
Aufwand	6 702 700	6 680 200	6 825 600	6 667 200
Ertrag	7 202 700 –	7 180 200 –	7 325 600 –	7 167 200 –
Ertragsüberschuss	500 000	500 000	500 000	500 000
301 Besoldungen	4 443 600	4 443 600	4 443 600	4 443 600
303 Arbeitgeberbeiträge	587 800	587 800	587 800	587 800
309 Anderer Personalaufwand	49 000	49 000	49 000	49 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	60 000	60 000	60 000	60 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	12 000	12 000	12 000	12 000
312 Informatik	239 000	216 500	361 900	203 500
313 Verbrauchsmaterialien	19 000	19 000	19 000	19 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	10 000	10 000	10 000	10 000
317 Spesenentschädigungen	18 000	18 000	18 000	18 000
318 Dienstleistungen und Honorare	133 000	133 000	133 000	133 000
319 Anderer Sachaufwand	8 500	8 500	8 500	8 500
390 Interne Verrechnungen	1 122 800	1 122 800	1 122 800	1 122 800
436 Kostenrückerstattungen	11 000 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	7 188 800 –	7 166 700 –	7 312 100 –	7 153 700 –
490 Interne Verrechnungen	2 900 –	2 500 –	2 500 –	2 500 –
2458 Tourismusrechnung (SF)				
Aufwand	4 061 600	4 012 800	3 886 400	3 410 100
Ertrag	4 061 600 –	4 012 800 –	3 886 400 –	3 410 100 –
318 Dienstleistungen und Honorare	240 000	330 000	290 000	330 000
360 Staatsbeiträge	3 596 100	3 458 200	3 372 600	2 857 000
390 Interne Verrechnungen	225 500	224 600	223 800	223 100
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	894 600 –	840 000 –	702 600 –	214 700 –
490 Interne Verrechnungen	1 967 000 –	1 972 800 –	1 983 800 –	1 995 400 –
2459 Arbeitsmarktfonds (SF)				
Aufwand	93 000	92 900	92 900	92 800
Ertrag	93 000 –	92 900 –	92 900 –	92 800 –
318 Dienstleistungen und Honorare	65 000	65 000	65 000	65 000
319 Anderer Sachaufwand	25 000	25 000	25 000	25 000
390 Interne Verrechnungen	3 000	2 900	2 900	2 800
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	87 000 –	84 100 –	78 700 –	72 100 –
490 Interne Verrechnungen	6 000 –	8 800 –	14 200 –	20 700 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
3 Departement des Innern				
Aufwand	846 325 500	878 490 300	903 224 600	932 744 500
Ertrag	250 870 200 –	271 115 300 –	278 636 100 –	287 088 000 –
Aufwandüberschuss	595 455 300 –	607 375 000 –	624 588 500 –	645 656 500 –
300 Generalsekretariat DI				
Aufwand	20 440 600	20 009 700	20 159 100	20 138 600
Ertrag	13 571 800 –	13 524 000 –	13 524 000 –	13 524 000 –
Aufwandüberschuss	6 868 800 –	6 485 700 –	6 635 100 –	6 614 600 –
3000 Generalsekretariat DI				
Aufwand	20 440 600	20 009 700	20 159 100	20 138 600
Ertrag	13 571 800 –	13 524 000 –	13 524 000 –	13 524 000 –
Aufwandüberschuss	6 868 800 –	6 485 700 –	6 635 100 –	6 614 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	4 000	4 000	7 000	7 000
301 Besoldungen	3 073 300	3 120 900	3 128 900	3 123 900
303 Arbeitgeberbeiträge	447 800	447 800	447 800	447 800
309 Anderer Personalaufwand	28 500	21 500	23 500	24 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	149 500	136 300	156 300	156 800
312 Informatik	336 200	334 700	445 400	425 400
317 Spesenentschädigungen	43 500	43 100	43 800	43 800
318 Dienstleistungen und Honorare	865 300	851 900	856 900	858 900
319 Anderer Sachaufwand	120 500	119 500	119 500	120 500
360 Staatsbeiträge	2 594 000	2 252 000	2 252 000	2 252 000
370 Durchlaufende Beiträge	12 000 000	12 000 000	12 000 000	12 000 000
390 Interne Verrechnungen	778 000	678 000	678 000	678 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	20 000 –	20 000 –	20 000 –	20 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 549 800 –	1 502 000 –	1 502 000 –	1 502 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	12 000 000 –	12 000 000 –	12 000 000 –	12 000 000 –
305 Sozialwerke				
Aufwand	361 727 600	375 760 000	392 915 000	411 615 000
Ertrag	120 484 600 –	151 820 000 –	159 290 000 –	167 300 000 –
Aufwandüberschuss	241 243 000 –	223 940 000 –	233 625 000 –	244 315 000 –
3050 Sozialwerke des Bundes				
Aufwand	8 365 000	8 475 000	8 680 000	8 880 000
Ertrag				
Aufwandüberschuss	8 365 000 –	8 475 000 –	8 680 000 –	8 880 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	75 000	75 000	80 000	80 000
360 Staatsbeiträge	8 290 000	8 400 000	8 600 000	8 800 000
3051 Ergänzungsleistungen				
Aufwand	289 655 000	299 285 000	312 235 000	326 535 000
Ertrag	83 280 000 –	85 520 000 –	88 990 000 –	92 800 000 –
Aufwandüberschuss	206 375 000 –	213 765 000 –	223 245 000 –	233 735 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	6 985 000	7 235 000	7 485 000	7 735 000
360 Staatsbeiträge	282 670 000	292 050 000	304 750 000	318 800 000
450 Rückerstattungen des Bundes	2 300 000 –	2 400 000 –	2 500 000 –	2 600 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	80 980 000 –	83 120 000 –	86 490 000 –	90 200 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
3052 Pflegefinanzierung				
Aufwand	63 707 600	68 000 000	72 000 000	76 200 000
Ertrag	37 204 600 –	66 300 000 –	70 300 000 –	74 500 000 –
Aufwandüberschuss	26 503 000 –	1 700 000 –	1 700 000 –	1 700 000 –
318 Dienstleistungen und Honorare	1 700 000	1 700 000	1 700 000	1 700 000
360 Staatsbeiträge	62 007 600	66 300 000	70 300 000	74 500 000
460 Beiträge für eigene Rechnung	37 204 600 –	66 300 000 –	70 300 000 –	74 500 000 –
310 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand				
Aufwand	2 378 100	1 984 200	1 985 200	1 986 200
Ertrag	948 600 –	970 100 –	970 100 –	970 100 –
Aufwandüberschuss	1 429 500 –	1 014 100 –	1 015 100 –	1 016 100 –
3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand				
Aufwand	2 378 100	1 984 200	1 985 200	1 986 200
Ertrag	948 600 –	970 100 –	970 100 –	970 100 –
Aufwandüberschuss	1 429 500 –	1 014 100 –	1 015 100 –	1 016 100 –
301 Besoldungen	1 343 300	1 343 300	1 343 300	1 343 300
303 Arbeitgeberbeiträge	194 300	194 300	194 300	194 300
309 Anderer Personalaufwand	1 600	1 600	1 600	1 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	16 000	15 000	16 000	16 000
312 Informatik	653 400	281 500	281 500	281 500
317 Spesenentschädigungen	4 000	3 500	3 500	4 000
318 Dienstleistungen und Honorare	12 300	12 300	12 300	12 300
319 Anderer Sachaufwand	140 500	120 000	120 000	120 500
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	10 700	10 700	10 700	10 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	786 500 –	808 000 –	808 000 –	808 000 –
436 Kostenrückerstattungen	6 000 –	6 000 –	6 000 –	6 000 –
439 Andere Entgelte	100 –	100 –	100 –	100 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	156 000 –	156 000 –	156 000 –	156 000 –
315 Amt für Gemeinden				
Aufwand	212 604 200	239 901 200	242 481 200	245 357 900
Ertrag	54 040 000 –	42 960 000 –	42 960 000 –	42 992 500 –
Aufwandüberschuss	158 564 200 –	196 941 200 –	199 521 200 –	202 365 400 –
3150 Amt für Gemeinden				
Aufwand	212 604 200	239 901 200	242 481 200	245 357 900
Ertrag	54 040 000 –	42 960 000 –	42 960 000 –	42 992 500 –
Aufwandüberschuss	158 564 200 –	196 941 200 –	199 521 200 –	202 365 400 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	12 000	12 000	12 000	12 000
301 Besoldungen	2 054 700	1 953 800	1 953 800	1 953 800
303 Arbeitgeberbeiträge	279 800	279 800	279 800	279 800
309 Anderer Personalaufwand	1 800	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	17 000	14 000	14 000	14 000
312 Informatik	96 800	91 000	91 000	91 000
317 Spesenentschädigungen	56 200	51 200	51 200	51 200
318 Dienstleistungen und Honorare	125 100	47 100	47 100	153 800
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
347 Finanz- und Lastenausgleich	209 600 000	210 670 000	213 250 000	215 770 000
349 Andere Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung		26 520 000	26 520 000	26 520 000
360 Staatsbeiträge	350 000	250 000	250 000	500 000
390 Interne Verrechnungen	8 800	8 800	8 800	8 800
431 Gebühren für Amtshandlungen	527 500 –	527 500 –	527 500 –	460 000 –
435 Verkaufserlöse	500 –	500 –	500 –	500 –
436 Kostenrückerstattungen	110 000 –	30 000 –	30 000 –	130 000 –
439 Andere Entgelte	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	12 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	41 400 000 –	41 400 000 –	41 400 000 –	41 400 000 –
320 Amt für Soziales				
Aufwand	172 957 100	166 461 600	170 708 900	174 481 200
Ertrag	13 545 000 –	13 479 700 –	13 440 200 –	13 402 600 –
Aufwandüberschuss	159 412 100 –	152 981 900 –	157 268 700 –	161 078 600 –
3200 Amt für Soziales				
Aufwand	172 957 100	166 461 600	170 708 900	174 481 200
Ertrag	13 545 000 –	13 479 700 –	13 440 200 –	13 402 600 –
Aufwandüberschuss	159 412 100 –	152 981 900 –	157 268 700 –	161 078 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	8 500	8 500	8 500	8 500
301 Besoldungen	3 750 000	3 750 000	3 750 000	3 750 000
303 Arbeitgeberbeiträge	545 100	545 100	545 100	545 100
309 Anderer Personalaufwand	9 700	9 700	9 700	9 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	67 000	46 000	47 000	47 000
312 Informatik	329 000	302 600	302 600	302 600
317 Spesenentschädigungen	69 200	68 200	69 200	69 200
318 Dienstleistungen und Honorare	605 000	603 000	660 000	660 000
319 Anderer Sachaufwand	48 100	48 100	48 100	48 100
360 Staatsbeiträge	156 696 600	150 251 500	154 439 800	158 212 100
370 Durchlaufende Beiträge	9 655 600	9 655 600	9 655 600	9 655 600
390 Interne Verrechnungen	1 173 300	1 173 300	1 173 300	1 173 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	8 600 –	10 400 –	8 600 –	8 600 –
436 Kostenrückerstattungen	2 050 500 –	1 981 000 –	1 941 000 –	1 901 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	80 000 –	80 000 –	80 000 –	80 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 749 300 –	1 751 700 –	1 754 000 –	1 756 400 –
470 Durchlaufende Beiträge	9 655 600 –	9 655 600 –	9 655 600 –	9 655 600 –
325 Amt für Kultur				
Aufwand	66 270 100	64 563 900	65 165 300	69 350 200
Ertrag	37 847 600 –	38 005 500 –	38 095 800 –	38 542 800 –
Aufwandüberschuss	28 422 500 –	26 558 400 –	27 069 500 –	30 807 400 –
3250 Amt für Kultur				
Aufwand	45 280 500	43 557 800	44 125 700	48 270 600
Ertrag	17 237 800 –	17 379 200 –	17 436 000 –	17 843 000 –
Aufwandüberschuss	28 042 700 –	26 178 600 –	26 689 700 –	30 427 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	21 000	21 000	21 000	23 000
301 Besoldungen	6 338 400	6 338 400	6 338 400	6 338 400
303 Arbeitgeberbeiträge	889 300	889 300	889 300	897 400
309 Anderer Personalaufwand	9 000	9 000	9 000	9 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 229 500	1 272 500	1 295 500	1 325 500

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	186 000	176 000	189 000	289 000
312 Informatik	1 328 100	1 989 500	2 074 500	1 659 500
313 Verbrauchsmaterialien	11 000	15 000	15 000	15 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	24 200	25 000	25 000	25 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	35 500	35 500	35 500	35 500
317 Spesenentschädigungen	146 500	152 500	152 500	152 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 829 900	1 981 000	1 981 000	2 203 000
319 Anderer Sachaufwand	103 000	119 000	119 000	119 500
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
360 Staatsbeiträge	26 734 100	26 734 100	27 181 000	27 278 300
390 Interne Verrechnungen	6 393 000	3 798 000	3 798 000	7 898 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	948 200 –	1 007 500 –	1 007 500 –	1 007 500 –
435 Verkaufserlöse	12 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
436 Kostenrückerstattungen	79 400 –	79 400 –	79 400 –	79 400 –
439 Andere Entgelte	83 800 –	83 800 –	83 800 –	83 800 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	3 571 500 –	3 589 400 –	3 607 400 –	3 625 500 –
490 Interne Verrechnungen	12 537 900 –	12 599 100 –	12 637 900 –	13 026 800 –
3251 Stiftsarchiv				
Aufwand	612 600	612 600	612 600	612 600
Ertrag	232 800 –	232 800 –	232 800 –	232 800 –
Aufwandüberschuss	379 800 –	379 800 –	379 800 –	379 800 –
301 Besoldungen	451 400	451 400	451 400	451 400
303 Arbeitgeberbeiträge	60 000	60 000	60 000	60 000
309 Anderer Personalaufwand	500	500	500	500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	27 000	27 000	27 000	27 000
312 Informatik	54 000	54 000	54 000	54 000
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	9 800	9 800	9 800	9 800
390 Interne Verrechnungen	1 900	1 900	1 900	1 900
436 Kostenrückerstattungen	225 800 –	225 800 –	225 800 –	225 800 –
439 Andere Entgelte	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
3259 Lotteriefonds (SF)				
Aufwand	20 377 000	20 393 500	20 427 000	20 467 000
Ertrag	20 377 000 –	20 393 500 –	20 427 000 –	20 467 000 –
370 Durchlaufende Beiträge	810 000	810 000	810 000	810 000
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	7 023 500	6 976 800	6 971 000	6 621 600
390 Interne Verrechnungen	12 543 500	12 606 700	12 646 000	13 035 400
435 Verkaufserlöse	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
439 Andere Entgelte	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	19 500 000 –	19 500 000 –	19 500 000 –	19 500 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	810 000 –	810 000 –	810 000 –	810 000 –
490 Interne Verrechnungen	30 000 –	46 500 –	80 000 –	120 000 –
340 Konkursamt				
Aufwand	2 999 700	2 999 600	2 999 800	3 002 800
Ertrag	2 039 000 –	1 954 000 –	1 954 000 –	1 954 000 –
Aufwandüberschuss	960 700 –	1 045 600 –	1 045 800 –	1 048 800 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
3400 Konkursamt				
Aufwand	2 999 700	2 999 600	2 999 800	3 002 800
Ertrag	2 039 000 –	1 954 000 –	1 954 000 –	1 954 000 –
Aufwandüberschuss	960 700 –	1 045 600 –	1 045 800 –	1 048 800 –
301 Besoldungen	2 082 200	2 082 200	2 082 200	2 082 200
303 Arbeitgeberbeiträge	301 900	301 900	301 900	301 900
309 Anderer Personalaufwand	2 500	2 500	2 500	2 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	63 300	60 500	60 500	62 300
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	500	500	500	500
312 Informatik	168 800	168 800	168 800	168 800
317 Spesenentschädigungen	31 000	33 500	33 500	34 500
318 Dienstleistungen und Honorare	32 200	32 400	32 600	32 800
319 Anderer Sachaufwand	3 000	3 000	3 000	3 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	255 000	255 000	255 000	255 000
390 Interne Verrechnungen	59 300	59 300	59 300	59 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	2 035 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –	1 950 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
439 Andere Entgelte	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
355 Amt für Handelsregister und Notariate				
Aufwand	6 948 100	6 810 100	6 810 100	6 812 600
Ertrag	8 393 600 –	8 402 000 –	8 402 000 –	8 402 000 –
Ertragsüberschuss	1 445 500	1 591 900	1 591 900	1 589 400
3550 Amt für Handelsregister und Notariate				
Aufwand	6 948 100	6 810 100	6 810 100	6 812 600
Ertrag	8 393 600 –	8 402 000 –	8 402 000 –	8 402 000 –
Ertragsüberschuss	1 445 500	1 591 900	1 591 900	1 589 400
301 Besoldungen	4 437 900	4 328 900	4 328 900	4 328 900
303 Arbeitgeberbeiträge	608 600	608 600	608 600	608 600
309 Anderer Personalaufwand	5 800	5 800	5 800	5 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	116 900	116 000	116 000	117 000
312 Informatik	544 600	525 200	525 200	525 200
313 Verbrauchsmaterialien	1 100	1 100	1 100	1 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	4 300	4 300	4 300	4 300
317 Spesenentschädigungen	29 100	22 000	22 000	22 000
318 Dienstleistungen und Honorare	631 300	631 200	631 200	632 700
319 Anderer Sachaufwand	9 100	7 200	7 200	7 200
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	49 600	50 000	50 000	50 000
340 Ertragsanteile des Bundes	375 000	375 000	375 000	375 000
390 Interne Verrechnungen	134 800	134 800	134 800	134 800
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	7 715 000 –	7 723 400 –	7 723 400 –	7 723 400 –
436 Kostenrückerstattungen	677 200 –	677 200 –	677 200 –	677 200 –
439 Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
4 Bildungsdepartement				
Aufwand	861 692 000	857 133 800	859 610 900	863 280 000
Ertrag	303 489 600 –	301 197 700 –	303 652 200 –	305 625 700 –
Aufwandüberschuss	558 202 400 –	555 936 100 –	555 958 700 –	557 654 300 –
400 Generalsekretariat BLD				
Aufwand	21 719 100	22 178 800	22 274 800	22 357 500
Ertrag	2 308 100 –	2 340 000 –	2 393 000 –	2 426 000 –
Aufwandüberschuss	19 411 000 –	19 838 800 –	19 881 800 –	19 931 500 –
4000 Generalsekretariat BLD				
Aufwand	8 332 100	8 747 800	8 756 800	8 785 500
Ertrag	621 100 –	623 000 –	623 000 –	623 000 –
Aufwandüberschuss	7 711 000 –	8 124 800 –	8 133 800 –	8 162 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	429 000	429 000	429 000	429 000
301 Besoldungen	4 949 400	5 311 800	5 311 800	5 311 800
303 Arbeitgeberbeiträge	685 100	707 400	707 400	707 400
309 Anderer Personalaufwand	30 100	30 100	30 100	30 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	329 000	329 000	329 000	329 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	4 000	4 000	4 000	4 000
312 Informatik	537 600	569 500	569 500	569 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 000	3 000	3 000	3 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	13 100	13 100	13 100	13 100
317 Spesenentschädigungen	131 000	131 000	131 000	131 000
318 Dienstleistungen und Honorare	737 100	762 600	780 200	798 200
319 Anderer Sachaufwand	152 600	184 100	185 200	186 200
360 Staatsbeiträge	177 000	219 100	209 400	219 100
390 Interne Verrechnungen	154 100	54 100	54 100	54 100
431 Gebühren für Amtshandlungen	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
435 Verkaufserlöse	238 000 –	238 000 –	238 000 –	238 000 –
436 Kostenrückerstattungen	62 000 –	62 000 –	62 000 –	62 000 –
439 Andere Entgelte	900 –	900 –	900 –	900 –
490 Interne Verrechnungen	305 200 –	307 100 –	307 100 –	307 100 –
4003 Ausbildungsbeihilfen				
Aufwand	13 387 000	13 431 000	13 518 000	13 572 000
Ertrag	1 687 000 –	1 717 000 –	1 770 000 –	1 803 000 –
Aufwandüberschuss	11 700 000 –	11 714 000 –	11 748 000 –	11 769 000 –
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	35 000	35 000	35 000	35 000
360 Staatsbeiträge	13 203 000	13 203 000	13 203 000	13 203 000
390 Interne Verrechnungen	149 000	193 000	280 000	334 000
421 Vermögenserträge aus Guthaben	2 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	85 000 –	112 000 –	165 000 –	198 000 –
436 Kostenrückerstattungen	72 000 –	72 000 –	72 000 –	72 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 528 000 –	1 528 000 –	1 528 000 –	1 528 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
405 Amt für Volksschule				
Aufwand	158 775 100	158 421 900	160 285 900	159 685 900
Ertrag	66 683 400 –	61 626 900 –	61 606 900 –	61 606 900 –
Aufwandüberschuss	90 091 700 –	96 795 000 –	98 679 000 –	98 079 000 –
4050 Amtsleitung AVS				
Aufwand	23 851 300	24 055 200	23 855 200	23 855 200
Ertrag	620 000 –	620 000 –	620 000 –	620 000 –
Aufwandüberschuss	23 231 300 –	23 435 200 –	23 235 200 –	23 235 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	107 200	107 200	107 200	107 200
301 Besoldungen	3 097 500	3 097 500	3 097 500	3 097 500
303 Arbeitgeberbeiträge	450 900	450 900	450 900	450 900
309 Anderer Personalaufwand	6 400	6 600	6 600	6 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	109 000	79 000	69 000	59 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 000	1 000	1 000	1 000
312 Informatik	84 500	84 500	84 500	84 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	500	500	500	500
316 Mieten, Pachten und Benutzungskosten	10 500	10 500	10 500	10 500
317 Spesenentschädigungen	166 300	155 000	155 000	155 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 793 200	1 713 200	1 723 200	1 733 200
319 Anderer Sachaufwand	512 900	712 900	512 900	512 900
352 Entschädigungen an Gemeinden	131 700	131 700	131 700	131 700
360 Staatsbeiträge	6 842 800	6 967 800	6 967 800	6 967 800
390 Interne Verrechnungen	10 536 900	10 536 900	10 536 900	10 536 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	33 000 –	33 000 –	33 000 –	33 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	85 000 –	85 000 –	85 000 –	85 000 –
436 Kostenrückerstattungen	502 000 –	502 000 –	502 000 –	502 000 –
4051 Lehrmittelverlag				
Aufwand	11 296 300	11 342 400	11 242 400	11 242 400
Ertrag	15 315 000 –	15 334 000 –	15 334 000 –	15 334 000 –
Ertragsüberschuss	4 018 700	3 991 600	4 091 600	4 091 600
301 Besoldungen	1 166 300	1 166 300	1 166 300	1 166 300
303 Arbeitgeberbeiträge	133 500	133 500	133 500	133 500
309 Anderer Personalaufwand	900	900	900	900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 370 600	8 403 600	8 315 600	8 303 600
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	5 000	5 000	5 000	5 000
312 Informatik	108 200	108 200	108 200	108 200
313 Verbrauchsmaterialien	26 800	26 900	26 900	26 900
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	4 500	4 500	4 500	4 500
317 Spesenentschädigungen	126 500	126 500	126 500	126 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 254 000	1 255 000	1 255 000	1 255 000
319 Anderer Sachaufwand	50 000	62 000	50 000	62 000
360 Staatsbeiträge	34 000	34 000	34 000	34 000
390 Interne Verrechnungen	16 000	16 000	16 000	16 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
435 Verkaufserlöse	4 800 000 –	4 819 000 –	4 819 000 –	4 819 000 –
490 Interne Verrechnungen	10 500 000 –	10 500 000 –	10 500 000 –	10 500 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
4052 Weiterbildung Schule				
Aufwand	2 551 500	2 539 900	2 503 900	2 503 900
Ertrag	102 400 –	102 900 –	82 900 –	82 900 –
Aufwandüberschuss	2 449 100 –	2 437 000 –	2 421 000 –	2 421 000 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	22 000	22 000	22 000	22 000
301 Besoldungen	916 800	916 800	916 800	916 800
303 Arbeitgeberbeiträge	66 100	66 100	66 100	66 100
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	127 000	117 000	117 000	117 000
312 Informatik	24 500	24 500	24 500	24 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	500	500	500	500
317 Spesenentschädigungen	106 700	106 700	106 700	106 700
318 Dienstleistungen und Honorare	1 197 300	1 216 100	1 180 100	1 200 100
319 Anderer Sachaufwand	7 300	7 300	7 300	7 300
352 Entschädigungen an Gemeinden	81 400	61 000	61 000	41 000
390 Interne Verrechnungen	1 900	1 900	1 900	1 900
436 Kostenrückerstattungen	70 800 –	70 800 –	70 800 –	70 800 –
439 Andere Entgelte	31 600 –	32 100 –	12 100 –	12 100 –
4053 Sonderschulen				
Aufwand	119 076 000	120 484 400	122 684 400	122 084 400
Ertrag	50 646 000 –	45 570 000 –	45 570 000 –	45 570 000 –
Aufwandüberschuss	68 430 000 –	74 914 400 –	77 114 400 –	76 514 400 –
318 Dienstleistungen und Honorare	110 000	110 000	110 000	110 000
360 Staatsbeiträge	118 966 000	119 071 000	119 471 000	118 871 000
390 Interne Verrechnungen		1 303 400	3 103 400	3 103 400
436 Kostenrückerstattungen	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	50 616 000 –	45 540 000 –	45 540 000 –	45 540 000 –
415 Amt für Berufsbildung				
Aufwand	270 465 900	260 840 500	256 130 600	254 980 600
Ertrag	129 438 200 –	128 695 700 –	128 582 700 –	128 422 700 –
Aufwandüberschuss	141 027 700 –	132 144 800 –	127 547 900 –	126 557 900 –
4150 Amtsleitung ABB				
Aufwand	4 783 200	4 783 200	4 783 200	4 783 200
Ertrag	53 997 300 –	53 907 300 –	53 807 300 –	53 647 300 –
Ertragsüberschuss	49 214 100	49 124 100	49 024 100	48 864 100
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	100 500	100 500	100 500	100 500
301 Besoldungen	3 171 400	3 171 400	3 171 400	3 171 400
303 Arbeitgeberbeiträge	460 700	460 700	460 700	460 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	150 000	150 000	150 000	150 000
312 Informatik	414 700	414 700	414 700	414 700
317 Spesenentschädigungen	125 000	125 000	125 000	125 000
318 Dienstleistungen und Honorare	223 600	223 600	223 600	223 600
319 Anderer Sachaufwand	80 000	80 000	80 000	80 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	56 300	56 300	56 300	56 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	42 300 –	42 300 –	42 300 –	42 300 –
436 Kostenrückerstattungen	3 500 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
439 Andere Entgelte	1 500 –	1 500 –	1 500 –	1 500 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	53 950 000 –	53 860 000 –	53 760 000 –	53 600 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
4151 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung				
Aufwand	9 406 000	9 406 000	9 406 000	9 306 000
Ertrag	513 300 –	513 300 –	513 300 –	513 300 –
Aufwandüberschuss	8 892 700 –	8 892 700 –	8 892 700 –	8 792 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	5 900	5 900	5 900	5 900
301 Besoldungen	6 844 400	6 844 400	6 844 400	6 844 400
303 Arbeitgeberbeiträge	972 100	972 100	972 100	972 100
309 Anderer Personalaufwand	45 900	45 900	45 900	45 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	348 100	348 100	348 100	338 100
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	624 200	624 200	624 200	624 200
313 Verbrauchsmaterialien	2 200	2 200	2 200	2 200
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 000	3 000	3 000	3 000
317 Spesenentschädigungen	184 500	184 500	184 500	174 500
318 Dienstleistungen und Honorare	136 500	136 500	136 500	76 500
319 Anderer Sachaufwand	224 700	224 700	224 700	204 700
390 Interne Verrechnungen	7 500	7 500	7 500	7 500
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	502 300 –	502 300 –	502 300 –	502 300 –
439 Andere Entgelte	11 000 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
4152 Berufliche Grundbildung				
Aufwand	37 920 000	33 420 000	33 320 000	33 320 000
Ertrag	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
Aufwandüberschuss	37 860 000 –	33 360 000 –	33 260 000 –	33 260 000 –
360 Staatsbeiträge	37 920 000	33 420 000	33 320 000	33 320 000
460 Beiträge für eigene Rechnung	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –
4153 Höhere Berufs- und Weiterbildung				
Aufwand	22 212 500	24 582 600	21 977 600	21 877 600
Ertrag				
Aufwandüberschuss	22 212 500 –	24 582 600 –	21 977 600 –	21 877 600 –
360 Staatsbeiträge	15 190 000	17 540 000	14 940 000	14 840 000
390 Interne Verrechnungen	7 022 500	7 042 600	7 037 600	7 037 600
4156 Berufsfachschulen				
Aufwand	196 144 200	188 648 700	186 643 800	185 693 800
Ertrag	74 867 600 –	74 215 100 –	74 202 100 –	74 202 100 –
Aufwandüberschuss	121 276 600 –	114 433 600 –	112 441 700 –	111 491 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	250 400	250 400	250 400	250 400
301 Besoldungen	122 943 500	120 945 700	119 299 600	118 499 600
303 Arbeitgeberbeiträge	16 936 200	16 351 600	16 142 200	16 142 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	15 000	15 000	15 000	15 000
309 Anderer Personalaufwand	930 100	927 600	927 600	927 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	11 177 200	11 081 300	11 170 300	11 170 300

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 171 800	1 782 700	1 802 200	1 760 700
312 Informatik	1 174 600	1 099 400	1 081 400	1 081 400
313 Verbrauchsmaterialien	4 035 400	4 035 400	4 035 400	4 035 400
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	801 500	851 900	801 500	801 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 718 800	2 786 000	2 588 000	2 488 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	9 767 700	9 945 100	9 945 100	9 945 100
317 Spesenentschädigungen	3 308 500	3 280 500	3 280 500	3 280 500
318 Dienstleistungen und Honorare	4 745 000	4 723 200	4 731 700	4 723 200
319 Anderer Sachaufwand	3 079 300	2 992 100	2 992 100	2 992 100
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	24 000	24 000	24 000	24 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	153 000	153 000	153 000	153 000
381 Zuweisung an Rückstellungen	490 800	456 400	456 400	456 400
389 Bevorschussungen	64 300	64 300	64 300	64 300
390 Interne Verrechnungen	11 357 100	6 883 100	6 883 100	6 883 100
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	600 –	600 –	600 –	600 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 210 500 –	1 180 500 –	1 180 500 –	1 180 500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	14 500 –	14 500 –	14 500 –	14 500 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	6 400 –	6 400 –	6 400 –	6 400 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	22 175 700 –	21 812 700 –	21 812 700 –	21 812 700 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	3 577 700 –	3 576 700 –	3 568 700 –	3 568 700 –
435 Verkaufserlöse	3 010 200 –	3 010 700 –	3 010 700 –	3 010 700 –
436 Kostenrückerstattungen	2 475 300 –	2 365 300 –	2 365 300 –	2 365 300 –
439 Andere Entgelte	103 700 –	103 700 –	103 700 –	103 700 –
451 Rückerstattungen der Kantone	31 116 800 –	31 126 800 –	31 126 800 –	31 126 800 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	72 000 –	72 000 –	72 000 –	72 000 –
480 Entnahme aus Sondervermögen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	539 000 –	359 900 –	359 900 –	359 900 –
490 Interne Verrechnungen	10 563 200 –	10 583 300 –	10 578 300 –	10 578 300 –
420 Amt für Mittelschulen				
Aufwand	108 944 200	107 581 600	112 017 500	111 870 200
Ertrag	9 359 200 –	9 331 600 –	9 337 600 –	9 337 600 –
Aufwandüberschuss	99 585 000 –	98 250 000 –	102 679 900 –	102 532 600 –
4200 Amtsleitung AMS				
Aufwand	1 105 500	1 105 000	1 105 000	1 105 000
Ertrag	1 600 –	400 –	400 –	400 –
Aufwandüberschuss	1 103 900 –	1 104 600 –	1 104 600 –	1 104 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	80 000	80 000	80 000	80 000
301 Besoldungen	723 900	723 900	723 900	723 900
303 Arbeitgeberbeiträge	110 900	110 900	110 900	110 900
309 Anderer Personalaufwand	800	800	800	800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 500	12 500	12 500	12 500
312 Informatik	25 500	25 500	25 500	25 500
317 Spesenentschädigungen	36 500	36 500	36 500	36 500
318 Dienstleistungen und Honorare	101 800	101 300	101 300	101 300
319 Anderer Sachaufwand	13 000	13 000	13 000	13 000
390 Interne Verrechnungen	600	600	600	600
431 Gebühren für Amtshandlungen	200 –	200 –	200 –	200 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	1 200 –			
439 Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
4205 Mittelschulen				
Aufwand	107 838 700	106 476 600	110 912 500	110 765 200
Ertrag	9 357 600 –	9 331 200 –	9 337 200 –	9 337 200 –
Aufwandüberschuss	98 481 100 –	97 145 400 –	101 575 300 –	101 428 000 –
301 Besoldungen	71 597 100	70 686 200	70 040 600	69 818 200
303 Arbeitgeberbeiträge	10 247 300	10 261 100	10 354 100	10 479 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 900	4 900	4 900	4 900
309 Anderer Personalaufwand	569 200	569 200	569 200	569 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 126 200	3 156 200	3 156 200	3 156 200
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	499 000	466 000	466 000	496 000
312 Informatik	662 800	674 800	674 800	614 800
313 Verbrauchsmaterialien	1 412 100	1 363 600	1 363 600	1 343 600
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	228 500	228 500	228 500	228 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	839 700	839 700	839 700	839 700
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	776 400	782 400	782 400	782 400
317 Spesenentschädigungen	786 900	786 900	775 400	775 400
318 Dienstleistungen und Honorare	948 400	947 900	947 900	947 900
319 Anderer Sachaufwand	238 500	208 500	208 500	208 500
351 Entschädigungen an Kantone	957 000	957 000	957 000	957 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	293 000	293 000	293 000	293 000
360 Staatsbeiträge	5 201 500	5 201 500	5 201 500	5 201 500
390 Interne Verrechnungen	9 450 200	9 049 200	14 049 200	14 049 200
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	400 –	400 –	400 –	400 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	36 200 –	41 300 –	41 300 –	41 300 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	2 393 900 –	2 393 900 –	2 393 900 –	2 393 900 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	187 600 –	156 100 –	162 100 –	162 100 –
435 Verkaufserlöse	353 200 –	353 200 –	353 200 –	353 200 –
436 Kostenrückerstattungen	574 600 –	574 600 –	574 600 –	574 600 –
439 Andere Entgelte	14 100 –	14 100 –	14 100 –	14 100 –
451 Rückerstattungen der Kantone	3 246 800 –	3 246 800 –	3 246 800 –	3 246 800 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	1 666 000 –	1 666 000 –	1 666 000 –	1 666 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	10 500 –	10 500 –	10 500 –	10 500 –
490 Interne Verrechnungen	874 300 –	874 300 –	874 300 –	874 300 –
423 Amt für Hochschulen				
Aufwand	295 567 000	299 646 300	300 933 900	306 367 100
Ertrag	89 840 000 –	93 330 000 –	95 830 000 –	97 900 000 –
Aufwandüberschuss	205 727 000 –	206 316 300 –	205 103 900 –	208 467 100 –
4230 Amtsleitung AHS				
Aufwand	1 061 600	873 800	873 800	873 800
Ertrag				
Aufwandüberschuss	1 061 600 –	873 800 –	873 800 –	873 800 –
301 Besoldungen	638 500	638 500	638 500	638 500
303 Arbeitgeberbeiträge	95 400	95 400	95 400	95 400
309 Anderer Personalaufwand	4 600	4 600	4 600	4 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	8 200	8 400	8 400	8 400
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	24 200	24 200	24 200	24 200

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 000	2 000	2 000	2 000
317 Spesenentschädigungen	29 000	29 000	29 000	29 000
318 Dienstleistungen und Honorare	252 700	64 700	64 700	64 700
319 Anderer Sachaufwand	5 000	5 000	5 000	5 000
4231 Universitäre Hochschulen				
Aufwand	153 851 600	157 877 000	160 596 800	163 388 500
Ertrag	63 140 000 –	66 430 000 –	68 830 000 –	70 900 000 –
Aufwandüberschuss	90 711 600 –	91 447 000 –	91 766 800 –	92 488 500 –
360 Staatsbeiträge	153 851 600	157 877 000	160 596 800	163 388 500
460 Beiträge für eigene Rechnung	63 140 000 –	66 430 000 –	68 830 000 –	70 900 000 –
4232 Fachhochschulen				
Aufwand	140 653 800	140 895 500	139 463 300	142 104 800
Ertrag	26 700 000 –	26 900 000 –	27 000 000 –	27 000 000 –
Aufwandüberschuss	113 953 800 –	113 995 500 –	112 463 300 –	115 104 800 –
360 Staatsbeiträge	113 009 300	113 051 000	111 518 800	114 160 300
370 Durchlaufende Beiträge	26 700 000	26 900 000	27 000 000	27 000 000
390 Interne Verrechnungen	944 500	944 500	944 500	944 500
470 Durchlaufende Beiträge	26 700 000 –	26 900 000 –	27 000 000 –	27 000 000 –
430 Amt für Sport				
Aufwand	8 220 700	8 464 700	7 968 200	8 018 700
Ertrag	5 860 700 –	5 873 500 –	5 902 000 –	5 932 500 –
Aufwandüberschuss	2 360 000 –	2 591 200 –	2 066 200 –	2 086 200 –
4300 Amt für Sport				
Aufwand	3 218 700	3 448 700	2 923 700	2 943 700
Ertrag	858 700 –	857 500 –	857 500 –	857 500 –
Aufwandüberschuss	2 360 000 –	2 591 200 –	2 066 200 –	2 086 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	308 000	308 000	308 000	308 000
301 Besoldungen	678 300	678 300	678 300	678 300
303 Arbeitgeberbeiträge	105 700	105 700	105 700	105 700
309 Anderer Personalaufwand	1 300	1 300	1 300	1 300
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	19 000	19 000	19 000	19 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	39 100	39 100	39 100	39 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	49 000	69 000	49 000	69 000
318 Dienstleistungen und Honorare	694 500	694 500	604 500	604 500
319 Anderer Sachaufwand	16 000	16 000	16 000	16 000
360 Staatsbeiträge	94 000	119 000	89 000	89 000
390 Interne Verrechnungen	1 206 800	1 391 800	1 006 800	1 006 800
436 Kostenrückerstattungen	447 000 –	446 000 –	446 000 –	446 000 –
439 Andere Entgelte	700 –	500 –	500 –	500 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	351 000 –	351 000 –	351 000 –	351 000 –
490 Interne Verrechnungen	60 000 –	60 000 –	60 000 –	60 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
4309 Sport-Toto-Fonds (SF)				
Aufwand	5 002 000	5 016 000	5 044 500	5 075 000
Ertrag	5 002 000 -	5 016 000 -	5 044 500 -	5 075 000 -
318 Dienstleistungen und Honorare	110 000	110 000	110 000	110 000
360 Staatsbeiträge	4 219 000	4 300 000	4 300 000	4 300 000
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	295 600	226 400	254 800	285 000
390 Interne Verrechnungen	377 400	379 600	379 700	380 000
439 Andere Entgelte	100 000 -	100 000 -	100 000 -	100 000 -
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	4 875 000 -	4 875 000 -	4 875 000 -	4 875 000 -
490 Interne Verrechnungen	27 000 -	41 000 -	69 500 -	100 000 -

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
5 Finanzdepartement				
Aufwand	608 573 700	649 348 300	707 894 300	770 621 300
Ertrag	2 677 240 900 –	2 635 873 000 –	2 763 952 100 –	2 882 587 100 –
Ertragsüberschuss	2 068 667 200	1 986 524 700	2 056 057 800	2 111 965 800
500 Generalsekretariat FD				
Aufwand	3 191 600	3 197 300	3 206 500	3 197 300
Ertrag	1 879 300 –	1 869 200 –	1 869 100 –	1 869 200 –
Aufwandüberschuss	1 312 300 –	1 328 100 –	1 337 400 –	1 328 100 –
5000 Generalsekretariat FD				
Aufwand	3 129 300	3 135 100	3 144 400	3 135 100
Ertrag	1 817 000 –	1 807 000 –	1 807 000 –	1 807 000 –
Aufwandüberschuss	1 312 300 –	1 328 100 –	1 337 400 –	1 328 100 –
301 Besoldungen	1 065 100	1 099 100	1 101 300	1 099 100
303 Arbeitgeberbeiträge	155 000	141 400	141 500	141 400
309 Anderer Personalaufwand	11 000	11 000	11 000	11 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	22 000	22 000	22 000	22 000
312 Informatik	67 900	60 300	60 300	60 300
317 Spesenentschädigungen	2 500	2 500	2 500	2 500
318 Dienstleistungen und Honorare	12 500	12 500	12 500	12 500
319 Anderer Sachaufwand	137 800	130 800	137 800	130 800
342 Ertragsanteile der Gemeinden	3 700	3 700	3 700	3 700
360 Staatsbeiträge	140 000	140 000	140 000	140 000
370 Durchlaufende Beiträge	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000
390 Interne Verrechnungen	11 800	11 800	11 800	11 800
431 Gebühren für Amtshandlungen	109 000 –	109 000 –	109 000 –	109 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	60 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	7 000 –	7 000 –	7 000 –	7 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	140 000 –	140 000 –	140 000 –	140 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –	1 500 000 –
5009 Kantonshilfskasse (SF)				
Aufwand	62 300	62 200	62 100	62 200
Ertrag	62 300 –	62 200 –	62 100 –	62 200 –
360 Staatsbeiträge	60 000	60 000	60 000	60 000
390 Interne Verrechnungen	2 300	2 200	2 100	2 200
460 Beiträge für eigene Rechnung	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	37 800 –	35 600 –	31 400 –	26 000 –
490 Interne Verrechnungen	14 500 –	16 600 –	20 700 –	26 200 –
505 Zentrale Dienste				
Aufwand	37 267 300	38 298 200	37 777 600	39 124 400
Ertrag	20 804 300 –	18 682 600 –	18 821 200 –	18 944 800 –
Aufwandüberschuss	16 463 000 –	19 615 600 –	18 956 400 –	20 179 600 –
5050 Personalamt				
Aufwand	7 971 600	8 007 600	8 117 500	8 059 900
Ertrag	3 111 400 –	3 003 600 –	3 009 200 –	3 002 400 –
Aufwandüberschuss	4 860 200 –	5 004 000 –	5 108 300 –	5 057 500 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	6 000	6 000	6 000	6 000
301 Besoldungen	3 636 200	3 650 600	3 651 800	3 658 000
303 Arbeitgeberbeiträge	566 600	565 400	565 400	565 400
309 Anderer Personalaufwand	1 101 500	1 105 900	1 110 300	1 114 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	109 000	111 000	111 000	109 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	6 000	3 000	3 000	3 000
312 Informatik	1 421 000	1 370 300	1 474 600	1 478 300
317 Spesenentschädigungen	220 600	270 600	270 600	220 600
318 Dienstleistungen und Honorare	560 700	580 700	580 700	560 700
319 Anderer Sachaufwand	32 500	32 500	32 500	32 500
390 Interne Verrechnungen	311 500	311 600	311 600	311 700
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	280 000 –	280 000 –	280 000 –	280 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	341 000 –	341 000 –	341 000 –	341 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 335 600 –	2 227 800 –	2 233 400 –	2 226 600 –
451 Rückerstattungen der Kantone	12 000 –	12 000 –	12 000 –	12 000 –
490 Interne Verrechnungen	142 800 –	142 800 –	142 800 –	142 800 –
5051 Amt für Finanzdienstleistungen				
Aufwand	1 927 700	2 508 900	1 969 400	1 947 000
Ertrag	368 300 –	369 800 –	369 300 –	352 700 –
Aufwandüberschuss	1 559 400 –	2 139 100 –	1 600 100 –	1 594 300 –
301 Besoldungen	701 900	702 900	702 500	708 600
303 Arbeitgeberbeiträge	95 100	98 600	102 200	106 400
309 Anderer Personalaufwand	800	800	800	800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	189 800	189 800	190 800	191 800
312 Informatik	931 100	1 507 800	964 100	930 400
317 Spesenentschädigungen	800	800	800	800
318 Dienstleistungen und Honorare	2 900	2 900	2 900	2 900
319 Anderer Sachaufwand	500	500	500	500
390 Interne Verrechnungen	4 800	4 800	4 800	4 800
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	110 200 –	112 400 –	113 400 –	114 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	14 000 –	12 000 –	10 000 –	8 000 –
490 Interne Verrechnungen	243 100 –	244 400 –	244 900 –	229 200 –
5052 Risk Management				
Aufwand	8 292 400	6 590 500	6 571 000	6 571 000
Ertrag	8 292 400 –	6 590 500 –	6 571 000 –	6 571 000 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	3 000	500	500	500
312 Informatik	25 000	25 400	25 400	25 400
318 Dienstleistungen und Honorare	1 883 900	1 900 000	1 900 000	1 900 000
319 Anderer Sachaufwand	6 370 500	3 302 500	3 952 500	4 452 500
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	10 000	10 000	10 000	10 000
381 Zuweisung an Rückstellungen		1 352 100	682 600	182 600
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	6 591 000 –	6 520 000 –	6 480 000 –	6 480 000 –
436 Kostenrückerstattungen	50 000 –	70 000 –	90 000 –	90 000 –
439 Andere Entgelte	500 –	500 –	1 000 –	1 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	1 650 900 –			

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
5054 Dienst für Informatikplanung				
Aufwand	14 493 200	16 675 600	16 586 900	18 021 600
Ertrag	993 600 –	693 600 –	693 600 –	693 600 –
Aufwandüberschuss	13 499 600 –	15 982 000 –	15 893 300 –	17 328 000 –
301 Besoldungen	1 581 900	1 583 200	1 583 500	1 598 400
303 Arbeitgeberbeiträge	228 900	233 100	237 100	241 900
309 Anderer Personalaufwand	1 200	1 200	1 200	1 200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	15 000	15 000	15 000	15 000
312 Informatik	8 196 700	9 673 300	9 580 300	8 495 300
317 Spesenentschädigungen	18 000	18 000	18 000	18 000
318 Dienstleistungen und Honorare	313 000	13 000	13 000	13 000
319 Anderer Sachaufwand	1 800	2 100	2 100	2 100
390 Interne Verrechnungen	4 136 700	5 136 700	5 136 700	7 636 700
436 Kostenrückerstattungen	591 000 –	591 000 –	591 000 –	591 000 –
489 Bevorschussungen	300 000 –			
490 Interne Verrechnungen	102 600 –	102 600 –	102 600 –	102 600 –
5055 Finanzkontrolle				
Aufwand	2 591 700	2 515 800	2 516 000	2 516 500
Ertrag	679 300 –	700 800 –	700 800 –	700 800 –
Aufwandüberschuss	1 912 400 –	1 815 000 –	1 815 200 –	1 815 700 –
301 Besoldungen	2 131 200	2 070 200	2 070 200	2 070 500
303 Arbeitgeberbeiträge	318 900	303 900	303 900	303 900
309 Anderer Personalaufwand	1 600	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	17 000	17 100	17 200	17 300
312 Informatik	74 800	74 800	74 800	74 800
317 Spesenentschädigungen	34 000	34 100	34 200	34 300
318 Dienstleistungen und Honorare	7 200	7 200	7 200	7 200
319 Anderer Sachaufwand	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	2 000	2 000	2 000	2 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	573 800 –	593 800 –	593 800 –	593 800 –
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
490 Interne Verrechnungen	99 500 –	101 000 –	101 000 –	101 000 –
5056 Amt für Vermögensverwaltung				
Aufwand	1 990 700	1 999 800	2 016 800	2 008 400
Ertrag	7 359 300 –	7 324 300 –	7 477 300 –	7 624 300 –
Ertragsüberschuss	5 368 600	5 324 500	5 460 500	5 615 900
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	40 000	40 000	40 000	40 000
301 Besoldungen	1 427 000	1 429 400	1 437 400	1 422 000
303 Arbeitgeberbeiträge	205 000	210 400	217 200	223 000
309 Anderer Personalaufwand	1 800	1 800	1 800	1 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	13 500	13 500	13 500	13 500
312 Informatik	233 900	235 200	237 400	238 600
317 Spesenentschädigungen	19 500	19 500	19 500	19 500
318 Dienstleistungen und Honorare	32 900	32 900	32 900	32 900
319 Anderer Sachaufwand	2 600	2 600	2 600	2 600
390 Interne Verrechnungen	14 500	14 500	14 500	14 500
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	7 340 000 –	7 305 000 –	7 458 000 –	7 605 000 –
439 Andere Entgelte	19 100 –	19 100 –	19 100 –	19 100 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
510 Kantonales Steueramt				
Aufwand	417 062 200	423 999 900	443 896 300	465 013 700
Ertrag	1 851 896 000 –	1 908 164 000 –	1 999 964 000 –	2 078 246 000 –
Ertragsüberschuss	1 434 833 800	1 484 164 100	1 556 067 700	1 613 232 300
5100 Amtsleitung KStA				
Aufwand	67 107 200	63 474 900	64 171 300	65 288 700
Ertrag	341 000 –	339 000 –	339 000 –	321 000 –
Aufwandüberschuss	66 766 200 –	63 135 900 –	63 832 300 –	64 967 700 –
301 Besoldungen	20 342 800	19 792 800	19 792 800	19 792 800
303 Arbeitgeberbeiträge	2 916 700	2 916 700	2 916 700	2 916 700
309 Anderer Personalaufwand	88 900	88 600	88 600	88 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	570 000	570 000	570 000	570 000
312 Informatik	19 761 600	17 272 900	18 098 300	19 055 700
317 Spesenentschädigungen	620 000	620 000	620 000	620 000
318 Dienstleistungen und Honorare	3 754 700	3 601 400	3 612 400	3 612 400
319 Anderer Sachaufwand	47 000	47 000	47 000	47 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	18 520 000	18 080 000	17 940 000	18 100 000
390 Interne Verrechnungen	485 500	485 500	485 500	485 500
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	195 000 –	195 000 –	195 000 –	195 000 –
435 Verkaufserlöse	22 500 –	20 500 –	20 500 –	2 500 –
436 Kostenrückerstattungen	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	7 500 –	7 500 –	7 500 –	7 500 –
5105 Kantonale Steuern				
Aufwand	349 955 000	360 525 000	379 725 000	399 725 000
Ertrag	1 739 755 000 –	1 793 225 000 –	1 879 425 000 –	1 951 725 000 –
Ertragsüberschuss	1 389 800 000	1 432 700 000	1 499 700 000	1 552 000 000
318 Dienstleistungen und Honorare	5 920 000	6 100 000	6 300 000	6 600 000
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	4 258 000	4 300 000	4 300 000	4 300 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	11 742 000	11 705 000	11 705 000	11 705 000
340 Ertragsanteile des Bundes	16 675 000	17 200 000	17 900 000	18 600 000
341 Ertragsanteile der Kantone	3 900 000	4 000 000	4 200 000	4 400 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	278 360 000	287 200 000	303 200 000	320 000 000
344 Ertragsanteile Dritter	29 100 000	30 020 000	32 120 000	34 120 000
400 Einkommens- und Vermögenssteuern	1 041 300 000 –	1 061 700 000 –	1 109 400 000 –	1 140 800 000 –
401 Gewinn- und Kapitalsteuern	334 800 000 –	355 400 000 –	382 100 000 –	410 700 000 –
402 Quellensteuern	197 000 000 –	202 900 000 –	211 000 000 –	219 500 000 –
403 Grundstückgewinnsteuern	116 400 000 –	122 900 000 –	126 600 000 –	130 400 000 –
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	40 000 000 –	40 000 000 –	40 000 000 –	40 000 000 –
408 Steuerstrafen	2 350 000 –	2 350 000 –	2 350 000 –	2 350 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	5 765 000 –	5 835 000 –	5 835 000 –	5 835 000 –
436 Kostenrückerstattungen	140 000 –	140 000 –	140 000 –	140 000 –
437 Bussen	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –	2 000 000 –
5106 Bundessteuern				
Aufwand				
Ertrag	111 800 000 –	114 600 000 –	120 200 000 –	126 200 000 –
Ertragsüberschuss	111 800 000	114 600 000	120 200 000	126 200 000
440 Anteile an Bundeseinnahmen	111 800 000 –	114 600 000 –	120 200 000 –	126 200 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
550 Allgemeiner Finanzaufwand und -ertrag				
Aufwand	143 729 300	173 207 600	209 083 300	246 113 000
Ertrag	801 411 000 –	705 906 900 –	742 047 500 –	782 276 800 –
Ertragsüberschuss	657 681 700	532 699 300	532 964 200	536 163 800
5500 Vermögenserträge				
Aufwand	350 000	325 500	362 300	400 500
Ertrag	64 771 300 –	65 159 400 –	65 397 600 –	66 445 800 –
Ertragsüberschuss	64 421 300	64 833 900	65 035 300	66 045 300
318 Dienstleistungen und Honorare	90 000	30 000	30 000	30 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	260 000	295 500	332 300	370 500
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	325 000 –	50 000 –	100 000 –	100 000 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	1 104 700 –	1 456 000 –	1 260 000 –	1 889 000 –
422 Vermögenserträge aus Anlagen des Finanzvermögens	4 071 500 –	3 885 100 –	3 882 900 –	3 882 900 –
425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens	1 466 900 –	1 931 000 –	2 277 800 –	2 654 600 –
426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsverm.	55 432 900 –	55 432 900 –	55 432 900 –	55 432 900 –
428 Zins aus Sonderrechnungen	10 200 –	15 600 –	26 000 –	38 800 –
490 Interne Verrechnungen	2 360 100 –	2 388 800 –	2 418 000 –	2 447 600 –
5501 Passivzinsen				
Aufwand	18 510 200	24 472 300	27 915 800	31 363 800
Ertrag				
Aufwandüberschuss	18 510 200 –	24 472 300 –	27 915 800 –	31 363 800 –
318 Dienstleistungen und Honorare	746 500	766 200	766 200	766 200
320 Zins auf laufenden Verpflichtungen	68 000	100 000	165 000	250 000
322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden	17 622 100	23 494 500	26 807 000	30 119 500
328 Zins auf Sonderrechnungen	73 600	111 600	177 600	228 100
5502 Interne Verzinsung				
Aufwand	500 200	732 400	1 206 500	1 655 800
Ertrag	189 000 –	308 000 –	570 000 –	774 000 –
Aufwandüberschuss	311 200 –	424 400 –	636 500 –	881 800 –
390 Interne Verrechnungen	500 200	732 400	1 206 500	1 655 800
490 Interne Verrechnungen	189 000 –	308 000 –	570 000 –	774 000 –
5505 Abschreibungen				
Aufwand	115 383 100	129 145 900	158 888 300	191 911 800
Ertrag	115 383 100 –	129 145 900 –	158 888 300 –	191 911 800 –
331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	115 383 100	129 145 900	158 888 300	191 911 800
490 Interne Verrechnungen	115 383 100 –	129 145 900 –	158 888 300 –	191 911 800 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
5509 Verschiedene Aufwendungen und Erträge				
Aufwand	8 985 800	18 531 500	20 710 400	20 781 100
Ertrag	621 067 600 –	511 293 600 –	517 191 600 –	523 145 200 –
Ertragsüberschuss	612 081 800	492 762 100	496 481 200	502 364 100
312 Informatik	500 000 –	953 600 –	1 225 300	1 296 000
318 Dienstleistungen und Honorare	79 700	79 700	79 700	79 700
347 Finanz- und Lastenausgleich	7 438 000	7 438 000	7 438 000	7 438 000
390 Interne Verrechnungen	1 968 100	11 967 400	11 967 400	11 967 400
410 Regalien	146 700 –	146 700 –	146 700 –	146 700 –
412 Konzessionen	3 900 000 –	3 900 000 –	3 900 000 –	3 900 000 –
426 Vermögenserträge aus Beteiligungen des Verwaltungsverm.	40 384 400 –	40 384 400 –	40 384 400 –	40 384 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	7 315 000 –	7 800 000 –	7 900 000 –	7 900 000 –
439 Andere Entgelte	500 –	500 –	500 –	500 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	30 760 000 –	31 288 000 –	32 086 000 –	33 040 000 –
447 Finanz- und Lastenausgleich	397 261 000 –	402 074 000 –	407 074 000 –	412 074 000 –
481 Entnahme aus Rückstellungen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
488 Entnahme aus Eigenkapital	141 200 000 –	25 600 000 –	25 600 000 –	25 600 000 –
560 Allgemeiner Personalaufwand				
Aufwand	7 323 300	10 645 300	13 930 600	17 172 900
Ertrag	1 250 300 –	1 250 300 –	1 250 300 –	1 250 300 –
Aufwandüberschuss	6 073 000 –	9 395 000 –	12 680 300 –	15 922 600 –
5600 Allgemeiner Personalaufwand				
Aufwand	7 323 300	10 645 300	13 930 600	17 172 900
Ertrag	1 250 300 –	1 250 300 –	1 250 300 –	1 250 300 –
Aufwandüberschuss	6 073 000 –	9 395 000 –	12 680 300 –	15 922 600 –
301 Besoldungen	270 000	270 000	270 000	270 000
303 Arbeitgeberbeiträge	79 200	78 900	78 900	78 900
307 Rentenleistungen	2 200 000	2 200 000	2 200 000	2 200 000
308 Pauschale Besoldungskorrekturen	3 052 700	6 330 000	9 607 300	12 884 600
309 Anderer Personalaufwand	1 674 000	1 719 000	1 727 000	1 692 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	8 400	8 400	8 400	8 400
317 Spesenentschädigungen	1 000	1 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	38 000	38 000	38 000	38 000
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	224 300 –	224 300 –	224 300 –	224 300 –
436 Kostenrückerstattungen	1 025 000 –	1 025 000 –	1 025 000 –	1 025 000 –
439 Andere Entgelte	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
6 Baudepartement				
Aufwand	379 570 000	399 856 000	413 903 700	431 779 500
Ertrag	301 412 400 –	296 024 000 –	310 649 800 –	332 491 000 –
Aufwandüberschuss	78 157 600 –	103 832 000 –	103 253 900 –	99 288 500 –
600 Generalsekretariat BD				
Aufwand	6 161 300	6 556 000	6 487 700	6 485 900
Ertrag	1 012 000 –	1 038 100 –	1 008 000 –	1 006 700 –
Aufwandüberschuss	5 149 300 –	5 517 900 –	5 479 700 –	5 479 200 –
6000 Generalsekretariat BD				
Aufwand	4 776 300	5 143 700	5 142 700	5 142 700
Ertrag	132 400 –	132 400 –	132 400 –	132 400 –
Aufwandüberschuss	4 643 900 –	5 011 300 –	5 010 300 –	5 010 300 –
301 Besoldungen	2 921 900	3 039 100	3 039 100	3 039 100
303 Arbeitgeberbeiträge	396 900	405 400	405 400	405 400
309 Anderer Personalaufwand	15 000	15 000	15 000	15 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	38 000	38 000	38 000	38 000
312 Informatik	603 400	858 200	858 200	858 200
317 Spesenentschädigungen	74 000	74 000	74 000	74 000
318 Dienstleistungen und Honorare	322 000	316 000	315 000	315 000
319 Anderer Sachaufwand	156 800	161 000	161 000	161 000
360 Staatsbeiträge	141 300	130 000	130 000	130 000
390 Interne Verrechnungen	107 000	107 000	107 000	107 000
410 Regalien	2 400 –	2 400 –	2 400 –	2 400 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	110 000 –	110 000 –	110 000 –	110 000 –
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
439 Andere Entgelte	15 000 –	15 000 –	15 000 –	15 000 –
6001 Wohnbauförderung				
Aufwand	1 129 200	1 137 700	1 066 000	1 064 500
Ertrag	623 800 –	631 100 –	596 600 –	595 600 –
Aufwandüberschuss	505 400 –	506 600 –	469 400 –	468 900 –
301 Besoldungen	254 400	254 400	254 400	254 400
303 Arbeitgeberbeiträge	40 200	40 100	40 100	40 100
309 Anderer Personalaufwand	200	200	200	200
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	4 500	4 500	4 500	4 500
312 Informatik	14 000	14 000	14 000	14 000
317 Spesenentschädigungen	2 000	2 000	2 000	2 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 500	1 500	1 500	1 500
319 Anderer Sachaufwand	2 200	2 200	2 200	2 200
340 Ertragsanteile des Bundes	45 000	40 000	40 000	40 000
341 Ertragsanteile der Kantone	3 000	2 000	2 000	2 000
342 Ertragsanteile der Gemeinden	20 000	15 000	15 000	15 000
360 Staatsbeiträge	503 500	522 900	489 300	487 800
370 Durchlaufende Beiträge	238 700	238 900	200 800	200 800
436 Kostenrückerstattungen	68 000 –	57 000 –	57 000 –	57 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	65 000 –	64 000 –	63 000 –	62 000 –
470 Durchlaufende Beiträge	238 700 –	238 900 –	200 800 –	200 800 –
490 Interne Verrechnungen	252 100 –	271 200 –	275 800 –	275 800 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
6009 Mietwohnungsfonds (SF)				
Aufwand	255 800	274 600	279 000	278 700
Ertrag	255 800 –	274 600 –	279 000 –	278 700 –
390 Interne Verrechnungen	255 800	274 600	279 000	278 700
482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen	248 500 –	264 400 –	263 300 –	257 200 –
490 Interne Verrechnungen	7 300 –	10 200 –	15 700 –	21 500 –
605 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation				
Aufwand	9 453 800	9 930 000	9 045 500	8 948 500
Ertrag	2 853 000 –	1 861 000 –	1 861 000 –	1 861 000 –
Aufwandüberschuss	6 600 800 –	8 069 000 –	7 184 500 –	7 087 500 –
6050 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation				
Aufwand	9 453 800	9 930 000	9 045 500	8 948 500
Ertrag	2 853 000 –	1 861 000 –	1 861 000 –	1 861 000 –
Aufwandüberschuss	6 600 800 –	8 069 000 –	7 184 500 –	7 087 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	6 000	6 000	1 000	1 000
301 Besoldungen	5 483 500	5 483 500	5 483 500	5 483 500
303 Arbeitgeberbeiträge	771 600	771 600	771 600	771 600
309 Anderer Personalaufwand	5 000	5 000	5 000	5 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	72 000	72 000	72 000	72 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	40 000		60 000	
312 Informatik	448 300	933 000	573 000	573 000
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	6 000	6 000	6 000	6 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 000	1 000	1 000	1 000
317 Spesenentschädigungen	101 000	101 000	101 000	101 000
318 Dienstleistungen und Honorare	690 100	754 100	267 100	264 100
319 Anderer Sachaufwand	139 300	139 300	129 300	119 300
341 Ertragsanteile der Kantone	56 500	56 500	56 500	56 500
344 Ertragsanteile Dritter	4 000	4 000	4 000	4 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	40 000	40 000	40 000	40 000
360 Staatsbeiträge	1 354 000	1 321 500	1 239 000	1 215 000
390 Interne Verrechnungen	232 500	232 500	232 500	232 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 146 500 –	1 146 500 –	1 146 500 –	1 146 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	25 000 –	25 000 –	25 000 –	25 000 –
435 Verkaufserlöse	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
436 Kostenrückerstattungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
439 Andere Entgelte	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
451 Rückerstattungen der Kantone	18 000 –	18 000 –	18 000 –	18 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 592 000 –	600 000 –	600 000 –	600 000 –
490 Interne Verrechnungen	8 500 –	8 500 –	8 500 –	8 500 –
610 Hochbauamt				
Aufwand	142 948 600	159 942 600	151 953 700	152 940 200
Ertrag	107 107 300 –	105 998 700 –	100 023 100 –	104 168 500 –
Aufwandüberschuss	35 841 300 –	53 943 900 –	51 930 600 –	48 771 700 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
6100 Amtsleitung HBA				
Aufwand	32 318 200	36 434 800	28 253 100	28 253 100
Ertrag	24 501 500 –	27 605 000 –	20 005 000 –	20 005 000 –
Aufwandüberschuss	7 816 700 –	8 829 800 –	8 248 100 –	8 248 100 –
301 Besoldungen	5 950 000	6 448 400	6 350 400	6 350 400
303 Arbeitgeberbeiträge	848 900	977 600	977 600	977 600
309 Anderer Personalaufwand	8 700	9 200	9 500	9 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	65 000	65 000	65 000	65 000
312 Informatik	363 500	663 500	388 500	388 500
317 Spesenentschädigungen	70 000	70 000	70 000	70 000
318 Dienstleistungen und Honorare	24 947 000	28 136 000	20 327 000	20 327 000
319 Anderer Sachaufwand	65 000	65 000	65 000	65 000
390 Interne Verrechnungen	100	100	100	100
436 Kostenrückerstattungen	1 500 –	1 500 –	1 500 –	1 500 –
439 Andere Entgelte	100 000 –	3 500 –	3 500 –	3 500 –
489 Bevorschussungen	24 400 000 –	27 600 000 –	20 000 000 –	20 000 000 –
6105 Verwaltung der Staatsliegenschaften				
Aufwand	81 230 400	93 507 800	93 700 600	94 687 100
Ertrag	53 205 800 –	48 393 700 –	50 018 100 –	54 163 500 –
Aufwandüberschuss	28 024 600 –	45 114 100 –	43 682 500 –	40 523 600 –
301 Besoldungen	1 474 300	1 446 300	1 391 400	1 358 800
303 Arbeitgeberbeiträge	183 000	195 800	202 400	197 600
309 Anderer Personalaufwand	143 500	143 500	143 500	143 500
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	641 000	556 000	556 000	556 000
313 Verbrauchsmaterialien	2 160 000	1 340 000	940 000	940 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	890 000	890 000	890 000	890 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 266 000	2 266 000	2 266 000	2 266 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	15 760 000	15 726 000	14 193 000	14 206 000
317 Spesenentschädigungen	6 000	6 000	6 000	6 000
318 Dienstleistungen und Honorare	3 029 000	2 929 000	2 929 000	2 929 000
319 Anderer Sachaufwand	60 000	60 000	60 000	60 000
390 Interne Verrechnungen	54 617 600	67 949 200	70 123 300	71 134 200
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	4 095 100 –	4 045 000 –	3 970 000 –	3 970 000 –
424 Gewinne auf Anlagen des Finanzvermögens	1 000 000 –	500 000 –	500 000 –	500 000 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	43 452 800 –	39 190 800 –	40 929 800 –	45 075 200 –
436 Kostenrückerstattungen	377 000 –	377 000 –	377 000 –	377 000 –
439 Andere Entgelte	8 000 –	8 000 –	8 000 –	8 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 272 900 –	4 272 900 –	4 233 300 –	4 233 300 –
6106 Bauten und Renovationen				
Aufwand	29 400 000	30 000 000	30 000 000	30 000 000
Ertrag	29 400 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	28 200 000	30 000 000	30 000 000	30 000 000
390 Interne Verrechnungen	1 200 000			
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 200 000 –			
490 Interne Verrechnungen	28 200 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –	30 000 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
615 Tiefbauamt				
Aufwand	184 748 700	191 226 700	212 051 700	231 239 800
Ertrag	169 209 100 –	173 269 200 –	193 659 200 –	211 391 300 –
Aufwandüberschuss	15 539 600 –	17 957 500 –	18 392 500 –	19 848 500 –
6150 Amtsleitung TBA				
Aufwand	9 098 600	9 098 500	9 118 500	9 140 600
Ertrag	7 698 600 –	7 698 500 –	7 718 500 –	7 740 600 –
Aufwandüberschuss	1 400 000 –	1 400 000 –	1 400 000 –	1 400 000 –
301 Besoldungen	6 945 100	6 945 100	6 945 100	6 945 100
303 Arbeitgeberbeiträge	1 005 700	1 003 000	1 003 000	1 003 000
309 Anderer Personalaufwand	95 000	95 000	95 000	95 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	98 000	98 000	98 000	98 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	30 000	30 000	30 000	30 000
312 Informatik	438 400	438 400	438 400	438 400
313 Verbrauchsmaterialien	14 500	18 500	14 500	18 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	19 000	19 000	19 000	19 000
317 Spesenentschädigungen	218 000	218 000	218 000	218 000
318 Dienstleistungen und Honorare	202 800	201 300	225 300	243 300
319 Anderer Sachaufwand	18 000	18 000	18 000	18 000
390 Interne Verrechnungen	14 100	14 200	14 200	14 300
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	1 300 –	1 300 –	1 300 –	1 300 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	85 000 –	85 000 –	85 000 –	85 000 –
436 Kostenrückerstattungen	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
438 Eigenleistungen für Investitionen	7 040 300 –	7 040 200 –	7 060 200 –	7 082 300 –
439 Andere Entgelte	11 000 –	11 000 –	11 000 –	11 000 –
490 Interne Verrechnungen	551 000 –	551 000 –	551 000 –	551 000 –
6152 Gemeindestrassen				
Aufwand	16 124 600	16 209 600	16 252 100	16 294 600
Ertrag	16 124 600 –	16 209 600 –	16 252 100 –	16 294 600 –
360 Staatsbeiträge	16 124 600	16 209 600	16 252 100	16 294 600
490 Interne Verrechnungen	16 124 600 –	16 209 600 –	16 252 100 –	16 294 600 –
6153 Kantonsstrassen				
Aufwand	96 684 600	97 331 000	116 506 000	134 156 000
Ertrag	96 684 600 –	97 331 000 –	116 506 000 –	134 156 000 –
301 Besoldungen	9 795 300	9 795 300	9 795 300	9 795 300
303 Arbeitgeberbeiträge	1 315 100	1 311 500	1 311 500	1 311 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	68 500	69 500	69 500	69 500
309 Anderer Personalaufwand	12 000	12 000	12 000	12 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	44 000	44 000	44 000	44 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 660 000	1 950 000	1 950 000	1 950 000
312 Informatik	293 400	293 400	293 400	293 400
313 Verbrauchsmaterialien	6 110 500	6 113 000	6 113 000	6 113 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	25 282 500	24 689 500	24 689 500	24 689 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 740 500	3 729 500	3 729 500	3 729 500

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	217 200	217 200	217 200	217 200
317 Spesenentschädigungen	244 000	244 000	244 000	244 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 965 300	1 708 300	1 708 300	1 708 300
319 Anderer Sachaufwand	45 000	45 000	45 000	45 000
351 Entschädigungen an Kantone	520 000	520 000	520 000	520 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	2 200 000	2 200 000	2 200 000	2 200 000
360 Staatsbeiträge	680 000	700 000	700 000	700 000
390 Interne Verrechnungen	42 491 300	43 688 800	62 863 800	80 513 800
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	310 000 -	310 000 -	310 000 -	310 000 -
431 Gebühren für Amtshandlungen	20 000 -	20 000 -	20 000 -	20 000 -
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 229 000 -	1 220 000 -	1 220 000 -	1 220 000 -
435 Verkaufserlöse	500 000 -	500 000 -	500 000 -	500 000 -
436 Kostenrückerstattungen	390 000 -	390 000 -	390 000 -	390 000 -
438 Eigenleistungen für Investitionen	205 000 -	205 000 -	205 000 -	205 000 -
439 Andere Entgelte	320 000 -	320 000 -	320 000 -	320 000 -
452 Rückerstattungen der Gemeinden	60 000 -	60 000 -	60 000 -	60 000 -
490 Interne Verrechnungen	93 650 600 -	94 306 000 -	113 481 000 -	131 131 000 -
6154 Nationalstrassen				
Aufwand	34 940 000	34 792 000	34 794 500	34 797 000
Ertrag	34 940 000 -	34 792 000 -	34 794 500 -	34 797 000 -
301 Besoldungen	10 739 200	10 739 200	10 739 200	10 739 200
303 Arbeitgeberbeiträge	1 457 000	1 452 900	1 452 900	1 452 900
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	80 000	80 000	80 000	80 000
309 Anderer Personalaufwand	201 800	201 800	201 800	201 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	35 000	35 000	35 000	35 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 845 000	2 845 000	2 845 000	2 845 000
312 Informatik	227 000	227 000	227 000	227 000
313 Verbrauchsmaterialien	6 635 000	6 635 000	6 635 000	6 635 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	4 650 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	3 050 000	3 050 000	3 050 000	3 050 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	220 000	220 000	220 000	220 000
317 Spesenentschädigungen	245 000	245 000	245 000	245 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 467 000	1 467 000	1 467 000	1 467 000
319 Anderer Sachaufwand	26 000	26 000	26 000	26 000
351 Entschädigungen an Kantone	80 000	80 000	80 000	80 000
390 Interne Verrechnungen	2 982 000	2 488 100	2 490 600	2 493 100
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	980 000 -	980 000 -	980 000 -	980 000 -
431 Gebühren für Amtshandlungen	10 000 -	10 000 -	10 000 -	10 000 -
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	558 000 -	558 000 -	558 000 -	558 000 -
435 Verkaufserlöse	800 000 -	800 000 -	800 000 -	800 000 -
436 Kostenrückerstattungen	1 900 000 -	1 900 000 -	1 900 000 -	1 900 000 -
439 Andere Entgelte	80 000 -	80 000 -	80 000 -	80 000 -
450 Rückerstattungen des Bundes	28 296 000 -	28 146 000 -	28 146 000 -	28 146 000 -
451 Rückerstattungen der Kantone	1 400 000 -	1 400 000 -	1 400 000 -	1 400 000 -
490 Interne Verrechnungen	916 000 -	918 000 -	920 500 -	923 000 -

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
6156 Gewässer				
Aufwand	25 644 600	31 668 500	33 253 500	34 724 500
Ertrag	11 505 000 –	15 111 000 –	16 261 000 –	16 276 000 –
Aufwandüberschuss	14 139 600 –	16 557 500 –	16 992 500 –	18 448 500 –
301 Besoldungen	1 333 000	1 333 000	1 333 000	1 333 000
303 Arbeitgeberbeiträge	194 400	194 400	194 400	194 400
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 500	2 000	2 000	2 000
309 Anderer Personalaufwand	1 100	1 000	1 000	1 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	14 000	14 000	14 000	14 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 500	2 000	2 000	2 000
312 Informatik	43 600	43 600	43 600	43 600
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	1 710 000	6 120 000	7 720 000	7 720 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	650 000	800 000	800 000	800 000
317 Spesenentschädigungen	65 000	65 000	65 000	65 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 402 000	1 282 500	1 267 500	1 267 500
319 Anderer Sachaufwand	4 000	4 000	4 000	4 000
360 Staatsbeiträge	13 661 000	15 243 500	15 243 500	16 743 500
370 Durchlaufende Beiträge	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000
390 Interne Verrechnungen	3 563 500	3 563 500	3 563 500	3 534 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	38 000 –	38 000 –	38 000 –	38 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 610 000 –	1 610 000 –	1 610 000 –	1 610 000 –
436 Kostenrückerstattungen	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
439 Andere Entgelte	200 500 –	200 500 –	200 500 –	200 500 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	6 617 500 –	10 223 500 –	11 373 500 –	11 388 500 –
470 Durchlaufende Beiträge	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
490 Interne Verrechnungen	9 000 –	9 000 –	9 000 –	9 000 –
6159 Steinbruch Starkenbach				
Aufwand	2 256 300	2 127 100	2 127 100	2 127 100
Ertrag	2 256 300 –	2 127 100 –	2 127 100 –	2 127 100 –
301 Besoldungen	760 700	760 700	760 700	760 700
303 Arbeitgeberbeiträge	108 800	108 500	108 500	108 500
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	3 500	3 500	3 500	3 500
309 Anderer Personalaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	11 200	11 200	11 200	11 200
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	59 000	100 000	100 000	100 000
312 Informatik	23 100	23 100	23 100	23 100
313 Verbrauchsmaterialien	468 300	468 000	468 000	468 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	395 000	150 000	200 000	200 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	81 200	100 000	100 000	100 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	1 500	1 500	1 500	1 500
317 Spesenentschädigungen	5 500	5 500	5 500	5 500
318 Dienstleistungen und Honorare	261 200	261 800	261 800	261 800
319 Anderer Sachaufwand	36 300	36 000	36 000	36 000
381 Zuweisung an Rückstellungen		56 300	6 300	6 300
390 Interne Verrechnungen	40 000	40 000	40 000	40 000
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	9 600 –	9 600 –	9 600 –	9 600 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	313 000 –	317 000 –	317 000 –	317 000 –
435 Verkaufserlöse	1 800 000 –	1 800 000 –	1 800 000 –	1 800 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
439	Andere Entgelte	500 –	500 –	500 –
481	Entnahme aus Rückstellungen	133 200 –		
620	Amt für Umwelt und Energie			
	Aufwand	36 257 600	32 200 700	34 365 100
	Ertrag	21 231 000 –	13 857 000 –	14 098 500 –
	Aufwandüberschuss	15 026 600 –	18 343 700 –	20 266 600 –
6200	Amt für Umwelt und Energie			
	Aufwand	36 257 600	32 200 700	34 365 100
	Ertrag	21 231 000 –	13 857 000 –	14 098 500 –
	Aufwandüberschuss	15 026 600 –	18 343 700 –	20 266 600 –
301	Besoldungen	11 214 600	11 214 600	11 214 600
303	Arbeitgeberbeiträge	1 649 200	1 645 700	1 645 700
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	2 000	2 000	2 000
309	Anderer Personalaufwand	86 000	86 000	86 000
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	141 000	141 000	141 000
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	384 000	435 000	613 000
312	Informatik	674 700	965 300	805 400
313	Verbrauchsmaterialien	95 000	96 000	106 000
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	92 000	87 000	2 232 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	222 000	222 000	212 000
317	Spesenentschädigungen	148 000	139 000	139 000
318	Dienstleistungen und Honorare	3 255 800	3 284 100	3 139 100
319	Anderer Sachaufwand	121 000	121 000	121 000
340	Ertragsanteile des Bundes	53 000	57 000	57 000
342	Ertragsanteile der Gemeinden	3 300 000	3 300 000	3 500 000
344	Ertragsanteile Dritter	175 000	175 000	175 000
351	Entschädigungen an Kantone	400 000	400 000	400 000
360	Staatsbeiträge	6 300 000	9 351 700	9 549 000
370	Durchlaufende Beiträge	7 721 000	252 000	1 000
390	Interne Verrechnungen	223 300	226 300	226 300
412	Konzessionen	8 205 000 –	8 305 000 –	8 905 000 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	1 624 000 –	1 690 500 –	1 690 500 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	130 000 –	130 000 –	130 000 –
435	Verkaufserlöse	8 000 –	8 000 –	8 000 –
436	Kostenrückerstattungen	32 500 –	34 500 –	34 500 –
439	Andere Entgelte	1 500 –	1 500 –	1 500 –
450	Rückerstattungen des Bundes	884 200 –	871 700 –	764 200 –
451	Rückerstattungen der Kantone	424 800 –	424 800 –	424 800 –
452	Rückerstattungen der Gemeinden	500 000 –	440 000 –	440 000 –
460	Beiträge für eigene Rechnung	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
470	Durchlaufende Beiträge	7 721 000 –	252 000 –	1 000 –
490	Interne Verrechnungen	500 000 –	499 000 –	499 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
7 Sicherheits- und Justiz- departement				
Aufwand	541 211 600	535 307 200	554 881 800	576 250 600
Ertrag	409 427 400 –	408 629 300 –	429 091 200 –	447 705 800 –
Aufwandüberschuss	131 784 200 –	126 677 900 –	125 790 600 –	128 544 800 –
700 Generalsekretariat SJD				
Aufwand	4 180 200	3 941 400	3 741 400	5 041 400
Ertrag	105 200 –	105 200 –	105 200 –	105 200 –
Aufwandüberschuss	4 075 000 –	3 836 200 –	3 636 200 –	4 936 200 –
7000 Generalsekretariat SJD				
Aufwand	4 180 200	3 941 400	3 741 400	5 041 400
Ertrag	105 200 –	105 200 –	105 200 –	105 200 –
Aufwandüberschuss	4 075 000 –	3 836 200 –	3 636 200 –	4 936 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	45 000	45 000	45 000	45 000
301 Besoldungen	2 320 400	2 320 400	2 320 400	2 320 400
303 Arbeitgeberbeiträge	323 100	323 100	323 100	323 100
309 Anderer Personalaufwand	22 100	22 000	22 000	22 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	39 000	36 500	36 500	36 500
312 Informatik	396 900	80 700	80 700	1 380 700
317 Spesenentschädigungen	8 500	8 500	8 500	8 500
318 Dienstleistungen und Honorare	177 400	377 400	177 400	177 400
319 Anderer Sachaufwand	210 500	190 500	190 500	190 500
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	500	500	500	500
360 Staatsbeiträge	525 000	525 000	525 000	525 000
390 Interne Verrechnungen	111 800	11 800	11 800	11 800
431 Gebühren für Amtshandlungen	53 000 –	53 000 –	53 000 –	53 000 –
436 Kostenrückerstattungen	52 000 –	52 000 –	52 000 –	52 000 –
439 Andere Entgelte	200 –	200 –	200 –	200 –
715 Migrationsamt				
Aufwand	48 717 600	49 839 300	49 195 300	49 120 600
Ertrag	44 086 900 –	44 086 900 –	44 086 900 –	44 086 900 –
Aufwandüberschuss	4 630 700 –	5 752 400 –	5 108 400 –	5 033 700 –
7150 Migrationswesen				
Aufwand	7 989 900	8 929 300	8 225 300	8 240 600
Ertrag	4 417 100 –	4 417 100 –	4 417 100 –	4 417 100 –
Aufwandüberschuss	3 572 800 –	4 512 200 –	3 808 200 –	3 823 500 –
301 Besoldungen	3 167 800	3 167 800	3 167 800	3 167 800
303 Arbeitgeberbeiträge	414 600	414 600	414 600	414 600
309 Anderer Personalaufwand	6 700	6 700	6 700	6 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	285 000	285 000	285 000	285 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge		40 000		
312 Informatik	858 800	1 758 200	1 094 200	1 109 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	5 000	5 000	5 000	5 000
317 Spesenentschädigungen	15 000	15 000	15 000	15 000
318 Dienstleistungen und Honorare	956 000	956 000	956 000	956 000
319 Anderer Sachaufwand	18 300	18 300	18 300	18 300

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	20 000	20 000	20 000	20 000
340 Ertragsanteile des Bundes	620 000	620 000	620 000	620 000
360 Staatsbeiträge	400 000	400 000	400 000	400 000
390 Interne Verrechnungen	1 222 700	1 222 700	1 222 700	1 222 700
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –	3 000 000 –
436 Kostenrückerstattungen	753 000 –	753 000 –	753 000 –	753 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	659 000 –	659 000 –	659 000 –	659 000 –
7151 Asylwesen				
Aufwand	37 069 800	36 969 100	37 139 100	36 819 100
Ertrag	34 469 200 –	34 469 200 –	34 469 200 –	34 469 200 –
Aufwandüberschuss	2 600 600 –	2 499 900 –	2 669 900 –	2 349 900 –
301 Besoldungen	6 478 200	6 478 200	6 478 200	6 478 200
303 Arbeitgeberbeiträge	895 700	895 700	895 700	895 700
309 Anderer Personalaufwand	19 800	19 800	19 800	19 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	71 200	71 200	71 200	71 200
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	124 300	74 300	194 300	74 300
312 Informatik	699 400	648 700	698 700	498 700
313 Verbrauchsmaterialien	1 810 500	1 810 500	1 810 500	1 810 500
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	263 900	263 900	263 900	263 900
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	222 500	222 500	222 500	222 500
317 Spesenentschädigungen	46 400	46 400	46 400	46 400
318 Dienstleistungen und Honorare	4 088 100	4 088 100	4 088 100	4 088 100
319 Anderer Sachaufwand	40 900	40 900	40 900	40 900
352 Entschädigungen an Gemeinden	20 987 000	20 987 000	20 987 000	20 987 000
360 Staatsbeiträge	371 900	371 900	371 900	371 900
390 Interne Verrechnungen	950 000	950 000	950 000	950 000
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	400 –	400 –	400 –	400 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	35 400 –	35 400 –	35 400 –	35 400 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	929 500 –	929 500 –	929 500 –	929 500 –
435 Verkaufserlöse	70 400 –	70 400 –	70 400 –	70 400 –
436 Kostenrückerstattungen	157 700 –	157 700 –	157 700 –	157 700 –
439 Andere Entgelte	9 800 –	9 800 –	9 800 –	9 800 –
450 Rückerstattungen des Bundes	2 904 000 –	2 904 000 –	2 904 000 –	2 904 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	30 360 000 –	30 360 000 –	30 360 000 –	30 360 000 –
7152 Ausweisstelle				
Aufwand	3 657 900	3 940 900	3 830 900	4 060 900
Ertrag	5 200 600 –	5 200 600 –	5 200 600 –	5 200 600 –
Ertragsüberschuss	1 542 700	1 259 700	1 369 700	1 139 700
301 Besoldungen	974 600	974 600	974 600	974 600
303 Arbeitgeberbeiträge	144 600	144 600	144 600	144 600
309 Anderer Personalaufwand	3 000	3 000	3 000	3 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	20 000	20 000	20 000	20 000
312 Informatik	100 700	383 700	273 700	503 700
317 Spesenentschädigungen	5 000	5 000	5 000	5 000
318 Dienstleistungen und Honorare	10 000	10 000	10 000	10 000
340 Ertragsanteile des Bundes	2 400 000	2 400 000	2 400 000	2 400 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 200 000 –	5 200 000 –	5 200 000 –	5 200 000 –
436 Kostenrückerstattungen	600 –	600 –	600 –	600 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
720 Amt für Justizvollzug				
Aufwand	64 094 300	60 662 800	60 550 900	60 904 400
Ertrag	35 998 900 –	35 040 300 –	35 239 500 –	35 424 500 –
Aufwandüberschuss	28 095 400 –	25 622 500 –	25 311 400 –	25 479 900 –
7200 Amt für Justizvollzug				
Aufwand	64 094 300	60 662 800	60 550 900	60 904 400
Ertrag	35 998 900 –	35 040 300 –	35 239 500 –	35 424 500 –
Aufwandüberschuss	28 095 400 –	25 622 500 –	25 311 400 –	25 479 900 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 000	1 000	1 000	1 000
301 Besoldungen	21 000 900	21 251 600	21 251 600	21 251 600
303 Arbeitgeberbeiträge	3 006 700	2 999 600	2 999 600	2 999 600
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	42 200	42 200	42 200	42 200
309 Anderer Personalaufwand	209 800	209 800	209 800	219 800
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	158 400	158 400	158 400	158 400
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	1 210 600	1 287 900	1 118 900	1 375 400
312 Informatik	629 900	660 000	660 000	660 000
313 Verbrauchsmaterialien	5 753 400	5 725 300	5 817 900	5 878 400
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	36 100	44 100	44 100	44 100
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	943 300	1 033 300	987 300	1 063 300
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	600	600	600	600
317 Spesenentschädigungen	186 500	184 000	184 000	184 000
318 Dienstleistungen und Honorare	24 405 100	24 432 000	24 438 500	24 389 000
319 Anderer Sachaufwand	134 000	134 000	134 000	134 000
329 Andere Passivzinsen	1 000	1 000	1 000	1 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	7 500	7 500	7 500	7 500
360 Staatsbeiträge	457 000	497 000	501 000	501 000
390 Interne Verrechnungen	5 910 300	1 993 500	1 993 500	1 993 500
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	63 800 –	63 800 –	63 800 –	63 800 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	23 910 800 –	23 910 800 –	23 910 800 –	23 910 800 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	159 500 –	159 500 –	159 500 –	159 500 –
435 Verkaufserlöse	6 198 500 –	6 408 500 –	6 607 700 –	6 792 700 –
436 Kostenrückerstattungen	1 247 400 –	1 247 400 –	1 247 400 –	1 247 400 –
439 Andere Entgelte	47 600 –	47 600 –	47 600 –	47 600 –
451 Rückerstattungen der Kantone	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
490 Interne Verrechnungen	4 336 100 –	3 167 500 –	3 167 500 –	3 167 500 –
725 Kantonspolizei				
Aufwand	134 814 800	131 829 000	132 844 100	134 840 500
Ertrag	63 676 500 –	64 381 700 –	64 753 100 –	65 130 800 –
Aufwandüberschuss	71 138 300 –	67 447 300 –	68 091 000 –	69 709 700 –
7250 Kantonspolizei				
Aufwand	134 814 800	131 829 000	132 844 100	134 840 500
Ertrag	63 676 500 –	64 381 700 –	64 753 100 –	65 130 800 –
Aufwandüberschuss	71 138 300 –	67 447 300 –	68 091 000 –	69 709 700 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	
301	Besoldungen	81 881 700	82 573 200	82 836 700	83 539 900
303	Arbeitgeberbeiträge	11 475 800	11 598 600	11 724 500	11 950 400
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	1 343 000	1 142 100	1 232 800	1 335 900
309	Anderer Personalaufwand	1 749 800	1 746 400	1 756 400	1 756 400
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	597 800	618 900	601 600	600 400
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	2 758 900	3 268 200	3 527 300	3 354 200
312	Informatik	9 336 700	10 066 700	10 061 600	10 256 600
313	Verbrauchsmaterialien	1 662 800	1 677 400	1 690 100	1 690 000
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	212 500	116 700	112 800	111 000
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	2 062 400	2 107 500	2 115 900	2 113 700
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	721 600	674 800	664 800	651 800
317	Spesenentschädigungen	919 700	937 700	935 800	936 000
318	Dienstleistungen und Honorare	4 719 000	4 361 000	4 364 100	4 373 200
319	Anderer Sachaufwand	639 700	562 500	562 600	563 100
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	555 400	555 400	555 400	555 400
342	Ertragsanteile der Gemeinden	1 315 000	1 315 000	1 315 000	1 315 000
350	Entschädigungen an Bund	175 500	177 000	178 500	180 000
351	Entschädigungen an Kantone	1 011 800	1 338 500	1 340 000	1 341 500
352	Entschädigungen an Gemeinden	8 549 300	4 245 000	4 281 000	4 317 000
390	Interne Verrechnungen	3 126 400	2 746 400	2 987 200	3 899 000
431	Gebühren für Amtshandlungen	3 730 600 –	3 730 600 –	3 730 600 –	3 730 600 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 478 800 –	1 481 800 –	1 481 800 –	1 481 800 –
435	Verkaufserlöse	60 100 –	60 100 –	60 100 –	60 100 –
436	Kostenrückerstattungen	3 511 300 –	3 496 300 –	3 496 300 –	3 496 300 –
437	Bussen	12 500 000 –	12 500 000 –	12 500 000 –	12 500 000 –
439	Andere Entgelte	29 100 –	28 200 –	28 200 –	28 200 –
450	Rückerstattungen des Bundes	1 425 200 –	1 435 700 –	1 435 700 –	1 435 700 –
451	Rückerstattungen der Kantone	1 333 200 –	1 434 800 –	1 434 800 –	1 434 800 –
452	Rückerstattungen der Gemeinden	2 856 600 –	3 116 600 –	3 141 500 –	3 166 600 –
490	Interne Verrechnungen	36 751 600 –	37 097 600 –	37 444 100 –	37 796 700 –
730	Strassenverkehrs- und Schiffahrtsamt				
	Aufwand	213 936 200	215 126 700	234 633 100	252 485 100
	Ertrag	225 209 700 –	226 752 800 –	246 463 300 –	264 446 200 –
	Ertragsüberschuss	11 273 500	11 626 100	11 830 200	11 961 100
7300	Strassenverkehr				
	Aufwand	26 112 700	26 393 100	25 845 000	25 466 100
	Ertrag	36 232 800 –	36 866 800 –	36 925 800 –	36 880 800 –
	Ertragsüberschuss	10 120 100	10 473 700	11 080 800	11 414 700
301	Besoldungen	11 795 500	11 795 500	11 795 500	11 795 500
303	Arbeitgeberbeiträge	1 614 200	1 614 200	1 614 200	1 614 200
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	58 500	43 500	43 500	43 500
309	Anderer Personalaufwand	229 100	232 500	232 500	232 500
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	594 600	516 900	599 200	519 300
311	Möbilien, Maschinen und Fahrzeuge	49 500	64 600	104 000	64 000
312	Informatik	3 911 900	4 293 100	3 593 100	3 333 100
313	Verbrauchsmaterialien	487 400	461 700	461 700	461 700
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	96 000	205 000	235 000	235 000

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	411 600	385 900	386 000	386 000
317 Spesenentschädigungen	185 200	183 700	183 700	183 700
318 Dienstleistungen und Honorare	3 242 500	3 164 600	3 164 600	3 165 500
319 Anderer Sachaufwand	110 900	106 000	106 100	106 200
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	170 000	170 000	170 000	170 000
340 Ertragsanteile des Bundes	1 650 000	1 650 000	1 650 000	1 650 000
390 Interne Verrechnungen	1 505 800	1 505 900	1 505 900	1 505 900
406 Besitz- und Aufwandsteuern	1 600 000 –	1 600 000 –	1 600 000 –	1 600 000 –
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	30 164 500 –	30 679 500 –	30 703 500 –	30 653 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 647 000 –	1 647 000 –	1 647 000 –	1 647 000 –
435 Verkaufserlöse	4 500 –	4 500 –	4 500 –	4 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 887 700 –	1 887 700 –	1 887 700 –	1 887 700 –
439 Andere Entgelte	363 000 –	373 000 –	373 000 –	373 000 –
450 Rückerstattungen des Bundes	470 000 –	470 000 –	475 000 –	480 000 –
490 Interne Verrechnungen	96 000 –	205 000 –	235 000 –	235 000 –
7301 Schifffahrt				
Aufwand	1 722 100	1 684 100	2 142 100	2 345 100
Ertrag	2 875 500 –	2 836 500 –	2 891 500 –	2 891 500 –
Ertragsüberschuss	1 153 400	1 152 400	749 400	546 400
301 Besoldungen	778 600	778 600	778 600	778 600
303 Arbeitgeberbeiträge	108 100	108 100	108 100	108 100
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	4 500	4 500	4 500	4 500
309 Anderer Personalaufwand	4 700	4 700	4 700	4 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	42 000	32 000	32 000	32 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	34 000	9 000	347 000	457 000
312 Informatik	106 800	106 800	226 800	316 800
313 Verbrauchsmaterialien	40 000	40 000	40 000	40 000
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	62 000	62 000	62 000	62 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	141 000	138 000	138 000	141 000
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	54 000	54 000	54 000	54 000
317 Spesenentschädigungen	29 500	29 500	29 500	29 500
318 Dienstleistungen und Honorare	38 300	38 300	38 300	38 300
319 Anderer Sachaufwand	5 200	5 200	5 200	5 200
360 Staatsbeiträge	257 000	257 000	257 000	257 000
390 Interne Verrechnungen	16 400	16 400	16 400	16 400
406 Besitz- und Aufwandsteuern	2 300 000 –	2 300 000 –	2 300 000 –	2 300 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	463 500 –	424 500 –	479 500 –	479 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	58 000 –	58 000 –	58 000 –	58 000 –
435 Verkaufserlöse	30 000 –	30 000 –	30 000 –	30 000 –
436 Kostenrückerstattungen	14 000 –	14 000 –	14 000 –	14 000 –
439 Andere Entgelte	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
7309 Strassenfonds (SF)				
Aufwand	186 101 400	187 049 500	206 646 000	224 673 900
Ertrag	186 101 400 –	187 049 500 –	206 646 000 –	224 673 900 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	247 300			
390 Interne Verrechnungen	185 854 100	187 049 500	206 646 000	224 673 900
406 Besitz- und Aufwandsteuern	142 642 500 –	143 642 000 –	144 142 000 –	144 642 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.	
440	Anteile an Bundeseinnahmen	23 812 000 –	23 807 000 –	24 106 000 –	24 720 000 –
460	Beiträge für eigene Rechnung	16 915 700 –	16 823 800 –	18 243 400 –	18 160 800 –
482	Entnahme aus Spezialfinanzierungen		369 400 –	17 394 800 –	34 088 800 –
490	Interne Verrechnungen	2 731 200 –	2 407 300 –	2 759 800 –	3 062 300 –
735	Strafuntersuchung				
	Aufwand	58 241 700	59 217 100	59 341 500	59 286 500
	Ertrag	27 501 200 –	27 761 200 –	27 991 600 –	28 061 600 –
	Aufwandüberschuss	30 740 500 –	31 455 900 –	31 349 900 –	31 224 900 –
7352	Staatsanwaltschaft				
	Aufwand	58 241 700	59 217 100	59 341 500	59 286 500
	Ertrag	27 501 200 –	27 761 200 –	27 991 600 –	28 061 600 –
	Aufwandüberschuss	30 740 500 –	31 455 900 –	31 349 900 –	31 224 900 –
301	Besoldungen	22 842 100	22 842 100	22 842 100	22 842 100
303	Arbeitgeberbeiträge	3 285 900	3 285 900	3 285 900	3 285 900
309	Anderer Personalaufwand	60 500	60 500	60 500	60 500
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	310 000	310 000	310 000	310 000
311	Möblier, Maschinen und Fahrzeuge	35 000	34 500	34 500	34 500
312	Informatik	1 566 600	2 055 400	1 982 400	1 857 400
313	Verbrauchsmaterialien	700	700	700	700
315	Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	32 500	32 500	32 500	32 500
317	Spesenentschädigungen	134 000	134 000	134 000	134 000
318	Dienstleistungen und Honorare	20 838 600	21 263 600	21 363 600	21 363 600
319	Anderer Sachaufwand	111 300	111 300	111 300	111 300
320	Zins auf laufenden Verpflichtungen	5 000	5 000	5 000	5 000
330	Abschreibungen auf Finanzvermögen	6 770 000	6 900 000	7 000 000	7 070 000
350	Entschädigungen an Bund	68 900	69 000	69 000	69 000
360	Staatsbeiträge	1 000	1 000	1 000	1 000
390	Interne Verrechnungen	2 179 600	2 111 600	2 109 000	2 109 000
420	Vermögenserträge aus Post und Banken	200 –	200 –	200 –	200 –
421	Vermögenserträge aus Guthaben	300 000 –	355 000 –	367 000 –	367 000 –
431	Gebühren für Amtshandlungen	7 455 000 –	7 455 000 –	7 455 000 –	7 455 000 –
434	Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
435	Verkaufserlöse	461 000 –	461 000 –	461 000 –	461 000 –
436	Kostenrückerstattungen	6 762 000 –	6 917 000 –	7 067 000 –	7 067 000 –
437	Bussen	11 503 000 –	11 553 000 –	11 623 000 –	11 693 000 –
439	Andere Entgelte	163 000 –	163 000 –	161 400 –	161 400 –
490	Interne Verrechnungen	757 000 –	757 000 –	757 000 –	757 000 –
740	Amt für Militär und Zivilschutz				
	Aufwand	17 226 800	14 690 900	14 575 500	14 572 100
	Ertrag	12 849 000 –	10 501 200 –	10 451 600 –	10 450 600 –
	Aufwandüberschuss	4 377 800 –	4 189 700 –	4 123 900 –	4 121 500 –
7400	Amt für Militär und Zivilschutz				
	Aufwand	17 226 800	14 690 900	14 575 500	14 572 100
	Ertrag	12 849 000 –	10 501 200 –	10 451 600 –	10 450 600 –
	Aufwandüberschuss	4 377 800 –	4 189 700 –	4 123 900 –	4 121 500 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	5 000	9 500	6 500	6 500
301 Besoldungen	5 143 500	5 143 500	5 143 500	5 143 500
303 Arbeitgeberbeiträge	749 200	749 200	749 200	749 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	28 600	24 400	32 400	27 400
309 Anderer Personalaufwand	5 400	5 400	5 400	5 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	100 100	100 100	100 100	100 200
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	166 000	141 000	89 000	89 000
312 Informatik	333 000	333 100	334 000	334 500
313 Verbrauchsmaterialien	97 100	91 900	92 300	92 300
314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	20 000	20 000	20 000	20 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	296 000	290 000	292 200	292 200
317 Spesenentschädigungen	210 900	231 900	203 100	203 100
318 Dienstleistungen und Honorare	572 400	579 300	575 800	576 800
319 Anderer Sachaufwand	1 180 700	1 163 700	1 163 700	1 163 700
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	9 200	9 200	9 200	9 200
340 Ertragsanteile des Bundes	30 000	30 000	30 000	30 000
352 Entschädigungen an Gemeinden	31 000	31 000	31 000	31 000
360 Staatsbeiträge	104 300	1 103 400	2 103 400	3 103 400
370 Durchlaufende Beiträge	2 723 500	413 000	413 000	413 000
380 Zuweisung an Sondervermögen	5 000 000	4 000 000	3 000 000	2 000 000
390 Interne Verrechnungen	420 900	221 300	181 700	181 700
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
430 Ersatzabgaben	5 000 000 –	5 000 000 –	5 000 000 –	5 000 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	217 000 –	222 000 –	222 000 –	222 000 –
433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren	12 500 –	12 500 –	12 500 –	12 500 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	1 191 000 –	1 145 000 –	1 095 400 –	1 095 400 –
435 Verkaufserlöse	25 200 –	25 200 –	25 200 –	25 200 –
436 Kostenrückerstattungen	77 700 –	76 400 –	76 400 –	75 400 –
437 Bussen	250 000 –	250 000 –	250 000 –	250 000 –
439 Andere Entgelte	14 200 –	19 200 –	19 200 –	19 200 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	3 200 000 –	3 200 000 –	3 200 000 –	3 200 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	98 800 –	98 800 –	98 800 –	98 800 –
470 Durchlaufende Beiträge	2 723 500 –	413 000 –	413 000 –	413 000 –
490 Interne Verrechnungen	39 000 –	39 000 –	39 000 –	39 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
8 Gesundheitsdepartement				
Aufwand	753 663 800	768 930 800	789 746 400	806 945 500
Ertrag	166 118 100 –	167 800 300 –	170 325 800 –	172 101 100 –
Aufwandüberschuss	587 545 700 –	601 130 500 –	619 420 600 –	634 844 400 –
800 Generalsekretariat GD				
Aufwand	16 217 200	16 360 100	16 159 500	16 186 600
Ertrag	2 155 500 –	2 159 500 –	2 142 500 –	2 154 800 –
Aufwandüberschuss	14 061 700 –	14 200 600 –	14 017 000 –	14 031 800 –
8000 Generalsekretariat GD				
Aufwand	14 307 200	14 446 100	14 262 500	14 277 300
Ertrag	245 500 –	245 500 –	245 500 –	245 500 –
Aufwandüberschuss	14 061 700 –	14 200 600 –	14 017 000 –	14 031 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	31 000	31 000	31 000	31 000
301 Besoldungen	3 892 600	3 945 900	3 951 300	3 956 100
303 Arbeitgeberbeiträge	546 300	546 300	546 300	546 300
309 Anderer Personalaufwand	20 000	20 000	20 000	20 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	86 000	86 000	86 000	86 000
312 Informatik	645 400	621 000	472 000	472 000
313 Verbrauchsmaterialien	3 000	3 000	3 000	3 000
317 Spesenentschädigungen	117 000	117 000	117 000	117 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 953 000	2 113 000	2 073 000	2 083 000
319 Anderer Sachaufwand	504 800	504 800	504 800	504 800
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	1 000	1 000	1 000	1 000
360 Staatsbeiträge	6 395 100	6 345 100	6 345 100	6 345 100
390 Interne Verrechnungen	112 000	112 000	112 000	112 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	170 000 –	170 000 –	170 000 –	170 000 –
436 Kostenrückerstattungen	49 000 –	49 000 –	49 000 –	49 000 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
490 Interne Verrechnungen	21 500 –	21 500 –	21 500 –	21 500 –
8009 Suchtbekämpfungsfonds (SF)				
Aufwand	1 910 000	1 914 000	1 897 000	1 909 300
Ertrag	1 910 000 –	1 914 000 –	1 897 000 –	1 909 300 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	1 000	1 000	1 000	1 000
318 Dienstleistungen und Honorare	50 000	50 000	50 000	50 000
360 Staatsbeiträge	1 378 900	1 378 900	1 332 900	1 332 900
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	477 300	480 800	509 400	521 300
390 Interne Verrechnungen	2 800	3 300	3 700	4 100
436 Kostenrückerstattungen	59 800 –	59 800 –	34 400 –	34 400 –
440 Anteile an Bundeseinnahmen	1 650 000 –	1 650 000 –	1 650 000 –	1 650 000 –
446 Anteil am Ertrag selbständiger Unternehmen	195 000 –	195 000 –	195 000 –	195 000 –
490 Interne Verrechnungen	5 200 –	9 200 –	17 600 –	29 900 –
805 Amt für Gesundheitsvorsorge				
Aufwand	4 170 400	4 288 300	4 259 300	4 249 600
Ertrag	959 500 –	1 047 400 –	1 047 400 –	1 025 500 –
Aufwandüberschuss	3 210 900 –	3 240 900 –	3 211 900 –	3 224 100 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
8050 Amt für Gesundheitsvorsorge				
Aufwand	4 170 400	4 288 300	4 259 300	4 249 600
Ertrag	959 500 –	1 047 400 –	1 047 400 –	1 025 500 –
Aufwandüberschuss	3 210 900 –	3 240 900 –	3 211 900 –	3 224 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	4 000	4 000	4 000	4 000
301 Besoldungen	1 739 100	1 748 100	1 739 100	1 696 200
303 Arbeitgeberbeiträge	245 000	245 000	245 000	237 700
309 Anderer Personalaufwand	2 400	2 400	2 400	2 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 100	40 100	40 100	40 100
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	500	500	500	500
312 Informatik	98 000	98 000	98 000	98 000
313 Verbrauchsmaterialien	40 000	40 000	40 000	40 000
317 Spesenentschädigungen	60 300	63 300	63 300	61 800
318 Dienstleistungen und Honorare	1 092 100	1 198 000	1 178 000	1 220 000
319 Anderer Sachaufwand	66 000	66 000	66 000	66 000
360 Staatsbeiträge	761 000	761 000	761 000	761 000
390 Interne Verrechnungen	21 900	21 900	21 900	21 900
435 Verkaufserlöse	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
436 Kostenrückerstattungen	495 200 –	495 200 –	495 200 –	495 200 –
439 Andere Entgelte	328 300 –	416 200 –	416 200 –	394 300 –
452 Rückerstattungen der Gemeinden	126 000 –	126 000 –	126 000 –	126 000 –
810 Aus- und Weiterbildung				
Aufwand	92 000	92 000	92 000	92 000
Ertrag	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
Aufwandüberschuss	87 000 –	87 000 –	87 000 –	87 000 –
8109 Andere Aus- und Weiterbildung				
Aufwand	92 000	92 000	92 000	92 000
Ertrag	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
Aufwandüberschuss	87 000 –	87 000 –	87 000 –	87 000 –
360 Staatsbeiträge	92 000	92 000	92 000	92 000
436 Kostenrückerstattungen	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
812 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
Aufwand	20 115 700	20 419 000	20 206 100	20 041 500
Ertrag	11 088 500 –	11 099 500 –	11 116 600 –	11 142 000 –
Aufwandüberschuss	9 027 200 –	9 319 500 –	9 089 500 –	8 899 500 –
8120 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
Aufwand	13 976 200	14 271 500	14 041 500	13 851 500
Ertrag	4 949 000 –	4 952 000 –	4 952 000 –	4 952 000 –
Aufwandüberschuss	9 027 200 –	9 319 500 –	9 089 500 –	8 899 500 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	2 000	2 000	2 000	2 000
301 Besoldungen	8 267 600	8 269 400	8 269 400	8 269 400
303 Arbeitgeberbeiträge	1 170 400	1 167 200	1 167 200	1 167 200
306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	10 000	10 000	10 000	10 000
309 Anderer Personalaufwand	50 300	50 300	50 300	50 300

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	82 000	82 000	82 000	82 000
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	380 500	390 000	390 000	390 000
312 Informatik	448 200	868 200	638 200	448 200
313 Verbrauchsmaterialien	459 000	469 000	469 000	469 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	230 000	240 000	240 000	240 000
317 Spesenentschädigungen	282 000	284 000	284 000	284 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 047 200	1 049 400	1 049 400	1 049 400
319 Anderer Sachaufwand	45 000	48 000	48 000	48 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	12 000	12 000	12 000	12 000
390 Interne Verrechnungen	1 490 000	1 330 000	1 330 000	1 330 000
421 Vermögenserträge aus Guthaben	500 –	500 –	500 –	500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	3 275 000 –	3 275 000 –	3 275 000 –	3 275 000 –
432 Spitaltaxen und Kostgelder	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –	1 200 000 –
436 Kostenrückerstattungen	31 000 –	31 000 –	31 000 –	31 000 –
439 Andere Entgelte	10 000 –	10 000 –	10 000 –	10 000 –
490 Interne Verrechnungen	432 500 –	435 500 –	435 500 –	435 500 –
8121 Tiergesundheit				
Aufwand	2 405 000	2 405 000	2 405 000	2 405 000
Ertrag	2 405 000 –	2 405 000 –	2 405 000 –	2 405 000 –
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	10 000	10 000	10 000	10 000
313 Verbrauchsmaterialien	45 000	45 000	45 000	45 000
318 Dienstleistungen und Honorare	1 427 000	1 427 000	1 427 000	1 427 000
319 Anderer Sachaufwand	2 000	2 000	2 000	2 000
360 Staatsbeiträge	921 000	921 000	921 000	921 000
490 Interne Verrechnungen	2 405 000 –	2 405 000 –	2 405 000 –	2 405 000 –
8129 Tierseuchenkasse (SF)				
Aufwand	3 734 500	3 742 500	3 759 600	3 785 000
Ertrag	3 734 500 –	3 742 500 –	3 759 600 –	3 785 000 –
382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen	1 074 500	1 081 400	1 097 400	1 121 700
390 Interne Verrechnungen	2 660 000	2 661 100	2 662 200	2 663 300
431 Gebühren für Amtshandlungen	200 000 –	200 000 –	200 000 –	200 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	130 000 –	130 000 –	130 000 –	130 000 –
436 Kostenrückerstattungen	70 000 –	70 000 –	70 000 –	70 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	1 995 000 –	1 995 000 –	1 995 000 –	1 995 000 –
490 Interne Verrechnungen	1 339 500 –	1 347 500 –	1 364 600 –	1 390 000 –
820 Heimstätten Wil				
Aufwand	17 487 000	18 151 000	18 547 000	18 427 000
Ertrag	16 971 100 –	17 646 800 –	18 434 800 –	18 434 800 –
Ertragsüberschuss				7 800
Aufwandüberschuss	515 900 –	504 200 –	112 200 –	
8221 Heimstätten Wil				
Aufwand	17 487 000	18 151 000	18 547 000	18 427 000
Ertrag	16 971 100 –	17 646 800 –	18 434 800 –	18 434 800 –
Ertragsüberschuss				7 800
Aufwandüberschuss	515 900 –	504 200 –	112 200 –	

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
301 Besoldungen	11 305 200	11 555 200	11 885 200	11 885 200
303 Arbeitgeberbeiträge	1 495 500	1 525 500	1 565 500	1 565 500
309 Anderer Personalaufwand	256 600	256 600	256 600	256 600
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	63 800	64 100	65 100	65 100
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	269 000	504 000	334 000	234 000
312 Informatik	276 100	229 100	229 100	229 100
313 Verbrauchsmaterialien	1 475 800	1 518 000	1 598 000	1 598 000
315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt	606 100	686 100	666 100	646 100
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	581 700	697 700	805 700	805 700
317 Spesenentschädigungen	109 000	112 300	122 300	122 300
318 Dienstleistungen und Honorare	840 500	843 300	854 300	854 300
319 Anderer Sachaufwand	147 700	159 100	165 100	165 100
390 Interne Verrechnungen	60 000			
432 Spitaltaxen und Kostgelder	4 732 700 –	4 642 600 –	4 885 300 –	4 885 300 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	133 000 –	133 000 –	133 000 –	133 000 –
435 Verkaufserlöse	1 213 500 –	1 213 500 –	1 213 500 –	1 213 500 –
436 Kostenrückerstattungen	1 063 500 –	1 063 500 –	1 063 500 –	1 063 500 –
439 Andere Entgelte	5 000 –	5 000 –	5 000 –	5 000 –
460 Beiträge für eigene Rechnung	9 823 400 –	10 589 200 –	11 134 500 –	11 134 500 –
830 Amt für Gesundheitsversorgung				
Aufwand	695 581 500	709 620 400	730 482 500	747 948 800
Ertrag	134 938 500 –	135 842 100 –	137 579 500 –	139 339 000 –
Aufwandüberschuss	560 643 000 –	573 778 300 –	592 903 000 –	608 609 800 –
8300 Amtsleitung AfGVE				
Aufwand	939 300	939 300	939 300	943 500
Ertrag	130 000 –	130 000 –	130 000 –	130 000 –
Aufwandüberschuss	809 300 –	809 300 –	809 300 –	813 500 –
301 Besoldungen	613 900	613 900	613 900	618 100
303 Arbeitgeberbeiträge	84 100	84 100	84 100	84 100
309 Anderer Personalaufwand	700	700	700	700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	5 800	5 800	5 800	5 800
312 Informatik	21 500	21 500	21 500	21 500
317 Spesenentschädigungen	4 000	4 000	4 000	4 000
318 Dienstleistungen und Honorare	202 300	202 300	202 300	202 300
390 Interne Verrechnungen	7 000	7 000	7 000	7 000
436 Kostenrückerstattungen	130 000 –	130 000 –	130 000 –	130 000 –
8301 Individuelle Prämien- verbilligung				
Aufwand	202 082 300	199 363 900	200 635 000	203 339 600
Ertrag	133 048 000 –	133 951 600 –	135 693 000 –	137 457 000 –
Aufwandüberschuss	69 034 300 –	65 412 300 –	64 942 000 –	65 882 600 –
318 Dienstleistungen und Honorare	3 579 300	3 632 300	4 411 600	4 490 700
360 Staatsbeiträge	198 503 000	195 731 600	196 223 400	198 848 900
460 Beiträge für eigene Rechnung	133 048 000 –	133 951 600 –	135 693 000 –	137 457 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
8302 Zentrale Kosten für Spitäler/Kliniken				
Aufwand	840 500	840 500	840 500	847 000
Ertrag	840 500 –	840 500 –	840 500 –	847 000 –
301 Besoldungen	701 200	701 200	701 200	707 700
303 Arbeitgeberbeiträge	62 500	62 500	62 500	62 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	4 500	4 500	4 500	4 500
312 Informatik	12 200	12 200	12 200	12 200
317 Spesenentschädigungen	9 500	9 500	9 500	9 500
318 Dienstleistungen und Honorare	1 100	1 100	1 100	1 100
319 Anderer Sachaufwand	40 500	40 500	40 500	40 500
390 Interne Verrechnungen	9 000	9 000	9 000	9 000
436 Kostenrückerstattungen	840 500 –	840 500 –	840 500 –	847 000 –
8303 Innerkantonale Hospitalisation				
Aufwand	402 718 000	413 430 200	428 944 800	441 146 600
Ertrag				
Aufwandüberschuss	402 718 000 –	413 430 200 –	428 944 800 –	441 146 600 –
360 Staatsbeiträge	402 718 000	413 430 200	428 944 800	439 146 600
390 Interne Verrechnungen				2 000 000
8304 Ausserkantonale Hospitalisation				
Aufwand	84 576 200	90 621 300	94 697 700	97 246 900
Ertrag	300 000 –	310 000 –	320 000 –	330 000 –
Aufwandüberschuss	84 276 200 –	90 311 300 –	94 377 700 –	96 916 900 –
360 Staatsbeiträge	84 576 200	90 621 300	94 697 700	97 246 900
451 Rückerstattungen der Kantone	300 000 –	310 000 –	320 000 –	330 000 –
8305 Ambulante Versorgung				
Aufwand	4 425 200	4 425 200	4 425 200	4 425 200
Ertrag				
Aufwandüberschuss	4 425 200 –	4 425 200 –	4 425 200 –	4 425 200 –
360 Staatsbeiträge	4 425 200	4 425 200	4 425 200	4 425 200
8309 Zentrum für Labormedizin				
Aufwand				
Ertrag	620 000 –	610 000 –	596 000 –	575 000 –
Ertragsüberschuss	620 000	610 000	596 000	575 000
460 Beiträge für eigene Rechnung	620 000 –	610 000 –	596 000 –	575 000 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
9 Gerichte				
Aufwand	43 597 600	43 641 800	43 645 300	43 645 300
Ertrag	13 777 500 –	13 789 500 –	13 793 500 –	13 793 500 –
Aufwandüberschuss	29 820 100 –	29 852 300 –	29 851 800 –	29 851 800 –
900 Zivil- und Strafrechtspflege				
Aufwand	35 956 600	36 000 800	36 004 300	36 004 300
Ertrag	12 976 400 –	12 988 400 –	12 992 400 –	12 992 400 –
Aufwandüberschuss	22 980 200 –	23 012 400 –	23 011 900 –	23 011 900 –
9001 Kreisgerichte				
Aufwand	23 319 200	23 321 200	23 323 700	23 323 700
Ertrag	9 621 100 –	9 631 100 –	9 634 100 –	9 634 100 –
Aufwandüberschuss	13 698 100 –	13 690 100 –	13 689 600 –	13 689 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	451 000	451 000	451 000	451 000
301 Besoldungen	13 573 200	13 573 200	13 573 200	13 573 200
303 Arbeitgeberbeiträge	1 980 000	1 980 000	1 980 000	1 980 000
309 Anderer Personalaufwand	23 500	23 500	23 500	23 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	268 000	270 000	272 500	272 500
312 Informatik	853 400	853 400	853 400	853 400
317 Spesenentschädigungen	88 800	88 800	88 800	88 800
318 Dienstleistungen und Honorare	4 577 600	4 577 600	4 577 600	4 577 600
319 Anderer Sachaufwand	6 300	6 300	6 300	6 300
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	513 300	513 300	513 300	513 300
390 Interne Verrechnungen	984 100	984 100	984 100	984 100
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	700 –	700 –	700 –	700 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	12 500 –	12 500 –	12 500 –	12 500 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	6 132 100 –	6 132 100 –	6 132 100 –	6 132 100 –
436 Kostenrückerstattungen	2 114 200 –	2 124 200 –	2 127 200 –	2 127 200 –
439 Andere Entgelte	47 600 –	47 600 –	47 600 –	47 600 –
490 Interne Verrechnungen	1 314 000 –	1 314 000 –	1 314 000 –	1 314 000 –
9002 Kantonsgericht				
Aufwand	9 165 700	9 207 900	9 208 900	9 208 900
Ertrag	2 502 300 –	2 504 300 –	2 505 300 –	2 505 300 –
Aufwandüberschuss	6 663 400 –	6 703 600 –	6 703 600 –	6 703 600 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	300 000	300 000	300 000	300 000
301 Besoldungen	6 261 900	6 303 100	6 303 100	6 303 100
303 Arbeitgeberbeiträge	937 300	937 300	937 300	937 300
309 Anderer Personalaufwand	127 000	127 000	127 000	127 000
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	125 000	126 000	127 000	127 000
312 Informatik	298 700	298 700	298 700	298 700
317 Spesenentschädigungen	11 100	11 100	11 100	11 100
318 Dienstleistungen und Honorare	747 500	747 500	747 500	747 500
319 Anderer Sachaufwand	27 000	27 000	27 000	27 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	150 000	150 000	150 000	150 000
390 Interne Verrechnungen	180 200	180 200	180 200	180 200
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
421 Vermögenserträge aus Guthaben	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	1 162 000 –	1 162 000 –	1 162 000 –	1 162 000 –
436 Kostenrückerstattungen	390 000 –	392 000 –	393 000 –	393 000 –

Laufende Rechnung
Gerichte

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
437 Bussen	1 000 –	1 000 –	1 000 –	1 000 –
439 Andere Entgelte	4 000 –	4 000 –	4 000 –	4 000 –
490 Interne Verrechnungen	944 200 –	944 200 –	944 200 –	944 200 –
9004 Anklagekammer				
Aufwand	761 800	761 800	761 800	761 800
Ertrag	140 000 –	140 000 –	140 000 –	140 000 –
Aufwandüberschuss	621 800 –	621 800 –	621 800 –	621 800 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	192 000	192 000	192 000	192 000
303 Arbeitgeberbeiträge	12 900	12 900	12 900	12 900
317 Spesenentschädigungen	600	600	600	600
319 Anderer Sachaufwand	1 000	1 000	1 000	1 000
390 Interne Verrechnungen	555 300	555 300	555 300	555 300
490 Interne Verrechnungen	140 000 –	140 000 –	140 000 –	140 000 –
9005 Schlichtungsstellen				
Aufwand	2 390 700	2 390 700	2 390 700	2 390 700
Ertrag	540 000 –	540 000 –	540 000 –	540 000 –
Aufwandüberschuss	1 850 700 –	1 850 700 –	1 850 700 –	1 850 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	1 067 000	1 067 000	1 067 000	1 067 000
301 Besoldungen	189 500	189 500	189 500	189 500
303 Arbeitgeberbeiträge	109 900	109 900	109 900	109 900
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12 500	12 500	12 500	12 500
312 Informatik	12 100	12 100	12 100	12 100
317 Spesenentschädigungen	88 500	88 500	88 500	88 500
318 Dienstleistungen und Honorare	238 700	238 700	238 700	238 700
352 Entschädigungen an Gemeinden	672 500	672 500	672 500	672 500
431 Gebühren für Amtshandlungen	540 000 –	540 000 –	540 000 –	540 000 –
9006 Rechtsaufsicht				
Aufwand	319 200	319 200	319 200	319 200
Ertrag	173 000 –	173 000 –	173 000 –	173 000 –
Aufwandüberschuss	146 200 –	146 200 –	146 200 –	146 200 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	135 000	135 000	135 000	135 000
303 Arbeitgeberbeiträge	9 000	9 000	9 000	9 000
317 Spesenentschädigungen	200	200	200	200
319 Anderer Sachaufwand	25 000	25 000	25 000	25 000
390 Interne Verrechnungen	150 000	150 000	150 000	150 000
431 Gebühren für Amtshandlungen	170 000 –	170 000 –	170 000 –	170 000 –
437 Bussen	3 000 –	3 000 –	3 000 –	3 000 –
905 Verwaltungsrechtspflege				
Aufwand	7 641 000	7 641 000	7 641 000	7 641 000
Ertrag	801 100 –	801 100 –	801 100 –	801 100 –
Aufwandüberschuss	6 839 900 –	6 839 900 –	6 839 900 –	6 839 900 –

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
9050 Versicherungsgericht				
Aufwand	3 886 100	3 886 100	3 886 100	3 886 100
Ertrag	200 000 –	200 000 –	200 000 –	200 000 –
Aufwandüberschuss	3 686 100 –	3 686 100 –	3 686 100 –	3 686 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	3 000	3 000	3 000	3 000
301 Besoldungen	3 040 400	3 040 400	3 040 400	3 040 400
303 Arbeitgeberbeiträge	433 600	433 600	433 600	433 600
309 Anderer Personalaufwand	2 700	2 700	2 700	2 700
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	48 000	48 000	48 000	48 000
312 Informatik	124 500	124 500	124 500	124 500
317 Spesenentschädigungen	8 000	8 000	8 000	8 000
318 Dienstleistungen und Honorare	209 200	209 200	209 200	209 200
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	2 000	2 000	2 000	2 000
390 Interne Verrechnungen	14 700	14 700	14 700	14 700
431 Gebühren für Amtshandlungen	150 000 –	150 000 –	150 000 –	150 000 –
436 Kostenrückerstattungen	50 000 –	50 000 –	50 000 –	50 000 –
9051 Verwaltungsrekurskommission				
Aufwand	2 262 200	2 262 200	2 262 200	2 262 200
Ertrag	232 100 –	232 100 –	232 100 –	232 100 –
Aufwandüberschuss	2 030 100 –	2 030 100 –	2 030 100 –	2 030 100 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	260 000	260 000	260 000	260 000
301 Besoldungen	1 551 600	1 551 600	1 551 600	1 551 600
303 Arbeitgeberbeiträge	240 600	240 600	240 600	240 600
309 Anderer Personalaufwand	1 400	1 400	1 400	1 400
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 000	40 000	40 000	40 000
312 Informatik	58 900	58 900	58 900	58 900
317 Spesenentschädigungen	25 200	25 200	25 200	25 200
318 Dienstleistungen und Honorare	58 200	58 200	58 200	58 200
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	10 000	10 000	10 000	10 000
390 Interne Verrechnungen	16 300	16 300	16 300	16 300
420 Vermögenserträge aus Post und Banken	100 –	100 –	100 –	100 –
431 Gebühren für Amtshandlungen	230 000 –	230 000 –	230 000 –	230 000 –
436 Kostenrückerstattungen	2 000 –	2 000 –	2 000 –	2 000 –
9052 Verwaltungsgericht				
Aufwand	1 492 700	1 492 700	1 492 700	1 492 700
Ertrag	369 000 –	369 000 –	369 000 –	369 000 –
Aufwandüberschuss	1 123 700 –	1 123 700 –	1 123 700 –	1 123 700 –
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen	230 000	230 000	230 000	230 000
301 Besoldungen	976 000	976 000	976 000	976 000
303 Arbeitgeberbeiträge	154 600	154 600	154 600	154 600
309 Anderer Personalaufwand	1 500	1 500	1 500	1 500
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	40 000	40 000	40 000	40 000
312 Informatik	36 200	36 200	36 200	36 200
317 Spesenentschädigungen	11 500	11 500	11 500	11 500
318 Dienstleistungen und Honorare	29 000	29 000	29 000	29 000
330 Abschreibungen auf Finanzvermögen	5 000	5 000	5 000	5 000
390 Interne Verrechnungen	8 900	8 900	8 900	8 900
431 Gebühren für Amtshandlungen	360 000 –	360 000 –	360 000 –	360 000 –

Laufende Rechnung

Gerichte

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
439 Andere Entgelte	9 000 –	9 000 –	9 000 –	9 000 –
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	455 300	575 300	575 300	575 300
317 Spesenentschädigungen	109 700	109 700	109 700	109 700
318 Dienstleistungen und Honorare	805 600	865 600	865 600	865 600
319 Anderer Sachaufwand	124 600	170 600	170 600	170 600
390 Interne Verrechnungen	1 650 000			900 000
432 Spitaltaxen und Kostgelder	4 615 600 –	4 990 000 –	4 990 000 –	4 990 000 –
434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren	120 000 –	120 000 –	120 000 –	120 000 –
435 Verkaufserlöse	1 155 000 –	1 175 000 –	1 175 000 –	1 175 000 –
436 Kostenrückerstattungen	1 060 000 –	1 060 000 –	1 060 000 –	1 060 000 –
439 Andere Entgelte	4 000 –	4 000 –	4 000 –	4 000 –

Investitionsrechnung

Investitionsrechnung

Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
Kanton St.Gallen				
Ausgaben	276 439 800	582 844 500	298 837 600	376 852 700
Einnahmen	105 154 300 –	37 602 600 –	35 202 600 –	35 312 600 –
Ausgabenüberschuss	171 285 500 –	545 241 900 –	263 635 000 –	341 540 100 –
A Investitionen und Investitionsbeiträge				
Ausgaben	120 967 800	99 624 500	194 617 600	254 132 700
Einnahmen	81 118 000 –	15 280 000 –	10 080 000 –	8 290 000 –
Ausgabenüberschuss	39 849 800 –	84 344 500 –	184 537 600 –	245 842 700 –
A00 Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	7 200 000	24 500 000	3 200 000	8 700 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	7 200 000 –	24 500 000 –	3 200 000 –	8 700 000 –
A0029000 Verwaltungszentrum Oberer Graben St.Gallen				
Ausgaben	7 200 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	7 200 000 –			
503 Hochbauten	7 200 000			
A0029001 Schützengasse 1 St.Gallen Erwerb und Umbau				
Ausgaben				6 400 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				6 400 000 –
503 Hochbauten				6 400 000
A0029002 Davidstrasse 31 St.Gallen Erwerb				
Ausgaben		24 000 000	1 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		24 000 000 –	1 000 000 –	
503 Hochbauten		24 000 000	1 000 000	
A0029003 Lämmli brunnenstrasse 54, St.Gallen, Innensanierung				
Ausgaben		500 000	2 200 000	2 300 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		500 000 –	2 200 000 –	2 300 000 –
503 Hochbauten		500 000	2 200 000	2 300 000
A01 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben		700 000	6 800 000	16 500 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		700 000 –	6 800 000 –	16 500 000 –

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
A0110004 Polizeiposten Wil, Neubau				
Ausgaben		700 000	2 500 000	2 800 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		700 000 –	2 500 000 –	2 800 000 –
503 Hochbauten		700 000	2 500 000	2 800 000
A0130002 Regionalgefängnis Altstätten, Erweiterung				
Ausgaben			4 300 000	13 700 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			4 300 000 –	13 700 000 –
503 Hochbauten			4 300 000	13 700 000
A02 Bildung				
Ausgaben	50 100 000	27 700 000	39 900 000	62 700 000
Einnahmen	81 118 000 –	11 300 000 –	6 300 000 –	4 400 000 –
Einnahmenüberschuss	31 018 000			
Ausgabenüberschuss		16 400 000 –	33 600 000 –	58 300 000 –
A0230002 BWZ Toggenburg Standort Lichtensteig				
Ausgaben				3 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				3 000 000 –
503 Hochbauten				3 000 000
A0230003 Landw. Zentrum SG Umbau und Erweiterung				
Ausgaben		4 000 000	8 000 000	12 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		4 000 000 –	8 000 000 –	12 000 000 –
503 Hochbauten		4 000 000	8 000 000	12 000 000
A0230005 Gewerbl. BWZ St.Gallen, Sanierung und Erweiterung				
Ausgaben				11 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				11 000 000 –
503 Hochbauten				11 000 000
A0252001 KS Heerbrugg Sanierung / Erweiterung				
Ausgaben	26 600 000	4 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	26 600 000 –	4 000 000 –		
503 Hochbauten	26 600 000	4 000 000		

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
A0252002 KS Sargans, Ausbau				
Ausgaben		10 000 000	10 000 000	15 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		10 000 000 –	10 000 000 –	15 000 000 –
503 Hochbauten		10 000 000	10 000 000	15 000 000
A0252003 KS Wattwil, Ausbau				
Ausgaben			6 300 000	12 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			6 300 000 –	12 000 000 –
503 Hochbauten			6 300 000	12 000 000
A0273000 Fachhochschulzentrum St.Gallen, Neubau				
Ausgaben	16 500 000			
Einnahmen	78 118 000 –	5 000 000 –		
Einnahmenüberschuss	61 618 000	5 000 000		
503 Hochbauten	16 500 000			
603 Abgang von Hochbauten	73 618 000 –			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	4 500 000 –	5 000 000 –		
A0273001 HSR Rapperswil Forschungszentrum				
Ausgaben	7 000 000	9 700 000	15 600 000	9 700 000
Einnahmen	3 000 000 –	6 300 000 –	6 300 000 –	4 400 000 –
Ausgabenüberschuss	4 000 000 –	3 400 000 –	9 300 000 –	5 300 000 –
503 Hochbauten	7 000 000	9 700 000	15 600 000	9 700 000
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	3 000 000 –	6 300 000 –	6 300 000 –	4 400 000 –
A03 Kultur, Freizeit, Kirche				
Ausgaben			4 200 000	14 500 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			4 200 000 –	14 500 000 –
A0329001 Klanghaus Toggenburg				
Ausgaben			4 200 000	11 200 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			4 200 000 –	11 200 000 –
503 Hochbauten			4 200 000	11 200 000
A0329002 Stadttheater St.Gallen				
Ausgaben				3 300 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				3 300 000 –
503 Hochbauten				3 300 000

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
A04				
Gesundheit				
Ausgaben	18 300 000	14 100 000	109 500 000	119 600 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	18 300 000 –	14 100 000 –	109 500 000 –	119 600 000 –
A0411001				
Kantonsspital St.Gallen Erweiterung Haus 24				
Ausgaben	9 000 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	9 000 000 –			
503	Hochbauten	9 000 000		
A0411012				
Kantonsspital St.Gallen Sanierung / Erweiterung Haus 02				
Ausgaben		3 500 000	4 000 000	2 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		3 500 000 –	4 000 000 –	2 000 000 –
503	Hochbauten	3 500 000	4 000 000	2 000 000
A0411014				
Kantonsspital St.Gallen Erweiterung Notaufnahme				
Ausgaben	5 500 000	1 500 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	5 500 000 –	1 500 000 –		
503	Hochbauten	5 500 000	1 500 000	
A0411017				
Kantonsspital St.Gallen Sanierung Energiezentrale				
Ausgaben			3 000 000	8 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			3 000 000 –	8 000 000 –
503	Hochbauten		3 000 000	8 000 000
A0411019				
Kantonsspital St.Gallen Haus 07A, Neubau				
Ausgaben			60 000 000	30 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			60 000 000 –	30 000 000 –
503	Hochbauten		60 000 000	30 000 000
A0411021				
Landspitäler, Erneuerung / Erweiterung, 1. Teilkredit				
Ausgaben			35 000 000	78 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			35 000 000 –	78 000 000 –
503	Hochbauten		35 000 000	78 000 000

Investitionsrechnung

Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
A0413002 Psych. Klinik Pfäfers Sanierung Klostergebäude				
Ausgaben	3 800 000	7 000 000	4 500 000	700 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 800 000 –	7 000 000 –	4 500 000 –	700 000 –
503 Hochbauten	3 800 000	7 000 000	4 500 000	700 000
A0413004 Psych. Klinik Wil Teilsanierung Haus A01				
Ausgaben		2 100 000	3 000 000	900 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		2 100 000 –	3 000 000 –	900 000 –
503 Hochbauten		2 100 000	3 000 000	900 000
A08 Volkswirtschaft				
Ausgaben	2 000 000	3 000 000	6 000 000	1 800 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 000 000 –	3 000 000 –	6 000 000 –	1 800 000 –
A0820000 Fischereizentrum Steinach Neubau				
Ausgaben	2 000 000	3 000 000	6 000 000	1 800 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 000 000 –	3 000 000 –	6 000 000 –	1 800 000 –
503 Hochbauten	2 000 000	3 000 000	6 000 000	1 800 000
A10 Allgemeine Verwaltung				
Ausgaben	2 410 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 410 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –
A1022000 E-Government				
Ausgaben	1 160 000			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 160 000 –			
506 Technische Einrichtungen	1 160 000			
A1022001 E-Government, 2. Teilkredit				
Ausgaben	1 250 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 250 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –	1 000 000 –
506 Technische Einrichtungen	1 250 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000
A11 Öffentliche Sicherheit				
Ausgaben	10 000 000	8 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	10 000 000 –	8 000 000 –		

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Vorschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
A1111002 Sicherheitsfunknetz POLYCOM				
Ausgaben	10 000 000	8 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	10 000 000 –	8 000 000 –		
506 Technische Einrichtungen	10 000 000	8 000 000		
A12 Bildung				
Ausgaben	1 000 000	1 400 000	1 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –	1 400 000 –	1 000 000 –	
A1230001 EDUC, Sek. II				
Ausgaben	1 000 000	1 400 000	1 000 000	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –	1 400 000 –	1 000 000 –	
506 Technische Einrichtungen	1 000 000	1 400 000	1 000 000	
A22 Bildung				
Ausgaben	3 833 500	5 700 000	7 816 900	913 300
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	3 833 500 –	5 700 000 –	7 816 900 –	913 300 –
A2220000 HPV Gossau-Untertoggenburg- Wil, Erweiterung / Erneuerung				
Ausgaben		3 000 000	5 000 000	913 300
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		3 000 000 –	5 000 000 –	913 300 –
560 Investitionsbeiträge		3 000 000	5 000 000	913 300
A2220001 Sprachheilschule St.Gallen				
Ausgaben	1 000 000	2 700 000	2 816 900	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	1 000 000 –	2 700 000 –	2 816 900 –	
560 Investitionsbeiträge	1 000 000	2 700 000	2 816 900	
A2273002 Hochschule für Technik Buchs Erneuerungsinvestitionen				
Ausgaben	2 833 500			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 833 500 –			
560 Investitionsbeiträge	2 833 500			
A23 Kultur, Freizeit, Kirche				
Ausgaben				13 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				13 000 000 –

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
A2311002 Kunstmuseum St.Gallen				
Ausgaben				13 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				13 000 000 –
560 Investitionsbeiträge				13 000 000
A24 Gesundheit				
Ausgaben			7 000 000	7 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			7 000 000 –	7 000 000 –
A2411002 Geriatriische Klinik, St.Gallen Erneuerung				
Ausgaben			7 000 000	7 000 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			7 000 000 –	7 000 000 –
560 Investitionsbeiträge			7 000 000	7 000 000
A26 Verkehr				
Ausgaben	26 124 300	13 524 500	8 200 700	8 419 400
Einnahmen		3 980 000 –	3 780 000 –	3 890 000 –
Ausgabenüberschuss	26 124 300 –	9 544 500 –	4 420 700 –	4 529 400 –
A2629007 Bahnhofplatz St.Gallen Bushof				
Ausgaben		412 000	1 160 000	1 460 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		412 000 –	1 160 000 –	1 460 000 –
560 Investitionsbeiträge		412 000	1 160 000	1 460 000
A2629008 S-Bahn St.Gallen 2013				
Ausgaben	16 580 000	3 583 300	2 455 000 –	2 455 000 –
Einnahmen				
Einnahmenüberschuss			2 455 000	2 455 000
Ausgabenüberschuss	16 580 000 –	3 583 300 –		
560 Investitionsbeiträge	16 580 000	3 583 300	2 455 000 –	2 455 000 –
A2629013 S-Bahn Zürich 4. Teilergänzung				
Ausgaben	660 000	610 000	664 200	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	660 000 –	610 000 –	664 200 –	
560 Investitionsbeiträge	660 000	610 000	664 200	

Investitionsrechnung
Investitionen und Investitionsbeiträge

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
A2629014 Schweiz. Südostbahn Techn. Verbesserungen 2013				
Ausgaben	8 733 300			
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	8 733 300 –			
560 Investitionsbeiträge	8 733 300			
A2629015 Appenzeller Bahnen Durchmesserlinie				
Ausgaben	151 000	963 000	1 277 000	1 644 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	151 000 –	963 000 –	1 277 000 –	1 644 000 –
560 Investitionsbeiträge	151 000	963 000	1 277 000	1 644 000
A2629016 Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2014				
Ausgaben		7 956 200		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		7 956 200 –		
560 Investitionsbeiträge		7 956 200		
A2629017 Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2015				
Ausgaben			7 554 500	
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss			7 554 500 –	
560 Investitionsbeiträge			7 554 500	
A2629018 Schweiz. Südostbahn Investitionsvereinbarung 2016				
Ausgaben				7 770 400
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss				7 770 400 –
560 Investitionsbeiträge				7 770 400
A2629019 Anpassung in der öV-Finanzierung (Gesetzesvorhaben)				
Ausgaben				
Einnahmen		3 980 000 –	3 780 000 –	3 890 000 –
Einnahmenüberschuss		3 980 000	3 780 000	3 890 000
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		3 980 000 –	3 780 000 –	3 890 000 –

Investitionsrechnung

Strassenbau

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
B Strassenbau				
Ausgaben	61 620 000	60 000 000	81 000 000	99 500 000
Einnahmen	19 742 500 –	17 000 000 –	19 000 000 –	20 000 000 –
Ausgabenüberschuss	41 877 500 –	43 000 000 –	62 000 000 –	79 500 000 –
B06 Verkehr				
Ausgaben	61 620 000	60 000 000	81 000 000	99 500 000
Einnahmen	19 742 500 –	17 000 000 –	19 000 000 –	20 000 000 –
Ausgabenüberschuss	41 877 500 –	43 000 000 –	62 000 000 –	79 500 000 –
B0613000 Kantonsstrassenbau				
Ausgaben	61 620 000	60 000 000	81 000 000	99 500 000
Einnahmen	19 742 500 –	17 000 000 –	19 000 000 –	20 000 000 –
Ausgabenüberschuss	41 877 500 –	43 000 000 –	62 000 000 –	79 500 000 –
501 Tiefbauten	61 620 000	60 000 000	80 000 000	95 000 000
503 Hochbauten			1 000 000	4 500 000
631 Kostenrückerstattungen für Tiefbauten	2 037 000 –			
660 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	17 705 500 –	17 000 000 –	19 000 000 –	20 000 000 –

Investitionsrechnung
Finanzierungen

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
C	Finanzierungen			
Ausgaben	93 852 000	423 220 000	23 220 000	23 220 000
Einnahmen	4 293 800 –	5 322 600 –	6 122 600 –	7 022 600 –
Ausgabenüberschuss	89 558 200 –	417 897 400 –	17 097 400 –	16 197 400 –
C00	Allgemeine Verwaltung			
Ausgaben		400 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		400 000 000 –		
C0022000	Ausfinanzierung St.Galler Pensionskasse			
Ausgaben		400 000 000		
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss		400 000 000 –		
523	Darlehen und Beteiligungen an eigenen Anstalten	400 000 000		
C02	Bildung			
Ausgaben	75 388 000	1 770 000	1 770 000	1 770 000
Einnahmen	3 413 600 –	3 897 700 –	3 897 700 –	3 897 700 –
Einnahmenüberschuss		2 127 700	2 127 700	2 127 700
Ausgabenüberschuss	71 974 400 –			
C0273000	Fachhochschule St.Gallen			
Ausgaben	73 618 000			
Einnahmen	2 420 600 –	2 904 700 –	2 904 700 –	2 904 700 –
Einnahmenüberschuss		2 904 700	2 904 700	2 904 700
Ausgabenüberschuss	71 197 400 –			
521	Darlehen an Kantone	73 618 000		
621	Rückzahlungen Kantone von Darlehen	2 420 600 –	2 904 700 –	2 904 700 –
C0299000	Studiendarlehen			
Ausgaben	1 770 000	1 770 000	1 770 000	1 770 000
Einnahmen	993 000 –	993 000 –	993 000 –	993 000 –
Ausgabenüberschuss	777 000 –	777 000 –	777 000 –	777 000 –
526	Darlehen an private Haushalte	1 770 000	1 770 000	1 770 000
626	Rückzahlungen privater Haushalte von Darlehen	993 000 –	993 000 –	993 000 –
C05	Soziale Wohlfahrt			
Ausgaben	13 000 000	20 000 000	20 000 000	20 000 000
Einnahmen		520 000 –	1 320 000 –	2 120 000 –
Ausgabenüberschuss	13 000 000 –	19 480 000 –	18 680 000 –	17 880 000 –
C0550000	Darlehen Behinderten-einrichtungen			
Ausgaben	13 000 000	20 000 000	20 000 000	20 000 000
Einnahmen		520 000 –	1 320 000 –	2 120 000 –
Ausgabenüberschuss	13 000 000 –	19 480 000 –	18 680 000 –	17 880 000 –

Investitionsrechnung

Finanzierungen

Konto	Voranschlag 2013 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2014 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2015 Fr.	Aufgaben- und Finanzplan 2016 Fr.
525 Darlehen an private Institutionen	13 000 000	20 000 000	20 000 000	20 000 000
625 Rückzahlungen privater Institutionen von Darlehen		520 000 –	1 320 000 –	2 120 000 –
C06 Verkehr				
Ausgaben				
Einnahmen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
Einnahmenüberschuss	100 000	100 000	100 000	100 000
C0629000 Schweiz. Südostbahn				
Ausgaben				
Einnahmen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
Einnahmenüberschuss	100 000	100 000	100 000	100 000
624 Rückzahlungen gemischtwirt. Unternehmen von Dahrlehen	100 000 –	100 000 –	100 000 –	100 000 –
C07 Umwelt, Raumordnung				
Ausgaben	2 664 000	600 000	600 000	600 000
Einnahmen	480 200 –	504 900 –	504 900 –	604 900 –
Einnahmenüberschuss				4 900
Ausgabenüberschuss	2 183 800 –	95 100 –	95 100 –	
C0791000 NRP-Darlehen				
Ausgaben	2 664 000	600 000	600 000	600 000
Einnahmen	480 200 –	504 900 –	504 900 –	604 900 –
Einnahmenüberschuss				4 900
Ausgabenüberschuss	2 183 800 –	95 100 –	95 100 –	
525 Darlehen an private Institutionen	2 664 000	600 000	600 000	600 000
625 Rückzahlung privater Institutionen von Darlehen	480 200 –	504 900 –	504 900 –	604 900 –
C08 Volkswirtschaft				
Ausgaben	2 800 000	850 000	850 000	850 000
Einnahmen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
Ausgabenüberschuss	2 500 000 –	550 000 –	550 000 –	550 000 –
C0812000 Landwirtschaftliche Kredit- genossenschaft				
Ausgaben	2 800 000	850 000	850 000	850 000
Einnahmen				
Ausgabenüberschuss	2 800 000 –	850 000 –	850 000 –	850 000 –
524 Darlehen und Beteiligungen an gemischtwirt. Unternehmen	2 800 000	850 000	850 000	850 000
C0890001 OLMA Messen St.Gallen				
Ausgaben				
Einnahmen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –
Einnahmenüberschuss	300 000	300 000	300 000	300 000
624 Rückzahlungen gemischtwirt. Unternehmen von Darlehen	300 000 –	300 000 –	300 000 –	300 000 –

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Laufende Rechnung

0 Räte

- 67 **0100 Kantonsrat**
300 Taggelder und Entschädigungen an Behörden und Kommissionen
Im 4. Jahr der Amtsdauer 2012/2016 fünf Sessionen.

1 Staatskanzlei

- 68 **1000 Staatskanzlei**
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen
Abstimmungsunterlagen für National- und Ständeratswahlen.
- 69 **1050 Materialzentrale**
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen
Geringere Nachfrage nach Büromaterial.
435 Verkaufserlöse
Minderertrag Büromaterialverkauf.

2 Volkswirtschaftsdepartement

70	2000 Generalsekretariat VD			
	301 Besoldungen			
	Die Halbierung der ausserordentlichen Leistungsprämien gemäss Voranschlag 2013 wurde im Jahr 2014 rückgängig gemacht (Fr. 105'200).			
70	2050 Amt für öffentlichen Verkehr	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Die Projektierungsarbeiten für Infrastrukturausbauten (Auflage- und Bauprojekte) des Konzepts Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung führen in den Jahren 2014 und 2015 zu einem zusätzlichen Mittelbedarf, der nach Abschluss der Arbeiten im Jahr 2016 wieder sinkt (vergleiche Bevorschussung der Projektierungskosten im Konto 2050.489).			
	319 Anderer Sachaufwand			
	Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit (Wegfall der Einführungskampagne für die S-Bahn St.Gallen 2013 ab dem Jahr 2015 – Fr. 175'000) reduzieren sich, ebenso die Abschreibungen als Folge der umfassenden Beteiligung der Gemeinden an der Infrastrukturfinanzierung der Privatbahnen ab dem Jahr 2014 (Bestandteil von Massnahme K4 des Sparpakets II).			
	360 Staatsbeiträge			
	– Laufende Beiträge: Abgeltungen für bestelltes Verkehrsangebot	+22'940'000	–1'430'000	+3'545'000
	– Laufende Beiträge: Abgeltung für neu durch den Kanton übernommene Auf- gabe des Ortsverkehrs (Bestandteil der Massnahme K4 des Sparpakets II 10.4 Millionen Franken) und für die ergänzenden Angebote im Rahmen des 5. öV-Programms (3.5 Millionen Franken), Finanzierung 50 % durch die Gemeinden, vergleiche Konto 2050.460	0	0	+13'900'000
	– Laufende Beiträge: Tarifverbunde	–294'000	–138'000	–160'000
	– Investitionsbeiträge: Postauto-Linien	+250'000	+1'500'000	0
	– Investitionsbeiträge: SBB	–405'000	+2'900'000	–2'900'000
	– Investitionsbeiträge: konzessionierte Transportunternehmen	–1'142'300	+1'159'800	–303'600
	– Entlastung durch mutmassliche zusätz- liche Bundesbeiträge als Folge der Neu- ordnung der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs bezüglich den Tarifverbunden (Bestandteil der Massnahme K4 des Sparpakets II)	–1'000'000	0	0
	Total	+20'348'700	+3'991'800	+14'081'400

Durch den geplanten Angebotsausbau der S-Bahn St.Gallen 2013 und durch zusätzliche Fahrplanausbauten auf den davon betroffenen Buslinien steigt der Abgeltungsbedarf in den Jahren 2014 bis 2016 an. Zudem führen die höheren Trassenpreise bei den Bahnen auf dem Zusatzangebot für die S-Bahn St.Gallen zu einem weiteren, ungeplanten Kostenanstieg. Mit der Inbetriebnahme der erneuerten Infrastrukturanlagen der Privatbahnen steigen die Abschreibungen und damit die Beiträge an die Infrastrukturabgeltung.

70 **2050 Amt für öffentlichen Verkehr (Fortsetzung)**

360 Staatsbeiträge (Fortsetzung)

Grössere Projekte für den Ausbau der Businfrastruktur lösen höhere Infrastrukturbeiträge aus. Der Nachholbedarf beim Substanzerhalt, der Erneuerung und dem Ausbau der Privatbahninfrastruktur schwankt von Jahr zu Jahr, insbesondere durch die Bildung von Projektschwerpunkten.

Die im Zusammenhang mit dem Sparpaket I reduzierte Abgeltung aus der Massnahme Nr. 8 «Anpassung öV-Tarife an das verbesserte Angebot» zur Bereinigung des strukturellen Defizits gemäss Botschaft zum AFP 2012–2014 (Kantonsratsbeschluss 33.11.04 / 33.11.09) wurde im Jahr 2014 und 2015 in zwei Schritten mit jeweils 4 Millionen Franken berücksichtigt. In der Abgeltungsplanung enthalten ist zudem eine mutmassliche Kantonsquotenerhöhung von 1 Million Franken ab 2014 (Erhöhung des Bundesanteils an der Abgeltungsfinanzierung für den bestellten Regionalverkehr, sinkende Beiträge an Tarifverbund für den Z-Pass).

421 Vermögenserträge aus Guthaben

Mit dem Ablauf der Darlehen aus der Finanzierung von Fahrzeugbeschaffungen der Appenzeller Bahnen AG, der Schweizerischen Südostbahn AG und der RTB Rheintal Bus AG fallen ab 2015 die betreffenden Rückzahlungsbeiträge weg.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Die steigenden Abgeltungen für Angebotsausbauten und die Übernahme des Ortsverkehrs durch den Kanton führen zu höheren Gemeindebeiträgen (vergleiche Konto 2050.360).

489 Bevorschussungen

Bevorschussung von Projektierungsarbeiten für Infrastrukturausbauten (Auflage- und Bauprojekte) des Konzepts Angebotsplanung Ost 1. Teilergänzung (vergleiche Konto 2050.318 Projektierungskosten).

71 **2100 Kantonsforstamt**

312 Informatik

	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
– Erneuerung waldIT: Ersatz Geräte (1. Tranche)	–145'000	0	0
– Erneuerung waldIT: Ersatz Geräte (2. Tranche)	0	+236'000	–236'000
– Anpassungen waldIT: Modul 5	+315'000	–315'000	0
– Schnittstellen waldIT: Modul 4	0	+248'500	–248'500
– Aktenmanagement ECM	0	+100'000	–100'000
– Supportkosten	+3'400	0	+18'000

Total **+173'400 +269'500 –566'500**

360 Staatsbeiträge

Verteilung der Restbeiträge des zweiten NFA-Programms 2012–15 auf die Jahre 2014 und 2015, wobei weniger Bedarf an Beiträgen für die Schutzwaldbewirtschaftung besteht. Der Planwert für das Jahr 2016 entspricht einem Viertel der Beiträge gemäss mutmasslicher NFA-Programmvereinbarung 2016–19, deren Planungsbasis die aktuelle NFA-Vereinbarung 2012–15 bildet.

460 Beiträge für eigene Rechnung

Analoge Begründung für die Entwicklung der Bundesbeiträge wie für die Staatsbeiträge, vergleiche Konto 2100.360.

71 **2101 Staatswaldungen**
311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge
 Ersatzbeschaffung Spezialrückefahrzeug (Jahrgang 2002) Fr. 125'000 im Finanzplan-
 jahr 2015.

75	2150 Landwirtschaftsamt	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	312 Informatik			
	– Projekt Giseela: Geoinformationssystem (GIS) für die Abteilung Direktzahlungen . .	–264'000	0	0
	– Schulung GIS	+18'000	0	0
	– Neuprogrammierung Agricola (IT-System für die Direktzahlungen (Support)	+17'400	0	0
	– Kleinstvorhaben	+15'000	0	0
	Total	–213'600	0	0
	360 Staatsbeiträge			
	– Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft: Freihandelsabkommen verursacht Mehr- kosten (Gehälter, Entschädigungen)	+9'400	+14'600	+18'700
	– Ressourcenprojekt St.Gallen Luft/Boden . .	+200'000	0	0
	– Beiträge im Rahmen der Ökologischen Qualitätsverordnung (ÖQV) und des Gesetzes zur Abgeltung ökologischer Leistungen (GAöL), Refinanzierung durch das Amt für Natur, Jagd und Fischerei, vergleiche Konto 2150.492	–660'000	+450'000	+440'000
	– Beitrag zur Strukturverbesserung: Reduktion gemäss Sparpaket I	–60'000	–110'000	–100'000
	– Diverse Beiträge	0	0	–19'900
	Total	–510'600	+354'600	+338'800

75 **2156 Landwirtschaftliches Zentrum SG**
301 Besoldungen
 AFP 2016: Reduktion Personalaufwand im Zuge von Sparmassnahmen (Aufgabent-
 flechtung).

76 **2400 Amt für Natur, Jagd und Fischerei**
318 Dienstleistungen und Honorare
 Der «Jagdfonds» wird im Zuge der Teilrevision des Jagdgesetzes aufgelöst und die Mit-
 tel für verschiedene jagdliche Projekte eingesetzt. Der Mittelbedarf zur Projektumset-
 zung schwankt stark.
460 Beiträge für eigene Rechnung
 Ab 2014 Landschaftsqualitätsbeiträge durch den Kanton (Fr. 140'000) und den Bund.
 Infolge laufender GAöL-Revision übernehmen die Gemeinden die vollen Kosten für
 Objekte von lokaler Bedeutung (Aufgabentflechtung Kanton/Gemeinden).

77	2451	Standortförderung	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
		312 Informatik			
		– Umsetzung Review Strategische Informatikplanung bereits im 2014	+100'000	–100'000	0
		– Weiterentwicklung von www.immoweb.sg.ch ab 2014	+7'000	–5'000	0
		– Weiterentwicklung Flächenpotenzialanalyse bereits im 2014	+25'000	–25'000	0
		Total	+132'000	–130'000	0
		318 Dienstleistungen und Honorare			
		– Reduktion Ausbau Matrix Technologien und Branchen	0	–5'000	0
		– Abschluss Aufbau WTT-Tools	0	0	–20'000
		– Ausgaben für Plattformen WTT	–10'000	+10'000	0
		– Frühere Umsetzung des Projekts Wirtschaftsstandort 2025	+300'000	+100'000	–400'000
		– Ausgaben für Auftritte an Messen und Ausstellungen	+200'000	–400'000	0
		– Streichung Imagetournee Arena Ostschweiz	–20'000	0	0
		– Weiterentwicklung Flächenpotenzialanalyse	+45'000	–45'000	+20'000
		– Durchführung Regionsscreening und -statistiken sowie Evaluation NRP-Politik	+24'500	–24'500	0
		Total	+539'500	–364'500	–400'000
		360 Staatsbeiträge			
		– Beitrag für das Projekt RhySearch gemäss Businessplan	+200'000	+200'000	+540'000
		– Bundesgelder für das Umsetzungsprogramm «Neue Regionalpolitik» (NRP, saldoneutral, vergleiche Konto 2451.460)	+51'700	–38'600	–823'200
		– Abschluss bestehende und Initiierung neuer Projekte im Bereich Arealentwicklungen	–40'000	0	+15'000
		– Abschluss von Projekten im Bereich Internationalisierung	–100'000	0	0
		– Initiierung neuer Projekte im Bereich Gründer- und Technologiezentren	0	0	+200'000
		– Beiträge «Wirtschaftsstandort 2025»	–685'000	+300'000	–600'000
		– Beiträge für kantonale NRP-Projekte gemäss Umsetzungsprogramm	0	–2'000	+2'000
		– Reduktion bei zwei WTT-Projekten gemäss Finanzierungsplan	0	–8'000	0
		– Abnehmende Zinskostenbeiträge durch Amortisation von Bundesdarlehen	–65'900	–47'200	–46'100
		Total	–639'200	+404'200	–712'300
		460 Beiträge für eigene Rechnung			
		– Bundesgelder für das Umsetzungsprogramm «Neue Regionalpolitik» (NRP, saldoneutral, vergleiche Konto 2451.360)	+51'700	–38'600	–823'200
		Total	+51'700	–38'600	–823'200

78 **2455 Arbeitslosenversicherung**
 Da die Verwaltungskosten für den Rechnungsabschnitt 2455 «Arbeitslosenversicherung AWA» vom Bund (SECO) refinanziert werden, sind sie für den Kanton kostenneutral. Jedoch hat der Kanton einen Beitrag an den Bund auszurichten – als finanzielle Beteiligung der Kantone an den Kosten für die Durchführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung (Art. 92 Abs. 7 bis AVIG) und die arbeitsmarktlichen Massnahmen (Art. 59d AVIG), vergleiche Konto 2455.350. Die Gesamtbeiträge aller Kantone an den Bund machen 0.05 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme aus. Der Verteiler innerhalb der Kantone basiert auf der Anzahl kontrollierter Tage der Arbeitslosigkeit.

79 **2456 Arbeitslosenkasse**
 Da die Verwaltungskosten für den Rechnungsabschnitt 2456 «Arbeitslosenkasse AWA» vom Bund (SECO) refinanziert werden, sind sie für den Kanton kostenneutral. Für die Arbeitslosenkasse hat das Volkswirtschaftsdepartement seit dem Jahr 2009 mit dem Bund eine pauschalisierte Leistungsentschädigung vereinbart, die sich nach der Zahl der Arbeitslosen richtet. Die Differenz zwischen dem tatsächlichen Aufwand und der Entschädigung des Bundes kann für den Kanton zu einem Gewinn oder einem Verlust führen. Aufgrund von Erfahrungswerten aus den Vorjahren und der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des Konjunkturzykluses ist in den Jahren 2014–2016 ein Gewinn von jährlich Fr. 500'000 budgetiert.

79	2458 Tourismusrechnung (SF)	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	360 Staatsbeiträge			
	– Abschluss diverser touristischer Einzelprojekte mit Zinskostenbeiträgen	–17'400	0	–143'100
	– Abschluss diverser touristischer Einzelprojekte mit A-Fonds-Perdu-Beiträgen . . .	–160'500	0	–372'500
	– Erhöhung Ausgaben «Allgemein Tourismus» für Einzelprojekte mit A-Fonds-Perdu-Beiträgen	+40'000	0	0
	Total	–137'900	0	–515'600

482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen
 Die Entnahme aus der Tourismusrechnung reduziert sich infolge sinkender Staatsbeiträge.

3 Departement des Innern

80	3000 Generalsekretariat DI			
	312 Informatik	Die für die eidgenössischen und kantonalen Wahlen notwendigen Informatikkosten lösen im Jahr 2015 einen Mehraufwand von Fr. 110'700 aus.		
	360 Staatsbeiträge	Sparpaket II: Reduktion bei der Frühförderung.		
80	3050 Sozialwerke des Bundes			
	360 Staatsbeiträge	Die Zunahme der Anzahl Bezüger von Kinder- und Familienzulagen lösen gemäss der Berechnung der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) in den Jahren 2014 (+ Fr. 110'000), 2015 (+ Fr. 200'000) und 2016 (+ Fr. 200'000) Mehrkosten aus.		
80	3051 Ergänzungsleistungen	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	318 Dienstleistungen und Honorare	Durch Vertragsverhandlungen mit der Sozialversicherungsanstalt St.Gallen konnte das Wachstum bei den Durchführungskosten für die Ergänzungsleistungen gebremst werden.		
	360 Staatsbeiträge			
	– Ergänzungsleistungen an die AHV	+7'500'000	+7'500'000	+8'100'000
	– Ergänzungsleistungen an die IV	+1'250'000	+4'500'000	+5'200'000
	– ausserordentliche Ergänzungsleistungen	+630'000	+700'000	+750'000
	Total	+9'380'000	+12'700'000	+14'050'000
	Durch die Zunahme der Anzahl Bezügerinnen und Bezüger sowie die allgemeine Kostenentwicklung und insbesondere auch wegen des negativen Volksentscheids im Juni 2012 (Nachtrag zum ELG, Reduktion der Beiträge für persönliche Auslagen des Heimbewohnenden) steigen die Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen.			
	450 Rückerstattungen des Bundes	Der Bund beteiligt sich an den Durchführungskosten zu den Ergänzungsleistungen mit rund 2.5 Mio. Franken (Konto 3051.318).		
	460 Beiträge für eigene Rechnung	Der Bund beteiligt sich nach Artikel 13 ELG an den jährlichen Ergänzungsleistungen. Nach Artikel 39 Absatz 1 legt das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) jährlich für jeden Kanton den Bundesanteil in Prozent fest. Der Satz beträgt für das Jahr 2012 29.1 Prozent für die EL AHV und 34.9 Prozent für die EL IV. Steigende Beiträge (Konto 3051.360) ergeben höhere Beiträge des Bundes.		
81	3052 Pflegefinanzierung			
	360 Staatsbeiträge	Die Kosten von Kanton und Gemeinden steigen aufgrund folgender Faktoren:		
		– Zunahme der Zahl der Anspruchsberechtigten aufgrund der demographischen Entwicklung;		
		– Zunahme der Pflegebedürftigkeit und folglich höhere Beiträge der öffentlichen Hand an die Anspruchsberechtigten;		
		– Preisentwicklung und folglich höhere Beiträge der öffentlichen Hand.		
	460 Beiträge für eigene Rechnung	Der Beitrag der Gemeinden an die Pflegefinanzierung beträgt heute 1/3 der Aufwendungen. Die vollständige Übernahme der Kosten durch die Gemeinden ist ab dem Jahr 2014 vorgesehen.		

81 **3100 Amt für Bürgerrecht und Zivilstand**
312 Informatik
 Der Minderaufwand entsteht infolge Ablösung der Fachanwendung «Grüezi» im Jahr 2013.

81	3150	Amt für Gemeinden	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	301	Besoldungen Verzicht auf Wiederbesetzung einer vakanten Stelle.			
	318	Dienstleistungen und Honorare			
		– Projektkosten (einmalig)	–78'000	0	+100'000
		– Aufträge an Dritte	0	0	+6'700
		Total	–78'000	0	+106'700

Die Erneuerungswahlen für GPK- und Behördenmitglieder (Amtsdauer 2017–2020) finden im Jahr 2016 statt. Ein Bedarf an GPK- und Behördenkursen wird somit in den Jahren 2016/2017 vorhanden sein. Mehrertrag im Konto 3150.436. Mehraufwendungen bei den Aufträgen an Dritten bedingt durch externen Review des Wirksamkeitsberichts 2016.

	347	Finanz- und Lastenausgleich			
		– Ressourcenausgleich	+520'000	+1'030'000	+970'000
		– Individueller Sonderlastenausgleich	+100'000	+150'000	+150'000
		– Sonderlastenausgleich Schule	+300'000	+300'000	+300'000
		– Sonderlastenausgleich Stadt	+200'000	+200'000	+200'000
		– Partieller Steuerfussausgleich	+700'000	+900'000	+900'000
		– Nachzahlungen Finanzausgleich	–750'000	0	0
		Total	+1'070'000	+2'580'000	+2'520'000

Sofortmassnahmen gemäss Kantonsratsentscheid Septembersession 2012. Der Ausgleichsfaktor beim Ressourcenausgleich beträgt neu 94,5 Prozent. Beim Individuellem Sonderlastenausgleich und beim Partiellen Steuerfussausgleich wird die Ausgleichsgrenze auf 145 Prozent fixiert. Der Sonderlastenausgleich Weite und Schule erfährt die Einführung eines neuen Kürzungsmechanismus. Der Beitrag an die Stadt St.Gallen wird von Gesetzes wegen indexiert (Annahme 1 Prozent). Zudem wird ein Kürzungsmechanismus für den Zentrumslastenausgleich eingeführt. Der gesetzliche Anspruch der Gemeinden auf den Ressourcenausgleich sowie den Sonderlastenausgleich Schule besteht. Die Zunahme wurde mit +1 Prozent angenommen. Beim Partiellen Steuerfussausgleich ist davon auszugehen, dass einige Gemeinden einen höheren Steuerfuss (weit höherer Aufwand) erheben müssen und deshalb zusätzlich PSA-berechtigt werden. Bei den Nachzahlungen aus dem Finanzausgleich gehen wir optimistisch davon aus, dass die provisorischen Beiträge in praktisch allen Fällen höher als die definitiven Beiträge sein werden.

	360	Staatsbeiträge			
		– Staatsbeiträge	–100'000	0	+250'000

Viele Projekte werden 2013/2014 abgeschlossen. Ab dem Jahr 2016 wird eine erneute Zunahme bei den Projektbeiträgen erwartet.

	436	Kostenrückerstattungen			
		– Kostenrückerstattungen	–80'000	0	+100'000

Die Erneuerungswahlen für GPK- und Behördenmitglieder (Amtsdauer 2017–2020) finden im Jahr 2016 statt. Ein Bedarf an GPK- und Behördenkursen wird somit in den Jahren 2016/2017 vorhanden sein.

81	3150 Amt für Gemeinden (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	452 Rückerstattungen der Gemeinden			
	– Rückerstattungen	–11'000'000	0	0

Die Rückzahlungen stammen ausschliesslich aus dem partiellen Steuerfussausgleich. Die Beiträge nähern sich immer mehr den tatsächlichen Verhältnissen an. Deshalb werden die Rückzahlungen ebenfalls rückläufig sein.

82	3200 Amt für Soziales			
	360 Staatsbeiträge			
	Kinderschutzzentrum Schlupfhuus und In Via: Die Umsetzung der Massnahme G2, Sparpaket II, führt im Jahr 2014 zu Minderaufwendungen von 1.74 Mio. Franken. Betriebsbeiträge an Einrichtungen für Menschen mit Behinderung: Weitere Minderaufwendungen von rund 14 Mio. Franken im Jahr 2014 gegenüber dem Voranschlag 2013 sind Folge der im Jahr 2013 einmaligen Erhöhung der Periodengerechtigkeit bei der Ausrichtung der Betriebsbeiträge. Höhere Beiträge aufgrund von Taxanpassungen und Neuanerkennungen von Einrichtungen, die zu einer Entlastung der Ergänzungsleistungen führen, verringern die Minderaufwendungen und führen in den Jahren 2015 und 2016 zu Mehraufwendungen. Weitere Mehraufwendungen gehen vor allem auf die Zunahme der Aufenthaltstage bzw. Betreuungsstunden in inner- und ausserkantonalen Einrichtungen zurück.			

82	3250 Amt für Kultur	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
	– Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	0	0	+100'000
	Ab 2016 Weiterentwicklung einer zeitgemässen audiovisuellen Infrastruktur und damit Etablierung des Staatsarchivs als Kompetenzzentrum für Bildarchiv und Digitalisierung des audiovisuellen Erbes.			
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+417'500	–10'000	–170'000
	– Informatik-Betriebskosten	+243'900	+95'000	–245'000
	Total	+661'400	+85'000	–415'000

Auf 2014 geplant: Staatsarchiv, Weiterführung Langzeitarchivierung (für 2013 gemäss Projektphase keine Mittel benötigt); Etablierung Recordsmanagement, WLAN-Installationen. Kantonsbibliothek: Erweiterung eines RFID-Systems (Kennzeichnung der Medien, erleichterte Ausleihe und Rückgabe), Einführung einer Portallösung. Für 2015: Weiterführung Langzeitarchivierung im Staatsarchiv; Amtsleitung/Kulturförderung: Releasewechsel der zentralen Fachanwendung Scope. Kantonsbibliothek: Ablösung der Bibliothekssoftware Aleph. Auf 2016 vorgesehen: Staatsarchiv: Weiterführung Langzeitarchivierung.

Die zusätzlichen Informatikvorhaben führen im Folgejahr zu zusätzlichen Betriebskosten. Die geplante Ablösung der Bibliothekssoftware Aleph auf 2015 wird im Folgejahr 2016 voraussichtlich mit geringeren Wartungs- und Supportkosten einhergehen.

		Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
82	3250 Amt für Kultur (Fortsetzung)			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Dienstleistungen und Honorare	+151'100	0	+222'000
	Bei der Archäologie sind reguläre Ausgrabungen vermehrt über den Staatshaushalt anstatt über den Lotteriefonds zu finanzieren (+ Fr. 130'000). Ab 2016: bei der Denkmalpflege/Archäologie: Externe Begleitung bei Beratungen (+ Fr. 200'000).			
	360 Staatsbeiträge			
	– Laufende Beiträge	0	+96'900	+97'300
	Im Rahmen des neuen Bibliotheksgesetzes (Beratungen im November 2012 und Februar 2013 im Kantonsrat vorgesehen) soll der kantonale Förderauftrag zugunsten der Bibliotheken geregelt werden. Ab 2015 werden dazu Fr. 350'000 beantragt. Der Jahresbeitrag an die Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen unterliegt den Besoldungsänderungen für das Staatspersonal. In der Finanzplanung ab 2015 wird vorerst die individuelle Besoldungsänderung berücksichtigt.			
83	3259 Lotteriefonds (SF)	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen			
	– Einlage in den Lotteriefonds	–46'700	–5'800	–349'400
	Projektbeiträge Kulturförderung sowie Unterstützungs- und Projektbeiträge an Vorhaben aus den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit, Natur, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit.			
84	3550 Amt für Handelsregister und Notariate			
	301 Besoldungen			
	Verzicht auf Wiederbesetzung einer vakanten Stelle.			

4 Bildungsdepartement

85	4000 Generalsekretariat BLD			
	301 Besoldungen	Voranschlag 2013: Einmalige Kürzung der ausserordentlichen Leistungsprämien von 0.3 auf 0.15%.		
86	4050 Amtsleitung AVS			
	319 Anderer Sachaufwand	2014: Für das Gesetzesvorhaben «Sonderpädagogik-Konzept» fallen Einführungskosten für das standardisierte Abklärungsverfahren (SAV), die Einführungskurse und Anpassungen der Software an.		
	360 Staatsbeiträge	Bestandteil der Massnahme 33 zur Bereinigung des strukturellen Defizits: Finanzierung übergeordneter Aufgaben durch den Kanton. Aufwand für die Fremdevaluation im Rahmen der Neuorganisation der Aufsicht in der Volksschule, Vollbetrieb ab Sommer 2013.		
87	4053 Sonderschulen			
	360 Staatsbeiträge	Weniger Schülerinnen und Schüler, die eine ausserkantonale Schule besuchen. Mehraufwand für die Anpassung der Lektionentafel gemäss X. Nachtrag des Volksschulgesetzes vom Jahr 2008.		
	460 Beiträge für eigene Rechnung	Tiefere Beiträge der Gemeinden, da weniger Schülerinnen und Schüler eine Sonderschule besuchen (16 Kinder à Fr. 36'000).		
87	4150 Amtsleitung ABB			
	460 Beiträge für eigene Rechnung	Abschluss des Bundesprojektes Case Management / Plan B: Die Finanzierung des Bundes endet im Jahr 2015. Das Bundesprojekt sichert ein strukturiertes Verfahren zur Ergreifung adäquater Massnahmen für Jugendliche, deren Einstieg in die Berufswelt stark gefährdet ist. Es wurde mit Erziehungsratsbeschluss Nr. 337 vom 17. November 2010 flächendeckend im Kanton St.Gallen eingeführt.		
88	4152 Berufliche Grundbildung	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	360 Staatsbeiträge			
	– Berufsfachschulen	–4'300'000	0	0
	Anpassung des Kreditbedarfs zur Umsetzung der periodengerechten Verbuchung im Jahr 2013.			
	– Überbetriebliche Kurse	+50'000	+50'000	0
	Anpassung von Pauschalen sowie neue Bildungsverordnungen führen zu Mehrkosten.			
	– Qualifikationsverfahren	0	+100'000	0
	Durch die Reformen in diversen Berufen (neue Bildungsverordnungen) steigen die Aufwendungen und somit auch die Kosten für das Qualifikationsverfahren.			
	– Sparpaket II Massnahme K16	–250'000	–250'000	0
	Weniger Lernende ausserhalb des Kantons durch die Erhöhung der zumutbaren Reisezeit Wohnort–Schulort.			
	Total	–4'500'000	–100'000	0

- 88 **4153 Höhere Berufs- und Weiterbildung**
360 Staatsbeiträge
Anpassung des Kreditbedarfs zur Umsetzung der periodengerechten Verbuchung.
- 88 **4156 Berufsfachschulen**
301 Besoldungen
Rückgang Anzahl Lernende infolge der demographischen Entwicklung. Reduktion der Lohnsumme durch die Umsetzung der Sparmassnahmen K11, K12, K13, K14, K15, K17, K18 sowie Ü3.
- 303 Arbeitgeberbeiträge**
Siehe Begründung zu Konto 4156.301.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Die Kosten für die Einrichtung von Klassenzimmern am Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarganserland entfallen ab dem Jahr 2014.
- 315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt**
Abschluss der Sanierungsarbeiten am Kaufmännischen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen nach dem Teilumzug der FHS St.Gallen, Hochschule für angewandte Wissenschaften, St.Gallen.
- 316 Mieten, Pachten und Benützungskosten**
Nach Abschluss des Um- und Ausbaus am Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarganserland erhöhen sich aufgrund der Raumerweiterung die Mietkosten ab dem Schuljahr 2013/14.
- 433 Schulgelder, Prüfungs- und Kursgebühren**
Reduktion des Weiterbildungsangebots und somit Rückgang der Kursgebühren am Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen. Die Weiterbildung schliesst ausgeglichen ab.
- 436 Kostenrückerstattungen**
Teilumzug der FHS St.Gallen, Hochschule für angewandte Wissenschaften, St.Gallen aus den Räumlichkeiten des Kaufmännischen Berufs- und Weiterbildungszentrums St.Gallen in den Neubau Bahnhof Nord.
- 481 Entnahme aus Rückstellungen**
Ausgleich der Höheren Berufsbildung am Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen.

90	4205 Mittelschulen	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	301 Besoldungen			
	– Stärkung der Naturwissenschaften gemäss RRB 2010/17	+330'000	0	0
	– Rückgang der Klassenzahlen infolge der demographischen Entwicklung	–465'900	–495'600	–222'400
	– Klassenzusammenlegungen für einzelne Lektionen (Referatesystem)	–250'000	–150'000	0
	– Reduktion der Anzahl Pflichtlektionen . . . Umsetzung Sparpaket II, Massnahme K20.	–525'000	0	0
	– Reduktion der Anzahl Pflichtlektionen . . . Umsetzung Sparpaket II, Massnahme K21.			
	Total	–910'900	–645'600	–222'400
	303 Arbeitgeberbeiträge			
	Siehe Begründung zu Konto 4205.301.			

90	4230	Amtsleitung AHS			
		318 Dienstleistungen und Honorare			
		Wegfall der Massnahme aus dem Regierungsprogramm 2011 bis 2013: Zusammen- arbeit/Trägerschaften der Fachhochschulen.			
91	4231	Universitäre Hochschulen	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
		360 Staatsbeiträge			
		– Universität St.Gallen: Staatsbeitrag brutto Aufstockung von jährlich zwei Professuren sowie Ausbau des dazugehörenden Lehr- körpers zur Verbesserung des Betreuungs- verhältnisses infolge der stark gestiegenen Studierendenzahl. Höhere Infrastruktur- und Verwaltungskosten in der Lehre aufgrund der Aufstockung der Professuren, Dozierenden und Lehraufträge. Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge an die Versiche- rungskasse des Staatspersonals. Spar- paket II und notwendige Zusatzkürzungen.	+1'025'400	+1'909'800	+2'301'700
		– Beiträge aufgrund der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV Anpassung der Beiträge gemäss Inter- kantonaler Universitätsvereinbarung (IUV) an die Teuerung sowie mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen an ausser- kantonalen Universitäten. Wechsel der Abrechnung der Studierenden der Univer- sität Liechtenstein von der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung zur Inter- kantonalen Universitätsvereinbarung.	+3'000'000	+810'000	+490'000
		Total	+4'025'400	+2'719'800	+2'791'700
		460 Beiträge für eigene Rechnung			
		– Bundesbeiträge Höhere Bundesbeiträge gemäss Angaben des Staatssekretariates für Bildung und Forschung sowie Praxisänderung der Zuordnung von eingeworbenen Projekten von der Kategorie Dienstleistungen zur Kategorie Forschung.	+1'000'000	+1'700'000	+1'900'000
		– IUV-Beiträge Ab Herbstsemester 2013 (wirksam erst- mals im Frühjahr 2014): Anpassung der Beiträge der Interkantonalen Universitäts- vereinbarung (IUV) an die Teuerung sowie höhere Studierendenzahlen an der Universität St.Gallen.	+2'290'000	+700'000	+170'000
		Total	+3'290'000	+2'400'000	+2'070'000

91	4232	Fachhochschulen	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
		360 Staatsbeiträge			
		– Staatsbeiträge an Kt. Fachhochschulen	–408'300	–2'032'200	+2'041'500
		Umsetzung der Massnahmen gemäss Sparpaket II sowie notwendige Zusatzkürzungen. Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge an die Versicherungskasse für das Staatspersonal. Jahr 2016: Mehraufwand zufolge der höheren Studierendenzahlen sowie teilweiser Wegfall der vorübergehenden Massnahmen aus dem Sparpaket II (Übergangsmassnahmen).			
		– Ausserkantonale Fachhochschulen	+450'000	+500'000	+600'000
		Mehr Studierende aus dem Kanton St.Gallen an ausserkantonalen Fachhochschulen sowie Anpassung der Tarife gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung (FHV).			
		Total	+41'700	–1'532'200	+2'641'500

5 Finanzdepartement

		Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
93	5050 Personalamt			
	312 Informatik			
	– SAP HR (steigende Lizenzgebühren)	0	+4'000	0
	– Weiterentwicklung SAP HR (neu)	0	+100'000	0
	– Elektronische Lehrlingsbewertung rALS (alle drei Jahre)	0	+300	0
	Total	0	+104'300	0
	436 Kostenrückerstattungen			
	– Wegfall Rückerstattung Investitionskosten Absenzmanagementsystem	–21'800	0	0
	– Tiefere Verwaltungskosten VKStV	–48'100	0	0
	– Tiefere Verwaltungskosten KLVK	–38'000	0	0
	Total	–107'900	0	0
94	5051 Amt für Finanzdienstleistungen	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	312 Informatik			
	– Informatik-Investitionskosten	+560'000	–560'000	0
	– Informatik-Betriebskosten	+16'700	+16'300	0
	Total	+576'700	–543'700	0

Diverse Informatikprojekte im Umfeld der Fachapplikation SAP-ERP (u.a. Kreditoren-Workflow (Archivierung; Phase II), MIS; Upgrade PM1e sowie Erweiterung HIFIPLAN). Abgestufte Kostensteigerung im Bereich der SAP-Lizenzgebühren sowie steigender Verbrauch von Speicherplatz für die kantonale Rechnungswesenarchivierung.

94	5052 Risk Management			
	319 Anderer Sachaufwand			
	Im VA 2013 werden noch hohe Schadenzahlungen aus Spitalhaftpflichtfällen erwartet, was sich im 2014 wieder reduzieren wird. Ab 2014 werden die Schadenzahlungen wieder sukzessive zunehmen, weil ab 2012 die Spitalhaftpflichtfälle selber finanziert und reguliert werden.			
	381 Zuweisung an Rückstellungen			
	Die Spitalhaftpflichtfälle werden von den Spitälern jährlich vorfinanziert, weshalb die Mittel zurückgestellt werden. Sukzessive wird sich die Rücklage verringern, weil sich in der Planperiode auch die Schadenzahlungen einstellen.			
	481 Entnahme aus Rückstellungen			
	Im Voranschlag 2013 wird aufgrund hoher Schadenzahlungen noch mit einer Entnahme gerechnet, wogegen ab 2014 mit Einlagen in die Rückstellungen zu rechnen ist.			

95	5054	Dienst für Informatikplanung	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
		312 Informatik			
		– Informatik-Investitionskosten	+1'042'000	–955'000	–275'000
		Für das Jahr 2014 sind grössere Vorhaben wie der Ausbau des Controlling Werkzeugs SAP-RPM (Fr. 550'000), Erweiterung der ECM Plattform für die Archivierung von elektronisch signierten Dokumenten (Fr. 460'000), Weiterentwicklungen im Bereich Identity und Access Management (Fr. 250'000), weitere Ausbauschritte der kantonalen Register (Fr. 250'000) sowie der Ausbau der Datenaustauschplattform (Fr. 120'000) geplant. Für das Jahr 2015 sind weitere Ausbauschritte der kantonalen Register (Fr. 300'000), Weiterentwicklungen im Bereich Identity und Access Management (Fr. 250'000) sowie Ausbau der Datenaustauschplattform (Fr. 100'000) geplant. Für das Jahr 2016 sind weitere Ausbauschritte im Bereich Identity und Access Management (Fr. 250'000) und Datenaustauschplattform (Fr. 100'000) geplant.			
		– Informatik-Betriebskosten	+434'600	+862'000	–810'000
		Der Weiterausbau der E-Government Plattformen, ECM- und Datenaustausch-Plattform sowie die Einführung von elektronischen Identitäten begründen wesentlich den Anstieg der geplanten Betriebskosten der folgenden Jahre. Für das Jahr 2015 ist ein zwingend notwendiger Release-Wechsel im Bereich CMS (Internet/Intranet) von Fr. 500'000 geplant.			
		Total	+1'476'600	–93'000	–1'085'000
		318 Dienstleistungen und Honorare			
		Projektierungskredit im Jahr 2013 für das geplante Sonderkreditvorhaben «SBI2015» (Strategische Basisinfrastruktur).			
		489 Bevorschussungen			
		Bevorschussung Projektierungskosten «SBI2015» im Jahr 2013, siehe Konto 5054.318.			
95	5056	Amt für Vermögensverwaltung			
		434 Ertrag aus Dienstleistungen und Benützungsgebühren			
		Ab dem Rechnungsjahr 2014 wird mit einem jährlichen Zuwachs des verwalteten Vermögens gerechnet, was zu einem entsprechenden Anstieg der Entschädigung für die Vermögensverwaltung führt.			

5100 Amtsleitung KStAVeränderung
AFP 2014Veränderung
AFP 2015Veränderung
AFP 2016**301 Besoldungen**

Ab 2014 geschätzte jährliche Personaleinsparung aufgrund Sparpaket II (Fr. 220'000 Einführung neue Fachapplikation Quellensteuer; Fr. 330'000 Veranlagungsunterstützung juristische Personen).

312 Informatik

– Informatik-Investitionskosten –3'724'100 +110'000 +800'000

Die Massnahmen aus dem Sparpaket II werden im 2013 gestartet (neue Applikation Quellensteuer, die Ablösung von SN neue Steuern mit dem Projekt eDesk sowie die Veranlagungsunterstützung juristische Personen). Diese belaufen sich insgesamt auf Fr. 3'874'100, wo hingegen im 2014 nur das Projekt «Meldewesen abx-tax» ansteht (Fr. 150'000).

Für das Jahr 2016 sind wieder neue Projekte geplant.

– Informatik-Betriebskosten +1'235'400 +715'400 +157'400

Die neue Fachapplikation Quellensteuer wird im Betrieb gegenüber der alten Lösung aus dem Jahr 1995 rund Fr. 200'000 Mehrkosten verursachen. Zudem wird der Umbau auf eDesk sowie die aufgrund der jährlichen Releases SN neue Steuern steigenden Betriebskosten einen Mehraufwand von rund Fr. 900'000 ergeben.

Total –2'488'700 +825'400 +957'400

318 Dienstleistungen und Honorare

Augrund der geplanten Realisierung des Projektes eDesk (Sparpaket II, Massnahme 4) wird im Jahr 2013 mit einer Einsparung von rund Fr. 153'000 gerechnet.

352 Entschädigungen an Gemeinden

Einsparungen Veranlagungsentschädigungen an Gemeindesteuerämter aufgrund Einführung eDesk-Veranlagungsunterstützung (Sparpaket II, Massnahme 4 – 2014: 10%, folgende Jahre 15%). Es wird weiterhin mit einer leichten Zunahme der Anzahl Steuerpflichtigen gerechnet, was dann wieder zu Mehraufwänden führt.

5105 Kantonale Steuern**318 Dienstleistungen und Honorare**

Die Bezugsprovisionen der Quellensteuer widerspiegeln die Entwicklung des Quellensteuerertrages. Die Bezugsprovision beträgt nicht genau 3% des Bruttoertrages, da verschiedene Faktoren wie ergänzende ordentliche Veranlagungen, Ermessensveranlagungen und Netto-Zuweisungen aus anderen Kantonen zu Abweichungen führen.

340 Ertragsanteile des Bundes

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.

341 Ertragsanteile der Kantone

Die Ertragsanteile der Kantone aus den Quellensteuern ergeben sich aufgrund interkantonalen Verrechnungen. Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider.

5105 Kantonale Steuern (Fortsetzung)

	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
342 Ertragsanteile der Gemeinden			
– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	+4'000'000	+10'400'000	+11'100'000
– aus Quellensteuern	+3'100'000	+4'200'000	+4'400'000
– aus Grundstückgewinnsteuern	+1'740'000	+1'400'000	+1'300'000
Total	+8'840'000	+16'000'000	+16'800'000

Die Anteile ergeben sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Total erhöhen sich die Ertragsanteile der Gemeinden gemäss Finanzplan 2014 gegenüber dem Voranschlag 2013 um 8.9 Mio. Franken. Zwischen dem Finanzplan 2014 und dem Finanzplan 2015 beträgt die Erhöhung 16.0 Mio. Franken; zwischen dem Finanzplan 2015 und dem Finanzplan 2016 ergibt sich eine Erhöhung von 16.8 Mio. Franken.

344 Ertragsanteile Dritter

– aus Gewinn- und Kapitalsteuern	+700'000	+1'800'000	+1'900'000
– aus Quellensteuern	+220'000	+300'000	+100'000
Total	+920'000	+2'100'000	+2'000'000

Die Ertragsanteile Dritter beinhalten jenen Anteil an den Gewinn- und Kapitalsteuern, der an die mit hohen Steuern belasteten Kirchgemeinden fällt (22.5 Prozent der festen Zuschläge von 220 Prozent der einfachen Steuer) sowie den Fiskalausgleich an Österreich von 12.5 Prozent des Steueraufkommens von österreichischen Grenzgängern in privatrechtlichem Arbeitsverhältnis.

Die Veränderungen spiegeln die Entwicklung des Steuerertrages wider. Insgesamt erhöhen sich die Ertragsanteile Dritter im Finanzplan 2014 gegenüber dem Voranschlag 2013 um 0.9 Mio. Franken. Zwischen dem Finanzplan 2014 und dem Finanzplan 2015 erhöhen sich die Ertragsanteile um 2.1 Mio. Franken; zwischen dem Finanzplan 2015 und dem Finanzplan 2016 ergibt sich eine Erhöhung von 2.0 Mio. Franken.

400 Einkommens- und Vermögenssteuern

– Sollbetrag Jahressteuern	+17'690'000	+45'110'000	+29'750'000
– Sollbetrag Nachzahlungen	+2'710'000	+2'590'000	+1'650'000
Total	+20'400'000	+47'700'000	+31'400'000

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2012 sowie der angenommenen Einkommens- und Vermögensveränderungen wird für den Finanzplan 2014 mit einem gleichbleibenden Einkommenszuwachs wie im Voranschlag 2013 von 1.25 Prozent (progressionsbereinigt 2.0 Prozent) und mit einem Vermögenszuwachs von 2.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich gegenüber dem Voranschlag 2013 um 2.7 Mio. Franken. Für den Finanzplan 2015 und 2016 wird mit einem Einkommenszuwachs gegenüber dem Vorjahr von je 2.0 Prozent (progressionsbereinigt 3.0 Prozent) und mit einem Vermögenszuwachs von je 2.0 Prozent gerechnet. Die Nachzahlungen erhöhen sich im Finanzplan 2015 um 2.6 Mio. Franken; im Finanzplan 2016 um 1.7 Mio. Franken. Zusätzlich wird im Finanzplan 2015 und 2016 mit Mehreinnahmen von je 16 Mio. Franken aufgrund der geplanten Begrenzung des Pendlerabzugs sowie aufgrund der höheren Besteuerung bei den Pauschalbesteuerten gerechnet. Diese Finanzplanwerte basieren auf einem Kantonssteuerfuss von 115 Prozent.

96	5105 Kantonale Steuern (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	401 Gewinn- und Kapitalsteuern			
	– Sollbetrag Kantonssteuern	+13'900'000	+9'200'000	+9'800'000
	– Steuerzuschlag Kantonssteuern	+6'700'000	+17'500'000	+18'800'000
	Total	+20'600'000	+26'700'000	+28'600'000

Aufgrund der mutmasslichen Rechnung 2012 sowie der angenommenen Gewinnveränderungen wird für den Finanzplan 2014 mit einem Gewinnzuwachs von 3.0 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2013 gerechnet. Für den Finanzplan 2015 und 2016 wird mit einer Gewinnzunahme gegenüber dem Vorjahr von je 7.5 Prozent gerechnet. Diese Finanzplanwerte basieren auf einem Kantonssteuerfuss von 115 Prozent.

402 Quellensteuern

Beim Quellensteuer-Ertrag auf Erwerbseinkünften von natürlichen Personen mit steuerrechtlichem Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz wird gemäss mutmasslicher Rechnung 2012 für den Finanzplan 2014 mit einer Erhöhung gegenüber dem Vorschlag 2013 um 3.0 Prozent gerechnet. Für den Finanzplan 2015 und 2016 wird mit einem Zuwachs von je 4.0 Prozent gerechnet.

403 Grundstückgewinnsteuern

– Sollbetrag Kantonssteuern	+3'400'000	+1'300'000	+1'300'000
– Steuerzuschlag Kantonssteuern	+3'100'000	+2'400'000	+2'500'000
Total	+6'500'000	+3'700'000	+3'800'000

Die Immobilien- und Baubranche im Kanton St.Gallen befindet sich nach wie vor in einer positiven Entwicklung. Für den Finanzplan 2014 wird deshalb mit einem Wachstum von 4.0 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2013 gerechnet. Für den Finanzplan 2015 und 2016 wird mit einem Zuwachs von je 3.0 Prozent gerechnet.

96 **5106 Bundessteuern**

440 Anteile an Bundeseinnahmen

Die zu erwartenden Anteile an der direkten Bundessteuer basieren auf kantonsinternen Berechnungen sowie bezüglich Zuwachsprognosen auf den Schätzungen der Eidg. Steuerverwaltung. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes kann im Finanzplan 2014 mit einem Mehrertrag von 2.8 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2013 gerechnet werden. Im Finanzplan 2015 wird mit einem Mehrertrag von 5.6 Mio. Franken gegenüber dem Finanzplan 2014 gerechnet; im Finanzplan 2016 nochmals mit einem Mehrertrag von 6.0 Mio. Franken gegenüber dem Finanzplan 2015.

97 **5500 Vermögenserträge**

420 Vermögenserträge aus Post und Banken

Aufgrund der sinkenden Liquidität müssen alle Bankkonti mit Sonderkonditionen im Laufe des Jahres 2013 saldiert werden.

421 Vermögenserträge aus Guthaben

Es wird mit leicht steigenden Zinsen gerechnet. Ebenfalls wird davon ausgegangen, dass das zusätzliche Fremdkapital kurzfristig zu einem höheren Zinsertrag führen wird.

422 Vermögenserträge aus Anlagen des Finanzvermögens

Sinkende Zinserträge auf Anlagen infolge Rückzahlung bei Verfall.

425 Vermögenserträge aus Darlehen des Verwaltungsvermögens

Steigende Zinserträge auf Darlehen an Behinderteneinrichtungen.

97 **5501 Passivzinsen**
322 Zins auf mittel- und langfristigen Schulden
 Aufgrund des bevorstehenden Investitionsbedarfs sowie der geplanten Ausfinanzierung der beiden Versicherungskassen muss das notwendige Fremdkapital beschafft werden, was zu einem entsprechenden Anstieg der Passivzinsen führt.

97	5505 Abschreibungen	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen			
	Kantonsstrassen	+1'122'500	+19'000'000	+17'500'000
	Hochbauten			
	– 2004–2013 Anstalt Bitzi, Umbau in Massnahmenanstalt	–181'200	0	0
	– 2005–2014 Universität St.Gallen, Erweiterung WBZ Holzweid	–257'700	–887'400	0
	– 2006–2015 Spital Linth, Erneuerung und Sanierung	0	–193'600	–3'568'900
	– 2006–2015 Universität St.Gallen, Sanierung und Erweiterung	0	–4'100	–7'849'800
	– 2009–2013 Kantonsspital St.Gallen, Haus 57, Sanierung und Umnutzung	–1'660'000	0	0
	– 2009–2013 Spital Walenstadt, Erweiterung Notfallstation	–314'400	0	0
	– 2010–2014 PHSG, Umbau und Erweiterung Mensa Gossau	0	–870'000	0
	– 2015–2024 Fischereizentrum Steinach, Neubau	0	+1'280'000	0
	– 2015–2024 Psych. Klinik Pfäfers, Sanierung Klostergebäude	0	+1'600'000	0
	– 2015–2024 Davidstrasse 31 St.Gallen, Erwerb	0	+2'500'000	0
	– 2016–2020 Psych. Klinik Wil, Teilsanierung Haus A01	0	0	+1'200'000
	– 2016–2020 Lämmli brunnenstrasse 54 St.Gallen, Innensanierung	0	0	+1'000'000
	– 2016–2020 Polizeiposten Wil, Erwerb und Neubau	0	0	+1'200'000
	– 2016–2025 Klanghaus Toggenburg, Neubau	0	0	+2'800'000
	– 2016–2025 Landw. Zentrum Salez, Umbau und Erweiterung	0	0	+3'000'000
	– 2016–2040 Kantonsspital St.Gallen, Umbau und Erweiterung Haus 02	0	0	+400'000
	– 2016–2040 Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil, Erneuerung und Erweiterung 1. Teilkredit	0	0	+4'000'000
	– 2016–2040 Kantonsspital St.Gallen, Haus 07A, Neubau 1. Teilkredit	0	0	+5'800'000
	Technische Einrichtungen			
	– 2007–2016 Kantonale Notrufzentrale, Ersatz Einsatzleitsystem	0	–659'200	–288'200
	– 2014–2018 E-Government 2013–2017 ..	+1'000'000	0	0
	– 2014–2018 EDUC, Sek. II	+700'000	0	0
	– 2015–2019 KAPOgoesMobile	0	+900'000	0
	– 2016–2021 SBI 2015	0	0	+2'500'000

5505 Abschreibungen (Fortsetzung)**331 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)****Investitionsbeiträge**

	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
– 2005–2014 Polysportives Zentrum Ostschweiz St.Gallen	+185'000	–1'385'000	0
– 2010–2014 Südostbahn, techn. Verbesserungen 2009	0	–1'084'900	0
– 2011–2015 Südostbahn, techn. Verbesserungen 2010	0	–100	–1'569'300
– 2012–2016 Südostbahn, techn. Verbesserungen 2011	0	0	–100
– 2012–2016 S-Bahn Zürich, 4. Teilergänzung	0	0	–200
– 2014–2018 Bahnhofplatz St.Gallen, Bushof	+1'000'000	0	0
– 2014–2018 Sprachheilschule St.Gallen . .	+1'303'400	0	0
– 2014–2018 Appenzellerbahnen, Durchmesserlinie	+865'200	0	0
– 2015–2019 HPV Gossau-Untertoggenburg-Wil, Erweiterung Schule und Neubau Internat	0	+1'800'000	0
– 2015–2019 Südostbahn, techn. Verbesserungen 2013	0	+1'746'700	0
– 2015–2019 Sporthalle und Parkgarage Kreuzbleiche, Teilsanierung	0	+1'000'000	0
– 2015–2024 Kantonsschule Sargans, Ausbau und Sanierung	0	+5'000'000	0
– 2016–2020 Südostbahn, techn. Verbesserungen 2014	0	0	+1'800'000
– 2016–2020 AP Ost, 1. Teilergänzung 2015–18, 1. Etappe	0	0	+1'800'000
– 2016–2025 Kunstmuseum St.Gallen, Um- und Neubau	0	0	+1'300'000
– 2016–2025 Geriatriische Klinik St.Gallen, Erneuerung	0	0	+2'000'000

– Finanzierungen

– Ausfinanzierung St.Galler Pensionskasse	+10'000'000	0	0
---	-------------	---	---

Total	+13'762'800	+29'742'400	+33'023'500
------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

5509 Verschiedene Aufwendungen und Erträge**312 Informatik**

	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
– Informatik-Investitionskosten	–453'600	+3'178'900	+70'700
– Informatik-Betriebskosten	0	–1'000'000	0
Total	–453'600	+2'178'900	+70'700

Im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2014–2016 sind die einzelnen Informatik-Investitionsvorhaben in den entsprechenden Ämtern, Abteilungen und Anstalten erfasst. Für das Jahr 2014 überschreitet diese Detailplanung den jährlichen Plafonds (rund 10.5 Mio. Franken) für neue Informatikvorhaben um rund 453'600 Franken. Aus diesem Grund wurde zentral eine entsprechende Pauschalreduktion erfasst. In den Jahren 2015 und 2016 musste gegenüber dem Vorjahr ebenfalls eine pauschale Anhebung auf die Höhe des Plafonds von 2.7 Mio. Franken bzw. 2.8 Mio. Franken erfasst werden. Im Bereich der Informatik-Betriebskosten wird davon ausgegangen, dass in Zukunft durch das verwaltungsintern laufende Projekt «Kostenentlastung im Bereich Informatik» die Kosten weiter reduziert werden können. Aus diesen Gründen wurde zentral eine entsprechende Pauschalkürzung von 0.5 Mio. Franken im 2014, 1.5 Mio. Franken im 2015 sowie 1.5 Mio. Franken im 2016 erfasst.

440 Anteile an Bundeseinnahmen

Gemäss Schätzung der Eidg. Steuerverwaltung werden die Kantonsanteile an der Verrechnungssteuer sowie der EU-Zinsbesteuerung jährlich leicht ansteigen.

447 Finanz- und Lastenausgleich

Aufgrund der allgemeinen Schätzung der FKF wird für den Kanton St.Gallen mit einem leichten Anstieg des Anteils am NFA im Bereich des Ressourcenausgleichs gerechnet.

488 Entnahme aus Eigenkapital

Im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans wird jeweils keine Entnahme aus dem freien Eigenkapital geplant. Im Rechnungsjahr 2014 fällt der Vorbezug der einen Jahrestanche von 30.6 Mio. Franken aus dem besonderen Eigenkapital weg. Es ist vorgesehen, jährlich einen Betrag von 25.6 Mio. Franken aus dem besonderen Eigenkapital zu beziehen. 5 Mio. Franken sollen jeweils für Gemeindevereinigungen aus dem besonderen Eigenkapital über Nachtragskredite finanziert werden.

5600 Allgemeiner Personalaufwand**308 Pauschale Besoldungskorrekturen**

	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
– Stufenanstieg	+739'600	+739'600	+739'600
– Beförderungsquote	+2'537'700	+2'537'700	+2'537'700
Total	+3'277'300	+3'277'300	+3'277'300

Der Stufenanstieg führt zu einem jährlichen, kumulativen Wachstum von 0.7 Mio. Franken. Das Gleiche gilt für den jährlichen Zuwachs der Beförderungsquote um 2.5 Mio. Franken. Die beiden übrigen zentral budgetierten Sachverhalte «Kosten neues Personalrecht» 2.6 Mio. Franken sowie «Kürzung Personalaufwand um 1%» 6.9 Mio. Franken werden in den Jahren 2014 bis 2016 fortgeschrieben.

6 Baudepartement

99	6000 Generalsekretariat BD 301 Besoldungen 2013: Halbierung der a.o. Leistungsprämie gemäss Vorgabe des Sparpakets II. 312 Informatik Informatik Investitionskosten: Ab 2014 Prozess- und Statistikintegration von Änderungen am Baubewilligungsverfahren. Informatik Betriebskosten: Support (Adaption Baugesuchsformular).			
100	6050 Amt für Raumentwicklung und Geoinformation 312 Informatik Die Umsetzung des Projekts GeoGov-Bus wurde auf 2014 verschoben. Ab 2015 sind entsprechende Betriebskosten eingestellt. 318 Dienstleistungen und Honorare 2014: GIS-Datenerhebung: Erneuerung Orthophoto. 460 Beiträge für eigene Rechnung VA 2013: Bundesbeiträge an die amtliche Vermessung gemäss Programmvereinbarung 2008–2011 bzw. 2012–2015; Projekt Periodische Nachführung PNF 2011–2012: Periode der Auszahlung bestimmt der Bund.			
101	6100 Amtsleitung HBA 301 Besoldungen Im Voranschlag 2013 sind für die Umsetzung der Sparmassnahme K40 «Energiemanagement und Betriebsoptimierung» bereits vier Projektmanager-Stellen enthalten, wobei keine ganzjährigen Beschäftigungsverhältnisse geplant wurden. Ab 2014 sind diese Stellen zusammen mit zwei weiteren für die Massnahme notwendigen Projektmanager-Stellen auf 12-Monats-Basis berücksichtigt. 312 Informatik Software-Beschaffung für das Projekt Immobiliencontrolling. 318 Dienstleistungen und Honorare – Projektierungskosten +3'200'000 –7'600'000 0 Ab 2015: Einstellung eines Pauschalbetrags von 20 Mio. Franken, um periodische Schwankungen innerhalb der Kostenart aufgrund von Änderungen des Investitionsprogramms auszugleichen. – Aufträge an Dritte –11'000 –219'000 0 Total +3'189'000 –7'819'000 0 489 Bevorschussungen Aktivierung Bevorschussung Projektierungskosten. Siehe Begründung Konto 6100.318.	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016

		Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016	
101	6105	Verwaltung der Staatsliegenschaften			
	313	Verbrauchsmaterialien			
		Zentrale Berücksichtigung der Pauschalsparbeträge von Fr. 1'270'000 (2014) / 1'670'000 (ab 2015) gemäss Sparmassnahme K40 «Aufbau Energiemanagement und Betriebsoptimierung» aus dem Sparpaket II. Tatsächlich fallen die Minderaufwände bei den Energiekosten dezentral in den Nutzerdepartementen an. Das Baudepartement wird der Regierung über die im gesamten Kanton jährlich eingesparten Energiekosten umfassend Bericht erstatten. Das pauschale Einstellen des Minderaufwands in Konto 6105.313 führt in der Rechnung jeweils zwingend zu einer entsprechenden Budgetüberschreitung im Baudepartement.			
	316	Mieten, Pachten und Benützungskosten			
		Ab 2015: Zentrale Berücksichtigung der Querschnittsmassnahme Q5 Immobilienmanagement (Mietflächenreduktion durch Flächenstandards) aus dem Sparpaket II.			
	318	Dienstleistungen und Honorare			
		Einmaliger Aufwand 2013 für Konzept «Verdichtungsmassnahmen zur Reduktion des Mietzinses». Kostenfolge von Massnahme 6.05 der Strategie-/Verzichtsplanung.			
	424	Gewinne auf Anlagen des Finanzvermögens			
		Es wird mit geringeren Erträgen aus dem Verkauf von Liegenschaften/Grundstücken gerechnet.			
	427	Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens			
		–	–	+	
		Nutzungsentschädigung Hochschulen . . .	–350'300	–158'200	+214'700
		–	–	+	
		Nutzungsentschädigung Fachhochschulen	–382'200	–172'600	+234'200
		–	–	+	
		Nutzungsentschädigung Spitalbauten . . .	–2'367'900	+1'525'000	+2'723'500
		–	–	+	
		Nutzungsentschädigung Psychiatriebauten	–1'061'000	+530'500	+947'400
		–	–	+	
		Nutzungsentschädigung Laborbauten . . .	–28'600	+14'300	+25'600
		–	–	+	
		Miet-/Pachtzinsen	–72'000	0	0
		Total	–4'262'000	+1'739'000	+4'145'400
		Nutzungsentschädigungen variieren vor allem infolge Zinsschwankungen.			
101	6106	Bauten und Renovationen			
	314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt			
		Anpassung auf 30 Mio. Franken gemäss Strategie- / Verzichtsplanung der Regierung, Massnahme 6.06.			
	460	Beiträge für eigene Rechnung			
		Sonderfall 2013: Bundesbeitrag für Bauten und Renovationen Projekt.			
102	6153	Kantonsstrassen			
	311	Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge			
		Zusätzliche Sparvorgabe 2013 für die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten. Der Finanzplan entspricht der Mehrjahresplanung.			
	314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt			
		Ausserordentlicher Sanierungsaufwand 2013 beim baulichen Unterhalt Hochbauten. Mehrjahresplanung für die dringenden Strassensanierungen gemäss aktueller Zustandserfassung der Kantonsstrassen.			
	318	Dienstleistungen und Honorare			
		Mehraufwand 2013 beim Perimeter an einer Bachsanierung. Minderaufwand für Recycling von Strassenbelägen.			

- 103 **6154 Nationalstrassen**
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
Der Aufwand variiert je nach Auftragsvolumen des Bundesamtes für Strassen ASTRA. Die Kosten werden vom ASTRA in Konto 6154.450 rückerstattet.
- 450 Rückerstattungen des Bundes**
Minderertrag aus Rückerstattungen des Bundesamtes für Strassen ASTRA für Einzelmassnahmen ausserhalb der Leistungsvereinbarung.
- 104 **6156 Gewässer**
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
Mehrjahresplanung der Projektierungs- und Baukosten für den Ausbau von Kantons-
gewässern gemäss neuem Wasserbaugesetz.
- 315 Dienstleistungen Dritter für anderen Unterhalt**
Mehraufwand für den Unterhalt Kantonsgewässer gemäss neuem Wasserbaugesetz.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Minderaufwand gemäss Sparpaket II für Ingenieur- und Beratungshonorare bei den
Projekten Revitalisierungsplan und Gewässerschutzgesetz 2011.
- 360 Staatsbeiträge**
Die erhöhten Beitragszusicherungen an Gemeinden für Wasserbauprojekte stehen im
Zusammenhang mit zusätzlichen Bundesbeiträgen in Konto 6156.460. Nachdem das
Projekt Hochwasserschutz Linth 2000 abgeschlossen ist, werden ab 2014 wieder
Beiträge an die Unterhaltskosten der Linth gemäss Linthgesetz geplant.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Aufgrund der neuen Projekte für den Ausbau an Kantonsgewässern steigen die dies-
bezüglichen Bundes- und Gemeindebeiträge (vgl. Konto 6156.360).
- 104 **6159 Steinbruch Starckenbach**
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
Geplante Investitionen für die Teilautomatisierung von Produktionsanlagen.
- 481 Entnahme aus Rückstellungen**
Ausgleich des Ergebnisses gemäss RRB 2005/254.
- 105 **6200 Amt für Umwelt und Energie**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Der Finanzbedarf für Geräte und Fahrzeuge im Labor, bei Luftmessungen (OSTLUFT)
und in der Hydrometrie richtet sich nach dem mehrjährigen Investitionsplan des AFU
und dem Hydrometrikonzept 2009.
Im Jahr 2015 ist die Umrüstung des Boden-Messnetzes auf digitalen Betrieb geplant.
Für Immissionsmessungen wird eine Multimessstation angeschafft.
- 312 Informatik**
Die Datenbank «MeDat» (Messdaten von Anlagen und Messstationen) hat strategische
Bedeutung im AFU und ist seit dem Jahr 2004 in Betrieb. Die notwendige Erneuerung
wurde bereits verschoben und ist nun in den Jahren 2014–2016 geplant.
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
Die Thermalwasserleitung zur Nutzung von Quellwasser durch die Grand Resort Bad
Ragaz AG muss in den Jahren 2014–2016 erneuert werden. Die Wasserrechtskonzes-
sion verpflichtet den Kanton, sich zur Hälfte am baulichen Unterhalt zu beteiligen. Die
Hauptkosten fallen voraussichtlich im Jahr 2015 an.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Aufwandreduktion aufgrund Sparmassnahmen gemäss Sparpaket II.
- 342 Ertragsanteile der Gemeinden**
Mehraufwand aus der Erhöhung des Wasserzinses für Wasserkraftanlagen ab 2015.

105	6200	Amt für Umwelt und Energie (Fortsetzung)	Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
	360	Staatsbeiträge			
		– Abwasseranlagen:	–263'000	0	0
		Geringerer Aufwand infolge Abschluss von Bundesbeitragszahlungen an Abwasseranlagen im Jahr 2014.			
		– Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Energiewende – St.Gallen kann es!» (Vorhaben von grosser finanzieller Tragweite):	+3'300'000	0	0
		Ein Beitrag zur Stärkung des Standorts Kanton St.Gallen und zur Energiewende.			
		– Staatsbeiträge an gemischte Unternehmen: Leistungsaufträge an die Energieagentur St.Gallen GmbH: ab 2015 Ausbau EnergyGIS, One-Stop-Shop	+11'000	+111'000	+12'000
		– Staatsbeiträge an private Haushalte:	+3'700	+86'300	0
		Energieförderung, Beiträge an Pilot- und Demonstrationsanlagen			
		Total	+3'051'700	+197'300	+12'000
	412	Konzessionen			
		Mehrerträge aus der Erhöhung des Wasserzinses für Wasserkraftanlagen ab 2015.			
	450	Rückerstattungen des Bundes			
		Abschluss der durch den Bund teilfinanzierten Planarbeiten zur Revision Gewässer- schutzgesetz 2011.			

7 Sicherheits- und Justizdepartement

- 106 **7000 Generalsekretariat SJD**
- 312 Informatik**
Weiterführung Massnahme Nr. Q4 aus dem Sparpaket II. Im 2016 ist die Einführung eines Major-Releases der Geschäftsverwaltung JURIS der Organe der Rechtspflege (OdR) geplant.
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Im 2014 ist ein Vorprojekt für die Vorbereitung eines Major-Releases der Geschäftsverwaltung JURIS der OdR geplant.
- 106 **7150 Migrationswesen**
- 312 Informatik**
Im Jahr 2014 sind folgende Projekte geplant: Erweiterung des Arbeitgebermoduls beim Online-Schalter, Prozessintegration und elektronischer Dokumentenaustausch mit der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft, Prozessintegration mit den Gemeinden bei der Asylkoordination sowie Prozessunterstützung für die Kreditorenbelege.
Im Jahr 2015 ist das Projekt «Datenhaltung und Langzeitarchivierung für Ausländerdossiers» und im Jahr 2016 das Projekt «Prozessintegration und elektronischer Dokumentenaustausch mit den Gerichten» geplant.
- 107 **7151 Asylwesen**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
2015 Ersatz zweier Fahrzeuge in den Asylzentren.
- 312 Informatik**
Im Jahr 2015 ist das Projekt «Prozessintegration der Zentren» geplant.
- 107 **7152 Ausweisstelle**
- 312 Informatik**
Im Jahr 2014 ist das Bundesprojekt «ID-Antrag Scanning» in den Gemeinden vorgesehen. Dies führt zu Anpassungen bei Komponenten des Kantons. In den Jahren 2014 und 2015 werden die Biometrieerfassungsstationen ersetzt. In den Jahren 2015 und 2016 wird aufgrund von Vorgaben des Bundes die neue ID- und Passlösung umgesetzt.
- 108 **7200 Amt für Justizvollzug**
- 301 Besoldungen**
2014 zwei zusätzliche Stellen, durch Kostgelder refinanziert, für die Betreuung des Wohn- und Arbeitsexternats im Massnahmenzentrum Bitzi.
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Ersatzanschaffungen verschiedener Maschinen, Fahrzeuge und technischer Geräte vor allem in den Gewerbe- und Landwirtschaftsbetrieben der Anstalten.
- 435 Verkaufserlöse**
Mehrertrag aufgrund der höheren Auslastung.
- 108 **7250 Kantonspolizei**
- 301 Besoldungen**
Laufende Übernahme der neu ausgebildeten Polizeischüler. Anpassung der Inkonvenienzen an Rechnung 2011.
- 303 Arbeitgeberbeiträge**
Begründung wie in Konto 7250.301.
- 306 Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen**
Rückgang im 2014 infolge einmaliger Neuausrüstungen im Vorjahr. Im 2016 werden die zehnjährigen Unterzugwesten ersetzt.

- 108 **7250** **Kantonspolizei (Fortsetzung)**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
 Generell: Ersatz bestehender Geräte und Fahrzeuge gemäss Fahrzeugkonzept und Altersstruktur. Neu- und Ersatzanschaffungen verschiedener technischer Geräte der Verkehrspolizei zur Erfüllung der Aufgaben im Bereich Schwer- und ruhender Verkehr sowie bei der Geschwindigkeitsüberwachung.
- 312 Informatik**
 Laufende Harmonisierung der Polizeiinformatik im Bereich Fachapplikationen (Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen). Ersatz der Infrastruktur für das Einsatzleitsystem (ELIS) im 2014. Ausbau Datenmanagement und Ersatz von Systemen der Digitalen Forensik im 2015. Ersatz des KAPO-Personalinformationssystems (ohne Löhne).
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
 Weiterführung Massnahme Nr. Q7 aus dem Sparpaket II.
- 351 Entschädigungen an Kantone**
 Beiträge an die Polizeischule Ostschweiz.
- 352 Entschädigungen an Gemeinden**
 Massnahme Nr. 43 des Sparpakets I: Ab 2014 Reduktion der Entschädigung an die Stadt St.Gallen für die Übertragung polizeilicher Aufgaben.
- 451 Rückerstattungen der Kantone**
 Mehreinnahmen für den Betrieb von POLYCOM für Appenzell Inner- und Ausserrhoden.
- 452 Rückerstattungen der Gemeinden**
 Mehreinnahmen für den Betrieb von POLYCOM v.a. für die Stadt St.Gallen und die St.Galler Feuerwehren.
- 109 **7300** **Strassenverkehr**
- 312 Informatik**
 Einführung eines Online-Schalters im 2014. E-Government-Vorhaben für Massengeschäfte im 2015 und im 2016 für Privatpersonen.
- 314 Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt**
 Projektierungskosten für eine neue Prüfstelle Oberbüren im 2014.
- 431 Gebühren für Amtshandlungen**
 Mehreinnahmen aufgrund der Zunahme der Geschäftsfälle.
- 110 **7301** **Schifffahrt**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
 Im 2015 Revision der Rettungsboote für den Zürich- und Walensee sowie Ersatz des Weidlings für den Linthkanal. Im 2016 Ersatz des Polizeiboots für den Walensee.
- 312 Informatik**
 Im 2015 gesamtschweizerische Einführung des neuen Schiffsführerausweises im Kreditkartenformat. Im 2016 Einführung der computerunterstützten Schiffsabnahme.
- 110 **7309** **Strassenfonds (SF)**
- 382 Zuweisung an Spezialfinanzierungen**
 Im Vorjahr wurde hier der Überschuss des Strassenfonds ausgeglichen.
- 406 Besitz- und Aufwandsteuern**
 Voraussichtliche Zunahme des Fahrzeugbestandes mit entsprechenden Mehreinnahmen.
- 440 Anteile an Bundeseinnahmen**
 Bundesbeiträge an der LSVA gemäss Angaben der Oberzolldirektion.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
 Anteil des Kantons St.Gallen am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil.
- 482 Entnahme aus Spezialfinanzierungen**
 Ausgleich der Unterdeckung des Strassenfonds.

- 111 **7352 Staatsanwaltschaft**
- 312 Informatik**
2014: Die Nutzung der Anwendungen i2-Analyssetool und Scanning soll auf zwei weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden (1. Etappe). Bisher war damit nur die Gruppe Wirtschaftsdelikte beim kantonalen Untersuchungsamt ausgerüstet.
2015: Einführung eines Workflow für die Applikation JURIS, welcher die Prozesse unterstützt und soweit möglich automatisiert.
2016: Die Nutzung der Anwendungen i2-Analyssetool und Scanning soll auf zwei weitere Untersuchungsämter ausgedehnt werden (2. Etappe).
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Zunahme der Fälle mit amtlicher Verteidigung und entsprechende Mehrausgaben für Anwaltshonorare gemäss der ab 2011 geltenden gesetzlichen Regelung von Art. 132 ff. Schweiz. Strafprozessordnung (demgegenüber Mehrertrag für Rückerstattungen, siehe Konto 7352.436); Mehraufwand für den Straf- und Massnahmenvollzug bei Jugendlichen infolge höherer Kosten für stationäre Massnahmen (Unterbringungen) aufgrund des kontinuierlichen Anstiegs der Tarife (Stunden- bzw. Tagessätze) sowie Zunahme der ambulanten Massnahmen.
- 330 Abschreibungen auf Finanzvermögen**
In den letzten Jahren deutlicher Anstieg der in Rechnung gestellten Forderungen aus abgeschlossenen Strafverfahren der Staatsanwaltschaft und der Gerichte mit entsprechend anteilmässiger Erhöhung des Abschreibungsaufwandes infolge Uneinbringlichkeit; Zunahme der Rückforderungen aus amtlicher Verteidigung (Ertrag siehe Konto 7352.436) mit entsprechender Erhöhung des Abschreibungsaufwandes; vermehrt Fälle, bei denen die Kosten der amtlichen Verteidigung abgeschrieben werden müssen, da eine Rückforderung aufgrund der finanziellen Verhältnisse der Schuldner aussichtslos ist; vermehrt Abschreibungsfälle aufgrund mehrjähriger Freiheitsstrafen, Ausschaffung bzw. ausländischem Wohnsitz.
- 436 Kostenrückerstattungen**
Höhere Rückerstattungen für amtliche Verteidigungen aufgrund des höheren Aufwandes (siehe Konto 7352.318).
- 111 **7400 Amt für Militär und Zivilschutz**
- 360 Staatsbeiträge**
Ersatzbeiträge für Schutzraumbauten, welche ab 2012 an den Kanton fliessen (Vereinbarung weiterhin durch die Gemeinden). Die Beiträge sind zweckgebunden und werden auf entsprechende Gesuche hin den Gemeinden wieder zur Verfügung gestellt. Ein so entstehender Saldo wird am Jahresende jeweils erfolgsneutral verbucht (Konto 7400.380/460).
- 380 Zuweisung an Sondervermögen**
Ausgleich des Überschusses für Ersatzbeiträge für Schutzraumbauten. Gegenkonto in Konto 7400.430 (Ersatzabgaben).

8 Gesundheitsdepartement

		Veränderung AFP 2014	Veränderung AFP 2015	Veränderung AFP 2016
113	8000 Generalsekretariat GD			
	312 Informatik			
	Das Projekt Modellregion e-Health-Service-Plattform war auf 3 Jahre beschränkt und läuft Ende 2014 aus.			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	– Projekte zur Verbesserung der Pflegequalität: Wiederaufnahme im 2014 nach Streichung 2013	+100'000	0	0
	– Fürsorgerischer Freiheitsentzug (FFE): Die Fälle nehme jährlich leicht zu	+10'000	0	0
	– Mehraufwand für die Durchführung der wiederkehrenden Messung der Mitarbeiter zufriedenheit	+50'000	0	0
	Total	+160'000	0	0
114	8050 Amt für Gesundheitsvorsorge			
	318 Dienstleistungen und Honorare			
	Mehraufwand infolge Durchführung des alle 3 Jahre stattfindenden freelance-Award. Ein zusätzlicher Mehraufwand ergibt sich in verschiedenen Projekten, deren Kosten jedoch vollumfänglich rückerstattet werden.			
114	8120 Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen			
	312 Informatik			
	Die Fusion des Veterinäramtes mit dem kantonalen Amt für Lebensmittelkontrolle zum heutigen Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen im Jahr 2008 hat dazu geführt, dass verschiedenste – untereinander nicht kompatible – Datenbanken/Programme benutzt werden müssen. Ein automatischer Datenaustausch mit dem Bund und den Partnerkantonen kann so nicht erreicht werden. Unter den aktuellen Gegebenheiten sind die verschiedenen Schnittstellen zwischen den zahlreichen Applikationen nicht automatisierbar und dieselben Daten müssen manuell mit grossem Zeit- sowie Personalaufwand in den verschiedenen Systemen gepflegt und abgeglichen werden. Zudem sind die bestehenden Programme LISA und GEKO veraltet, sodass die Unterstützung des Programmbetreibers in Zukunft nicht mehr gewährleistet ist. Die Ablösung dieser Systeme sowie die Einführung eines Programmumfeldes, welches den Anforderungen des vielfältig ausgerichteten Amtes entspricht, führen zu einem Mehraufwand.			
115	8221 Heimstätten Wil			
	301 Besoldungen			
	Mehraufwand im Jahr 2014 durch Aufbau von fünf Arbeitsplätzen sowie zehn Plätzen in der Tagesstätte der Geschützten Werkstätte. Im Jahr 2015 Mehraufwand durch einen zusätzlichen Aufbau von fünf weiteren Arbeitsplätzen und vier Plätzen in der Tagesstätte der Geschützten Werkstätte sowie einem Aufbau von sechs Plätzen für eine externe Wohngruppe im Wohnheim für psychisch Behinderte.			

- 115 **8221 Heimstätten Wil (Fortsetzung)**
- 311 Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge**
Einmaliger Mehraufwand im Jahr 2014 durch den Aufbau von fünf Arbeitsplätzen und den Aufbau von zehn Plätzen in der Tagesstätte der Geschützten Werkstätte sowie für die Platzverschiebung um vier Plätze für die Aussenwohngruppe im Wohnheim für geistig Behinderte und die Auflösung der Doppelzimmer im Haus Arbos Wohnheim für psychisch Behinderte. Im Jahr 2015 einmaliger Mehraufwand durch einen Aufbau von sechs Plätzen für eine Aussenwohngruppe im Wohnheim für psychisch Behinderte.
- 316 Mieten, Pachten und Benützungskosten**
Zusätzliche Mietaufwendungen für die Aussenwohngruppe im Wohnheim geistig Behinderte ab Jahr 2014 (Platzverschiebung) und ab dem Jahr 2015 zusätzliche Mietaufwendungen im Bereich psychisch Behinderte für Aufbau um sechs Plätze für eine Aussenwohngruppe.
- 432 Spitaltaxen und Kostgelder**
Ab dem Jahr 2014 Ertragssteigerung durch einen Aufbau von zwei Plätzen für eine Aussenwohngruppe im Wohnheim für psychisch Behinderte und Ertragsverschiebung durch die Abschaffung der Pauschaltaxen für die Tagesstätte in der Geschützten Werkstätte in das Konto 8221.460. Ab dem Jahr 2015 Ertragssteigerung infolge Aufbau von sechs Plätzen für eine Aussenwohngruppe im Wohnheim für psychisch Behinderte.
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Ertragssteigerung ab dem Jahr 2014 durch den Aufbau von fünf grünen Arbeitsplätzen, den Aufbau von drei Arbeitsplätzen an der Bronschhoferstrasse und Aufbau von zehn Plätzen in der Tagesstätte in der Geschützten Werkstätte sowie einem Aufbau von zwei Plätzen für eine Aussenwohngruppe im Wohnheim für psychisch Behinderte. Ab Jahr 2014 gibt es für die Tagesstätte in der Geschützten Werkstätte keine Pauschaltaxen mehr, dafür höhere Kantonsbeiträge. Ab dem Jahr 2015 Ertragssteigerung durch einen weiteren Aufbau von fünf Arbeitsplätzen und vier Plätzen in der Tagesstätte der Geschützten Werkstätte sowie einem Aufbau von sechs Plätzen für eine Aussenwohngruppe im Wohnheim für psychisch Behinderte.
- 116 **8301 Individuelle Prämienverbilligung**
- 318 Dienstleistungen und Honorare**
Mehraufwand in Zusammenhang mit dem Meldeverfahren von säumigen Prämienzahlenden durch die SVA. Ein zusätzlicher Mehraufwand ergibt sich ab dem Jahr 2015 infolge der allfälligen Führung einer Liste für säumige Prämienzahlende. Dem steht ein Minderaufwand bei der Pauschalentschädigung für die Durchführung der individuellen Prämienverbilligung auf Fr. 17.– je Antrag stellende Person gegenüber.
- 360 Staatsbeiträge**
Der Betrag für das ordentliche Volumen im Bereich der individuellen Prämienverbilligung (IPV) richtet sich nach den Hochrechnungen des BAG für die voraussichtliche Höhe des Bundesbeitrages, dieser wird im Jahr 2014 bei rund 134.0 Mio. Franken liegen (siehe Konto 8301.460). Dies entspricht einer Zunahme von rund 1.3 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2013, in den Folgejahren wird von einer jährlichen Wachstumsrate von 1.3 Prozent ausgegangen. Dieselben Wachstumsraten werden auch bei der Entwicklung des ordentlichen IPV-Volumens des Kantons zu Grunde gelegt. Unter Berücksichtigung der Massnahme 51 zur Bereinigung des strukturellen Defizits des Staatshaushalts und des in diesem Zusammenhang vom Kantonsrat im Finanzplanzeitraum festgelegten Kostenteilers für stationäre Spitalbehandlungen resultiert für den Kanton im Bereich der IPV eine Nettobelastung von 61.8 Mio. Franken (2014), 60.5 Mio. Franken (2015) und 61.4 Mio. Franken (2016).
- 460 Beiträge für eigene Rechnung**
Siehe Begründung zu Konto 8301.460.

Veränderung des Mittelbedarfs des Kantons St.Gallen im Finanzplanzeitraum 2014 bis 2016 im Bereich der inner- und ausserkantonalen Hospitalisation

Seit Anfang 2012 ist die neue Spitalfinanzierung in Kraft. Nachfolgend werden die Veränderungen des Mittelbedarfs des Kantons St.Gallen zwischen dem Voranschlag 2013 und dem Finanzplanzeitraum für die Beitragsleistungen im Bereich der inner- und ausserkantonalen Hospitalisationen dargestellt.

117 8303 Innerkantonale Hospitalisation

Folgende Faktoren führen im Finanzplanzeitraum zu einem Anstieg der Kosten:

- Erhöhung des kantonalen Vergütungsanteils von krankenversicherten Patienten von 52 Prozent im Jahr 2013 auf 54 Prozent im Jahr 2014 und auf 55 Prozent in den Jahren 2015 und 2016;
- Zunahme des Schweregrades (Case Mix Index) um je 1 Prozent je Jahr;
- Erhöhung des Investitionskostenzuschlages von 11 Prozent im Jahr 2013 auf 12 Prozent in den Jahren 2014 bis 2016;
- Erhöhung der Anzahl Austritte im DRG-Bereich um je 1 Prozent je Jahr;
- Erhöhung der Anzahl Pfl egetage im nicht SwissDRG-Bereich um je 1 Prozent je Jahr;
- Die Baserate bleibt – abgesehen von der Erhöhung des Investitionskostenzuschlages – in den Jahren 2014 bis 2016 unverändert. Für das KSSG wurde für das Jahr 2014 die Baserate gemäss Tarifvertrag mit der Helsana-Sanitas-KPT für die Jahre 2013/2014 hinterlegt.

Den Mehrkosten steht im Finanzplanzeitraum ein Rückgang des Mittelbedarfs in folgenden Bereichen gegenüber:

- Die Zusatzbeiträge zur Sicherstellung der Versorgung (v.a. für psychiatrische Ambulatorium und psychiatrische Tageskliniken) nehmen – als Folge der Umsetzung des Sparpakets II – in den Jahren 2014 und 2015 ab.

117 8304 Ausserkantonale Hospitalisation

Folgende Faktoren führen im Finanzplanzeitraum zu einem Anstieg der Kosten:

- Erhöhung des kantonalen Vergütungsanteils von krankenversicherten Patienten von 52 Prozent im Jahr 2013 auf 54 Prozent im Jahr 2014 und auf 55 Prozent in den Jahren 2015 und 2016;
- Zunahme des Schweregrades (Case Mix Index) um je 1 Prozent je Jahr;
- Erhöhung des Investitionskostenzuschlages von 11 Prozent im Jahr 2013 auf 12 Prozent in den Jahren 2014 bis 2016;
- Erhöhung der Anzahl Austritte im DRG-Bereich um je 1 Prozent je Jahr;
- Erhöhung der Anzahl Pfl egetage im nicht SwissDRG-Bereich um je 1 Prozent je Jahr;
- Erhöhung der Baserate um je 1 Prozent je Jahr (abgesehen von der Erhöhung des Investitionskostenzuschlages), da die Baserate von ausserkantonalen Spitälern vom Kanton St.Gallen nicht beeinflusst werden kann.

Gesamtsicht der finanziellen Auswirkungen

Zusammengefasst führen die dargelegten Faktoren zu folgender Veränderung des Mittelbedarfs des Kantons St.Gallen im Finanzplanzeitraum 2014–2016 im Bereich der inner- und ausserkantonalen Hospitalisation:

Kostenbereiche in Mio. Franken	AFP 2014	AFP 2015	AFP 2016
Innerkantonal			
GWL (nach erfolgter Kürzung aufgrund des Sparpakets II)	13.2	13.2	13.2
Stationäre Versorgung	379.7	396.2	402.8
Zusatzbeiträge für Sicherstellung der Versorgung (v.a. psychiatrische Ambula- torien und psychiatrische Tageskliniken) ..	21.3	20.1	20.4
Ausserkantonal	90.6	94.7	97.3
Total Kosten	504.9	524.2	533.7

Beilage

Begründungen und Erläuterungen

Investitionsrechnung

Die Detailzahlen zu den einzelnen Investitionsprojekten können dem Zahlenteil der Investitionsrechnung ab Seite 123 entnommen werden.